

Verwaltungsbericht der Direktion der Volkswirtschaft = Rapport sur la gestion de la Direction de l'économie publique

Autor(en): **Tschumi, Hans / Müller, Bernhard / Kohler, Simon**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): **- (1974)**

PDF erstellt am: **27.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-417860>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Verwaltungsbericht der Direktion der Volkswirtschaft

Direktor: Regierungsrat Dr. Hans Tschumi
(bis 31. Mai 1974)
Regierungsrat Dr. Bernhard Müller
(ab 1. Juni 1974)
Stellvertreter: Regierungsrat Simon Kohler

Rapport sur la gestion de la Direction de l'économie publique

Directeur: le conseiller d'Etat H. Tschumi
(jusqu'au 31 mai 1974)
le conseiller d'Etat B. Müller
(à partir du 1^{er} juin 1974)
Suppléant: le conseiller d'Etat S. Kohler

Auf 1. Juni 1974 übernahm Dr. Bernhard Müller, der am 5. Mai in den Regierungsrat gewählt worden war, die Leitung der Volkswirtschaftsdirektion. Unsere besten Wünsche begleiten seinen Vorgänger, Dr. Hans Tschumi, der während achteinhalb Jahren Volkswirtschaftsdirektor gewesen ist, in den wohlverdienten Ruhestand.

M. Bernhard Müller a repris la Direction de l'économie publique en date du 1^{er} juin 1974, après avoir été élu au Conseil-exécutif le 5 mai.

Nos meilleurs vœux accompagnent son prédécesseur, M. Hans Tschumi, qui, après avoir assumé pendant huit ans et demi les fonctions de Directeur de l'économie publique, a pris une retraite bien méritée.

1. Sekretariat

1.1 Wachstums- und Konjunkturpolitik

1.1.1 Allgemeines

Das im Zeichen der «Erdölkrise» begonnene Jahr 1974 war gegen sein Ende durch die zunehmende Abschwächung des Wirtschaftswachstums geprägt, welche bereits 1973 begonnen hatte. Das Bruttosozialprodukt in der Schweiz wird für das Berichtsjahr auf rund 139 Milliarden (im Vorjahr 129 Mrd.) Franken geschätzt. Der Zuwachs beträgt nominell 7,8 Prozent (11,4%), real nur 0,2 Prozent (3,5%). Umgerechnet auf die Produktionsleistung je Kopf der Bevölkerung ergibt sich real sogar eine Abnahme von 0,3 Prozent.

Wie 1973 war es wiederum primär die inländische Nachfrage, deren Wachstumsrate sich spürbar verlangsamte; neben dem deutlich schwächer zunehmenden privaten Konsum von Gütern und Dienstleistungen war auch die Investitionstätigkeit rückläufig.

Die Auslandnachfrage blieb vor allem im ersten Halbjahr noch sehr rege, änderte sich aber fast schlagartig gegen Ende 1974/anfangs 1975. Die Ursachen liegen hauptsächlich in der weltweiten Abflachung der Wirtschaftstätigkeit. In einzelnen Wirtschaftszweigen wurde dieser Nachfragerückgang überlagert und verstärkt durch die mit der Freigabe des Wechselkurses verbundene Höherbewertung des Schweizer Frankens.

Infolge des wirtschaftlichen Rückgangs hat sich die Anspannung auf dem Arbeitsmarkt gegen Jahresende merklich gelockert, wenn auch je nach Berufsgattung und Wirtschaftszweig äusserst differenziert. Zu eigentlicher Arbeitslosigkeit kam es allerdings kaum; vorerst wurden ausscheidende ausländische Arbeitskräfte nicht mehr ersetzt. Entlassungen und Arbeitszeitverkürzungen blieben im Berichtsjahr noch weitgehend aus.

Vom konjunkturpolitischen Umschwung wurden besonders das Baugewerbe und gewisse mit ihm verbundene Wirtschaftszweige betroffen. Namhafte Schwierigkeiten verzeichneten aber auch die Uhren- und Textilindustrie sowie das graphische und das Automobilgewerbe. Erstaunlicherweise konnte der Fremdenverkehr weiterhin gute Resultate erzielen.

Die grossen Lücken in der Regionalstatistik unseres Landes erlauben es nicht, genau abzuklären, ob sich die strukturellen und konjunkturpolitischen Schwierigkeiten im Kanton

1. Secrétariat

1.1 Politique de croissance et politique conjoncturelle

1.1.1 Généralités

L'année 1974, qui débuta sous le signe de la «crise du pétrole», a été marquée vers sa fin par le fléchissement croissant de l'expansion économique, lequel avait débuté en 1973 déjà. On estime le produit social brut réalisé en Suisse durant l'exercice à quelque 139 milliards (en 1973: 129 milliards) de francs. Le taux de croissance nominale s'élève à 7,8% (11,4%) et celui de croissance réelle à 0,2% seulement (3,5%). Ce taux rapporté à la production par tête d'habitant, nous constatons une diminution réelle qui s'élève à 0,3%.

Comme en 1973, le taux d'accroissement de la demande indigène s'est sensiblement ralenti; l'expansion des investissements a été moins rapide, de même que la consommation privée de biens et services.

Les exportations connurent encore une augmentation remarquable, notamment au cours du premier semestre; mais la situation s'est brusquement modifiée vers la fin de l'année 1974 et le début de 1975. Les causes résident avant tout dans la régression mondiale de l'activité économique. Dans quelques branches d'activité, la diminution de la demande a été conditionnée et renforcée par la surévaluation du franc suisse due au flottement du cours des changes.

Par suite de la récession économique, la tension sur le marché de l'emploi s'est sensiblement amoindrie, bien qu'elle soit extrêmement différenciée suivant la branche d'activité et le groupe de profession. Toutefois, on ne saurait guère parler d'une véritable crise de chômage; ce sont d'abord les travailleurs étrangers regagnant leur pays qui n'ont pas été remplacés. Des licenciements et réductions de l'horaire de travail n'ont pas encore eu lieu sur une grande échelle au cours de l'exercice.

Ce sont avant tout l'industrie du bâtiment et quelques branches annexes qui furent frappées par le revirement de la politique conjoncturelle. Mais l'industrie horlogère et celle du textile, de même que les arts graphiques et les professions de l'automobile ont également connu de graves difficultés. Quant au tourisme, on constate avec étonnement qu'il a continué d'obtenir de bons résultats.

Les grosses lacunes existant dans la statistique régionale de

Bern in ausgeprägterem Masse als in der ganzen Schweiz niederschlagen. Es sprechen kaum Anzeichen dafür, dass sich die bernische Volkswirtschaft im Rahmen der gegenwärtig ablaufenden Strukturwandlungen und der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung ungünstiger entwickelt als der allgemeine Landesdurchschnitt. Sonderentwicklungen zeichnen sich lediglich in Regionen ab, die eine besondere Wirtschaftsstruktur aufweisen. Namentlich sind der Jura und die Region Biel-Seeland zu erwähnen, die durch die Entwicklung in der Uhrenindustrie besonders stark betroffen werden.

Neben dem Postulat der Vollbeschäftigung bei unvermindertem Reallohniveau steht auch – und immer noch – die Forderung nach der Geldwerterhaltung. Die beiden Ziele lassen sich nur schwer miteinander in Einklang bringen. Sowohl aus wirtschaftspolitischen wie auch aus sozialpolitischen Gründen kommt der Inflationsbekämpfung nach wie vor eine grosse Bedeutung zu, denn eine dauernde massive Geldwerteinbusse führt nicht nur zur Untergrabung der Wirtschaft, sondern auch zur Aushöhlung der Staatsfinanzen. Das Ziel der Wirtschaftspolitik besteht deshalb darin, die Teuerungsrate möglichst tiefzuhalten, ohne den Arbeitsmarkt in ernster Weise zu gefährden. Dabei ist den regionalen Unterschieden weitgehend Rechnung zu tragen. Der Pfad für diese «gerechte» Konjunktur- und Wachstumspolitik ist sehr schmal und mangels geeigneter gesetzlicher Grundlagen (Konjunkturartikel) auch sehr steinig.

Wengleich in der Konjunkturpolitik der Aktionsraum für die Kantone nur bescheiden ist, wurden im Berichtsjahr neben dem Vollzug verschiedener Bundeserlasse auch mehrere Aktionen auf kantonaler Ebene und Vorstösse zuhanden von Bundesbehörden unternommen. Bei den finanzpolitischen Massnahmen zeichnete die Finanzdirektion, in den übrigen Fällen fast ausschliesslich die Volkswirtschaftsdirektion verantwortlich. Letztere hatte sich im Berichtsjahr im besonderen mit folgenden konjunkturpolitischen Aufgaben zu beschäftigen:

1.1.2 *Vollzug oder Mitwirkung beim Vollzug von konjunkturpolitischen Bundeserlassen*

Baubeschluss (Ziff. 1.14)

Kreditbeschluss: Härtekontingent «Infrastruktur» (Ziff. 1.2.7)

Kreditbeschluss: Härtekontingent «Wohnungsbau» (Ziff. 2.4.4)

Preisüberwachung (Ziff. 1.9)

1.1.3 *Gruppe für Arbeitsmarktpolitik*

Zur Abklärung der mit der wirtschaftlichen Rezession zusammenhängenden Fragen des Arbeitsmarktes wurde die Gruppe für Arbeitsmarktpolitik ins Leben gerufen. Ihr gehören an die Vorsteher der Ämter für Berufsbildung, Berufsberatung, des Arbeitsamtes und des Büros des Delegierten für Wirtschaftsförderung sowie der Direktionssekretär. Aufgabe ist die Prüfung und Vorbereitung von Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, soweit dazu auf kantonaler Ebene überhaupt Möglichkeiten bestehen. Dabei können sich die erwähnten Verwaltungsstellen auf die kantonale Gesetzgebung über die Wirtschaftsförderung, über die Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenversicherung, über die Berufsbildung und über die Berufsberatung sowie auf die entsprechenden eidgenössischen Erlasse stützen. Bereits Ende 1974 lag als Resultat ein umfangreicher Massnahmenkatalog vor, umfassend Vorschläge für die Änderung von gesetzlichen Erlassen, die Ausschöpfung der geltenden Gesetzgebung, die Reaktivierung von «Krisenbekämpfungsinstru-

notre pays ne permettent pas d'élucider exactement si les difficultés d'ordre structurel et de politique conjoncturelle, constatées dans le canton de Berne, se répercutent d'une façon plus accentuée que dans l'ensemble de la Suisse. On ne possède guère d'indices permettant d'affirmer que l'économie bernoise, considérée en fonction des changements structurels et de l'évolution économique tels qu'ils se déroulent présentement, se développe d'une manière plus défavorable que la moyenne générale du pays. Des évolutions particulières se dessinent uniquement dans des régions connaissant une structure économique spéciale. Il convient notamment de signaler, sous ce rapport, le Jura et la région de Bienne-Seeland, lesquels sont touchés d'une manière particulièrement grave par l'évolution qui se manifeste dans l'industrie horlogère.

Outre le postulat exigeant le plein emploi assorti de l'indexation du niveau des salaires réels, il existe aussi – plus que jamais – celui de la stabilité de la valeur monétaire. Or, ces deux objectifs ne s'accordent que difficilement. Tant pour des motifs de politique économique que pour des considérations de politique sociale, la lutte contre l'inflation revêt, aujourd'hui comme hier, une grande importance, car une diminution durable et massive de la valeur monétaire contribue non seulement à saper l'économie, mais aussi à ruiner les finances de l'Etat. Le but de la politique économique doit, dès lors, consister à maintenir le taux d'inflation aussi bas que possible, sans pour autant porter gravement atteinte au marché de l'emploi. Sous ce rapport, il convient de tenir compte dans une large mesure des différences régionales. La voie menant à cette politique «équitable» en matière conjoncturelle et de croissance est très étroite et, faute de bases légales appropriées (articles conjoncturels), également très aride.

Quand bien même, en politique conjoncturelle, le champ d'activité réservé aux cantons n'est que modeste, plusieurs campagnes sur le plan cantonal et interventions adressées aux autorités fédérales ont aussi été entreprises au cours de l'exercice, sans parler de l'exécution de divers actes législatifs fédéraux. Les mesures de politique financière furent prises en main par la Direction des finances, tandis que la Direction de l'économie publique assume la responsabilité dans la plupart des autres cas. Cette dernière fut appelée, au cours de l'exercice, à s'occuper notamment des tâches de politique conjoncturelle suivantes:

1.1.2 *Exécution ou participation à l'application d'actes législatifs fédéraux en matière de politique conjoncturelle*

L'arrêté sur la construction (ch. 1.14)

L'arrêté sur le crédit: contingent spécial «infrastructure» (ch. 1.2.7)

L'arrêté sur le crédit: contingent spécial «construction de logements» (ch. 2.4.4)

La surveillance des prix (ch. 1.9)

1.1.3 *Groupe s'occupant des questions de politique du marché de l'emploi*

Ce groupe d'étude a été créé en vue d'examiner les problèmes de l'emploi résultant de la récession économique. En font partie les chefs des Offices de la formation professionnelle, de l'orientation professionnelle, de l'Office du travail, du bureau du délégué au développement économique ainsi que le secrétaire de Direction. Sa tâche consiste à examiner et à préparer des mesures contre le chômage, cela dans la mesure où, somme toute, il existe des solutions à l'échelon cantonal. A cet égard, les services administratifs précités se fondent sur la législation cantonale en matière de dévelop-

menten», Vorbereitung von Rundschreiben und Weisungen an Unternehmungen, an Lehrbetriebe, an Verwaltungsstellen usw. Besonders geprüft wurden Fragen der Arbeitsvermittlung und der Umschulung und Wiedereingliederung von Arbeitskräften.

Zur Abklärung dieser Fragen fanden verschiedene Gespräche mit Vertretern der Wirtschaft statt, die ab 1975 noch intensiver gepflegt werden sollen. Ebenfalls wurde gegen Ende des Berichtsjahres eine Grundlagenuntersuchung über die Branchenentwicklung in der Bernischen Wirtschaft an die Hand genommen. Weiter wurde mit dem Statistischen Amt des Kantons Bern geprüft, wieweit die Regionalstatistik verbessert werden kann, denn für die Wirtschaftspolitik müssen kurzfristig relevante Daten verfügbar sein.

1.1.4 *Investitionsprogramm*

Ebenfalls in die Vorbereitungsphase für den Fall einer stärkeren Rezession gehört die Abklärung von Fragen der Arbeitsbeschaffung und damit unter anderem die Frage eines staatlichen Investitionsprogrammes. Bereits Ende 1974 fanden verschiedene diesbezügliche Gespräche statt. Das Problem soll in enger Zusammenarbeit mit der Baudirektion (Bauprogramm) und der Finanzdirektion (Eventualbudget) näher geprüft werden. Verschiedene parlamentarische Vorstösse unterstrichen die Notwendigkeit der im stillen begonnenen Vorabklärungen zu einem Investitionsprogramm.

1.2 **Wirtschaftsförderung**

1.2.1 *Organisation*

Der Posten des Delegierten für Wirtschaftsförderung blieb im Jahre 1974 unbesetzt; die Funktion hatte weiterhin Dr. Charles Prétat, Adjunkt, inne.

Das Zweigbüro für den Jura wurde am 1. Januar 1974 in Biel eröffnet. Es steht unter der Leitung von Dr. Michel Rey, Adjunkt. Die räumliche Ausgliederung der für den Jura zuständigen Abteilung hat sich bewährt.

1.2.2 *Programm zur Förderung der Wirtschaft*

Das im Jahre 1973 ausgearbeitete Programm des Regierungsrates zur Förderung der Wirtschaft wurde am 14. Februar 1974 vom Grossen Rat genehmigt.

Zusammen mit dem Amt für Information und Dokumentation führten wir im Frühsommer 1974 eine Informationskampagne durch, in deren Verlauf rund 1000 Exemplare des Programms allen Banken, wichtigen Kommissionen, den interessierten Verwaltungsstellen des Kantons und des Bundes, den Spitzenverbänden der Wirtschaft, den Volkswirtschaftskammern, den eidgenössischen Parlamentariern des Kantons Bern, den Parteien, der Fachpresse, Bibliotheken sowie allen Regionen, Regierungsstatthalterämtern und allen Gemeinden des Kantons zugestellt wurden.

pement économique, de service de l'emploi et de l'assurance-chômage, de formation et d'orientation professionnelle ainsi que sur les actes législatifs fédéraux faisant règle en la matière. Au début de 1975 déjà, un volumineux catalogue de mesures a été constitué, lequel englobe des propositions visant à la modification d'actes législatifs, l'application plus poussée de la législation en vigueur, la réactivation d'instruments destinés à lutter contre la crise», la préparation de circulaires et directives à l'intention des entreprises, des maîtres d'apprentissage, de services administratifs, etc. Les questions ayant trait au service de placement ainsi qu'à la reconversion et à la réintégration de main-d'œuvre furent particulièrement examinées.

Pour mettre ces questions au point, divers entretiens eurent lieu avec des représentants de l'économie et ont été poursuivis plus intensément encore à partir du début de 1975. Vers la fin de l'exercice, le groupe a également procédé à un examen fondamental portant sur l'évolution des branches d'activité de l'économie bernoise. En outre, il a examiné, avec le Bureau de statistique du canton de Berne, dans quelle mesure la statistique régionale pouvait être améliorée; car la politique économique exige, en effet, des données récentes.

1.1.4 *Programme d'investissements*

Dans la phase des préparatifs en vue d'une récession économique plus forte, il convient également d'élucider les questions touchant la création d'emplois, et, entre autres choses, l'éventualité d'un programme cantonal d'investissements. Divers entretiens à ce sujet ont eu lieu à la fin de 1974 déjà. Le problème sera examiné d'une manière plus approfondie en étroite collaboration avec la Direction des travaux publics (programme de constructions) et la Direction des finances (budget). Diverses interventions parlementaires ont souligné la nécessité de mettre sur pied un programme d'investissements et de poursuivre les examens préliminaires entrepris à cet effet.

1.2 **Développement de l'économie**

1.2.1 *Organisation et personnel*

Le poste de délégué au développement de l'économie resta vacant en 1974; M. Charles Prétat, adjoint, a continué d'exercer cette fonction.

Le 1^{er} janvier 1974 fut ouvert à Bienne le Bureau pour la région du Jura. Il est dirigé par M. Michel Rey, adjoint. Le détachement de ce service dans le Jura a fait ses preuves.

1.2.2 *Programme visant à l'encouragement de l'économie*

Le programme du Conseil-exécutif visant à l'encouragement de l'économie, élaboré en 1973, fut approuvé par le Grand Conseil le 14 février 1974.

En collaboration avec l'Office d'information et de documentation nous avons entrepris au début de l'été 1974 une campagne d'information au cours de laquelle plus de 1000 exemplaires du programme ont été remis à toutes les banques, aux commissions principales, aux services administratifs cantonaux et fédéraux concernés, aux associations faitières de l'économie, aux chambres de commerce, aux parlementaires fédéraux du canton de Berne, aux partis, à la presse spécialisée, aux bibliothèques ainsi qu'à toutes les régions, aux préfectures et à toutes les communes du canton.

1.2.3 *Beratende Kommission für die Förderung der Wirtschaft*

Die Beratende Kommission zur Förderung der Wirtschaft (Vorsitz: Prof. Dr. P. Risch, Bern) trat 1974 zu drei Sitzungen zusammen. Sie nahm Stellung zu Landerwerbs- und Finanzierungshilfeschäften sowie zum Entwurf für einen kantonalen Einführungserlass zum Bundesgesetz über Investitionshilfe für Berggebiete. Im weiteren diskutierte sie die Frage der Besetzung des Delegiertenpostens. – Die Kommission hatte im Jahre 1973 die Bildung einer Expertengruppe zur Vorberatung der den Jura betreffenden Geschäfte beschlossen. Die Expertengruppe hielt 1974 eine Sitzung ab.

Die Sekretariate der Kommission und der Expertengruppe werden durch das Büro des Delegierten geführt.

1.2.4 *Koordinationsausschuss*

Unter dem Vorsitz des Delegierten besteht ein aus Chefbeamten der an der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung besonders interessierten Ämter zusammengesetzter Koordinationsausschuss. Er hielt 1974 eine Sitzung ab, die der Stellungnahme zum Entwicklungskonzept für die Bergregion Oberes Emmental (s. Abschnitt 1.2.6) gewidmet war.

1.2.5 *Anwendung des Wirtschaftsförderungsgesetzes*

1.2.5.1 *Landerwerb*

Im Jahre 1974 wurden zwei grössere Landkäufe abgeschlossen, und zwar in Moosseedorf (Zweck: Industriean siedelung) und in Thun (Zweck: Förderung des Fremdenverkehrs). Rund die Hälfte des in Thun erworbenen sogenannten Selve-Areals wurde für Zwecke des Wohnungsbaus an die Einwohnergemeinde Thun weiterveräussert. Über die Landtransaktions- und Erschliessungstätigkeit erstatteten das Büro des Delegierten für Wirtschaftsförderung und die Liegenschaftsverwaltung dem Regierungsrat gesondert Bericht.

1.2.5.2 *Finanzierungshilfe*

Die Finanzierungshilfe nach Wirtschaftsförderungsgesetz stand 1974 einerseits unter dem Eindruck des Konkurses der Zent AG, Bern, andererseits unter dem Einfluss der Kreditbegrenzung, der angespannten Lage am Kapitalmarkt und der Abkühlung des konjunkturellen Klimas. Besonders in der zweiten Jahreshälfte bildete sich die Investitionsneigung und damit die Nachfrage der Banken nach den Möglichkeiten der Finanzierungshilfe stark zurück.

– *Bürgschaften*

Die Gesellschaft zur Förderung der bernischen Wirtschaft verbürgt Darlehen, welche von Mitgliedbanken zu Investitionszwecken gewährt werden. Das Büro des Delegierten führt die Geschäftsstelle der Gesellschaft. Über die Behandlung der Gesuche im Jahre 1974 gibt die folgende Tabelle Aufschluss:

1.2.3 *Commission consultative pour le développement de l'économie*

La Commission consultative pour le développement de l'économie (présidence: professeur P. Risch, Berne) a tenu trois séances en 1974. Elle s'est prononcée sur des affaires relatives à l'acquisition de terrains et des demandes d'aide financière ainsi que sur un projet de texte législatif cantonal portant introduction de la loi fédérale sur l'aide en matière d'investissements dans les régions de montagne. De plus, elle discuta du problème de la nomination d'un délégué. La commission avait décidé en 1974 la création d'un groupe d'experts chargé de préavisier les affaires propres au Jura. Le groupe d'experts a tenu une séance en 1974.

Les secrétariats de la commission et du groupe d'experts sont assurés par le Bureau du délégué.

1.2.4 *Comité de coordination*

Le comité de coordination, placé sous la présidence du délégué, est composé des responsables des divers services particulièrement concernés par le développement économique régional. Il tint une séance en 1974. Elle fut consacrée à l'étude de la conception de développement de la région de montagne du Haut-Emmental (cf. ch. 1.2.6).

1.2.5 *Application de la loi sur le développement de l'économie*

1.2.5.1 *Acquisitions de terrains*

En 1974 deux importantes acquisitions de terrains ont pu être conclues, l'une à Moosseedorf (but: implantations industrielles) l'autre à Thoune (but: développement du tourisme). Plus de la moitié de la propriété Selve acquise à Thoune a été revendue à la commune de Thoune pour la construction de logements.

Le Bureau du délégué au développement de l'économie et l'administration des domaines ont présenté au Conseil-exécutif un rapport séparé sur leurs activités en matière de transactions foncières et de viabilité.

1.2.5.2 *Aide au financement*

L'aide au financement prévue par la loi sur le développement de l'économie a été caractérisée en 1974 d'une part par la faillite de Zent SA, Berne et d'autre part par la restriction de crédits, la situation tendue du marché des capitaux et le fléchissement conjoncturel. La tendance à investir et par là les requêtes des banques en matière d'aide financière diminueront fortement, particulièrement au cours du deuxième semestre.

– *Cautionnements*

La Société pour le développement de l'économie bernoise cautionne des prêts d'investissement accordés par les banques sociétaires. Le Bureau du délégué assure le secrétariat de la Société. Le tableau suivant donne un aperçu du traitement des demandes en 1974:

Bürgschaftsgesuche 1974 und ihre Erledigung:

	Gesuche	Betrag Fr.	Zins- verbilli- gung
Pendent Ende 1973	4	2 050 000	1
Eingänge 1974	3	350 000	
<i>Erledigung:</i>			
Nach Bewilligung zurückgezogen	1	50 000	
Vor Bewilligung zurückgezogen	1	1 500 000	
An Bürgschaftsgenossenschaft des bernischen Gewerbes	1	100 000	
Nach Vorprüfung abgewiesen	1	200 000	
Pendent Ende 1974	3	550 000	1

Entscheide über Bürgschaftsgesuche obliegen der Verwaltung der Förderungsgesellschaft. Über die Aktivität und die finanzielle Lage der Gesellschaft orientieren Geschäftsbericht und Jahresrechnung 1974.

Ende 1974 betrug der Bürgschaftsbestand 3 650 000 Franken; eine Bürgschaft ist mit Zinsverbilligung verbunden.

– *Konkurs Zent AG, Bern*

Einem Bankenconsortium gegenüber hatte sich die Förderungsgesellschaft 1973 für einen Entwicklungskredit von 2 Millionen Franken an die im April 1973 sanierte Zent AG, Bern, verbürgt. Die Unternehmung musste Ende August 1974 den Konkurs anmelden. In der Folge hatte die Gesellschaft die Banken für ihre Forderungen an die Zent AG im Betrag von 2 Millionen Franken zu befriedigen. Am Verlust beteiligte sich der Staat auf Grund von Artikel 4 des Wirtschaftsförderungsgesetzes mit 1 Millionen Franken.

Über diesen Konkursfall wurde dem Grossen Rat in der November-Session 1974 im Rahmen der Beantwortung von fünf parlamentarischen Vorstössen schriftlich Bericht erstattet. Neue Gesichtspunkte sind seither nicht bekanntgeworden. Das Konkursverfahren ist im Gange.

– *Darlehen*

Gestützt auf Artikel 5 des Wirtschaftsförderungsgesetzes können unter besonderen Bedingungen Darlehen zu Investitionszwecken aus dem Wirtschaftsförderungsfonds gewährt werden. Hauptsächlich bedingt durch die Mittelverknappung bei den Banken, wurden dem Büro des Delegierten im Jahre 1974 sieben Darlehensgesuche eingereicht, die wie folgt behandelt wurden:

Gesuche um Direktdarlehen

	Anzahl	Betrag Fr.	Sonderbe- dingungen
Eingänge 1974	7	4 950 000	6
Nach Vorprüfung abgewiesen	2	1 300 000	2
Bewilligt und ausbezahlt	2	1 800 000	1
Pendent Ende 1974	3	1 850 000	3

Entscheide über die Darlehensgewährung trifft der Regierungsrat auf Antrag des Delegierten und unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der Beratenden Kommission und der Verwaltung der Förderungsgesellschaft.

1.2.5.3 *Umschulung und Wiedereingliederung von Arbeitskräften*

Zur Vorbereitung auf die Anwendung von Artikel 9 des Wirtschaftsförderungsgesetzes wurde im Frühjahr 1974 ein Arbeitspapier erstellt und den interessierten Amtsstellen, den Gewerkschaften und den Arbeitgeberorganisationen zur Stellungnahme unterbreitet. Die Untersuchung soll die Möglichkeiten der Umschulungs- und Wiedereingliederung

Demandes de cautionnements en 1974 et leur règlement:

	Requêtes	Montant Fr.	Prise en charge d'intérêts
En suspens à fin 1973	4	2 050 000	1
Requêtes 1974	3	350 000	
<i>Demandes réglées:</i>			
Par retrait après octroi du cautionnement	1	50 000	
Par retrait avant octroi du cautionnement	1	1 500 000	
Prise en charge par l'Association de cautionnement des arts et métiers bernois	1	100 000	
Refusée après examen préalable	1	200 000	
Demandes en suspens à fin 1974	3	550 000	1

Les décisions en matière d'octroi de cautionnements relèvent de la compétence du conseil d'administration de la Société pour le développement. L'activité ainsi que la situation financière de la Société figurent dans le rapport de gestion et le compte pour l'exercice 1974.

A fin 1974 les cautionnements se montaient à 3 650 000 francs; un cautionnement est lié à une prise en charge d'intérêts.

– *Faillite Zent SA, Berne*

En 1973, la Société pour le développement de l'économie a cautionné un crédit de développement de 2 millions de francs octroyé par un consortium de banques à l'entreprise Zent SA, Berne, assainie en avril 1973. A fin août 1974 la maison Zent SA dut se déclarer en faillite. En conséquence la Société dut rembourser aux banques un montant de 2 millions de francs, représentant les créances de celles-ci auprès de Zent SA. En vertu de l'article 4 de la loi sur le développement de l'économie, le canton participa à la perte à raison de 1 million de francs.

Un rapport écrit sur cette faillite fut remis au Grand Conseil, lors de la session de novembre 1974, en réponse à cinq interventions parlementaires. De nouveaux aspects ne sont pas apparus depuis et la procédure de faillite suit son cours.

– *Prêts*

Des prêts d'investissement peuvent être accordés, sous certaines conditions, par le fonds de développement économique, conformément à l'article 5 de la loi sur le développement de l'économie. Du fait de la pénurie de liquidités des banques, le Bureau du délégué reçut sept demandes de prêts en 1974. Elles furent traitées de la manière suivante:

Requêtes pour des prêts directs

	Nombre	Montant Fr.	Conditions spéciales
Requêtes 1974	7	4 950 000	6
Refusées après examen préalable	2	1 300 000	2
Prêts accordés et payés	2	1 800 000	1
En suspens à fin 1974	3	1 850 000	3

Les décisions en matière d'octroi de prêts relèvent de la compétence du Conseil-exécutif sur proposition du délégué et compte tenu du préavis de la Commission consultative et du conseil d'administration de la Société pour le développement de l'économie.

1.2.5.3 *Reconversion et réintégration de la main-d'œuvre*

En application de l'article 9 de la loi sur le développement de l'économie, un rapport de travail a été élaboré au printemps 1974; celui-ci a été soumis pour préavis aux offices cantonaux

runbspolitik im allgemeinen und die Anwendung von Artikel 9 des Wirtschaftsförderungsgesetzes im besonderen ausloten. Die Arbeit ist noch nicht abgeschlossen. Im Anschluss an die Schliessung der Zent AG, Bern, wirkte das Büro des Delegierten bei der Vermittlung und Wiedereingliederung der 330 stellenlos gewordenen Arbeitnehmer mit. Über diese Aktion wurde dem Grossen Rat in der November-Session 1974 Bericht erstattet.

1.2.5.4 *Vermittlung und Beratung*

Die Konjunkturabflachung dämpfte die Bereitschaft der Unternehmer zur Errichtung neuer Betriebe und zur Erweiterung bestehender Produktionsstätten. Damit bildete sich im Berichtsjahr auch die Inanspruchnahme der Vermittlungs- und Beratungsdienste etwas zurück. Nach wie vor erfordert dieser Tätigkeitszweig jedoch einen erheblichen Zeitaufwand.

1.2.6 *Investitionshilfe für Berggebiete*

Ab Februar 1974 wurde das kantonale Einführungsgesetz zum Bundesgesetz vom 28. Juni 1974 über Investitionshilfe für Berggebiete vorbereitet. Ende 1974 lag ein von der beratenden Kommission des Grossen Rates gutgeheissener Entwurf vor. Gleichzeitig wurde die Bildung der Bergregionen und die Erarbeitung der regionalen Entwicklungskonzepte gemeinsam mit dem kantonalen Planungsamt stark gefördert. Ende 1974 war folgender Stand zu verzeichnen:

Jura

- Region Inter-Jura: Gründung in Vorbereitung.
- Region Centre-Jura: Abklärungen über Perimeter, Träger und Anerkennung als Bergregion durch den Bund.

Alpenvorland

- Region Oberes Emmental: Entwicklungskonzept abgeschlossen und in Prüfung bei Bund und Kanton.
- Region Schwarzwasser: Alle Gemeinden haben den Beitritt zum Verband beschlossen; Gründung für Ende Januar 1975 geplant.
- Im Gebiet des Amtes Trachselwald werden Abklärungen über die Bildung einer Bergregion durchgeführt.

Oberland

- Region Jungfrau/Oberer Brienersee/Haslital: Arbeiten am Entwicklungskonzept seit Januar 1974 im Gange.
- Region Kandertal: Gründung am 4. März 1974; Vorbereitungen zur Aufnahme der Arbeiten am Entwicklungskonzept.
- Region Obersimmental–Saanenland: Gründung am 15. November 1974 bzw. am 18. Oktober 1974; Beschluss über die gemeinsame Erarbeitung eines Entwicklungskonzeptes.
- Region Thun-Innerport: Beschluss über die gemeinsame Erarbeitung eines Entwicklungskonzeptes.

Gegenüber dem Stand von Ende 1973 war somit im Jahre 1974 ein bedeutender Fortschritt zu verzeichnen.

1.2.7 *Kreditbegrenzung, Härtekontingent Infrastruktur*

Während der Geltungsdauer der Härtekontingentsregelung (22. August 1973 bis 8. Januar 1975) nahm das Büro des Delegierten 164 Gesuche um Ausklammerung von Krediten für Bauten und Anlagen der Infrastruktur aus der Kreditbe-

naux interessierten, aus syndicats ainsi qu'aux organisations d'employeurs. Cette étude a pour but de sonder les possibilités de la politique de reconversion et de réintégration en général ainsi que l'application de l'article 9 de la loi sur le développement de l'économie en particulier. Cette étude n'est pas encore terminée.

A la suite de la fermeture de Zent SA, Berne, le Bureau du délégué participa aux négociations relatives à la réintégration des 330 travailleurs licenciés. Un rapport sur cette action a été soumis au Grand Conseil lors de la session de novembre 1974.

1.2.5.4 *Rôle d'intermédiaire et de consultation*

Le fléchissement conjoncturel a eu pour effet d'amoindrir les tendances des entrepreneurs à construire de nouvelles usines et à développer les unités de production. Le rôle d'intermédiaire et de conseil diminua en conséquence au cours de l'année 1974. Cette activité nécessite encore toutefois qu'on y consacre un temps considérable.

1.2.6 *Aide aux investissements dans les régions de montagne*

La loi cantonale portant introduction de la loi fédérale sur l'aide en matière d'investissements dans les régions de montagne du 28 juin 1974 a été élaborée dès février 1974. A fin 1974, un projet approuvé par une commission parlementaire du Grand Conseil était à disposition. Parallèlement, la constitution des régions de montagne et l'élaboration des conceptions régionales de développement furent fortement encouragées en collaboration avec l'Office cantonal du plan d'aménagement. A la fin de l'année 1974 la situation était la suivante:

Jura

- Région Inter-Jura: création en préparation.
- Région Centre-Jura: démarches relatives à la fixation du périmètre, à la désignation des organes et à la reconnaissance comme région de montagne par la Confédération.

Préalpes

- Région Haut-Emmental: conception de développement terminée et à l'examen auprès de la Confédération et du canton.
- Région Schwarzwasser: toutes les communes ont adhéré à l'association; constitution prévue pour fin janvier 1975.
- Dans le secteur du district de Trachselwald la création d'une région de montagne est à l'étude.

Oberland

- Région Jungfrau/Oberer Brienersee/Haslital: les travaux de la conception de développement sont en cours depuis janvier 1974.
- Région Kandertal: création le 4 mars 1974; travaux préparatoires de mise en chantier de la conception de développement.
- Région du Haut-Simmental – pays de Gessenay: création le 15 novembre 1974, resp. le 18 octobre 1974. Décision quant à l'élaboration commune d'une conception de développement.
- Région Thoun-Innerport: décision quant à l'élaboration commune d'une conception de développement.

Comparativement à la situation de fin 1973, un progrès considérable a été réalisé en 1974.

1.2.7 *Restrictions de crédit, contingent spécial «Infrastructure»*

Pendant la durée de validité de la réglementation du contingent spécial de crédit (du 22 août 1973 au 8 janvier 1975), le

grenzung zur formellen und materiellen Prüfung entgegen. Diese Begehren bernischer Banken wurden wie folgt erledigt:

Erledigung	Härtekontingent		Total
	1973/74	1974/75	
Durch Begutachtende Kommission			
– bewilligt	72	28	100
– abgelehnt	15	5	20
Anderweitig ¹	34	10	44
Total	121	43	164

¹ Rückweisung durch das Büro des Delegierten (formelle und materielle Mängel); Einigung mit Banken, Kredite auf ordentliche Quote zu übernehmen; Bewilligung auf Grund anderer Rechtsgrundlagen.

Daneben erstattete das Büro des Delegierten 28 Mitberichte aus regionalwirtschaftlicher Sicht zu Gesuchen des Sektors Wohnungsbau.

Mit der neuen Verordnung vom 8. Januar 1975 über die Kreditbegrenzung wurde der Härtefondsbeschluss ersetzt und die Erteilung von Sonderkreditquoten auf eine neue Rechtsgrundlage gestellt. Die Stellungnahme zu Gesuchen für bernische Infrastrukturprojekte (erweiterte Definition) obliegt weiterhin dem Büro des Delegierten.

Durch die 100 von der Begutachtenden Kommission gutgeheissenen Begehren gingen 76,8 Millionen Franken zu Lasten des Härtekontingentes. Gesamthaft wurde damit ein Investitionsvolumen (Total der jeweiligen Projektsummen) von schätzungsweise 520 Millionen Franken ausgelöst:

Periode	Bewilligte Beträge Mio. Fr.	Investitionsvolumen Mio. Fr.
Härtekontingent 1973/74	60,9	443
Härtekontingent 1974/75	15,9	77
Total	76,8	520

Die geringere Beanspruchung des Härtekontingentes 1974/75 ist auf die kürzere Geltungsdauer und die während dieser Zeit äusserst knappe Liquidität der Banken zurückzuführen.

Bureau du délégué a procédé à l'examen formel et matériel de 164 requêtes visant à faire débloquent des crédits pour des constructions et des installations du domaine de l'infrastructure. Les demandes émanant des banques bernoises ont été traitées de la manière suivante:

Demandes réglées	Contingent spécial		Total
	1973/74	1974/75	
Par la Commission d'imputation			
– acceptées	72	28	100
– refusées	15	5	20
Autres ¹	34	10	44
Total	121	43	164

¹ Dossiers retournés par le Bureau du délégué (défauts formels et matériels); crédits imputés au quota ordinaire selon accord avec les banques; autorisations fondées sur d'autres bases juridiques.

Le Bureau du délégué a en outre élaboré 28 préavis dans l'optique économique régionale pour des demandes du secteur de la construction de logements.

La nouvelle ordonnance du 8 janvier 1975 sur l'encadrement du crédit a remplacé le contingent spécial et a fixé les quotas supplémentaires sur une nouvelle base juridique. Les préavis concernant les demandes pour des projets bernois d'infrastructure (définition élargie) sont toujours effectués par le Bureau du délégué.

Sur les 100 requêtes accordées par la Commission, 76,8 millions de francs allèrent à charge du contingent spécial de crédit. Par ce biais, c'est un volume d'investissement estimé à 520 millions (total des coûts des différents projets) qui a pu être débloquent.

Periode	Montants autorisés millions de francs	Volume d'investissement millions de francs
Contingent spécial 1973/74	60,9	443
Contingent spécial 1974/75	15,9	77
Total	76,8	520

La faible mise à contribution du contingent spécial 1974/75 est à attribuer à sa courte durée de validité et au manque aigu de liquidités des banques pendant ce laps de temps.

1.3 Förderung des Fremdenverkehrs

1.3.1 Beherbergungsabgabe

Der Ertrag erreichte im Jahr 1974 die Höhe von 1 281 969,35 Franken oder rund 25 000 Franken weniger als im Vorjahr. Diese Mindereinnahme dürfte auf die Verschiebung der Währungsrelationen zuungunsten der Schweiz sowie auf die wirtschaftlichen Rezessionserscheinungen in zahlreichen Industrieländern (weniger ausländische Feriengäste) zurückzuführen sein. Die rückläufige Tendenz betraf vor allem die Hotelaufenthalte.

Abgabesatz: In Anlehnung an das Programm des Regierungsrates zur Förderung der Wirtschaft und in Berücksichtigung des stets wachsenden Finanzbedarfes hat der Regierungsrat, nachdem sich mit einer einzigen Ausnahme alle in die Vernehmlassung einbezogenen Organisationen einverstanden erklären konnten, am 22. Mai 1974 die Abgabesätze mit Wirkung ab 1. November 1974 um je 10 Rappen erhöht. Die erwarteten Mehreinnahmen stellen sich auf rund 650 000 Franken und werden sich erstmals im Berichtsjahr 1975 auswirken.

Unterstellte Betriebe: Die Auswertung der 1973 eingeleiteten Aktion zur Vervollständigung der Register konnte nun abgeschlossen werden. Die nachstehenden Zahlen geben

1.3 Développement du tourisme

1.3.1 Taxe d'hébergement

Le produit de la taxe pour l'exercice 1974 a atteint un montant de 1 281 969 fr. 35, soit environ 25 000 francs de moins que l'année précédente. Cette diminution est attribuable à la hausse du taux de change du franc suisse, ainsi qu'aux symptômes de récession économique dans de nombreux pays (moins d'hôtes étrangers). La baisse a surtout été enregistrée dans les nuitées des hôtels.

Taux de la taxe: Le Conseil-exécutif, se fondant sur le programme de développement économique et tenant compte de l'accroissement constant des besoins financiers, a décidé d'augmenter de 10 centimes les taux de la taxe, avec effet au 1^{er} novembre 1974, cela avec l'accord – à une exception près – de toutes les organisations consultées en la matière. L'accroissement présumé des recettes est évalué à quelque 650 000 francs et se répercutera la première fois sur l'exercice 1975.

Etablissements assujettis à la taxe: L'analyse des résultats de la campagne entreprise en 1973 et destinée à compléter les registres a été close durant l'exercice. Les chiffres qui suivent renseignent sur le nombre d'établissements assujettis:

Aufschluss über die der Abgabepflicht unterstellten Objekte:

Hotelbetriebe, Gasthöfe und Pensionen	1 411
Ferienwohnungen und Chalets	11 368
Massenlager und Campingplätze	258

Grössere Zunahmen sind vorwiegend bei den Ferienwohnungen zu verzeichnen.

1.3.2 Beiträge aus dem Ertrag der Beherbergungsabgabe

Behandelt wurden 24 Beitragsgesuche, wovon eines abgelehnt werden musste. Die bewilligten Staatsbeiträge erreichen rund 4 115 000 Franken (die Beitragsleistungen, die mindestens 50 000 Franken betragen, sind nachstehend tabellarisch dargestellt). Da hohe Beiträge auf verschiedene Jahre aufgeteilt werden und die Abgabeerhöhung vermehrte Einnahmen bringen wird, kann die bisherige Beitragspraxis beibehalten werden. Ausbezahlt wurden im Berichtsjahr 1 662 770 Franken.

Art der Anlage	Gemeinde	Beitrag Fr.
Sportzentrum	Grindelwald	3 500 000 ¹
Freibad (Ausbau)	Saanen	200 000
Tennisanlage	Spiez	84 000
Wanderweg	Hasliberg	80 000
Tennishalle	Tramelan	50 000

¹ Antrag Fachkommission.

1.3.3 Beiträge für die Fremdenverkehrswerbung

Die ausgerichteten Werbebeiträge im Totalbetrage von 631 500 Franken hielten sich im Rahmen des verfügbaren Budgetkredites. Berücksichtigung fanden wie üblich die regionalen Fremdenverkehrsträger sowie einige kulturelle Veranstaltungen mit werbemässigem Charakter.

1.3.4 Beitrag für die Nachwuchsförderung im Gastgewerbe

Der Anteil für die Absolventen der Fachkurse (Schulhotels des Schweizer Hotelier-Vereins) beträgt 26 800 Franken, während sich die Schulungskostenbeiträge für Hotelfachassistentinnen auf 7820 Franken und diejenigen für Köchinnenlehrtöchter (Angelernte) auf 350 Franken stellen.

1.3.5 Fachkommission für Fremdenverkehrsfragen

Anstelle des infolge Erreichens der Altersgrenze auf Ende 1973 ausgeschiedenen Mitgliedes G. A. Michel aus Interlaken wurde neu W. Twerenbold, Direktor des Verkehrsvereins Berner Oberland, gewählt. Leider stellte Prof. Dr. P. Risch, welcher die Kommission seit deren Bestehen präsidierte und auch massgeblich an der Schaffung des Gesetzes über die Förderung des Fremdenverkehrs beteiligt war, sein Mandat auf Jahresende zur Verfügung. Der Regierungsrat wählte als Nachfolger S. Egli, Vizedirektor der Kantonalbank von Bern, und als neuen Kommissionspräsidenten bestimmte er Dr. J. Krippendorf, Direktor des Forschungsinstitutes für Fremdenverkehr in Bern. Die Verdienste der beiden ausgeschiedenen und bewährten Kommissionsmitglieder werden auch an dieser Stelle bestens verdankt.

Die Fachkommission trat im Jahre 1974 zu zwei Sitzungen

Hôtels, auberges et pensions	1 411
Appartements de vacances et chalets	11 368
Cantonnements et places de camping	258

Les appartements de vacances accusent la plus forte augmentation.

1.3.2 Contributions prélevées sur le produit de la taxe

La section a traité 24 demandes de subvention, dont une a été rejetée. Les subventions accordées atteignent un montant global de 4 115 000 francs (celles qui atteignent 50 000 francs au minimum figurent dans le tableau ci-après). Les subventions importantes étant échelonnées sur plusieurs années, il est donc possible de maintenir le régime actuel de subvention, d'autant plus que le relèvement du taux de la taxe donnera des recettes supplémentaires. Au cours de l'exercice, un total de 1 662 770 francs a été versé.

Genre d'installation	Commune	Montant accordé Fr.
Centre sportif	Grindelwald	3 500 000 ¹
Piscine de plein air (agrandissement)	Gessenay	200 000
Courts de tennis	Spiez	84 000
Chemin de tourisme pédestre	Hasliberg	80 000
Halle de tennis	Tramelan	50 000

¹ Proposé par la commission d'experts.

1.3.3 Subventions en faveur de la propagande touristique

Les subventions versées à ce titre ont atteint la somme de 631 500 francs, restant ainsi dans les limites du crédit budgétaire. On a de nouveau pris en considération les organisations régionales de tourisme et quelques manifestations culturelles ayant un caractère de propagande.

1.3.4 Subventions en faveur de la relève dans l'industrie hôtelière

L'aide allouée pour les cours professionnels (hôtels-écoles de la Société suisse des hôteliers) s'est élevée à 26 800 francs. Une somme de 7820 francs représente la contribution du canton aux frais de formation des employés spécialisés et des assistantes d'hôtel, tandis que celle en faveur des frais de formation d'apprenties cuisinières se monte à 350 francs.

1.3.5 Commission d'experts en matière de tourisme

M. W. Twerenbold, directeur du Syndicat d'initiative de l'Oberland bernois, a été appelé à succéder à M. G. A. Michel, d'Interlaken, démissionnaire dès la fin de 1973 en raison de son âge. Le professeur P. Risch, qui a présidé la commission d'experts dès le début et a aussi participé de façon déterminante à l'élaboration de la loi sur l'encouragement du tourisme, a malheureusement mis son mandat à disposition en fin d'année. Le Conseil-exécutif désigna un successeur en la personne de M. S. Egli, vice-directeur de la Banque cantonale de Berne, et nomma M. J. Krippendorf, directeur de l'Institut de recherches touristiques, à Berne, nouveau président de la commission d'experts. Que les deux démissionnaires trouvent ici l'expression de notre gratitude pour les excellents services rendus au canton.

La commission a tenu en 1974 deux séances plénières au cours desquelles elle s'est occupée de demandes de subven-

zusammen und behandelte die ihr zur Beurteilung vorgelegten Begehren um Beiträge aus der Beherbergungsabgabe. Im Sinne einer Vorabklärung befasste sie sich auch mit den in Projektierung begriffenen Anlagen von Interlaken (Kongresszentrum), Lenk i. S. (Heilbad) und Thun (Hallenbad). Für alle drei Vorlagen wurde eine positive Stellung bezogen und Beiträge in Aussicht gestellt. Eine Beschlussfassung kann aber erst erfolgen, wenn die definitiven Gesuchsunterlagen vorliegen.

1.4 **Bergführer und Skilehrer**

Der Bergführerkurs 1974 fand gemäss bestehendem Turnus im Kanton Graubünden statt. Fünf Kandidaten aus dem Kanton Bern nahmen daran teil, drei mit Erfolg. Ein weiterer Kandidat wird nach bestandener Zusatzprüfung über Sprachkenntnisse das bernische Bergführerpatent ebenfalls erwerben können.

Vom 23. September bis 5. Oktober 1974 wurde in Grindelwald ein Kurs für Bergführerkandidaten durchgeführt. Es beteiligten sich daran 15 bernische und 51 Kandidaten aus anderen Kantonen. Die Volkswirtschaftsdirektion händigte den zwölf erfolgreichen bernischen Teilnehmern den Ausweis für Bergführerkandidaten aus, der ihnen das Recht gibt, sich innert zwei Jahren zur Teilnahme an einem Bergführerkurs anzumelden.

Auf Antrag der Bergführer- und Skilehrerkommission erliess der Regierungsrat am 19. Juni 1974 einen neuen Bergführertarif.

Der Skilehrerkurs zerfiel, wie üblich, in einen Vorkurs im Dezember 1973 und den Hauptkurs im Frühjahr 1974. Von den 43 Teilnehmern des Vorkurses erhielten 33 den Hilfsskilehrerausweis. Das Skilehrerpatent konnte, nach erfolgreich abgeschlossenem Hauptkurs, 30 Kandidaten erteilt werden. Die Wiederholungskurse für Skilehrer wurden im Dezember in den seit Jahren dafür bestimmten sieben bernischen Kurorten durchgeführt.

30 Skischulen und neun Skiwanderschulen erhielten für die Wintersaison 1974/75 die Betriebsbewilligung.

Die Bergführer- und Skilehrerkommission trat zu vier Sitzungen zusammen. Abgesehen vom regelmässig zu behandelnden Haupttraktandum «Kurse und Prüfungen» nahm sie zu den Anträgen der lokalen Bergführervereine auf Erhöhung des Bergführertarifs und zu verschiedenen Einzelproblemen der Berufsstände der Bergführer und Skilehrer Stellung.

1.5 **Gastwirtschaftswesen und Handel mit geistigen Getränken**

1.5.1 *Gastwirtschaftsbetriebe*

Die Direktion der Volkswirtschaft hatte sich wiederum mit verschiedenen Gesuchen um Umwandlung alkoholfreier Gastwirtschaftsbetriebe in Wirtschaften zu befassen. 18 solchen Gesuchen konnte mangels Nachweises eines Bedürfnisses nicht entsprochen werden. Dagegen wurden acht Wirtschaftspatente neu erteilt. Zwei Patentinhabern wurde wegen mangelhafter Führung des Betriebes das Gasthofpatent entzogen. Im Laufe des Jahres wurden 290 Patentübertragungen vorgenommen.

Zum Erwerb des Fähigkeitsausweises fanden 14 Prüfungen

tions à prélever sur le produit de la taxe d'hébergement, demandes que le secrétariat lui a soumises pour préavis. Elle s'est également penchée sur différents projets envisagés à Interlaken (Maison des congrès), à La Lenk (bains thérapeutiques) et à Thoune (piscine couverte). Elle a émis un préavis positif à l'égard des trois projets de construction et envisagé l'octroi de contributions. Toutefois une décision ne sera rendue qu'à partir du moment où les requêtes seront présentées avec pièces définitives à l'appui.

1.4 **Guides de montagne et moniteurs de ski**

En 1974, c'était au tour du canton des Grisons d'organiser le cours de guides de montagne. Cinq candidats domiciliés dans le canton de Berne y ont participé, dont trois avec succès. Un autre candidat obtiendra également la patente de guide de montagne dès qu'il aura réussi l'examen complémentaire de langues.

Du 23 septembre au 5 octobre 1974 a eu lieu, à Grindelwald, un cours préparatoire pour candidats à la patente de guide de montagne. 15 candidats bernois et 51 originaires d'autres cantons y ont participé. La Direction de l'économie publique a remis, aux douze participants du canton ayant subi ce cours avec succès, le certificat de candidat à la patente de guide de montagne, ce qui leur confère le droit de s'inscrire, dans un délai de deux ans, à l'examen de guide de montagne.

Sur proposition de la Commission des guides de montagne et de l'enseignement du ski, le Conseil-exécutif a édicté, le 19 juin 1974, un nouveau tarif pour les guides de montagne. Le cours cantonal pour moniteurs de ski a été divisé, comme d'habitude, en un cours préparatoire en décembre 1973 et en un cours principal au printemps 1974. Sur les 43 participants du cours préparatoire, 33 ont obtenu la patente d'aide-moniteur. Quant à la patente de moniteur de ski, 30 candidats l'ont obtenue après avoir achevé avec succès le cours principal.

En décembre, les cours de répétition pour moniteurs de ski se sont déroulés dans les sept stations de villégiature bernoises désignées à cet effet depuis nombre d'années.

Trente écoles de ski et neuf écoles de ski-excursion ont obtenu l'autorisation officielle pour la saison d'hiver 1974/75.

La Commission des guides de montagne et de l'enseignement du ski a tenu quatre séances au cours de l'exercice. Elles ont surtout été consacrées à la question des cours et examens. En outre, la commission s'est prononcée sur des propositions émises par les associations locales de guides de montagne tendant au relèvement du tarif des guides et au sujet de différents problèmes touchant le métier de guide et de moniteur de ski.

1.5 **Auberges et commerce de boissons alcooliques**

1.5.1 *Auberges*

La Direction de l'économie publique a de nouveau été appelée à s'occuper de diverses demandes de transformation d'établissements sans alcool en auberges. Dix-huit de ces demandes ont été rejetées, la preuve du besoin n'ayant pu être fournie. En revanche, huit requérants ont obtenu la patente d'auberge. Elle a été retirée à deux titulaires pour cause de gestion insuffisante. Au cours de l'exercice, 290 transferts de patente ont été opérés.

L'obtention du certificat de capacité a donné lieu à 14 sessions d'examens, dont trois pour les gérants d'établisse-

statt, wovon drei für Leiter alkoholfreier Betriebe. 240 Kandidaten konnte der Fähigkeitsausweis A zur Führung eines Gastwirtschaftsbetriebes mit dem Recht zum Alkoholausschank und 62 Kandidaten der Ausweis B zur Führung eines alkoholfreien Betriebes erteilt werden. Die Berufsverbände führten Vorbereitungskurse durch, elf der Wirtverein des Kantons Bern und drei der kantonbernische Verband alkoholfreier Gaststätten.

Die Einlage in das Zweckvermögen (Art. 37 des Gastwirtschaftsgesetzes vom 8. Mai 1938/15. November 1970) betrug 89 855.25 Franken. In drei Fällen wurde für die Stilllegung lebensschwacher Betriebe mit dem Recht zum Alkoholausschank eine angemessene Entschädigung ausgerichtet. Mit Hilfe von Beiträgen aus dem Zweckvermögen konnten seit Inkrafttreten des Gastwirtschaftsgesetzes (1. Januar 1939) bis Ende 1974 149 Alkoholfbetriebe stillgelegt werden.

Von den nach Einlage in das Zweckvermögen verbleibenden Einnahmen aus den Patentgebühren wurden 10 Prozent oder 170 725 Franken an die Einwohnergemeinden im Verhältnis zur Wohnbevölkerung ausgerichtet.

1.5.2 Klein- und Mittelhandel mit geistigen Getränken

Die Direktion der Volkswirtschaft wies 23 Gesuche um Erteilung neuer Kleinhandelspatente für den Verkauf von Spirituosen mangels Bedürfnis ab.

Die Hälfte der eingegangenen Patentgebühren wurde an die Einwohnergemeinden, in denen sich die Klein- und Mittelhandelsstellen befinden, ausbezahlt.

Bestand der Gastwirtschaftsbetriebe sowie der Klein- und Mittelhandelsstellen am 31. Dezember 1974

	Gastwirtschafts- betriebe	Alkoholfrei	Mittelhandel	Kleinhandel
Aarberg	84	16	29	60
Aarwangen	98	17	34	101
Bern-Stadt	236	136	92	293
Bern-Land	85	20	86	111
Biel	136	50	—	131
Büren	47	3	6	63
Burgdorf	97	15	13	129
Courtélary	112	19	21	86
Delsberg	119	14	72	41
Erlach	34	2	17	34
Fraubrunnen	56	11	47	52
Freiberge	61	8	10	26
Frutigen	126	49	7	87
Interlaken	354	56	2	192
Konolfingen	83	15	67	109
Laufen	50	7	29	26
Laupen	32	6	22	31
Münster	111	17	34	95
Neuenstadt	23	5	12	15
Nidau	71	13	22	57
Niedersimmental	90	7	16	58
Oberhasli	59	13	18	28
Obersimmental	63	8	7	35
Pruntrut	154	11	33	93
Saanen	55	9	4	33
Schwarzenburg	34	5	29	33
Seftigen	63	7	57	69
Signau	68	6	49	63
Thun	193	55	57	187
Trachselwald	77	9	36	75
Wangen	81	10	21	78
Total	2 952	619	949	2 491

Fr.

Total Patentgebühren Gastwirtschaftswesen am
31. Dezember 1974
Total Patentgebühren Mittel- und Kleinhandel am
31. Dezember 1974

1 797 105.—
481 445.50

ments sans alcool. Le certificat A (pour la tenue d'un établissement avec boissons alcooliques) a été délivré à 240 candidats et le certificat B (pour la tenue d'un établissement sans alcool) à 62 candidats. Les associations professionnelles ont organisé des cours préparatoires: la Société des aubergistes du canton de Berne en a mis onze sur pied et la Société des restaurateurs sans alcool en a organisé trois.

Un montant de 89 855 fr. 25 a été versé au fonds à destination déterminée prévu à l'article 37 de la loi du 8 mai 1938/15 novembre 1970 sur les auberges. Dans trois cas, une indemnité a été accordée pour la suppression d'établissements peu rentables débitant des boissons alcooliques. Les subsides provenant du fonds spécial ont permis de supprimer 149 établissements débitant de l'alcool entre le 1^{er} janvier 1939 (date d'entrée en vigueur de la loi) et le 31 décembre 1974.

Des recettes de patente subsistant après le versement dans le fonds spécial, le 10%, soit 170 725 francs, a été attribué aux communes municipales au prorata de la population résidente.

1.5.2 Commerce de boissons spiritueuses (détail et demi-gros)

La Direction de l'économie publique a rejeté 23 demandes de nouvelles licences, à défaut de besoin.

La moitié des émoluments de patente a été versée aux communes municipales où sont établis les commerces de détail et de demi-gros.

Nombre des établissements avec alcool et de commerces de détail et de demi-gros au 31 décembre 1974

	Etablissements avec alcool	sans alcool	Demi-gros	Détail
Aarberg	84	16	29	60
Aarwangen	98	17	34	101
Berne-Ville	236	136	92	293
Berne, campagne	85	20	86	111
Bienne	136	50	—	131
Büren	47	3	6	63
Berthoud	97	15	13	129
Courtelary	112	19	21	86
Delémont	119	14	72	41
Cerlier	34	2	17	34
Fraubrunnen	56	11	47	52
Franches-Monta- gnes	61	8	10	26
Frutigen	126	49	7	87
Interlaken	354	56	2	192
Konolfingen	83	15	67	109
Laufon	50	7	29	26
Laupen	32	6	22	31
Moutier	111	17	34	95
La Neuveville	23	5	12	15
Nidau	71	13	22	57
Bas-Simmental	90	7	16	58
Oberhasli	59	13	18	28
Haut-Simmental	63	8	7	35
Porrentruy	154	11	33	93
Gessenay	55	9	4	33
Schwarzenburg	34	5	29	33
Seftigen	63	7	57	69
Signau	68	6	49	63
Thoune	193	55	57	187
Trachselwald	77	9	36	75
Wangen	81	10	21	78
Total	2 952	619	949	2 491

Fr.

Total du produit des taxes d'auberges au 31 décembre 1974
Total du produit des taxes détail et de mi-gros au 31 décembre 1974

1 797 105.—
481 445.50

1.5.3 Weinhandel

Die zehn im Jahre 1974 eingereichten und sieben zu Beginn der Berichtsperiode noch pendent gewesenen (eines von 1972 und sechs von 1973) Gesuche um Bewilligung für den Handel mit Wein wurden wie folgt erledigt:

	Gesuche aus dem Jahre			Total
	1972	1973	1974	
Erteilung der Bewilligung wegen Gründung eines neuen Geschäftes	—	—	2	2
Provisorische (befristete) Erteilung	—	1	—	1
Erteilung der Bewilligung wegen Handänderung, Änderung in der Geschäftsführung oder Übernahme neuer Geschäftsräumlichkeiten	—	3	4	7
Provisorische (befristete) Erteilung	—	1	—	1
Geschäfteller verwiesen auf Gastwirtschaftsabteilung (Mittelhandelspatent)	—	1	—	1
Pendent	1	—	4	5

1.5.3 Commerce des vins

Les dix demandes d'autorisation d'exercer le commerce des vins présentées en 1974 et les sept autres en suspens au début de l'exercice (une datant de 1972 et six de 1973) ont été liquidées comme suit:

	Requêtes présentées en			Total
	1972	1973	1974	
Autorisations accordées en raison de l'ouverture d'un nouveau commerce	—	—	2	2
Octroi à titre provisoire	—	1	—	1
Autorisations accordées à la suite d'un transfert, d'un changement de gérant ou de reprise de nouveaux locaux de commerce	—	3	4	7
Autorisations d'une durée limitée	—	1	—	1
Le requérant ayant invoqué l'existence d'un commerce de vente en demi-gros	—	1	—	1
Demandes en suspens	1	—	4	5

1.6 Industrie- und Gewerbeinspektorat

Am 1. Januar 1975 ist Vorsteher Ernst Villard an den Folgen einer schweren Operation gestorben.

Er leitete das 1959 aus dem Dienstzweig Fabrik- und Gewerbepolizei hervorgegangene Industrie- und Gewerbeinspektorat mit Umsicht und Tatkraft. Die Bedürfnisse und praktischen Möglichkeiten der betroffenen Betriebe beim Vollzug der Vorschriften des Arbeitnehmerschutzes angemessen zu berücksichtigen, war ihm stetes Anliegen. Ein ehrendes Andenken ist ihm gewiss.

1.6.1 Arbeitnehmerschutz

Vollzug des eidgenössischen Arbeitsgesetzes

Bestand der unterstellten industriellen Betriebe:

	Bestand am 31. Dezember 1973	Unterstellungen 1974	Aufhebungen 1974	Bestand am 31. Dezember 1974
I. Kreis	605	19	19	605
II. Kreis	1 135	5	34	1 106
	1 740	24	53	1 711

Im Berichtsjahr konnten 24 Betriebe den Sondervorschriften des eidgenössischen Arbeitsgesetzes als industrielle Betriebe unterstellt werden, sieben mehr als im Vorjahr. Die Aufhebungen sind stark zurückgegangen. Aus der nachstehenden Aufstellung ist ersichtlich, dass 24 Betriebe infolge Bereinigung des Verzeichnisses aufgehoben wurden. Die nachfolgende Aufstellung gibt die Zahl der gestrichenen Betriebe und die Gründe hierfür bekannt:

	1973	1974
Eingegangen (Stillegung)	32	14
Senkung der Arbeiterzahl unter die Mindestgrenze	36	10
Betriebszusammenschlüsse (nicht mehr als selbständige Betriebe gezählt)	4	3
Erfüllen die Voraussetzung gemäss Artikel 5 ArG nicht (waren vom Fabrikgesetz erfasst)	121	24
Verlegung vom II. in den I. Kreis	—	1
Verlegung in andere Kantone	—	1
	193	53

1.6 Inspection de l'industrie et de l'artisanat

M. Ernest Villard, chef de l'Inspection cantonale de l'industrie et de l'artisanat, est décédé le 1^{er} janvier 1975 des suites d'une grave opération. Il assumait avec compétence et dévouement la direction de ce service administratif, issu en 1959 de la Police des fabriques. Lors de l'application des prescriptions en matière de protection des travailleurs, il s'efforça sans cesse de tenir équitablement compte des besoins et des possibilités pratiques de chaque entreprise concernée. Nous garderons de M. Villard un souvenir ému et reconnaissant.

1.6.1 Protection des travailleurs

Exécution de la loi fédérale sur le travail (LT)

Etat des entreprises industrielles soumises à la loi:

	Etat au 31 décembre 1973	Assujet- tisements 1974	Radiations 1974	Etat au 31 décembre 1974
I ^{er} arrondissement	605	19	19	605
II ^e arrondissement	1 135	5	34	1 106
	1 740	24	53	1 711

En 1974, 24 entreprises ont été assujetties aux prescriptions spéciales de la LT applicables aux entreprises industrielles, soit sept de plus qu'en 1973. Le nombre des radiations a fortement diminué. Le tableau suivant montre que 24 radiations ont encore été opérées par suite de la mise à jour de la liste.

Le relevé suivant renseigne sur le nombre des radiations et les motifs:

	1973	1974
Cessation de l'exploitation	32	14
Nombre d'ouvriers inférieur au minimum légal	36	10
Fusion d'entreprises (radiation d'une autre unité)	4	3
Ne correspond plus à la définition de l'entreprise industrielle donnée à l'article 5 LT	121	24
Transfert du II ^e au I ^{er} arrondissement	—	1
Transfert dans d'autres cantons	—	1
	193	53

Die Volkswirtschaftsdirektion genehmigte 356 Fabrikbaupläne, welche Neu-, Um-, Erweiterungs- und Einrichtungsbauteilen betreffen, erteilte ferner 240 Betriebsbewilligungen und Einrichtungs- und Betriebsbewilligungen.

Das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit erteilte 170 Bewilligungen für zweischichtigen Tagesbetrieb. Ein Doppel dieser Bewilligungen wurde wie üblich den zuständigen Ortspolizeibehörden über die Regierungsstatthalterämter zur Nachkontrolle zugestellt.

Die nachfolgenden Bewilligungen an Betriebe verschiedener Industriegruppen wurden ebenfalls vom Bundesamt erteilt:

Ununterbrochener Betrieb	27
Nacharbeitsbewilligungen	81
Bewilligung für Nacharbeit in Verbindung mit Verschiebung der Grenzen der Tagesarbeit	1
Bewilligung für Nacharbeit in Verbindung mit zweischichtigem Tagesbetrieb	2
Sonntagsarbeitsbewilligungen	13
Bewilligung für Sonntagsarbeit in Verbindung mit Nacharbeit	5
Bewilligung für Sonntagsarbeit in Verbindung mit Verschiebung der Grenzen der Tagesarbeit	2
Verschiebung der Grenzen der Tagesarbeit	82
Sonderbewilligung	4
	217

In den folgenden Aufstellungen der Arbeitszeitbewilligungen sind ausser den vom KIGI erteilten Bewilligungen auch jene der städtischen Gewerbepolizei Bern, Biel und Thun miteinbezogen.

Bewilligungen an industrielle Betriebe:

	1973	1974
Überzeitarbeit	828	772
Nacharbeit	97	79
Sonntagsarbeit	45	43
Dreischichtenbetrieb	5	12
	995	906

Bewilligungen an nicht-industrielle Betriebe:

	1973	1974
Überzeitarbeit	96	86
Vorübergehende Nacharbeit	198	206
Wiederkehrende Nacharbeit	47	50
Vorübergehende Sonntagsarbeit	110	89
Wiederkehrende Sonntagsarbeit	89	94
Verschiebung der Grenzen der Tagesarbeit	470	508
Verschiebung der Grenzen der Tagesarbeit und Überzeitarbeit	77	88
Verschiebung der Grenzen der Tagesarbeit in Verbindung mit Überzeit-, Nacht- und Sonntagsarbeit	13	3
Zwei- und mehrschichtige Arbeit	10	12
Ununterbrochener Betrieb	9	9
	1 119	1 145

Gestützt auf entsprechende Firma-Änderungsverfügungen des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit erfolgten 269 Eintragungen im Verzeichnis der industriellen Betriebe.

1974 wurden von unserem Inspektorat bei 571 industriellen und 536 nicht-industriellen Betrieben Inspektionen und Arbeitszeitkontrollen durchgeführt und die Arbeitgeber über die Vorschriften des Arbeitsgesetzes orientiert. Bei 43 Betrieben wurden Lärmmessungen durchgeführt.

Gegen fünf nicht-industrielle und vier industrielle Betriebe mussten Strafanzeigen eingereicht werden, davon drei gegen Gastwirtschaftsbetriebe, weil Jugendliche unter 18 Jahren ohne behördliche Bewilligung in Gastwirtschaftsbe-

La Direction de l'économie publique a approuvé 356 plans de construction de fabriques, de transformation, d'agrandissement et d'équipement. Elle a accordé aussi 240 autorisations d'exploiter et autorisations d'installer et d'exploiter.

L'OFIAMT (Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail) a délivré 170 autorisations de travail à deux équipes; un exemplaire de ces autorisations a été notifié, comme d'habitude, aux préfectures, à l'intention des autorités de police locale en vue du contrôle à effectuer par la suite, comme pour toutes les autres autorisations concernant la durée du travail.

Les autorisations suivantes ont, en outre, été accordées par l'OFIAMT à divers groupes d'industrie:

Exploitation continue	27
Travail de nuit	81
Travail de nuit, lié au déplacement des limites du travail de jour	1
Travail de nuit, lié au travail de jour à deux équipes	2
Travail du dimanche	13
Travail du dimanche, lié au travail de nuit	5
Travail du dimanche, lié au déplacement des limites du travail de jour	2
Déplacement des limites du travail de jour	82
Autorisations exceptionnelles	4
Total	217

Dans les relevés qui suivent, le nombre des autorisations concernant la durée du travail englobe non seulement celles délivrées par l'ICIA, mais tient aussi compte des heures accordées par la police de l'industrie et de l'artisanat des villes de Berne, Bienne et Thoune.

Autorisations délivrées à des exploitations industrielles:

	1973	1974
Heures supplémentaires	828	772
Travail de nuit	97	79
Travail du dimanche	45	43
Travail à trois équipes	5	12
	995	906

Autorisations accordées à des entreprises non industrielles:

	1973	1974
Heures supplémentaires	96	86
Travail de nuit temporaire	198	206
Travail de nuit périodique	47	50
Travail du dimanche temporaire	110	89
Travail du dimanche périodique	89	94
Déplacement des limites du travail de jour	470	508
Déplacement des limites du travail de jour et heures supplémentaires	77	88
Déplacement des limites du travail de jour, lié à des heures supplémentaires, au travail de nuit et du dimanche	13	3
Travail de jour, à deux ou plusieurs équipes	10	12
Exploitation continue	9	9
	1 119	1 145

Sur la base de décisions de modifications prises par l'OFIAMT, il a été procédé à 269 inscriptions au Registre des entreprises industrielles.

En 1974, des contrôles de la durée du travail et des inspections ont été effectués dans 571 entreprises industrielles et dans 536 entreprises non industrielles. Les employeurs ont été renseignés sur les prescriptions de la LT. Dans 43 entreprises, on a procédé à la mensuration du bruit.

Des plaintes pénales ont été déposées à l'encontre de cinq entreprises non industrielles et quatre entreprises industrielles, dont trois contre des auberges qui employaient des adolescents âgés de moins de 18 ans, sans autorisation offi-

trieben im Service beschäftigt wurden. Acht Betriebsinhaber wurden zum Teil zu massiven Geldstrafen verurteilt. Ein Urteil steht noch aus, weil der Beklagte an das Obergericht appellierte. Für kleinere oder erstmals festgestellte Übertretungen erfolgten sieben Verwarnungen.

Für die Beschäftigung Jugendlicher unter 18 Jahren im Service in Gastwirtschaftsbetrieben wurden sieben Bewilligungen erteilt.

Die Regierungsstatthalterämter erteilten 225 Arbeitsbewilligungen für die Beschäftigung Jugendlicher unter 15 Jahren, gemäss den Artikeln 60 und 61 der Verordnung 1 zum Arbeitsgesetz und Artikel 10 des kantonalen Einführungs-gesetzes zum Arbeitsgesetz.

Bestand der industriellen Betriebe im Kanton Bern auf 31. Dezember 1974

(Zahl der Betriebe nach den einzelnen Amtsbezirken)

Amtsbezirke	Industrielle Betriebe (früher Fabrikbetriebe)	Nicht-industrielle Betriebe
<i>I. Kreis</i>		
1. Biel	173	2 422
2. Courtelary	92	510
3. Delsberg	68	574
4. Freiberge	36	160
5. Laufen	27	308
6. Münster	93	659
7. Neuenstadt	15	168
8. Pruntrut	101	734
Total	605	5 535
<i>II. Kreis</i>		
1. Aarberg	46	456
2. Aarwangen	77	682
3. Bern	315	5 400
4. Büren	64	393
5. Burgdorf	79	792
6. Erlach	7	160
7. Fraubrunnen	25	307
8. Frutigen	25	370
9. Interlaken	34	925
10. Konolfingen	71	648
11. Laupen	10	173
12. Niedersimmental	15	333
13. Nidau	69	429
14. Oberhasli	10	202
15. Obersimmental	4	220
16. Saanen	1	230
17. Seftigen	14	372
18. Signau	33	473
19. Schwarzenburg	8	141
20. Thun	90	1 395
21. Trachselwald	56	400
22. Wangen	53	414
Total	1 106	14 915
<i>Gesamttotal:</i>		
I. Kreis	605	5 535
II. Kreis	1 106	14 915
Total	1 711	20 450

1.6.2 Gewerbliche Anlagen

Gestützt auf das Gewerbe-gesetz wurden folgende Bau- und Einrichtungsbewilligungs-begehren geprüft und die Re-gierungsstatthalter angewiesen, die nachgesuchten Bewilli-gungen zu erteilen:

	1973	1974
Fleischverkaufslokale	3	2
Schlachtlokale	6	3
Metzgereieinrichtungen	15	13
Diverse Gewerbe	31	19
	55	37

cielle, à servir des consommations. Huit détenteurs d'entre-prises ont été condamnés à des amendes parfois fort élevées. Une décision est encore en suspens, l'accusé ayant interjeté appel devant la Cour suprême. D'autres infractions, moins graves ou constatées pour la première fois, ont donné lieu à sept avertissements.

Dans le secteur hôtelier, sept établissements ont été auto-risés à employer des jeunes gens de moins de 18 ans.

Les préfectures ont accordé 225 autorisations d'heures sup-plémentaires concernant des adolescents de moins de quinze ans, en vertu des articles 60 et 61 de l'ordonnance l portant exécution de la loi sur le travail et de l'article 10 de la loi cantonale portant introduction de la loi sur le travail.

Nombre des entreprises industrielles dans le canton de Berne au 31 décembre 1974

(d'après les districts)

Districts	Entreprises industrielles (précédemment fabriques)	Entreprises non industrielles
<i>I^{er} arrondissement</i>		
1. Bienne	173	2 422
2. Courtelary	92	510
3. Delémont	68	574
4. Franches-Montagnes	36	160
5. Laufen	27	308
6. Moutier	93	659
7. La Neuveville	15	168
8. Porrentruy	101	734
Total	605	5 535
<i>II^e arrondissement</i>		
1. Aarberg	46	456
2. Aarwangen	77	682
3. Berne	315	5 400
4. Büren	64	393
5. Berthoud	79	792
6. Cerlier	7	160
7. Fraubrunnen	25	307
8. Frutigen	25	370
9. Interlaken	34	925
10. Konolfingen	71	648
11. Laupen	10	173
12. Bas-Simmental	15	333
13. Nidau	69	429
14. Oberhasli	10	202
15. Haut-Simmental	4	220
16. Saanen	1	230
17. Seftigen	14	372
18. Signau	33	473
19. Schwarzenburg	8	141
20. Thoun	90	1 395
21. Trachselwald	56	400
22. Wangen	53	414
Total	1 106	14 915
<i>Total général:</i>		
I ^{er} arrondissement	605	5 535
II ^e arrondissement	1 106	14 915
Total	1 711	20 450

1.6.2 Installations artisanales

En vertu de la loi sur l'industrie, les demandes de construc-tion et d'installation indiquées ci-après ont été examinées et les préfets ont été invités à délivrer les autorisations requises:

	1973	1974
Locaux de débit de viande	3	2
Abattoirs	6	3
Installations de boucherie	15	13
Installations artisanales diverses	31	19
	55	37

Gestützt auf die Verordnung vom 7. April 1926 wurden elf Bewilligungen für die Aufstellung von Dampfkesseln und Dampfgefässen erteilt. 22 Bewilligungen wurden gestützt auf die Verordnung betreffend die Aufstellung und den Betrieb von Druckbehältern vom 12. Januar 1940 erteilt.

In verschiedenen Fällen mussten Abklärungen getroffen werden in bezug auf die Einrichtung von Sprengstoffdepots. Betreffend Azetylen-, Sauerstoff- und Kalziumkarbidanlagen besuchte der Schweizerische Verein für Schweissttechnik in unserem Kanton 70 Betriebe und besichtigte 163 Anlagen. An 52 Betriebe sind Weisungen erteilt worden. Im Berichtsjahr wurden in Betrieben drei Unfälle bzw. Schadenfälle untersucht.

Ausser den oben aufgeführten Bewilligungsgesuchen befasste sich das Industrie- und Gewerbeinspektorat mit vielen Fällen, welche andere gewerbepolizeiliche Nebenerlasse betrafen.

1.6.3 Vollzug der eidgenössischen Verordnung vom 18. Januar 1966 über die Arbeits- und Ruhezeit der berufsmässigen Motorfahrzeugführer (Chauffeurverordnung oder ARV)

	1973	1974
Zahl der unter die Chauffeurverordnung fallenden Unternehmer (Lastwagen, Sattelschlepper, Gesellschaftswagen und Taxis) Streichungen	2 694 215	2 735 74
Bestand am 31. Dezember 1973 bzw. 1974	2 479	2 661
Zahl der unterstellten Fahrzeuge	etwa 10 436	11 407
<i>Es wurden erteilt:</i> Bewilligungen zur Befreiung von der Führung des Arbeitsbuches	1 518	1 895
Für die berufsmässigen Motorfahrzeugführer wurden an Arbeitsbüchern, Zusatzheften und Anleitungen abgegeben: Arbeitsbücher und Zusatzhefte Anleitungen zur Führung des Arbeitsbuches	5 579 33	4 757 14
Durchgeführte Betriebskontrollen im ganzen Kanton, wovon etwa ein Drittel Nachkontrollen (Stadt Bern)	846 (67)	687 (63)
<i>Kontrollen in den Gemeinden mit Sonderregelungen für die Taxiführer (Art. 20 ARV) durch Beamte der Gemeinden Bern, Biel, Burgdorf und Moutier:</i> Total Taxibetriebe Standplatzkontrollen Kontrollen in den Betrieben Strafanzeigen gegen Arbeitnehmer Strafanzeigen gegen Arbeitgeber Ausgesprochene Verwarnungen	73 436 37 67 6 73	73 497 25 43 5 48

Auf Grund von wiederholt festgestellten Widerhandlungen gegen die Chauffeurverordnung mussten 123 Unternehmer schriftlich verwarnet und wegen massiven Übertretungen der Vorschriften gegen 25 Betriebsinhaber bzw. Betriebsleiter und 55 Chauffeure Strafanzeigen eingereicht werden. Es wurden Bussen von 50 bis 5000 Franken verhängt.

Die Betriebskontrollen im Jahre 1974 haben gezeigt, dass den Arbeits- und Ruhezeitbestimmungen von seiten der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer im grossen und ganzen Beachtung geschenkt wird. Dagegen wird den Bestimmungen über die Kontrollmittel nach wie vor zuwenig Rechnung getragen.

Die revidierte kantonale Verordnung über die Arbeits- und Ruhezeit der berufsmässigen Motorfahrzeugführer zur eidgenössischen Chauffeurverordnung wurde am 17. Juli 1974 durch den Regierungsrat verabschiedet und nach ihrer Genehmigung durch die Bundesbehörde vom 23. August 1974, in Kraft gesetzt. Die Verordnung regelt in ihrem ersten

En vertu de l'ordonnance du 7 avril 1926, nous avons délivré onze autorisations pour l'installation de chaudières à vapeur et de récipients à air comprimé. 22 autorisations ont été délivrées, en vertu de l'ordonnance du 12 janvier 1940 sur l'installation et l'exploitation des récipients sous pression. Dans différents cas, il a fallu procéder à des études en vue de l'installation de dépôts d'explosifs.

En ce qui concerne les installations à l'acétylène, à l'oxygène et au carbure de calcium, 70 entreprises du canton ont reçu la visite de membres de l'Association suisse pour la technique du soudage. 163 installations ont été inspectées à cette occasion. 52 entreprises ont reçu des instructions. Au cours de l'exercice, trois accidents ou sinistres ont fait l'objet d'enquêtes dans les entreprises.

Outre les demandes mentionnées, l'Inspection de l'industrie et de l'artisanat s'est occupée de nombreux cas relevant de publications accessoires de la police de l'industrie et de l'artisanat.

1.6.3 Application de l'ordonnance fédérale du 18 janvier 1966 sur la durée du travail et du repos des conducteurs professionnels de véhicules automobiles (ordonnance concernant les chauffeurs ou OTR)

	1973	1974
Nombre d'entreprises soumises à l'OTR (camions, tracteurs à sellette, cars et taxis) Radiations	2 694 215	2 735 74
Etat au 31 décembre 1973 et 1974	2 479	2 661
Total des véhicules assujettis à l'OTR (env.)	10 436	11 407
<i>Nombre de dispenses accordées:</i> Dispenses de l'obligation de tenir un livret de travail	1 518	1 895
Nombre d'étuis, de livrets de travail, de carnets supplémentaires et d'instructions sur la tenue du livret de travail remis aux chauffeurs professionnels: Livrets de travail et carnets complémentaires Instructions sur la tenue du livret de travail	5 579 33	4 757 14
Nombre de contrôles effectués dans les entreprises de l'ensemble du canton (dont un tiers environ d'entreprises déjà contrôlées antérieurement) (Ville de Berne)	846 (67)	687 (63)
<i>Contrôles dans les communes ayant adopté des prescriptions spéciales pour les conducteurs de taxis en vertu de l'article 20 OTR (contrôles effectués par les fonctionnaires communaux de Berne, Bienne, Berthoud et Moutier):</i> Total des entreprises de taxis Contrôle sur le lieu de stationnement Contrôle dans l'entreprise Plaintes pénales contre le travailleur Plaintes pénales contre l'employeur Avertissements	73 436 37 67 6 73	73 497 25 43 5 48

A la suite d'infractions répétées à l'OTR, 123 entreprises ont reçu un avertissement écrit; pour violation grave des mêmes dispositions, 25 propriétaires ou directeurs d'entreprises et 55 chauffeurs ont fait l'objet d'une plainte pénale. Ils ont été condamnés à des amendes dont le montant oscille entre 50 et 5000 francs.

Les contrôles effectués dans les entreprises au cours de l'année 1974 ont permis de constater qu'en règle générale, les employeurs comme les employés respectaient les prescriptions sur la durée du travail et du repos. En revanche, on ne tient pas toujours suffisamment compte des dispositions en matière d'utilisation des moyens de contrôle.

La révision de l'ordonnance cantonale sur la durée du travail et du repos des conducteurs professionnels de véhicules

Teil die Arbeitsteilung zwischen der Direktion der Volkswirtschaft (Kantonales Industrie- und Gewerbeinspektorat) und der Polizeidirektion (Strassenverkehrsamt und Polizeikommando). Der zweite Teil enthält Sonderbestimmungen gemäss Artikel 20 der Chauffeurverordnung für die Taxiführer in Gemeinden mit städtischen Verhältnissen.

Da die Taxichauffeure bzw. die Aushilfschauffeure während des Nachtdienstes die Chauffeurverordnung festgestelltermassen immer wieder massiv übertreten, sah sich das Inspektorat veranlasst, im Laufe des Jahres 1974 des öfters Nachtkontrollen in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Polizeiorganen durchzuführen.

Die seinerzeit gegründete interkantonale Vereinigung zum Vollzug der Chauffeurverordnung hielt am 21./22. November 1974 eine Ausschusssitzung ab. Diese Arbeitsgemeinschaft ist, wie die Praxis zeigt, notwendig, um einen einheitlichen Vollzug der Chauffeurverordnung zu gewährleisten. Die Eidgenössische Polizeiabteilung hat am 9. Dezember 1974 ein Kreisschreiben betreffend Fahrtschreiber in Fahrzeugen der konzessionierten Automobilunternehmungen und der Postautohalterbetriebe – Unterstellung der Fahrzeugführer unter die Chauffeurverordnung – erlassen. Diese Unternehmungen haben sowohl Bestimmungen des Arbeitszeitgesetzes wie solche der Chauffeurverordnung zu beachten. Das Industrie- und Gewerbeinspektorat wirkte bei den dem Kreisschreiben vorangehenden Besprechungen mit und es konnte eine praxisgerechte Lösung gefunden werden.

Das kantonale Polizeikorps und auch diejenigen der Städte Bern und Biel haben im Jahre 1974 wiederum Strassenkontrollen, gezielt auf die Einhaltung der Bestimmungen der Chauffeurverordnung, durchgeführt. Über die eingereichten Strafanzeigen wurde das Inspektorat laufend orientiert. Die Orientierung erweist sich bei den Kontrollen in den Betrieben als sehr nützlich.

1.6.4 *Dienstzweig für die Uhrenindustrie in Biel*

1.6.4.1 *Uhrenexporte*

Die schweizerische Uhrenindustrie verzeichnete im Jahre 1974 einmal mehr eine beachtenswerte Zunahme ihrer Exporte. Der Wert der im Berichtsjahr ausgeführten Uhrenprodukte belief sich auf 3702,5 Millionen Franken gegenüber 3235,1 Millionen Franken im Vorjahr, was einer *Zunahme von nahezu einer halben Milliarde Franken* oder 14,45 Prozent entspricht.

1.6.4.2 *Lage der Uhrenindustrie*

Wie aus den vorerwähnten Zahlen hervorgeht, erfreute sich die Uhrenindustrie 1974 wiederum eines guten Geschäftsganges und konnte – zumindest bis Ende des dritten Quartals – noch auf den Wogen der Hochkonjunktur reiten. Vom Monat November an machten sich indessen Erschwernisse bemerkbar, die vor allem auf die erhebliche Aufwertung des Schweizer Frankens und auf die Kreditbeschränkungen sowie auf die immer schlechtere Zahlungsmoral der Kundschaft zurückzuführen waren. Allem Anschein nach wird sich die genannte Industrie 1975 zwei ungünstigen Einflüssen ausgesetzt sehen: Einmal dürfte die aufstrebende Phase der Uhrenkonjunktur ihren Abschluss finden. Sodann wird sie voraussichtlich den verlangsamten Wachstumsrhythmus des Welthandels, insbesondere aber die restriktiven Importpraktiken, zu spüren bekommen. Ohne irgendwelche Krisenangst heraufbeschwören zu wollen, kann man prognostizieren, dass die schweizerische Uhrenindustrie schwierigeren

automobiles a été ratifiée le 17 juillet 1974 par le Conseil-exécutif et est entrée en vigueur le 23 août 1974, après son approbation par l'autorité fédérale. Dans sa première partie, l'ordonnance réglemente la répartition du travail entre la Direction de l'économie publique (Inspection cantonale de l'industrie et de l'artisanat) et la Direction de la police (Office cantonal de la circulation routière et Commandement de la police). La seconde partie contient des dispositions spéciales en vertu de l'article 20 de l'OTR applicables aux conducteurs de taxis domiciliés dans des agglomérations urbaines.

Le service d'inspection ayant constaté que les chauffeurs de taxis et leurs auxiliaires se rendaient coupables, pendant le travail de nuit, d'infractions de plus en plus nombreuses à l'OTR, il s'est vu dans l'obligation, au cours de l'année 1974, de procéder à des contrôles nocturnes plus fréquents en collaboration avec les organes de police intéressés.

L'Association intercantonale pour l'application de l'ordonnance sur les chauffeurs a tenu les 21 et 22 novembre 1974 une séance de comité. Comme le démontre la pratique, cette communauté de travail est nécessaire pour assurer une application uniforme de l'ordonnance sur les chauffeurs.

La Division fédérale de police a édicté, le 9 décembre 1974, une circulaire concernant l'emploi du tachygraphe dans les véhicules des entreprises de transports concessionnaires et les exploitations de cars postaux (assujettissement des conducteurs de véhicules à l'OTR). Ces entreprises sont ainsi tenues d'appliquer aussi bien les dispositions de la loi sur le travail que celles de l'ordonnance concernant les chauffeurs. L'Inspection cantonale de l'industrie et de l'artisanat a participé aux délibérations qui ont précédé cette circulaire, permettant ainsi d'aboutir à une solution répondant aux exigences de la pratique suivie en la matière.

En 1974, le corps de la police cantonale ainsi que ceux des polices municipales de Berne et de Bienne ont de nouveau procédé à des contrôles routiers ayant trait à l'observation des dispositions de l'OTR. Les infractions ont été régulièrement signalées à l'Inspection cantonale. Ces informations sont très utiles lors des contrôles effectués dans les entreprises.

1.6.4 *Service de l'industrie horlogère à Bienne*

1.6.4.1 *Exportations horlogères suisses*

En 1974, l'industrie horlogère suisse a derechef enregistré un net accroissement de ses exportations, lesquelles ont atteint une valeur totale de 3702,5 millions de francs. Cela représente une *augmentation de près d'un demi-milliard de francs* ou de 14,45% par rapport aux exportations de 1973 (3235,1 millions de francs).

1.6.4.2 *Situation de l'industrie horlogère*

Comme il appert des chiffres mentionnés ci-devant, 1974 a été pour l'industrie horlogère suisse une fois encore particulièrement favorable – du moins durant les trois premiers trimestres. En effet, à partir du mois de novembre, les affaires ont commencé à se dégrader, par suite avant tout de la très forte réévaluation du franc suisse et du blocage des crédits ainsi que d'une tendance toujours plus marquée chez la clientèle à ne pas respecter les délais de paiements. Selon toute probabilité, ladite industrie sera exposée, en 1975, à deux influences négatives: premièrement, il est à prévoir que la période de haute conjoncture touchera à sa fin; deuxièmement, l'horlogerie se ressentira du ralentissement du commerce mondial, en particulier des pratiques restrictives à l'importation. Sans vouloir se faire l'avocat du diable, on peut donc pronostiquer que l'industrie horlogère va au-

Zeiten entgegengeht. Gerade in dem Jahre (1974), in welchem die «Fédération Horlogère Suisse» (die Dachorganisation der Schweizer Uhrenfabrikanten) ihr 50jähriges Bestehen feierte, scheint der Wind gedreht zu haben. Es ist also zu erwarten, dass viele Uhrenfirmen bald mit einer Rezession konfrontiert sein werden, die sich in einem Nachlassen des Bestellungseinganges und demzufolge in einschneidenden Produktionseinschränkungen niederschlagen dürfte.

1.6.4.3 Vereinigung für die offizielle Schweizer Chronometerkontrolle (COSC)

Mit Regierungsratsbeschluss Nr. 4986 vom 24. Dezember 1974 sind die *Uhrenbeobachtungsbüros Biel und St. Immer* an die Association pour le contrôle officiel suisse des chronomètres (COSC) mit Sitz in La Chaux-de-Fonds abgetreten worden. Dies hatte zur Folge, dass der Status dieser Kontrollbüros als kantonale Amtsstellen rückwirkend auf den 1. Januar 1974 dahingefallen ist. Ihr Personal steht jedoch weiterhin im vertraglichen Anstellungsverhältnis zum Staat Bern und bleibt Mitglied der Versicherungskasse des Staatspersonals. Der COSC übernimmt seinerseits sämtliche Personalkosten und Sozialleistungen. (Der Jahresbericht 1973 – Ziff. 1.6.4.3, S. 14 – gibt näheren Aufschluss über den COSC.)

1.6.4.4 Register der Uhrenkleinbetriebe

Am Ende des Berichtsjahres wies das Register der bernischen Uhrenkleinbetriebe einen *Gesamtbestand von 510 Einheiten* (1973: 509; 1970: 624) auf, davon 218 (218/288) in der Uhrenterminaison und 292 (291/336) in der Bestandteile-Fabrikation. Mit gleichem Datum wurden 99 (100/130) kleine Unternehmen der *Uhrenstein-Fabrikation* aufgeführt.

1.6.4.5 Bundesgesetz über die Heimarbeit

Das kantonale Register der Heimarbeit vergebenden Betriebe der Uhrenindustrie zählte Ende 1974 *433 (441) Unternehmen*. Im Verlaufe des Berichtsjahres wurden acht Betriebe gestrichen.

1.7 Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen

Im Berichtsjahr wurden durch den Regierungsrat keine neuen Gesamtarbeitsverträge allgemeinverbindlich erklärt.

1.8 Vollzug des Heimarbeitsgesetzes

Das kantonale Arbeitgeber- und Ferggerregister wies am 31. Dezember 1974 folgenden Bestand auf:

Kreis I: 47 Arbeitgeber. Der Bestand blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert. Dieses Register umfasst alle Arbeitgeber des I. Kreises mit Ausnahme derjenigen der Uhrenindustrie.

Kreis II: 286 Arbeitgeber und 16 Fergger. Auch hier blieben die Zahlen unverändert.

Dem von der Volkswirtschaftskammer des Berner Oberlandes auch dieses Jahr eingereichten Gesuch um Bewilligung eines Staatsbeitrages von 6000 Franken zur Förderung der Heimarbeit wurde entsprochen.

devant de temps difficiles. 1974, l'année où précisément la Fédération Horlogère Suisse (l'organisation faitière des fabricants d'horlogerie) fêtait le cinquantenaire de sa fondation, semble bien avoir marqué un tournant décisif. Aussi, nombreuses seront sans doute les entreprises horlogères qui devront sous peu faire face à une récession économique, laquelle se traduira inévitablement par une baisse des commandes et par de sensibles réductions de l'appareil de production.

1.6.4.3 Association pour le contrôle officiel suisse des chronomètres (COSC)

Par arrêté n° 4986 du 24 décembre 1974, le Conseil-exécutif de canton de Berne a cédé les *bureaux de contrôle de Bienne et de St-Imier* à l'Association pour le contrôle officiel suisse des chronomètres (COSC) dont le siège se trouve à La Chaux-de-Fonds. Il en est résulté que les deux bureaux en question n'ont plus désormais le statut de service cantonal qu'ils possédaient auparavant. Leur personnel reste cependant lié contractuellement à l'Etat de Berne dont il dépend et qui le rémunère; il demeure également membre de la Caisse d'assurance du personnel de l'Etat. Le COSC, pour sa part, assume la totalité des frais de traitement du personnel et des charges sociales. (Pour plus de détails concernant le COSC, cf. Rapport annuel 1973, ch. 1.6.4.3, p. 14.)

1.6.4.4 Registre des petits établissements horlogers

A la fin de l'année, le registre des petits établissements horlogers bernois faisait état de *510 unités* (509 en 1973 et 624 en 1970), dont 218 (218/288) dans la terminaison de la montre et 292 (291/336) dans la fabrication des pièces détachées. A la même date, 99 (100/130) petites entreprises spécialisées dans la *fabrication de pierres fines* pour l'horlogerie figuraient dans ce registre cantonal.

1.6.4.5 Loi fédérale sur le travail à domicile

Le registre cantonal des entreprises *horlogères confiant du travail à domicile* comptait *433 unités* à fin 1974 (441). Au cours de l'année écoulée, huit entreprises ont été radiées.

1.7 Force obligatoire des conventions collectives

Au cours de l'exercice, le Conseil-exécutif n'a pas eu à rendre force obligatoire à un nouveau contrat collectif de travail.

1.8 Exécution de la loi fédérale sur le travail à domicile

Au 31 décembre 1974 étaient inscrits au Registre cantonal des employeurs et sous-traitants:

I^{er} arrondissement: 47 employeurs (pas de changement par rapport à l'année précédente). Ce registre comprend tous les employeurs du I^{er} arrondissement, sauf ceux de l'horlogerie.

II^e arrondissement: 286 employeurs et 16 sous-traitants. Là aussi, les chiffres sont demeurés inchangés.

La demande, également présentée cette année, par la Chambre d'économie publique de l'Oberland bernois tendant à l'octroi d'une subvention cantonale de 6000 francs a été prise en considération.

Im Berichtsjahr sind weder von Gemeindebehörden noch von Arbeitgebern oder Heimarbeiterinnen bei unserer Direktion Klagen eingereicht worden.

Der Beschäftigungsgrad in der Heimarbeit war, soweit wir dies beurteilen können, im Jahr 1974 stabil.

1.9 Preiskontrolle

1.9.1 Preisüberwachung

Die Preisüberwachung ist ein Instrument der Konjunkturpolitik, des Konsumentenschutzes und der Politik zum Schutze wichtiger, gefährdeter Wirtschaftszweige sowie der wirtschaftlichen Kriegsvorsorge. Angesichts dieser vielfältigen Aufgaben, die es zu erfüllen gilt, wurde zum besseren Vollzug und zur Erleichterung der Arbeit der in den Gemeinden mit der Preiskontrolle beauftragten Personen eine Broschüre mit allen notwendigen Angaben und Gesetzeserlassen geschaffen.

Grundsätzlich neue Aufgaben mussten im Berichtsjahr keine übernommen werden. Verschiedene Aktionen wurden wie im Vorjahr gestartet. Wiederum mussten im Auftrag der zuständigen Bundesstellen mehrere Einzelaufträge erledigt werden. Daueraufgabe ist die Überprüfung der Anschrift der Detailpreise.

1.9.2 Preisindizes

	1973	1974	Zunahme in Prozenten (Vorjahr)	
Landesindex der Konsumentenpreise (Jahresmittel)	139,2	152,9	9,8	(8,7)
Landesindex der Konsumentenpreise (Ende Jahr)	148,3	159,5	7,6	(11,9)
Einzelne Gruppen:				
Nahrungsmittel	134,2	151,5	12,9	(5,9)
– Zucker	165,9	362,3	118,4	(9,4)
Bekleidung	139,1	151,5	8,9	(10,5)
Miete	170,5	187,1	9,7	(6,8)
Heizung und Beleuchtung	248,8	194,1	-22,0	(77,6)
– Flüssige Brennstoffe	442,5	261,6	-40,9	(188,8)

1.10 Mass und Gewicht

Die acht Eichmeister haben die allgemeine Nachschau über Mass und Gewicht in den folgenden Amtsbezirken durchgeführt: Oberhasli, Thun, Burgdorf, Fraubrunnen, Wangen, Bern-Land, Erlach, Nidau, Münster, Freiberge und Pruntrut-Stadt.

In 587 Nachschautagen wurden 5027 Betriebe besucht und dabei kontrolliert (in Klammern der Prozentsatz der Beanstandungen): 2436 Waagen (15%), 5395 Neigungswaagen (22%), 11 045 Gewichte (25%), 312 Längenmasse (4%) und 1572 Messapparate (16%).

Die Nachschau verlief durchwegs reibungslos; die Beanstandungen sind auf die natürliche Abnutzung der Wiege- und Messgeräte zurückzuführen.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es den Eichmeistern zeitlich erst möglich sein wird, die Nachschauen hinsichtlich der neuen Raummassverordnung und der Deklarationsverordnung strikte durchzuführen, wenn die Nacheichperiode für die Neigungswaagen durch den Bund endgültig festgelegt ist.

Au cours de l'exercice, notre Direction n'a reçu aucune plainte ni des autorités communales, ni des employeurs, ni des ouvrières à domicile.

En tant qu'il nous a été possible de l'établir, le degré d'occupation dans le travail à domicile est resté stable.

1.9 Contrôle des prix

1.9.1 Surveillance des prix

La surveillance des prix constitue un instrument de la politique conjoncturelle, de la protection des consommateurs et de la politique visant à sauvegarder d'importants secteurs de l'économie menacés dans leur existence; elle contribue aussi à la défense nationale économique. Eu égard à ces tâches multiples qu'il convient de remplir, une brochure destinée à assurer une meilleure exécution et à faciliter le travail des personnes chargées du contrôle des prix dans les communes a été publiée. Ce manuel de consultation contient toutes les indications utiles et les actes législatifs faisant règle en la matière.

Au cours de l'exercice, le service de contrôle n'a pas été appelé à reprendre des besognes entièrement nouvelles. Diverses campagnes de surveillance ont été entreprises comme l'année dernière. Sur mandat des services fédéraux compétents, il a de nouveau fallu liquider plusieurs cas individuels. La surveillance de l'affichage des prix de détail revêt le caractère d'une tâche durable.

1.9.2 Indice des prix

	1973	1974	Augmentation en pour-cent (1973)	
Indice suisse des prix à la consommation (moyenne annuelle)	139,2	152,9	9,8	(8,7)
Indice suisse des prix à la consommation (au 31 décembre)	148,3	159,5	7,6	(11,9)
Denrées alimentaires	134,2	151,5	12,9	(5,9)
– Sucre	165,9	362,3	118,4	(9,4)
Vêtements	139,1	151,5	8,9	(10,5)
Loyers	170,5	187,1	9,7	(6,8)
Chauffage et électricité	248,8	194,1	-22,0	(77,6)
– Combustibles liquides	442,5	261,6	-40,9	(188,8)

1.10 Poids et mesures

Les huit vérificateurs ont procédé au contrôle ordinaire dans les districts suivants: Oberhasli, Thoune, Berthoud, Fraubrunnen, Wangen, Berne-Campagne, Cerlier, Nidau, Moutier, Franches-Montagnes et Porrentruy-Ville.

En 587 journées d'inspection, 5027 entreprises ont été visitées et contrôlées sur les points suivants (les chiffres entre parenthèses indiquent le pourcentage des contestations): 2436 balances (15%), 5395 balances automatiques (22%), 11 045 poids (25%), 312 mesures de longueur (4%) et 1572 appareils de mesure (16%).

Les contrôles se sont déroulés partout sans la moindre difficulté. Les contestations s'expliquent par l'usure naturelle des moyens de mesure.

Il est expressément relevé que les vérificateurs ne seront à même de procéder à des contrôles subséquents au sens de la nouvelle ordonnance concernant les mesures et déclarations que lorsque la période de vérification complémentaire pour les balances automatiques aura définitivement été fixée par la Confédération.

1.11 Ausverkäufe

Im Jahr 1974 sind durch die zuständigen Gemeindebehörden folgende Ausverkaufsbewilligungen erteilt worden:

Sonderverkäufe vom 15. Januar bis 28. Februar	584
Sonderverkäufe vom 1. Juli bis 31. August	475
Totalausverkäufe	48
Teilausverkäufe	17
Total der bewilligten Ausverkaufsveranstaltungen	1 124

Der Staatsanteil an den Ausverkaufsgebühren betrug 219609.85 Franken gegenüber 224 922.45 Franken im Jahr 1973.

1.12 Liegenschaftsvermittlung

Im Jahr 1974 wurden fünf Bewilligungen I (land- und forstwirtschaftliche Liegenschaften) und 22 Bewilligungen II (andere Liegenschaften) erteilt. Neu ausgestellt wurden vier Mitarbeiterbewilligungen I und elf Mitarbeiterbewilligungen II.

Drei Bewilligungen sind wegen Todesfalls erloschen, während ein Liegenschaftsvermittler aus Alters- und Krankheitsgründen auf seine Bewilligung verzichtet hat.

In vier Fällen von Vermittlung ohne Bewilligung wurden die zuständigen Regierungsstatthalterämter beauftragt, eine Untersuchung einzuleiten. Es konnte jedoch überall nachgewiesen werden, dass es sich nicht um gewerbmässige Liegenschaftsvermittlung handelte, so dass in keinem Fall Strafanzeige erfolgte.

1.13 Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland

Mit dem Wegfall der durch den Bundesrat im Juni 1972 verfügten Verkaufssperre gegenüber Ausländern auf 1. Februar 1974 trat das seit 1961 geltende Bewilligungsverfahren für den Erwerb schweizerischer Grundstücke durch Personen mit Wohnsitz oder Sitz im Ausland wieder in Kraft. Auf die neuen, einschränkenden Bestimmungen der sogenannten «Lex Furgler» wurde im letzten Jahresbericht hingewiesen.

In den oberländischen Amtsbezirken wurden im Berichtsjahr insgesamt 52 Bewilligungen für den Erwerb von Grundstücken, Einfamilienhäusern oder Eigentumswohnungen an Ausländer erteilt, drei für den Erwerb von Geschäftsliegenschaften. Im übrigen Kantonsgebiet erwarben 16 Ausländer Grundbesitz zu Wohn- und acht zu Geschäftszwecken, gestützt auf die zuvor eingeholte Bewilligung. In insgesamt 23 Fällen wurde durch den zuständigen Regierungsstatthalter die Bewilligungspflicht verneint.

Weder die Volkswirtschaftsdirektion noch die nun ebenfalls beschwerdeberechtigte Justizabteilung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes sahen sich veranlasst, gegen die erwähnten Entscheide der Regierungsstatthalter Einwände zu erheben und sie an den Regierungsrat weiterzuziehen.

Gegen Ende des Jahres wurde eine Orientierungstagung über die neuen Vorschriften mit den Regierungsstatthaltern und den Grundbuchverwaltern durchgeführt. Als Referenten stellten sich die zuständigen Sachbearbeiter der Eidgenössischen Justizabteilung zur Verfügung.

1.14 Eidgenössischer Baubeschluss

Die beiden in unserem Kanton tätigen Sachverständigen-gremien (alter Kantonsteil und Jura) bearbeiteten im Be-

1.11 Liquidations

En 1974, les liquidations suivantes ont été autorisées par les autorités communales compétentes:

Période du 15 janvier au 28 février	584
Période du 1 ^{er} juillet au 31 août	475
Liquidations totales	48
Liquidations partielles	17
Total des liquidations autorisées	1 124

Les émoluments encaissés à ce titre par l'Etat se sont élevés à 219609 fr. 85 (en 1973: 224 922 fr. 45).

1.12 Courtage d'immeubles

En 1974, cinq autorisations I (courtage d'immeubles agricoles et forestiers) et 22 autorisations II (courtage d'autres immeubles) ont été accordées. Quatre autorisations de collaborateurs I et onze autorisations de collaborateur II ont été délivrées.

Trois autorisations sont arrivées à expiration pour cause de décès, tandis qu'un courtier a renoncé à son autorisation pour raisons d'âge et de maladie.

Dans quatre cas de courtage sans patente, il a été enjoint aux préfectures d'ouvrir une enquête. Mais comme il ne s'agissait pas de courtage professionnel, aucun de ces cas n'a fait l'objet d'une plainte pénale.

1.13 Acquisition d'immeubles par des personnes domiciliées à l'étranger

Après l'abrogation, en date du 1^{er} février 1974, de l'interdiction générale de placement de fonds étrangers dans des immeubles suisses, édictée par le Conseil fédéral en juin 1972, la procédure d'octroi d'autorisations, qui était valable depuis 1961, est de nouveau applicable en la matière. Dans le précédent rapport de gestion, il est fait état des nouvelles dispositions restrictives prescrites par la «Lex Furgler».

Au cours de l'exercice, 52 autorisations pour l'acquisition de biens-fonds, de maisons familiales ou d'appartements en copropriété et trois pour l'acquisition d'immeubles commerciaux ont été délivrées à des étrangers dans les districts oberlandais. Dans le reste du canton, 16 étrangers ont acquis des immeubles à des fins d'habitation et huit à des fins commerciales, sur la base d'autorisations requises au préalable. Dans 23 cas au total la préfecture compétente a établi que l'octroi d'une autorisation s'avérait superflu.

Les décisions rendues par les préfets n'ont pas fait l'objet de contestations, ni la Direction de l'économie publique, ni la Division de justice du Département fédéral de justice et police ne s'y étant opposées.

Vers la fin de l'année, une séance a été tenue avec les préfets et les conservateurs de registres fonciers en vue de les renseigner sur les nouvelles prescriptions. Des exposés furent présentés par les collaborateurs de la Division fédérale de justice chargés de traiter ces affaires.

1.14 Arrêté fédéral sur la construction

Les deux commissions d'experts instituées par le Conseil-exécutif (l'une pour le Jura et l'autre pour l'Ancien canton)

richtsjahr insgesamt 1797 Gesuche um Befreiung vom Abbruchverbot bzw. um Aufhebung der Bausperre. 1572 Gesuche wurden gutgeheissen und 156 abgewiesen. 69 Gesuche, über die der eidgenössische Baubeauftragte zu entscheiden hatte (Härte- und Zweifelsfälle), wurden an diesen weitergeleitet, 53 in befürwortendem und 16 in ablehnendem Sinne.

Mit Beschluss vom 25. November 1974 hat der Bundesrat den bis Ende 1975 befristeten Baubeschluss und die gestützt auf ihn erlassenen Verordnung auf Ende des Berichtsjahres vorzeitig ausser Kraft gesetzt.

1.15 Stiftungsaufsicht

Nachstehende Stiftungen sind der Aufsicht des Direktionssekretariates unterstellt:

- Stiftung für berufliche Ausbildung im Baugewerbe des Berner Oberlandes, Thun
- Stiftung für berufliche Ausbildung im Baugewerbe Oberaargau-Emmental, Burgdorf
- Stiftungsfonds Technikum Burgdorf, Burgdorf
- Stiftung zur Förderung der Chemie-Abteilung am Technikum Burgdorf, Burgdorf
- Theodor und Helene Gschwend-Stiftung, Steffisburg
- Caisse d'allocation familiales du Jura bernois, Moutier
- Fondation pour l'AVS complémentaire paritaire de la menuiserie, ébénisterie et charpenterie du Jura bernois, Saint-Imier
- Personalvorsorgestiftung OLWO, Worb
- Personalfürsorgestiftung des Vereins für Heimarbeit im Berner Oberland, Interlaken
- Pensionskasse Kentaur, Lützelflüh
- Pro Personal Gemeinschaftsstiftung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Kanton Bern, Bern
- Pensionskasse der Mitglieder der EG, Burgdorf
- Sterbekasse des Bäckermeister-Vereins des Berner Oberlandes, Interlaken
- Sterbekassestiftung des Velo- und Motorrad-Händler-Verbandes des Kantons Bern, Bern
- Stiftung Sterbekasse des Bäckermeistervereins von Langenthal und Umgebung, Langenthal
- Sterbekasse des Oberaargauisch-Emmentalischen Bäckermeistervereins, Burgdorf
- Sterbekasse des Oberemmentalischen Bäckermeisterverbandes, Langnau i. E.
- Sterbekasse der Typographia Oberaargau, Lotzwil
- Stiftung Sterbekasse des Berufsverbandes Oberländer Holzschnitzerei, Brienzen
- Sterbekasse des Rabattverbandes Thun und Umgebung, Thun

Die Jahresrechnungen dieser Stiftungen werden regelmässig überprüft.

2. Arbeitsamt

2.1 Leitung des Amtes

Auf Ende Februar bzw. Ende März traten die langjährigen Mitarbeiter Charles Ryter, Leiter der Abteilung Arbeitslosenversicherung, und Hans Brüstlein, Sachbearbeiter der Abteilung Wohnbauförderung, in den wohlverdienten Ruhestand. Zu ihren Nachfolgern wurden Otto Zimmerli in der Arbeitslosenversicherung und Willy Schütz in der Wohnbauförderung bestimmt.

ont examiné, au cours de l'exercice, 1797 demandes tendant à la levée de l'interdiction de démolir et de construire. 1572 requêtes ont été acceptées et 156 rejetées. 69 demandes dont l'appréciation ressortit au délégué fédéral à la construction (cas de rigueur et cas litigieux) ont été transmises à ce dernier. L'acceptation était proposée pour 53 d'entre elles et le refus pour les 16 autres.

Par décision du 25 novembre 1974, le Conseil fédéral a abrogé prématurément l'arrêté sur la construction, avec effet au 31 décembre 1974, de même que les ordonnances d'exécution s'y rapportant.

1.15 Surveillance des fondations

Le secrétariat de la Direction de l'économie publique assume la surveillance des fondations suivantes:

- Fondation pour la formation professionnelle dans le bâtiment de l'Oberland bernois, Thoune
 - Fondation pour la formation professionnelle dans le bâtiment de la Haute-Argovie et de l'Emmental, Berthoud
 - Fondation du Technicum de Berthoud, Berthoud
 - Fondation pour le développement de la section de chimie du Technicum de Berthoud, Berthoud
 - Fondation Theodor et Helene Gschwend, Steffisbourg
 - Caisse d'allocations familiales du Jura bernois, Moutier
 - Fondation pour l'AVS complémentaire paritaire de la menuiserie, ébénisterie et charpenterie du Jura bernois, Saint-Imier
 - Fondation de prévoyance pour le personnel de l'OLWO, Worb
 - Fondation d'assistance pour le personnel de l'Association oberlandaise pour le travail à domicile, Interlaken
 - Caisse de pension Kentaur, Lützelflüh
 - Pro Personal, fondation collective des employeurs et des employés du canton de Berne, Berne
 - Caisse de pension des membres de la «Kolonial EG», Berthoud
 - Caisse de décès de la Société des maîtres boulangers de l'Oberland bernois, Interlaken
 - Caisse de décès de l'Association cantonale bernoise des marchands de cycles et de motocycles, Berne
 - Caisse de décès de la Société des maîtres boulangers de Langenthal et environs, Langenthal
 - Caisse de décès de la Société des maîtres boulangers de l'Emmental-Haute-Argovie, Berthoud
 - Caisse de décès de l'Association des maîtres-boulangers du Haut-Emmental, Langnau
 - Caisse de décès de la Typographia de la Haute-Argovie, Lotzwil
 - Caisse de décès de l'Association professionnelle de la sculpture sur bois de l'Oberland, Brienzen
 - Caisse de décès de l'Association des détaillants de Thoune et environs, Thoune
- Les comptes annuels de ces fondations sont régulièrement vérifiés.

2. Office du travail

2.1 Personnel

Après de nombreuses années de services, MM. Charles Ryter, chef du service de l'assurance-chômage, et Hans Brüstlein, fonctionnaire spécialisé de la section pour l'encouragement à la construction de logements, ont pris une retraite bien méritée, respectivement à fin février et fin mars. Ont été désignés pour leur succéder: MM. Otto Zimmerli à l'assurance-chômage et Willy Schütz à la construction de logements.

2.2 Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik

2.2.1 Allgemeines

Die im Jahre 1973 festgestellten Anzeichen einer Konjunkturverflachung verstärkten sich im Berichtsjahr nach und nach. Bis weit in die zweite Hälfte des Jahres hinein beschränkten sich die Rezessionserscheinungen aber fast ausschliesslich auf die Bauwirtschaft. Auf den inländischen Arbeitsmarkt wirkte sich jedoch der Auftragsrückgang nur teilweise aus. Insbesondere im Bauhauptgewerbe erfolgte die Rückbildung der Personalbestände weitgehend über den Verzicht auf rund ein Drittel der im Vorjahr beschäftigten ausländischen Saisonarbeiter. Im planerisch-technischen Bereich, bei den Kaderfunktionen sowie in einzelnen Zweigen des Baunebengewerbes erfasste der strukturell begründete Redimensionierungsprozess allerdings auch einheimisches Personal.

Eine empfindliche Beschäftigungseinbusse erlitt sodann gegen Ende des Jahres das graphische Gewerbe, wo eine sehr rasche technische Entwicklung eine Überkapazität erzeugt hatte, deren Abbau zwangsläufig zur Freistellung von Fachkräften führte.

In allen übrigen Wirtschaftszweigen, namentlich im Maschinen- und Apparatebau, wie auch in der Uhrenindustrie, hielt die Vollbeschäftigung während des ganzen Jahres 1974 an, obwohl vom Herbst an gewisse Vorboten einer Abschwächung nicht ausblieben.

Das arbeitsmarktl. bedeutungsvollste Ereignis bildete der Zusammenbruch der Firma Zent AG in Bern, bei dem von einem Tag auf den andern ungefähr 330 Arbeitskräfte ihre Posten verloren. Dank eines noch sehr aufnahmefähigen Arbeitsmarktes und der raschen, harmonischen Zusammenarbeit von Sozialpartnern und Behörden konnte den Entlassenen jedoch kurzfristig ein vielfältiges Angebot an offenen Stellen vorgelegt werden, das quantitativ die Zahl der Stellensuchenden um das Zwölfwache überstieg. Abgesehen von einigen besonders gelagerten Fällen, fanden auf diese Weise alle ehemaligen Mitarbeiter der Zent AG innert weniger Tage eine neue, wenn vielleicht auch nicht durchwegs gleichwertige Verdienstmöglichkeit.

Die im «Fall Zent» gewonnenen Erkenntnisse gaben in der Folge Anlass zu einer Überprüfung der beim Kanton vorhandenen Möglichkeiten zu arbeitsmarktpolitischen Massnahmen. Diese Inventaraufnahme war um so mehr geboten, als sich das konjunkturelle Klima in den letzten Monaten des Jahres 1974 merklich abkühlte.

2.2.2 Arbeitsvermittlung

2.2.2.1 Öffentliche Arbeitsvermittlung

Beim kantonalen Arbeitsamt meldeten sich im Berichtsjahr insgesamt 143 Stellensuchende, gegenüber 138 im Vorjahr. Im gleichen Zeitraum gingen 149 Meldungen über offene Stellen ein. In 94 Fällen waren die Vermittlungsbemühungen erfolgreich (89). (Die Vermittlungsaktion «Zent» ist in diesen Zahlen nicht inbegriffen.)

In den ersten drei Quartalen handelte es sich noch vorwiegend um Bewerber, die aus subjektiven Gründen bei der Stellensuche auf die Mithilfe des Arbeitsamtes angewiesen waren. Diese Situation änderte aber vom Oktober an beinahe schlagartig. Die Vermittlungstätigkeit erschöpfte sich nicht mehr im vorwiegend fürsorglichen Auffinden eines verständnisvollen Arbeitgebers, sondern erforderte eine immer intensivere Suche nach freien Arbeitsplätzen schlechthin. Für Kaderpersonal des Baugewerbes (Archi-

2.2 Marché du travail et politique en matière de main-d'œuvre

2.2.1 Généralités

Les indices d'une stagnation conjoncturelle, constatés en 1973, se sont renforcés peu à peu au cours de l'exercice. Cependant, jusqu'à la seconde moitié de l'année, les symptômes de récession se sont presque exclusivement limités au secteur du bâtiment. La diminution du volume des commandes n'a toutefois provoqué que des répercussions partielles sur le marché indigène de l'emploi. Notamment dans l'industrie de la construction proprement dite, la réduction des effectifs du personnel a pu être opérée, dans une large mesure, en renonçant au réengagement d'un tiers environ des saisonniers étrangers occupés l'année précédente. Toutefois, parmi les cadres, les techniciens et dessinateurs, ainsi que dans certaines branches annexes de la construction, le processus de restructuration a également touché du personnel indigène.

Ensuite, vers la fin de l'année, un fléchissement sensible du degré d'occupation s'est manifesté dans les arts graphiques, où un développement technique très rapide avait abouti à une capacité excédentaire, dont la diminution provoqua forcément le licenciement de travailleurs spécialisés.

Dans toutes les autres branches de l'économie, notamment dans la construction de machines et d'appareils, comme aussi dans l'industrie horlogère, le plein emploi s'est maintenu pendant toute l'année 1974, bien qu'en automne, on ait enregistré certains signes avant-coureurs d'une régression. L'événement le plus significatif sous l'angle du marché de l'emploi fut constitué par la faillite de l'entreprise Zent SA à Berne, qui a entraîné du jour au lendemain le licenciement d'environ 330 travailleurs. Cependant, grâce à l'offre encore très forte sur le marché du travail et à la collaboration rapide et harmonieuse des partenaires sociaux et des autorités, il a été possible de procurer à bref délai, au personnel licencié, un choix varié de places vacantes, dont la quantité fut douze fois supérieure au nombre des personnes à la recherche d'un emploi. Abstraction faite de quelques cas spéciaux, tous les anciens collaborateurs de Zent SA ont ainsi retrouvé, en peu de jours, un nouvel emploi, même s'il n'était peut-être pas entièrement équivalent à l'ancien.

Les expériences faites dans le «cas Zent» ont, par la suite, donné lieu à un réexamen des possibilités dont dispose le canton pour prendre des mesures en matière de politique de l'emploi. Cet inventaire était d'autant plus nécessaire en regard du climat conjoncturel, lequel s'est sensiblement refroidi au cours des derniers mois de l'année 1974.

2.2.2 Service de placement

2.2.2.1 Service public de placement

Au cours de l'exercice, 143 personnes à la recherche d'un emploi (138 en 1973) ont eu recours à l'Office du travail. Dans le même laps de temps, 149 offres d'emploi nous sont parvenues. Dans 94 cas (1973: 89), les recherches effectuées par le service ont été couronnées de succès (celles se rapportant au cas «Zent» ne sont pas comprises dans ces chiffres).

En ce qui concerne les trois premiers trimestres, il s'agissait encore avant tout de candidats qui en étaient réduits, pour des raisons subjectives, à l'aide de l'Office du travail. Or, à partir d'octobre, cette situation a subi un brusque revirement. L'activité du service de placement n'a plus seulement consisté – notamment sous la forme d'une assistance – à trouver un employeur compréhensif, mais a surtout exigé

tekten, Techniker, Zeichner) blieben auch diese Bemühungen meist erfolglos, sofern sich die Bewerber nicht zur Annahme einer ausserberuflichen Tätigkeit entschliessen konnten.

In der Arbeitsmarktstatistik schlug sich allerdings der rückläufige Beschäftigungsgrad während des ganzen Jahres noch kaum nieder. Mit 6 Ganzarbeitslosen (Vorjahr 1) ergab sich im Mai das tiefste Monatsergebnis. Der höchste Stand wurde im Dezember mit 159 Arbeitslosen (Februar 1973: 25) oder 0,4 Promille der unselbständig erwerbstätigen Bevölkerung des Kantons erreicht.

Die Teilarbeitslosigkeit blieb dauernd unter einer erfassbaren Grösse.

2.2.2.2 *Private Arbeitsvermittlung*

Die Zahl der gewerbmässigen Arbeitsvermittlungsstellen ging von zwölf auf elf zurück. Acht Büros beschränkten wie bisher ihre Tätigkeit auf das Inland. Drei Agenturen befassten sich auch mit der Auslandsvermittlung, wovon eine ausschliesslich Placierungen nach England tätigte.

Insgesamt wurden 2739 (Vorjahr 2630) Arbeitsplätze vermittelt. Davon entfielen 74 (88) Placierungen vom Ausland in die Schweiz und 85 (151) auf solche von der Schweiz ins Ausland.

2.2.3 *Ausländische Arbeitskräfte*

Am 9. Juli 1974 erliess der Bundesrat eine neue Verordnung zur Begrenzung der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte. Im Hinblick auf die Abstimmung vom 20. Oktober 1974 über die dritte Überfremdungsinitiative wurden die neuen Vorschriften auf eine Stabilisierung der ausländischen Wohnbevölkerung im laufenden Jahrzehnt ausgerichtet. Das Kernstück der Neuregelung bildete die Ausdehnung der Zulassungsbeschränkung auf alle Erwerbsgruppen, deren Personalbedürfnisse wiederum nur im Rahmen begrenzter kantonomer Kontingente für Jahresaufenthalter befriedigt werden konnten.

Obschon ihnen bereits in der bundesrätlichen Verordnung eine bevorzugte Behandlung der Begehren zugesichert wurde, erweckte der Einbezug des Gesundheits-, des Fürsorge- und des Erziehungswesens in die Beschränkungs-massnahmen in diesen Kreisen vorerst die allergrössten Bedenken.

Verhältnismässig kurze Zeit nach dem Inkrafttreten begann sich aber eine spürbare Bedarfsverminderung in Industrie, Gewerbe und Handel abzuzeichnen, was die Festsetzung eines Verteilerschlüssels für das dem Kanton Bern zustehende Kontingent von 2044 Jahresaufenthaltern erleichterte. Für die Sektoren Gesundheits-, Fürsorge- und Erziehungswesen sowie die Land- und Forstwirtschaft wurde ein Anteil von 1300 Einheiten ausgeschieden. 400 Bewilligungen wurden für die übrigen Wirtschaftszweige reserviert, während der Rest von 344 Einheiten unverteilt blieb, um später unaufschiebbaren Bedürfnissen im einen oder andern Bereich Rechnung tragen zu können.

Die Beurteilung der Zuteilungsgesuche aus der privaten Wirtschaft blieb weiterhin den 1970 bestellten Fachkommissionen (je eine für den Alten Kanton und den Jura) vorbehalten, unter Beibehaltung der bewährten Verteilungsgrundsätze. Für die Behandlung der Begehren von Spitälern, Heimen, Anstalten, Schulen sowie von land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben wurde, unter Wahrung eines Informationsanspruchs der Fachausschüsse, ein Vernehmlassungsverfahren zwischen Arbeitsamt und interessierter kantonomer Direktion festgelegt.

des recherches toujours plus intenses pour obtenir des places vacantes. Pour les cadres (architectes, techniciens, dessinateurs) de l'industrie du bâtiment, ces efforts sont généralement demeurés vains, dans la mesure où les candidats ne pouvaient se résoudre à accepter une activité en dehors de leur profession.

Dans la statistique du marché de l'emploi, la régression du degré d'occupation pendant l'année entière ne s'est évidemment pas encore nettement manifestée. L'état le plus bas a été enregistré en mai avec 6 chômeurs (1973: 1), tandis que décembre révélait le chiffre le plus élevé avec 159 chômeurs (février 1973: 25) ou 0,4‰ de la population exerçant une activité dépendante dans le canton.

Le nombre des chômeurs partiels n'a pu être déterminé.

2.2.2.2 *Service de placement privé*

Le nombre des bureaux de placement à fin lucrative a diminué de douze à onze. Comme précédemment, huit se consacraient uniquement aux placements en Suisse, tandis que trois agences fournissaient aussi des emplois à l'étranger. Un bureau se consacre exclusivement aux placements en Angleterre. Au total, ces bureaux ont fourni du travail à 2739 personnes (2630 en 1973); 74 personnes (88) résidant à l'étranger ont ainsi trouvé un emploi en Suisse et 85 (151) en ont trouvé un à l'étranger.

2.2.3 *Main-d'œuvre étrangère*

Le 9 juillet 1974, le Conseil fédéral a édicté une nouvelle ordonnance limitant le nombre des étrangers. Eu égard à la votation populaire du 20 octobre 1974 sur la troisième initiative contre l'emprise étrangère et le surpeuplement de la Suisse, le principe directeur de la nouvelle réglementation a pour objectif de réaliser, encore au cours de cette décennie, la stabilisation de l'ensemble de la population étrangère résidente. Le point clef des nouvelles prescriptions est constitué par l'extension des mesures de limitation à l'ensemble des secteurs d'activité et professions, dont les besoins en personnel peuvent uniquement être pris en considération dans le cadre de contingents cantonaux destinés à l'octroi de résidents annuels.

Quand bien même la nouvelle ordonnance comporte une disposition de priorité prescrivant aux cantons d'utiliser leurs contingents, en premier lieu, pour répondre aux demandes du secteur hospitalier, de l'assistance et de l'instruction qui présentent un caractère d'urgence, l'inclusion de ces secteurs d'activité dans les mesures de limitation a d'abord suscité de sérieuses réserves.

Mais peu de temps après l'entrée en vigueur de la nouvelle réglementation, une diminution sensible des besoins en personnel commença à se dessiner dans l'industrie, l'artisanat et le commerce, ce qui facilita la fixation d'une clef de répartition du contingent de 2044 résidents annuels attribué au canton. Une quote-part de 1300 unités a été réservée aux secteurs hospitalier, de l'assistance et de l'instruction publique, ainsi qu'à l'agriculture et à la sylviculture. 400 autorisations furent réservées aux autres branches d'activité, tandis que le reste de 344 unités n'a pas été partagé, cela de manière à pouvoir tenir compte, ultérieurement, de besoins urgents dans l'un ou l'autre secteur.

L'appréciation des demandes d'attributions émanant de l'économie privée est, comme par le passé, confiée aux commissions d'experts désignées en 1970 (l'une pour le Jura et l'autre pour l'Ancien canton), lesquelles se fondent sur des critères de répartition éprouvés. Pour l'examen et la liquidation des demandes présentées par les hôpitaux, asiles, établissements et écoles, ainsi que par les exploitations agricoles et sylvicoles, une procédure de consultation entre l'Of-

Die alljährliche Verschärfung der Zulassungsbestimmungen für ausländische Arbeitskräfte rief vor und nach dem Erlass der Verordnung des Bundesrates vom 9. Juli 1974 etlichen Befürchtungen hinsichtlich einer ausreichenden Belegung aller Arbeitsplätze. Bei der Durchführung der Massnahmen ergaben sich indessen kaum ernsthafte Schwierigkeiten. So fiel im Vergleich zum Vorjahr die Zahl der 1974 behandelten Gesuche aus Industrie, Gewerbe und Handel um ein Drittel von 579 auf 376, wovon 129 (168) aus dem Jura stammten. Insgesamt wurden Bewilligungen für 673 (Vorjahr 1243) Jahresaufenthalter angefordert, doch konnten nur 384, davon 102 für den Jura, freigegeben werden.

Den neu in die Zulassungsbegrenzung einbezogenen Bereichen (Gesundheitswesen usw.) wurden vom 1. August bis 31. Dezember im ganzen 308 neueinreisende ausländische Arbeitskräfte zugeteilt, womit das bis Ende Juli 1975 verfügbare Kontingent von 1300 Einheiten in fünf Monaten zu weniger als 25 Prozent ausgenutzt worden war.

Die im Sommer 1973 eingeführte Saisonarbeiterregelung wurde praktisch unverändert in die Verordnung des Bundesrates vom 9. Juli 1974 übernommen. Nachdem der Auftragsrückgang im Baugewerbe schon im Frühjahr einen beträchtlichen Rückgang des Bedarfs an ausländischen Saisonarbeitern bewirkt hatte, bot die Anwendung dieser Bestimmungen überhaupt keine Schwierigkeiten mehr. Soweit in den für Saisonarbeiter zugänglichen Wirtschaftszweigen ein echter Bedarf nachgewiesen wurde, konnte allen Gesuchen entsprochen werden. Nur im Sinne von Richtwerten wurde das mit 25 260 Einheiten dotierte bernische Saisonarbeiterkontingent aufgeteilt, mit Anteilen von 13 800 für das engere Baugewerbe, 7100 für die Hotellerie, 3200 für die übrigen Erwerbszweige mit Saisoncharakter, 900 für Land- und Forstwirtschaft sowie 260 als Reserve.

Keine dieser Höchstzahlen wurde aber bis Ende des Berichtsjahres auch nur annähernd ausgenutzt.

Mit der neuen Ausländerverordnung wurde dem Kanton Bern im weiteren die Möglichkeit eingeräumt, bis zu 133 auf sechs Monate befristete Bewilligungen für ausländische Praktikanten zu erteilen. Damit sollte vor allem Absolventen von Fachschulen oder den Angehörigen von Tochterbetrieben, Lizenznehmern und namhaften Kunden schweizerischer Firmen ein Ausbildungsaufenthalt in unserem Land ermöglicht werden. Bis Jahresende wurden nur 24 Einheiten dieser Höchstzahl beansprucht.

Die Zurückhaltung der Gesuchsteller für neueinreisende Jahresaufenthalter liess sich in den ersten neun Monaten des Jahres 1974 weitgehend mit der bevorstehenden Abstimmung über die Fremdarbeiterinitiative der «Nationalen Aktion» begründen, deren Ausgang ungewiss war. Nach der Ablehnung zeigte sich jedoch rasch, dass ihr auch reale strukturelle und konjunkturelle Veränderungen zugrunde lagen. Die nach dem Urnengang zutage getretene Verflachung der wirtschaftlichen Entwicklung führte zu einer fühlbaren Entlastung des Arbeitsmarktes. Die damit einhergehende Verunsicherung verminderte auch die Personalwanderung sehr erheblich, so dass sich selbst im Bereich des Gesundheitswesens, das über Jahre hinaus fast ausschliesslich auf neuzuziehende ausländische Arbeitskräfte angewiesen war, Angebot und Nachfrage wieder einzupendeln begannen.

Statt sich mit der heiklen Aufteilung eines weit unter dem Bedarf festgesetzten Ausländerkontingents zu befassen, sah sich das Arbeitsamt gegen Ende des Berichtsjahres genötigt, bei der Prüfung von Ausländergesuchen der Sicherung des Arbeitsplatzes des einheimischen Personals den absoluten Vorrang einzuräumen.

Die Eidgenössische Fremdenpolizei baute in den letzten Jahren ein zentrales Ausländerregister auf. Im Berichtsjahr erfolgten erstmals alle Bestandeserhebungen im Kanton

fice du travail et les Directions cantonales intéressées a été instaurée, les commissions d'experts respectives étant informées de la nature des cas.

Le fait que les prescriptions régissant l'admission de main-d'œuvre étrangère sont de plus en plus rigoureuses d'une année à l'autre a suscité bien des craintes, avant et après l'édiction de l'ordonnance du Conseil fédéral du 9 juillet 1974, quant à une occupation suffisante de tous les postes de travail. Cependant, l'exécution des mesures n'a guère donné lieu à de sérieuses difficultés. C'est ainsi qu'en comparaison avec l'année précédente, le nombre des cas traités en 1974 et émanant de l'industrie, de l'artisanat et du commerce a diminué de 579 à 376, dont 129 (168) provenaient des districts jurassiens. Au total, des autorisations pour 673 (1973: 1243) résidents annuels furent requises, alors que 384 seulement, dont 102 pour le Jura, ont pu être octroyées. Du 1^{er} août au 31 décembre, les secteurs nouvellement assujettis aux mesures restrictives (santé publique, etc.) ont obtenu en tout 308 travailleurs étrangers immigrants, si bien que le contingent de 1300 unités disponible jusqu'à fin juillet 1975 n'a été utilisé, en cinq mois, qu'à raison de 25 %.

La réglementation des saisonniers, introduite en été 1973, a pratiquement été reprise sans modification dans l'ordonnance du Conseil fédéral du 9 juillet 1974. La diminution des commandes dans le secteur du bâtiment ayant provoqué, au printemps déjà, un fléchissement considérable des besoins en saisonniers étrangers, l'application de ces dispositions n'a plus du tout donné lieu à des difficultés. Dans la mesure où un besoin véritable avait été prouvé dans les branches économiques pouvant faire appel à des saisonniers, toutes les demandes ont pu être prises en considération. Le contingent de 25 260 saisonniers attribué au canton a été réparti à raison de 13 800 unités pour la construction proprement dite, 7100 pour l'hôtellerie, 3200 pour les autres branches d'activité à caractère saisonnier, 900 pour l'agriculture et la sylviculture et 260 comme réserve.

Aucun de ces chiffres maximaux n'a toutefois été utilisé, même approximativement, jusqu'à la fin de l'exercice.

En outre, la nouvelle réglementation de la main-d'œuvre étrangère a donné, au canton de Berne, la possibilité d'octroyer jusqu'à 133 permis, valables pour une durée de six mois, à des stagiaires étrangers. Cela afin de permettre, à des diplômés d'écoles professionnelles ou aux personnes occupées dans des succursales, preneurs de licences et importants clients d'entreprises suisses de se rendre dans notre pays pour un stage de perfectionnement. Jusqu'à la fin de l'année, seuls 24 permis ont été requis sur ce total maximal.

La retenue dont ont fait preuve les requérants pour obtenir de nouveaux résidents annuels était largement motivée, au cours des neuf premiers mois de l'année, par la perspective de la votation sur l'initiative lancée par l'«Action Nationale» contre l'emprise étrangère, dont l'issue était incertaine. Cependant, après le refus de cette initiative, il s'est avéré que la circonspection était également due à des changements d'ordre structurel et conjoncturel. La stagnation qui se produisit ensuite dans le développement économique occasionna un allègement sensible du marché de l'emploi. L'insécurité dans ce domaine a aussi considérablement diminué les mutations de personnel, si bien que même dans le secteur de la santé publique, lequel en était presque exclusivement réduit, depuis nombre d'années, à l'appoint de nouvelle main-d'œuvre étrangère, l'offre et la demande ont retrouvé leur équilibre.

Dès lors, au lieu de s'occuper de la répartition délicate d'un contingent d'étrangers fixé largement au-dessous des besoins en personnel, l'Office du travail s'est vu contraint, vers la fin de l'exercice, d'accorder la priorité absolue à la sécurité de l'emploi du personnel indigène lors de l'examen des demandes de main-d'œuvre étrangère.

Bern nach diesem System, deren Ergebnisse sich zufolge von Umstellungen indessen nur bedingt mit den Resultaten früherer Zählungen vergleichen lassen. Die nachstehende Tabelle gibt den auf Ende August 1974 erhobenen Bestand an kontrollpflichtigen ausländischen Erwerbstätigen wieder:

Erwerbszweige	31. August 1973	31. August 1974	Veränderung
Land- und Forstwirtschaft	1 172	1 091	- 81
Nahrungs- und Genussmittel	2 079	1 565	- 514
Textil und Bekleidung	2 458	2 137	- 321
Holz und Kork	1 111	718	- 393
Bearbeitung von Steinen und Erden	1 516	1 371	- 145
Metallbearbeitung, Maschinen	7 495	6 344	- 1 151
Uhrenindustrie	3 449	3 494	+ 45
Baugewerbe	17 980	13 219	- 4 761
Gastgewerbe	9 861	6 629	- 3 232
Hauswirtschaft	1 302	366	- 936
Gesundheitswesen	1 680	3 623	+ 1 943
Übrige Erwerbszweige	5 958	5 777	- 181
Total	56 061	46 334	- 9 727

Diese Zahlen weisen eine erhebliche Abnahme der kontrollpflichtigen Arbeitskräfte um 9727 Personen oder 17,4 Prozent aus. Diesem Rückgang um 3283 Jahresaufenthalter steht allerdings ein Zuwachs um rund 3500 bei den erwerbstätigen Ausländern mit Niederlassungsbewilligung gegenüber. Diese leichte Zunahme bei den Ausländern mit Dauerbewilligung ist teilweise auf die Entlassung von Arbeitskräften aus dem Saisonstatut zurückzuführen. Dennoch darf, auf das Ganze bezogen, gesagt werden, dass das vom Bundesrat seit 1970 verfolgte Ziel der Stabilisierung des Bestandes der erwerbstätigen Ausländer im Kanton Bern auch im Jahre 1974 wieder erreicht wurde.

Die Zahl der Grenzgänger unterlag auch im vergangenen Jahr keiner Begrenzung seitens der Bundesbehörden. Im Kanton Bern, wo sich ihre Beschäftigung auf die an Frankreich grenzenden Amtsbezirke beschränkt, erfuhr ihr Bestand zwischen Ende August 1973 und Ende August 1974 eine leichte Erhöhung von 2492 auf 2647 Personen. Bis Ende Dezember 1974 wurde nochmals eine leichte Zunahme um rund 100 Arbeitskräfte registriert.

2.2.4 Freiwilliger Landdienst und Praktikantinnenhilfe

Der freiwillige Landdienst vermittelt in den Erntezeiten jugendliche Helfer und Helferinnen, zumeist Schüler der obersten Klassen, die ihre Ferien auf eine besondere, nützliche Weise verbringen wollen. Er wird vom Kanton finanziell getragen, aber vom Bernischen Bauernverband durchgeführt. Erfreulicherweise konnte die Zahl der Einsätze im Berichtsjahr von 1760 auf 2043 gesteigert werden, wobei im Durchschnitt 14 Diensttage geleistet wurden. Zwei Drittel der Freiwilligen stammten aus dem Kanton Bern selbst.

Der Landdienst lindert nicht nur den Personalmangel bei den Arbeitsspitzen in der Landwirtschaft; unmessbar, doch äusserst wertvoll ist sicher die dabei angebahnte Verständigung zwischen Stadt und Land.

Als Ergänzung dazu ist die Praktikantinnenhilfe der Pro Juventute zu bezeichnen. Sie vermittelt Helferinnen und Helfer in Familien, die sich in einer Notlage befinden. Den gesteigerten Anforderungen entsprechend, kommen hier vorwiegend Absolventinnen von höheren Schulen zum Einsatz. Im vergangenen Jahr leisteten 334 Freiwillige während durchschnittlich drei Wochen einen solchen Helferdienst in Berg- und Kleinbauernfamilien im Kanton Bern.

Au cours des dernières années, la Police fédérale des étrangers a établi un registre central des étrangers. Durant l'exercice, tous les relevés d'effectifs dans le canton de Berne ont été effectués pour la première fois d'après ce système, dont les résultats – en raison des changements opérés – ne sont que partiellement comparables à ceux des dénombrements antérieurs. Le tableau qui suit reflète les effectifs de main-d'œuvre étrangère soumis à contrôle et recensés à fin août 1974:

Branches économiques	31 août 1973	31 août 1974	Variation
Agriculture, sylviculture	1 172	1 091	- 81
Alimentation, boissons, tabacs	2 079	1 565	- 514
Industrie textile, habillement	2 458	2 137	- 321
Bois et liège	1 111	718	- 393
Pierre, terres (mise en œuvre)	1 516	1 371	- 145
Métaux et machines	7 495	6 344	- 1 151
Horlogerie	3 449	3 494	+ 45
Bâtiment, génie civil	17 980	13 219	- 4 761
Hôtellerie	9 861	6 629	- 3 232
Economie domestique	1 302	366	- 936
Hygiène et médecine	1 680	3 623	+ 1 943
Autres professions	5 958	5 777	- 181
Total	56 061	46 334	- 9 727

Ces chiffres font apparaître une diminution considérable des travailleurs étrangers sous contrôle, soit de 9727 personnes (17,4%). La réduction de 3283 résidents annuels est toutefois compensée par un accroissement de quelque 3500 étrangers titulaires du permis d'établissement. Cette légère augmentation du groupe des étrangers établis est attribuable en partie à la libération de main-d'œuvre du statut de saisonnier. Dans l'ensemble, il est néanmoins permis d'affirmer que l'objectif visé depuis 1970 par le Conseil fédéral, à savoir la stabilisation du nombre des étrangers exerçant une activité lucrative, a de nouveau été atteint en 1974 dans le canton de Berne.

Le nombre des frontaliers n'a pas non plus été limité l'année dernière par les autorités fédérales. Dans le canton de Berne, où leur emploi se borne aux districts jouxtant la France, ils ont légèrement augmenté (de 2492 à 2647 personnes) entre le 31 août 1973 et le 31 août 1974. Jusqu'à fin décembre 1974, un léger accroissement de quelque 100 personnes a encore été enregistré.

2.2.4 Service agricole et service des stagiaires

Le service agricole volontaire s'occupe du placement de jeunes auxiliaires au moment des récoltes, pour la plupart des élèves des classes supérieures désireux d'utiliser leurs vacances d'une façon judicieuse. Le canton assume les charges financières de ce service, lequel est toutefois organisé par l'Union bernoise des paysans. Il est réjouissant de constater qu'au cours de l'exercice, le nombre des engagements a augmenté de 1760 à 2043, la durée moyenne du service étant de deux semaines. Les deux tiers des volontaires venaient du canton de Berne. Le service agricole a non seulement pour but de fournir à l'agriculture une aide supplémentaire en période de pointe, mais contribue tout autant à développer la compréhension entre citadins et paysans. C'est dans ce même esprit qu'intervient le service des stagiaires de «Pro Juventute», en envoyant des jeunes filles, pour la plupart diplômées d'une école supérieure, à des familles nombreuses et indigentes. L'année dernière, 334 volontaires ont ainsi fourni en moyenne trois semaines de travail dans des familles de petits paysans de la montagne.

2.2.5 *Kriegswirtschaftliche Vorbereitungen auf dem Gebiet des Arbeitseinsatzes*

In 72 Gemeinden wurde im Rahmen der kriegswirtschaftlichen Vorbereitungen eine Überprüfung der Personalverhältnisse in den landwirtschaftlichen Betrieben vorgenommen. Ende 1974 belief sich die Zahl der Aktivdienstdispensationen (II ADS) auf 784 (719).

2.3 **Arbeitslosenversicherung**

Im Berichtsjahr erreichten die von den im Kanton Bern tätigen Arbeitslosenversicherungskassen ausgerichteten Leistungen die Summe von 191 000 Franken gegenüber 64 000 Franken im Jahre 1973. Diese verhältnismässig starke Zunahme kann allerdings nur zum Teil der abgeschwächten Beschäftigungslage zugeschrieben werden. Mehrheitlich ist sie auf die am 1. Oktober 1973 in Kraft getretene Teilrevision des Bundesgesetzes vom 22. Juni 1951 über die Arbeitslosenversicherung zurückzuführen, die eine Erhöhung des durchschnittlichen Taggeldes von 28.57 Franken auf 50.87 Franken zur Folge hatte.

Von den Auszahlungen entfielen rund 112 000 Franken auf Angehörige des Baugewerbes, ungefähr 25 000 Franken auf Uhrenarbeiter und etwa 24 000 Franken auf Arbeitnehmer des Hotel- und Gastwirtschaftsgewerbes. Der Rest von 30 000 Franken verteilte sich auf Bezüger aus den übrigen Berufsgruppen.

Die veränderte Konjunkturlage brachte in der zweiten Hälfte des Jahres 1974 endlich auch den seit Jahren beobachteten Rückgang der Mitgliederbestände zum Stillstand. Dem Arbeitsamt wurden 2907 Aufnahmegesuche (Vorjahr 1095) zur Prüfung vorgelegt, wovon 23 wegen Nichterfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen abgelehnt werden mussten. Unter Vorbehalt von Korrekturen nach Revisionsabschluss gehörten Ende Dezember 52 500 bernische Arbeitnehmer einer Versicherungskasse an, was gegenüber dem Vorjahresbestand eine Zunahme um rund 8500 Versicherte bedeutete. Im Dezember 1974 wurden die Grundzüge der von den Bundesbehörden seit einigen Jahren geplanten Neukonzeption der Arbeitslosenversicherung bekannt. Mit der neuen Ordnung soll ein bundesrechtliches Obligatorium für alle Arbeitnehmer eingeführt werden, wobei das Hauptgewicht auf vorbeugende Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit gelegt werden soll. Da eine Verfassungsänderung erforderlich ist, kann frühestens auf 1978 mit einem Inkrafttreten gerechnet werden.

Bis dahin ist das im letzten Quartal des Berichtsjahres wiedererwachte Interesse an der zur Zeit noch bestehenden Form der Arbeitslosenversicherung zu schüren, um die Versicherungsdichte, die im Kanton Bern Ende 1974 mit 13 Prozent noch beträchtlich unter dem schweizerischen Mittel von rund 20 Prozent lag, entscheidend zu heben.

2.4 **Förderung des Wohnungsbaues**

2.4.1 *Subventionsaktionen 1942–1949*

Für die rund 7500 in der ersten und dritten Wohnbauaktion durch Bund, Kanton und Standortgemeinden subventionierten Wohnungen wurden seinerzeit unbefristete Beitragsbedingungen als öffentlich-rechtliche Eigentums- und Verfügungsbeschränkungen im Grundbuch eingetragen. Die Pflicht zur Subventionsrückerstattung im Falle einer Verletzung der Bestimmungen wurde zum Teil grundpfändlich sichergestellt. Alle rechtsgeschäftlichen Eigentums-

2.2.5 *Travaux préparatoires d'économie de guerre dans le domaine du travail*

Les contrôles destinés à assurer à l'agriculture la main-d'œuvre indispensable en cas de mobilisation ont de nouveau été effectués dans 72 communes. A fin 1974, le nombre des travailleurs agricoles dispensés du service actif (DSA II) s'élevait à 784 (719 en 1973).

2.3 **Assurance-chômage**

Au cours de l'exercice, les prestations des caisses de chômage exerçant leur activité dans le canton de Berne se sont élevées à 191 000 francs, contre 64 000 francs en 1973. Cet accroissement relativement important n'est toutefois attribuable qu'en partie au fléchissement du degré d'occupation. Il est dû avant tout à la révision partielle – entrée en vigueur le 1^{er} octobre 1973 – de la loi fédérale du 22 juin 1951 sur l'assurance-chômage, laquelle entraîna un relèvement de l'indemnité journalière moyenne de 28 fr. 57 à 50 fr. 87.

Quelque 112 000 francs ont été versés à des travailleurs du bâtiment, 25 000 francs à des travailleurs de l'horlogerie et 24 000 francs à ceux de l'hôtellerie, le reste, soit 30 000 francs, étant réparti entre les autres groupes professionnels. Au cours de la seconde moitié de l'année 1974, les modifications de la situation conjoncturelle modifiée ont finalement stoppé la régression, constatée depuis des années, du nombre des assurés. L'Office du travail a été appelé à examiner 2907 demandes d'admission (1095 en 1973). De ce nombre, 23 ont dû être écartées, les conditions légalement requises n'étant pas remplies. Sous réserve de corrections après la clôture des travaux de révision, 52 500 travailleurs domiciliés dans le canton étaient membres d'une caisse d'assurance à fin décembre, ce qui représente une augmentation de quelque 8500 assurés par rapport à l'effectif relevé l'année précédente. En décembre 1974 furent connus les points essentiels de la nouvelle conception, envisagée depuis quelques années par les autorités fédérales, en matière d'assurance-chômage. La nouvelle réglementation se propose d'introduire, pour tous les salariés, une obligation fondée sur le droit fédéral, l'accent principal étant mis sur les mesures préventives contre le chômage. Ce projet nécessitant une modification constitutionnelle, l'entrée en vigueur de la nouvelle loi n'aura sans doute pas lieu avant le début de 1978.

D'ici là, il convient de promouvoir l'intérêt – qui s'est manifesté depuis le dernier trimestre de l'exercice – envers l'assurance-chômage sous sa forme actuelle, cela de manière à hausser d'une façon décisive le nombre des assurés dans le canton de Berne, qui atteignait 13% à fin 1974 et était encore largement inférieur à la moyenne suisse d'environ 20%.

2.4. **Encouragement de la construction de logements**

2.4.1 *Campagne de subvention de 1942 à 1949*

Pour les 7500 logements subventionnés par la Confédération, le canton et les communes au cours des campagnes I et III, des charges liées à l'octroi du subside furent inscrites en son temps au registre foncier, pour une durée indéterminée, à titre de restrictions de droit public apportées à la propriété et au droit de disposition. L'obligation de rembourser la subvention en cas d'infraction aux prescriptions a été garantie par la constitution d'hypothèques. En conséquence, tous les

übertragungen sowie Veränderungen im Bestand der Subventionsliegenschaften oder der darauf lastenden Grundpfandrechte bedürfen somit der Genehmigung durch das kantonale Arbeitsamt. Ausserdem müssen bei wertvermehrenden Aufwendungen oder bei Veränderungen des Hypothekenzinses die Anlagekosten bzw. die Mietpreise bereinigt werden. Die subventionierten Wohnungen sind ferner periodisch auf die Einhaltung der auflastenden Bedingungen zu überprüfen.

All diese Vorgehen, insbesondere aber die Auseinandersetzungen bei Rückforderungen der Beiträge wegen Zweckentfremdung oder gewinnbringendem Verkauf von Subventionsbauten, erforderten auch im Berichtsjahr wieder einen beträchtlichen Verwaltungsaufwand. Die wegen Verletzung der Bedingungen oder bei der Veräusserung solcher Objekte mit Gewinn zurückgeforderten Wohnbaubeiträge beliefen sich zusammen mit den freiwilligen Rückerstattungen auf 820 084 Franken, wovon 287 318 Franken auf Kantonsanteile entfielen.

2.4.2 *Wohnungsverbesserungen in Berggebieten*

Nach Massgabe des Bundesgesetzes vom 20. März 1970 und des Volksbeschlusses vom 7. Februar 1971 konnte wiederum eine Reihe von Projekten zur Verbesserung baulich oder räumlich ungenügender Wohnverhältnisse im Berggebiet unterstützt werden. Von 98 eingereichten Gesuchen konnten 80 Fälle mit einer Bausumme von rund 6,1 Millionen Franken zur Weiterbehandlung entgegengenommen werden. An 94 Geschäfte mit beitragsberechtigten Baukosten von 7,36 Millionen Franken wurde eine Gesamtsubvention von 2 875 208 Franken (39,06%) zugesichert, in die sich der Bund mit 1 437 604 Franken (19,53%), der Kanton mit 968 762 Franken (13,16%) und die Gemeinden der Bauorte mit 468 842 Franken (6,37%) teilen. Vom kantonalen Gesamtkredit von 5 Millionen Franken, der für die Durchführung der Aktion in den Jahren 1971 bis 1980 bereitgestellt wurde, sind nach Ablauf von vier Jahren bereits 2 466 513 Franken zugesichert worden.

Im Sinne der überwiesenen Motion Buchs vom 5. September 1973 wird es deshalb nötig sein, dem Grossen Rat rechtzeitig vor Erschöpfung der verfügbaren Mittel einen Antrag auf Erhöhung der Kreditlimite vorzulegen, um einen vorzeitigen Abbruch dieser hochgeschätzten Sanierungsmassnahmen zu verhindern.

2.4.3 *Förderungsaktionen zugunsten des Wohnungsbaues*

Im Rahmen der seit 1966 im Gang befindlichen Aktion zur Förderung des Wohnungsbaues gemäss dem Bundesgesetz vom 19. März 1965/20. März 1970 und den kantonalen Volksbeschlüssen vom 17. April 1966 und 7. Februar 1971 gingen bis Ende 1974 113 Gesuche mit einer Bausumme von rund 250,5 Millionen Franken ein. In 97 Fällen mit 2307 Wohnungen und einem zuschussberechtigten Aufwand von 186,6 Millionen Franken sicherten Bund, Kanton und Gemeinden für die Dauer von 20 Jahren Kapitalzinszuschüsse von insgesamt 76,8 Millionen Franken, oder 3,84 Millionen Franken pro Jahr zu. An 15 Bauvorhaben vermittelte der Kanton ausserdem Bundesbürgschaften für Nachgangshypotheken, in vier weiteren Fällen Bundesbürgschaften für den Landankauf und in sechs Geschäften Bundesdarlehen an Finanzinstitute zum Zwecke der Baufinanzierung.

Von den ehemals 617 Wohnungen, die gemäss Bundesbeschluss vom 31. Januar 1958 und Volksbeschluss vom 7. Dezember 1958 über Massnahmen zur Förderung des

transfers legalmente valables de propriété ainsi que toutes les modifications apportées à l'état des immeubles subventionnés ou aux gages immobiliers nécessitent le consentement de l'Office cantonal du travail. En outre, lors de dépenses supplémentaires à plus-value ou de modifications du taux d'intérêt hypothécaire, il convient de revoir le coût d'investissement et de réajuster le montant des loyers. Enfin, il s'agit de veiller périodiquement à ce que les prescriptions régissant les appartements subventionnés soient respectées. Toutes ces opérations, et tout particulièrement les controverses soulevées par la procédure de récupération des subventions en raison d'affectation contraire au but assigné ou de vente avec bénéfice d'immeubles subventionnés, ont de nouveau occasionné, au cours de l'exercice, un volume de travail considérable. Ajoutées aux restitutions volontaires, les subventions récupérées en raison de vente avec bénéfice ou à la suite d'une infraction aux prescriptions ont atteint un montant de 820 084 francs, dont 287 318 francs sont revenus au canton.

2.4.2 *Amélioration des conditions de logement dans les régions de montagne*

En vertu de la loi fédérale du 20 mars 1970 et de l'arrêté populaire du 7 février 1971, toute une série de projets d'assainissement de l'habitat dans les régions de montagne ont de nouveau été soutenus. Sur 98 demandes présentées, il a été donné suite à 80 cas représentant un montant de travaux de 6,1 millions de francs. Une subvention globale de 2 875 208 francs, soit 39,6%, a été accordée en faveur de 94 affaires représentant un montant subventionnable de 7,36 millions de francs. Le total de cette subvention se décompose comme suit: Confédération 1 437 604 francs, soit 19,53%; canton 968 762 francs, soit 13,16%; communes du lieu de la construction 468 842 francs, soit 6,37%. Sur l'ensemble du crédit cantonal de 5 millions de francs, mis à disposition pour l'exécution de la campagne d'amélioration au cours des années 1971 à 1980, une somme de 2 466 513 francs a déjà été utilisée au bout de quatre ans. Dès lors, il sera nécessaire de soumettre au Grand Conseil, en temps utile, avant l'épuisement des moyens financiers disponibles, un projet visant au relèvement de la limite du crédit – au sens de la motion Buchs déposée le 5 septembre 1973 –, cela afin d'éviter que ces mesures d'assainissement, hautement appréciées, ne doivent être suspendues prématurément.

2.4.3 *Campagnes d'encouragement à la construction de logements*

Dans le cadre des mesures appliquées depuis 1966 en vue d'encourager la construction de logements, en vertu de la loi fédérale du 19 mars 1965/20 mars 1970 et de l'arrêté populaire du 17 avril 1966/7 février 1971, 113 requêtes représentant un coût de construction d'environ 250,5 millions de francs ont été présentées jusqu'à fin 1974. Il a été fait droit à 97 d'entre elles, représentant 2307 logements. Le coût des constructions ayant droit à ces apports s'est élevé à 186,6 millions de francs. La Confédération, le canton et les communes ont accordé, pour une période de vingt ans, une aide de 76,8 millions de francs au total, ou 3,84 millions de francs par an, en vue de réduire les loyers. En outre, la Confédération a agréé 15 demandes de cautionnement pour des hypothèques en rang postérieur, quatre demandes de cautionnement pour l'acquisition de terrains et six demandes de prêts de la Confédération à des établissements de crédit pour couvrir le coût des constructions.

Sur les 617 logements pour lesquels un montant annuel global est octroyé par les collectivités publiques en vue

sozialen Wohnungsbaues Anspruch auf Verbilligungszuschüsse hatten, mussten bis Ende des Berichtsjahres deren 225 von der Beitragsgewährung ausgeschlossen werden. Auf Grund der in den eidgenössischen Bestimmungen vorgeschriebenen Zweckerhaltungskontrollen wurde festgestellt, dass die Bewohner die Voraussetzungen nicht mehr erfüllten.

Die ständige Überwachung der in den beiden Zuschussaktionen verbilligten rund 3000 Wohnungen verursacht unverhältnismässig grosse administrative Umtriebe. Das System der halbjährlichen Lastenbeiträge erfordert praktisch eine dauernde Kontrolle der personellen und finanziellen Verhältnisse jedes Mieters einer begünstigten Wohnung, weil jede Veränderung Anlass zur Streichung oder Wiedergewährung des Zuschusses geben kann. Bei der Beurteilung einiger neuerer Gesuche konnte man sich zudem des Eindrucks nicht erwehren, für die Antragsteller seien andere Motive als die Schaffung preisgünstiger Wohnung massgebend gewesen. So beispielsweise die Interessen der finanzierenden Bankinstitute, weil die als «sozialer Wohnungsbau» aufgezogenen Vorhaben über das von den Kreditrestriktionen gemäss Bundesbeschluss vom 20. Dezember 1972 ausgeklammerte Härtekontingent finanziert werden konnten. Nach der Erstellung der Bauten erfolgte die Vermietung, ungeachtet der Subventionsbedingungen und nicht selten zu mehr als 50 Prozent an Mieter, die die Beitragsvoraussetzungen in keiner Weise erfüllten. Obwohl an die so vermieteten Wohnungen bis auf weiteres keine Zuschüsse ausgerichtet werden, bleiben die zugesicherten Kredite auf 20 Jahre hinaus blockiert, da bei einem Mieterwechsel die Zuschussberechtigung wieder aufleben kann.

2.4.4 *Kreditrestriktionen; Härtekontingent «Wohnungsbau»*

Im Bundesbeschluss vom 20. Dezember 1972 über Massnahmen auf dem Gebiet des Kreditwesens wurde für den preisgünstigen und den mit öffentlicher Hilfe geförderten Wohnungsbau ein Härtekontingent ausgeklammert. Bis Ende des Berichtsjahres hatte sich das Arbeitsamt mit 40 Gesuchen um Zuteilung einer Härtequote für Wohnbauten zu befassen. Davon mussten 15 mangels Voraussetzungen mit ablehnendem Antrag weitergeleitet werden. Für 25 Fälle gewährte die für den Entscheid zuständige Nationalbank die Freigabe von insgesamt 13,7 Millionen Franken.

2.5 **Verschiedenes**

2.5.1 *Erhebung über die Bautätigkeit und die Bauvorhaben*

Gemäss der anfangs 1974 durchgeführten Erhebung belief sich die öffentliche und private Bautätigkeit im Kanton Bern im Jahr 1973 auf 3,09 Milliarden. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr betrug nur 3,7 Prozent, während von 1971 auf 1972 noch ein Anstieg um 20 Prozent zu verzeichnen war. Beim Wohnungsbau konnte noch ein Zuwachs um 6,8 Prozent festgestellt werden, wogegen beim industriellen und gewerblichen Bau ein Rückgang um 10,4 Prozent eintrat. Die für das Berichtsjahr angemeldeten Bauvorhaben erreichten den Betrag von 3,1 Milliarden oder 6,2 Prozent weniger als der Vergleichswert für 1973.

d'abaisser les loyers, en vertu de l'arrêté fédéral du 31 janvier 1958 et de l'arrêté populaire du 7 décembre 1958 portant mise à disposition de moyens financiers en vue d'encourager la construction de logements à caractère social, 225 ont été exclus, jusqu'à la fin de l'exercice, les contrôles du maintien de la destination première ayant révélé que leurs occupants ne remplissaient plus les conditions prescrites.

La surveillance constante des quelque 3000 logements à loyers abaissés en vertu de ces deux campagnes d'encouragement occasionne un gros travail administratif. Le système des apports semestriels exige pratiquement un contrôle permanent de la situation personnelle et pécuniaire de chaque locataire d'un appartement bénéficiant des prestations, vu que toute modification intervenue peut donner lieu à une exclusion ou à une reprise de l'octroi des apports. Lors de l'appréciation de quelques nouvelles demandes, on ne pouvait en outre se défaire de l'impression que pour certains requérants, d'autres motifs que la création d'appartements à loyers modérés avaient été déterminants. Ainsi, par exemple, les intérêts des établissements bancaires participant au financement, du fait que les projets présentés sous l'étiquette de «construction de logements à caractère social» pouvaient être financés au moyen du contingent spécial, exclu des restrictions de crédit en vertu de l'arrêté fédéral du 20 décembre 1972. Après la construction des immeubles locatifs, les appartements furent loués sans tenir compte des conditions exigées en matière de subvention, et cela fréquemment pour plus de 50% à des locataires qui ne remplissaient aucunement les conditions requises. Quand bien même les logements ainsi loués n'obtiennent pas d'apports jusqu'à nouvel avis, les crédits octroyés pour une durée de vingt ans demeurent bloqués, vu que lors d'un changement de locataire, le droit aux prestations peut être rétabli.

2.4.4 *Restrictions de crédits; contingent spécial «construction de logements»*

Dans l'arrêté fédéral du 20 décembre 1972 instituant des mesures dans le domaine du crédit, un contingent spécial exclu des restrictions fut destiné à encourager la construction de logements bon marché. Jusqu'à la fin de l'exercice, l'Office du travail a été appelé à statuer sur 40 requêtes sollicitant l'octroi de subsides prélevés sur ledit contingent. Sur ce nombre, il a fallu transmettre 15 demandes avec préavis défavorable, tandis que 25 cas se sont vu attribuer un quota supplémentaire de 13,7 millions de francs par la Banque nationale.

2.5 **Divers**

2.5.1 *Recensement de l'activité du bâtiment et des projets de construction*

D'après les chiffres du recensement effectué au début de 1974, l'activité du bâtiment dans les secteurs public et privé du canton de Berne a représenté en 1973 une somme de 3,09 milliards de francs. L'accroissement par rapport à l'année précédente n'est plus que de 3,7%, alors que de 1971 à 1972, il s'élevait à 20%. Dans la construction de logements, le taux de croissance atteignait encore 6,8%, tandis que les constructions industrielles et artisanales ont enregistré une diminution de 10,4%.

Quant aux projets dont l'exécution a été annoncée pour 1974, ils représentent un montant de 3,1 milliards de francs, soit 6,2% de moins que l'année précédente.

3. Versicherungsamt

(Siehe Tabellen zu diesem Abschnitt am Schluss des Berichtes.)

3.1 Allgemeines

3.1.1 Organisation und Geschäftsbereich

Das Berichtsjahr war stark belastet durch die Überführung der von der Ausgleichskasse des Kantons Bern (AKB) auszahlenden AHV/IV-Renten und Ergänzungsleistungen (EL) vom bisherigen Computer Gamma 30 der Abteilung für Datenverarbeitung des Kantons Bern auf deren neuen Computer IBM 370/158. Dabei wurde das Organisationskonzept so getroffen, dass die elektronische Datenverarbeitung der AKB inskünftig sehr eng mit der bundeseigenen EDV-Anlage der Zentralen Ausgleichsstelle in Genf koordiniert ist. Ab 1. August 1974 erfolgen nun die Meldungen der AKB an das Rentenregister der Zentralen Ausgleichsstelle in Genf mit Magnetband. Im September 1974 konnten die 13. Monatsrenten und die 13. Ergänzungsleistungen bereits mit dem Computer IBM 370/158 reibungslos ausbezahlt werden.

Vom August 1974 an begann die AKB mit der Planung und den anschliessenden Programmierungsarbeiten für die AHV- und EL-Revision auf den 1. Januar 1975. Die Renten und EL wurden kurz vor Weihnachten mit dem neuen Computer umgerechnet, zwischen Weihnachten und Neujahr die Auszahlungsbelege erstellt und diese am 31. Dezember der Post übergeben. Am 6. Januar 1975 stellte die AKB den EL-Bezüglern ein Orientierungsblatt zur EL-Revision und den Gemeindeausgleichskassen ein Umrechnungsprotokoll zur Auskunftserteilung an ihre AHV/IV-Rentner und EL-Bezüglern zu.

Ende des Jahres betrug der Personalbestand 170 (im Vorjahr 160) Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, davon 34 (37) mit Teilzeitarbeit Zufolge Todes oder Demission erhielten 26 (41) Gemeindeausgleichskassen einen neuen Leiter.

3.1.2 Gesetzgebung und Parlament

3.1.2.1 *Bund.* Die Ausgleichskasse des Kantons Bern hat vorwiegend die ihr bundesrechtlich übertragenen Aufgaben durchzuführen. Daher wird kurz auch auf die wesentlichen eidgenössischen Massnahmen und Erlasse hingewiesen. Gleich zu Beginn des Jahres trat die von den eidgenössischen Räten am 27. September 1973 beschlossene Abänderung der Erwerbsersatzordnung für Wehr- und Zivilschutzpflichtige in Kraft. Seit dem 1. April 1974 gilt das am 14. Dezember 1973 revidierte Bundesgesetz über Familienzulagen für landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Kleinbauern; durch Bundesratsbeschluss vom 27. März 1974 wurde auch Artikel 3 der Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz neu gefasst. Am 28. Juni 1974 verabschiedete die Bundesversammlung das Bundesgesetz zur Revision der AHV/IV und EL auf den 1. Januar 1975. Die Gesetzesnovelle beinhaltet ebenfalls die Ausrichtung einer 13. AHV/IV-Rente und einer 13. Ergänzungsleistung im Monat September 1974 zum Ausgleich der Teuerung. Am 18. Oktober 1974 passte zudem der Bundesrat die Vollzugsverordnung den neuen bundesrechtlichen Bestimmungen an. Ferner traten auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit in Kraft: am 1. Juli 1974 das Zusatzabkommen zum schweizerisch-österreichischen Vertrag, am 1. Oktober 1974 der Zusatz zur Vereinbarung vom 1. Oktober 1968 über die Durchführung des Abkommens zwischen der Schweiz und Österreich und am

3. Office cantonal des assurances

(Voir tableaux de ce chapitre à la fin du rapport.)

3.1 Généralités

3.1.1 Organisation et champ d'activité

L'exercice 1974 s'est révélé particulièrement chargé en raison du transfert des rentes AVS/AI et des prestations complémentaires (PC) devant être payées par la caisse de compensation du canton de Berne (CCB) de l'ordinateur Gamma 30 de la Division de l'informatique du canton de Berne sur le nouvel ordinateur IBM 370/158. Ce faisant, le système d'organisation a été conçu de telle sorte que le traitement des données par ordinateur électronique de la CCB soit dorénavant étroitement lié à la machine électronique pour le traitement des données acquise par la Confédération et qui se trouve au service de la Centrale de compensation à Genève. Ainsi, depuis le 1^{er} août 1974, les communications de la CCB au registre des rentes de la Centrale de compensation à Genève sont transmises au moyen de bandes magnétiques. En septembre 1974, les 13^{es} mois de rentes de même que les 13^{es} mois de prestations complémentaires ont déjà pu être versés sans difficulté aux bénéficiaires, grâce au nouvel ordinateur IBM 370/158.

Août 1974 a marqué pour la caisse de compensation du canton de Berne (CCB) le début de la planification ainsi que des travaux de programmation relatifs à la révision de l'AVS et des prestations complémentaires au 1^{er} janvier 1975. Les nouvelles rentes et prestations complémentaires ont été calculées peu avant Noël à l'aide du nouvel ordinateur. Quant aux bulletins de paiement, ils ont été établis entre Noël et Nouvel-An et remis à la poste le 31 décembre. Le 6 janvier 1975, la CCB a adressé aux bénéficiaires de PC un bulletin d'information concernant la révision des prestations complémentaires. A la même date, elle a fait parvenir aux offices communaux de compensation un procès-verbal sur l'augmentation des rentes, afin de permettre à ceux-ci de renseigner en conséquence les rentiers AVS/AI, ainsi que les bénéficiaires de PC de leur commune.

A la fin de l'année, l'effectif du personnel comprenait 170 (160, l'année précédente) collaborateurs et collaboratrices, dont 34 (37) travaillant à temps partiel. Par suite de décès ou de démissions, de nouveaux préposés ont été placés à la tête de 26 (41) offices communaux de compensation.

3.1.2 Législation et Parlement

3.1.2.1 *Confédération.* La Caisse de compensation du canton de Berne est principalement chargée d'exécuter les tâches transmises au canton par le droit fédéral et dont il convient de rappeler brièvement les mesures et ordonnances essentielles. La modification de l'ordonnance concernant le régime des allocations pour perte de gain en faveur des militaires et des personnes astreintes à la défense civile, modification approuvée le 27 septembre 1973 par les Chambres fédérales, est entrée en vigueur au début de l'année. La loi fédérale fixant le régime des allocations familiales octroyées aux travailleurs agricoles et aux petits paysans, révisée le 14 décembre 1973, est entrée en vigueur le 1^{er} avril 1974. Par l'arrêté du Conseil fédéral du 27 mars 1974, l'article 3 du règlement d'exécution de la loi fédérale a également été modifié. Le 28 juin 1974, l'Assemblée fédérale a voté la loi fédérale sur la révision de l'AVS/AI et des PC avec entrée en vigueur au 1^{er} janvier 1975. La nouvelle loi prévoit également le versement d'une 13^e rente AVS/AI et d'une

1. Dezember 1974 das schweizerisch-griechische Abkommen vom 1. Juni 1973.

3.1.2.2 *Kanton*. Folgende parlamentarische Vorstösse wurden behandelt:

Februarsession 1974. Die Motion *Beuchat* vom 12. November 1973, worin die Eröffnung einer Ausgleichskasse im Jura für IV-Fälle verlangt wurde, nahm der Grosse Rat als Postulat an. Im übrigen sollen Fälle, die lange ausstehen, dem IV-Sekretariat konkret gemeldet werden. Die IV-Organen sind bestrebt, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die Erledigung zu beschleunigen. Nachdem sich Grossrat *Fleury* mit der Umwandlung seiner Motion vom 12. November 1973 zur Erhöhung der Kinderzulage für nichtlandwirtschaftliche Arbeitnehmer auf 60 Franken in ein Postulat nicht einverstanden erklären konnte, wurde die Motion mit Stichtentscheid des Präsidenten abgelehnt. Dagegen nahm der Grosse Rat die dringliche Motion *Strahm* vom 6. Februar 1974 betreffend Teuerungsausgleich für Bezüger von Ergänzungsleistungen auf Ersuchen des Motionärs als Postulat an. *Septembersession 1974*. Es standen die Motionen *Fleury* und *Strahm* vom 4. Juni 1974 zur Behandlung. Das nochmalige Begehren von Grossrat *Fleury* um Erhöhung der nichtlandwirtschaftlichen Kinderzulagen auf 60 Franken lehnte der Rat wiederum ab; hingegen nahm er die Motion *Strahm* zur Festlegung des Mindestansatzes auf 55 Franken an. *Novembersession 1974*. Die Motion *Jenzer* vom 4. Juni 1974 zur Einführung von Abrechnungsstellen der Verbandsausgleichskassen bei der kantonalen Familienausgleichskasse wurde abgelehnt und als Postulat angenommen. Die Prüfung der sich stellenden vielschichtigen Fragen ist im Gange. Sodann wurde die Motion *Linder* vom 9. September 1974 abgelehnt, die eine Standesinitiative zwecks Rückzahlung von AHV-Prämien an hinterbliebene Trauerfamilien von frühverstorbenen, langjährigen AHV-Prämienbezahlern forderte. Andererseits nahm der Grosse Rat die Motion *Boss* vom 11. September 1974 an. Der Regierungsrat wird das Begehren um Ausdehnung der Behandlung von Geburtsgebrechen, speziell des Skeletts und der Kiefer, bis zum Abschluss und Übernahme durch die IV bei den Bundesbehörden anbringen. Zur Interpellation *Moser* (Trimstein) vom 2. September 1974 erklärte der Regierungsrat in seiner schriftlichen Antwort vom 9. Oktober 1974, er könne in bezug auf den Zeitpunkt einer erneuten Erhöhung der Einkommensgrenzen in der Krankenversicherung keine verbindliche Erklärung abgeben. Inzwischen wurde der Interpellant über das Ergebnis der Erhebung bei den andern Kantonen durch Schreiben der Volkswirtschaftsdirektion vom 12. Dezember 1974 orientiert. Am 4. November 1974 ist das Postulat *Eggenberg* zur Prüfung einer allfälligen Revision von Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe c des kantonalen Gesetzes vom 5. März 1961 über Kinderzulagen für Arbeitnehmer eingereicht worden. Die schriftliche Beantwortung erfolgt in der Februarsession 1975.

Gesetzgeberisch mussten kantonal auf dem Gebiete der Ergänzungsleistungen und der Kinderzulagen für nichtlandwirtschaftliche Arbeitnehmer Vorkehren getroffen werden. Ausser dem Dekret vom 11. September 1974 (das materiell den Regierungsratsbeschluss Nr. 1836 vom 1. Mai 1974 beinhaltet) zur Ausrichtung eines Teuerungsausgleichs an die Bezüger von Ergänzungsleistungen passte der Grosse Rat mit Dekret vom 4. November 1974 das kantonale Gesetz über Ergänzungsleistungen auf den 1. Januar 1975 an die bundesrechtlichen Vorschriften betreffend die AHV-Revision an. Zudem wurde durch Dekret vom 19. November 1974 der Mindestansatz der Kinderzulage für Arbeitnehmer mit Wirkung ab 1. Januar 1975 auf 55 Franken im Monat erhöht.

Im weitem nahm der Regierungsrat mit Schreiben vom

13^e prestation complémentaire au mois de septembre 1974, en vue de compenser l'augmentation du coût de la vie. En outre, le 18 octobre 1974, le Conseil fédéral a adapté le règlement d'exécution aux nouvelles dispositions de la loi fédérale. Sont, en outre, entrés en vigueur dans le domaine de la sécurité sociale: le 1^{er} juillet 1974, l'avenant à la Convention entre la Suisse et l'Autriche; le 1^{er} octobre 1974, l'avenant à l'accord du 1^{er} octobre 1968 sur l'exécution de la convention signée entre la Suisse et l'Autriche; enfin, le 1^{er} décembre 1974, la convention gréco-suisse du 1^{er} juin 1973.

3.1.2.2 *Canton*. Les interventions parlementaires suivantes ont été traitées:

Session de février 1974. La motion *Beuchat* du 12 novembre 1973, concernant l'établissement d'une caisse de compensation AI dans le Jura, a été admise par le Grand Conseil en tant que postulat. En outre, les cas restés longtemps en souffrance devront être signalés individuellement et avec précision au secrétariat AI. Les organes AI s'efforceront de tout mettre en œuvre afin d'accélérer le règlement des cas en question. Le député *Fleury* n'ayant pu admettre que sa motion du 12 novembre 1973 concernant l'augmentation de 40 à 60 francs par mois des allocations pour enfants octroyées aux salariés non agricoles soit transformée en postulat, ladite motion a été rejetée à une voix près, celle du Président. En revanche, le Grand Conseil a admis comme postulat, à la demande du motionnaire, la motion d'urgence *Strahm* du 6 février 1974 concernant l'octroi d'une allocation destinée à compenser l'augmentation du coût de la vie (allocation de vie chère) aux bénéficiaires de prestations complémentaires. *Session de septembre 1974*. Les motions *Fleury* et *Strahm* du 4 juin 1974 se trouvaient à l'ordre du jour. La demande réitérée du député *Fleury* visant à porter à 60 francs les allocations pour enfants des salariés non agricoles a de nouveau été l'objet d'un refus de la part du Grand Conseil; en revanche, la motion *Strahm* proposant de fixer le montant minimum à 55 francs a été acceptée. *Session de novembre 1974*. La motion *Jenzer* du 4 juin 1974 proposant la reconnaissance des caisses professionnelles AVS comme offices de décompte de la Caisse cantonale d'allocations familiales a été rejetée et acceptée comme postulat. D'autre part, l'examen de questions de tous ordres est en cours. Ensuite, la motion *Linder* du 9 septembre 1974 préconisant une initiative cantonale en vue du remboursement de primes AVS aux membres survivants des familles d'assurés prématurément disparus après avoir payé leurs cotisations AVS durant de longues années, a également été rejetée. D'autre part, le Grand Conseil a accepté la motion *Boss* du 11 septembre 1974. Le Conseil-exécutif est invité à agir auprès des autorités fédérales, afin que le traitement des infirmités congénitales, plus particulièrement de celles du squelette et des mâchoires, soit pris en charge jusqu'à son terme par l'AI. En ce qui concerne l'interpellation *Moser* (Trimstein) du 2 septembre 1974, le Conseil-exécutif a déclaré dans sa réponse écrite du 9 octobre 1974 qu'il n'était pas en mesure de faire une déclaration précise quant à la date de l'augmentation des limites de revenu dans le cadre de l'assurance-maladie. Dans l'intervalle, par lettre du 12 décembre 1974, la Direction de l'économie publique a informé l'interpellateur du résultat de la consultation effectuée auprès des cantons. Le 4 novembre 1974, a été présenté le postulat *Eggenberg* proposant d'étudier la question d'une éventuelle révision de l'article 8, alinéa 2, lettre c, de la loi cantonale du 5 mars 1961 sur les allocations pour enfants octroyées aux salariés. La réponse écrite sera donnée lors de la session de février 1975.

Du point de vue législatif, des mesures ont dû être prises sur le plan cantonal dans le domaine des prestations complé-

23. Oktober 1974 zu dem ihm vom Eidgenössischen Departement des Innern in einem zweiten Vernehmlassungsverfahren unterbreiteten Vorentwurf über das Obligatorium der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge Stellung. Ferner äusserte er sich, ebenfalls am 23. Oktober 1974, schriftlich zum Gesetzesentwurf über die vom Bund vorgesehene vierte Revision der Erwerbsersatzordnung für Wehr- und Zivilschutzpflichtige.

mentaires et des allocations pour enfants en faveur des travailleurs non agricoles. Outre le décret du 11 septembre 1974 (qui englobe, quant au fond, l'arrêté du Conseil-exécutif n° 1836, du 1^{er} mai 1974) concernant le versement d'une allocation de vie chère aux bénéficiaires de prestations complémentaires, par décret du 4 novembre 1974, le Grand Conseil a adapté, au 1^{er} janvier 1975, la loi cantonale sur les prestations complémentaires aux prescriptions du droit fédéral concernant la révision de l'AVS. En outre, par décret du 19 novembre 1974, le montant minimum de l'allocation pour enfant destinée aux salariés a passé à 55 francs par mois avec effet au 1^{er} janvier 1975.

D'autre part, dans sa lettre du 23 octobre 1974, le Conseil-exécutif s'est prononcé sur un avant-projet qui lui avait été soumis par le Département fédéral de l'intérieur lors d'une seconde procédure de consultation. Cet avant-projet concerne l'obligation de la prévoyance professionnelle en faveur des personnes âgées, des survivants et des invalides. En outre, le Conseil-exécutif s'est également prononcé par écrit, en date du 23 octobre 1974, en ce qui concerne le projet de loi sur la quatrième révision (prévue par la Confédération) de l'ordonnance sur le régime des allocations pour perte de gain en faveur des militaires et des personnes astreintes à servir dans l'organisation de la protection civile.

3.2 Kreis der Versicherten

3.2.1 Wie üblich wechselten auf Jahresende wiederum Abrechnungspflichtige ihre Ausgleichskasse. Von den Verbandsausgleichskassen wurden 227 (272) Kassenmitglieder angefordert. Nach Bereinigung der Kassenzugehörigkeit musste unsere Kasse schlussendlich 186 (206) Abrechnungspflichtige an Verbandsausgleichskassen abtreten. Von den Verbandsausgleichskassen traten 40 (140) Abrechnungspflichtige zu unserer Kasse über.

3.2.2 Der *Bestand* an abrechnungspflichtigen Arbeitgebern, Selbständigerwerbenden und Nichterwerbstätigen betrug Ende des Geschäftsjahres 67 541 (67 855).

3.3 Beiträge an die verschiedenen Versicherungszweige (AHV/IV/EO)

3.3.1 Die verbuchten Beiträge belaufen sich auf 336 467 394 Franken gegenüber 287 108 411 Franken im Vorjahr. Wegen erfolgloser Betreuung oder weil eine Betreuung als aussichtslos erschien, mussten geschuldete Beiträge von insgesamt 217 907 Franken (247 161 Fr.) abgeschrieben werden. Davon entfallen auf die Gemeindeausgleichskasse Bern 44 759 Franken (73 953 Fr.), die Gemeindeausgleichskasse Biel 22 576 Franken (11 641 Fr.) und auf die übrigen 489 Gemeindeausgleichskassen 150 572 Franken (161 567 Fr.).

3.3.2 *Herabsetzungsgesuche* sind von den Selbständigerwerbenden 6 (1) eingegangen.

3.3.3 *Markenhefte* von nichtlandwirtschaftlichen Arbeitnehmern wurden 973 (1104) abgeliefert und von Studenten 123 (108), insgesamt somit 1096 (1212).

3.4 Leistungen der Alters- und Hinterlassenenversicherung

3.4.1 Am Jahresende bezogen bei unserer Kasse 73 609 Personen eine AHV-Rente. Die nachstehende Tabelle zeigt die Verteilung der Renten auf die verschiedenen Rentenarten.

3.2 Le cercle des assurés

3.2.1 Comme de coutume, à la fin de l'année, certains assujettis à décompte ont de nouveau changé de caisse. Des caisses professionnelles de compensation nous ont demandé le transfert de 227 (272) de nos membres, transfert que nous avons dû accorder dans 186 (206) cas. Des assujettis à décompte au nombre de 40 (140) ont quitté leur caisse professionnelle pour s'affilier à notre caisse.

3.2.2 *L'effectif* des employeurs assujettis à décompte, des indépendants et des non-actifs s'élevait à la fin de l'année à 67 541 (67 855).

3.3 Cotisations dues aux diverses branches d'assurance (AVS/AI/APG)

3.3.1 Les cotisations comptabilisées ont atteint le chiffre de 336 467 394 francs contre 287 108 411 francs l'année précédente. En raison de poursuites infructueuses ou se révélant d'emblée telles, un total de 217 907 francs (247 161 fr.) de cotisations a dû être amorti. Celles-ci concernaient l'Office communal de compensation de la ville de Berne pour une somme de 44 759 francs (73 953 fr.), l'Office communal de compensation de la ville de Bienne pour 22 576 francs (11 641 fr.) et les 489 autres offices communaux de compensation pour 150 572 francs (161 567 fr.).

3.3.2 *Des demandes de réduction* ont été présentées par des indépendants 6 (1).

3.3.3 *Carnets de timbres*. Il en a été remis 973 (1104) par des salariés non agricoles et 123 (108) par des étudiants, soit 1096 (1212) en tout.

3.4 Prestations de l'assurance-vieillesse et survivants

3.4.1 A la fin de l'année, 73 609 personnes touchaient une rente AVS de notre caisse. Le tableau ci-après donne la répartition des rentes versées selon leur genre.

Rentenart	Ordentliche Renten		Ausserordentliche Renten	
	Anzahl	in Prozenten	Anzahl	in Prozenten
1. Altersrenten				
Einfache Altersrenten	41 984	63,52	6 587	87,70
Ehepaaraltersrenten	13 960	21,12	90	1,19
Halbe Ehepaaraltersrenten	656	0,99	2	0,03
2. Hinterlassenenrenten				
Witwenrenten	3 503	5,30	165	2,19
Einfache Waisenrenten	2 782	4,21	585	7,79
Vollwaisenrenten	81	0,12	5	0,07
3. Zusatzrenten				
Für Ehefrauen	2 065	3,12	6	0,08
Einfache Kinderrenten				
– für Kinder bis 20 Jahre	877	1,33	44	0,59
– für Kinder von 20 bis 25 Jahren	162	0,25	27	0,36
Doppelkinderrenten				
– für Kinder bis 20 Jahre	21	0,04	0	0,00
– für Kinder von 20 bis 25 Jahren	7	0,00	0	0,00
Insgesamt	66 098	100,00	7 511	100,00

Genre de rente	Renten ordinaires		Renten extraordinaires	
	Nombre	En pour-cent	Nombre	En pour-cent
1. Rentas de vieillesse				
Rentes de vieillesse simples	41 984	63,52	6 587	87,70
Rentes de vieillesse pour couples	13 960	21,12	90	1,19
Demi-rentes de vieillesse pour couples	656	0,99	2	0,03
2. Rentas de survivants				
Rentes de veuves	3 503	5,30	165	2,19
Rentes d'orphelins simples	2 782	4,21	585	7,79
Rentes d'orphelins doubles	81	0,12	5	0,07
3. Rentas complémentaires				
Pour épouses	2 065	3,12	6	0,08
Rentes simples pour enfants				
– pour enfants jusqu'à 20 ans	877	1,33	44	0,59
– pour enfants de 20 à 25 ans	162	0,25	27	0,36
Rentes doubles pour enfants				
– pour enfants jusqu'à 20 ans	21	0,04	0	0,00
– pour enfants de 20 à 25 ans	7	0,00	0	0,00
Total général	66 098	100,00	7 511	100,00

Von den insgesamt 73609 Rentnern beziehen heute 10,2 Prozent (11,27%) eine ausserordentliche und 89,8 Prozent (88,73%) eine ordentliche Rente.

Summenmässig beliefen sich im verflossenen Jahr die Auszahlungen für ausserordentliche Renten auf 39 525 776 Franken (40 208 594 Fr.), für ordentliche Renten auf 517 980 473 Franken (458 877 390 Fr.) und für Hilfen-entschädigung auf 4 787 212 Franken (3 847 652 Fr.).

Die Kasse zahlt gegenwärtig 998 (980) Renten an Ausländer aus. Am meisten vertreten sind mit 309 (301) Bezüglern die Italiener (Deutschen), gefolgt von den Deutschen (Italienern) mit 296 (284), den Franzosen mit 109 (104) und den Österreichern und den Ungarn mit je 55 (62). Ferner erhalten 101 (105) Flüchtlinge eine Rente.

3.4.2 Auf Jahresende bezogen 1048 (973) AHV-Rentner eine *Hilfenentschädigung*. 188 (207) Gesuche mussten, mangels Erfüllung der Voraussetzungen, abgewiesen werden.

3.5 Leistungen der Invalidenversicherung (IV)

Es wird hier über die Invalidenversicherung lediglich soweit berichtet als die Ausgleichskasse damit zu tun hat.

3.5.1 Beschlüsse der IV-Kommission

Von der IV-Kommission sind im Berichtsjahr 20411 Renten- und Eingliederungsbeschlüsse eingegangen, so dass, zusammen mit der Restanz von 313 (310) Beschlüssen aus dem Vorjahr, insgesamt 20 724 (20 827) Beschlüsse zu verarbeiten waren. Davon entfallen auf Renten 2152, auf Eingliederungsmassnahmen 15 022 und auf Abweisungen 3600. Unerledigt waren am Jahresende noch 450 Beschlüsse.

3.5.2 Taggelder

Im Durchschnitt bezogen alle zwei Wochen rund 180 (175) Bezügl IV-Taggelder. Die Behinderten, welche Taggelder als Rekonvaleszenten beziehen, machen 70 Prozent aller Taggeldbezügl aus. Die restlichen 30 Prozent entfallen auf Behinderte, bei denen berufliche Eingliederungsmassnahmen durchgeführt werden.

Insgesamt wurden im Berichtsjahr 3 146 425 Franken (2 842 991 Fr.) an Taggeldern ausgerichtet.

Sur un total de 73 609 rentiers, 10,2 % (11,27 %) touchent actuellement une rente extraordinaire et 89,8 % (88,73 %) une rente ordinaire.

Quant aux sommes versées, elles se sont montées, au cours de l'année écoulée, à 39 525 776 francs (40 208 594 fr.) pour les rentes extraordinaires, à 517 980 473 francs (458 877 390 fr.) pour les rentes ordinaires et à 4 787 212 francs (3 847 652 fr.) au titre des allocations pour impotents. Actuellement, la caisse paie 998 (980) rentes à des étrangers dont les plus nombreux sont représentés par 309 (301) Italiens (Allemands), suivis par 296 (284) Allemands (Italiens), 109 (104) Français, 55 Autrichiens et 55 Hongrois (62). Une rente est également versée à 101 (105) réfugiés.

3.4.2 A la fin de l'année, 1048 (973) bénéficiaires de rentes AVS reçurent une *allocation pour impotent*. Du fait de l'absence des conditions requises, 188 (207) demandes ont dû être rejetées.

3.5 Prestations de l'assurance-invalidité (AI)

Il ne sera rapporté ici sur l'assurance-invalidité que dans la mesure où elle est en relation avec la caisse de compensation.

3.5.1 Prononcés de la commission de l'AI

Au cours de l'année écoulée, la commission AI a rédigé 20411 prononcés de rente et de réadaptation qui, ajoutés aux 313 (310) restant de l'année précédente, ont donné un total de 20 724 (20 827) décisions à rédiger; 2152 concernaient des rentes, 15 022 des mesures de réadaptation et 3600 des refus. 450 cas n'étaient pas encore liquidés à la fin de l'année.

3.5.2 Indemnités journalières

Toutes les deux semaines en moyenne, environ 180 (175) personnes ont bénéficié d'indemnités journalières AI. Les handicapés touchant des indemnités journalières comme convalescents représentent 70 % de tous les bénéficiaires de ces indemnités. Les 30 % restant concernent des invalides en cours de réadaptation professionnelle.

Au total, 3 146 425 francs (2 842 991 fr.) ont été versés au titre des indemnités journalières.

3.5.3 Renten und Eingliederungen

In der nachfolgenden Tabelle wird jahrweise die Zahl der erlassenen Renten und Eingliederungsverfügungen festgehalten.

Jahr	Renten		Eingliederungsverfügungen
	Verfügungen	Mutationen	
1960	4 206	510	2 225
1961	7 159	2 677	4 681
1962	4 117	4 401	6 822
1963	2 832	5 269	6 875
1964	2 375	6 920	7 986
1965	2 293	7 091	8 722
1966	2 220	10 170	7 561
1967	2 874	7 924	8 561
1968	2 980	5 437	10 427
1969	2 846	2 791	12 339
1970	2 708	4 260	12 510
1971	2 763	2 741	14 332
1972	2 140	2 799	12 786
1973	2 187	3 275	15 297
1974	2 152	7 903	15 022

Die nächste Tabelle gibt Aufschluss über den Bestand der Bezüger von IV-Renten auf 31. Dezember 1974.

Rentenart	Ordentliche IV-Renten		Ausserordentliche IV-Renten	
	Anzahl	in Prozenten	Anzahl	in Prozenten
1. IV-Renten				
Einfache IV-Renten	7 814	59,18	2 122	89,84
Ehepaar-IV-Renten	695	5,27	6	0,25
Subtotal	8 509	64,45	2 128	90,09
2. IV-Zusatzrenten				
Für Ehefrauen	1 545	11,70	11	0,47
Einfache Kinderrenten				
– für Kinder bis 20 Jahre	2 908	22,02	206	8,72
– für Kinder von 20 bis 25 Jahren	81	0,61	14	0,59
Doppelkinderrenten				
– für Kinder bis 20 Jahre	155	1,17	3	0,13
– für Kinder von 20 bis 25 Jahren	7	0,05	0	0,00
Insgesamt	13 205	100,00	2 362	100,00

Summenmässig beliefen sich im verflossenen Jahr die Auszahlungen für die verschiedenen Arten von ordentlichen Invalidenrenten auf 73 108 310 Franken (63 810 841 Fr.) und für ausserordentliche Invalidenrenten auf 13 738 616 Franken (11 830 708 Fr.).

3.5.4 Hilflosenentschädigungen

Am Jahresende bezogen 1135 (1156) Invalide eine Hilflosenentschädigung. Im ganzen Jahr wurden an solchen Entschädigungen insgesamt 3343 212 Franken (3077 163 Fr.) ausbezahlt.

3.6 Leistungen der Erwerbsersatzordnung

3.6.1 Für verlorene oder vernichtete Meldekarten musste die Kasse im abgelaufenen Geschäftsjahr 161 (132) *Ersatzkarten* ausstellen.

3.6.2 Insgesamt wurden 42 332 (43 828) von den Gemeindeausgleichskassen ausgestellte Meldekarten, Ersatzkarten und Korrekturkarten überprüft. Diese Kontrolle hatte 227 (87) Nachzahlungs- und Rückforderungsverfügungen zur Folge.

3.5.3 Rentes et réadaptation

Année	Rentes		Décisions de réadaptation
	Décisions	Mutations	
1960	4 206	510	2 225
1961	7 159	2 677	4 681
1962	4 117	4 401	6 822
1963	2 832	5 269	6 875
1964	2 375	6 920	7 986
1965	2 293	7 091	8 722
1966	2 220	10 170	7 561
1967	2 874	7 924	8 561
1968	2 980	5 437	10 427
1969	2 846	2 791	12 339
1970	2 708	4 260	12 510
1971	2 763	2 741	14 332
1972	2 140	2 799	12 786
1973	2 187	3 275	15 297
1974	2 152	7 903	15 022

Le tableau ci-après renseigne sur le nombre de rentiers AI au 31 décembre 1974.

Genre de rente	Rentes ordinaires AI		Rentes extraordinaires AI	
	Nombre	En pour-cent	Nombre	En pour-cent
1. Rentes AI				
Rentes simples AI	7 814	59,18	2 122	89,84
Rentes pour couples AI	695	5,27	6	0,25
Total intermédiaire	8 509	64,45	2 128	90,09
2. Rentes complémentaires AI				
Pour épouses	1 545	11,70	11	0,47
Rentes simples pour enfants				
– pour enfants jusqu'à 20 ans	2 908	22,02	206	8,72
– pour enfants de 20 à 25 ans	81	0,61	14	0,59
Rentes doubles pour enfants				
– pour enfants jusqu'à 20 ans	155	1,17	3	0,13
– pour enfants de 20 à 25 ans	7	0,05	0	0,00
Total général	13 205	100,00	2 362	100,00

Au cours de l'année écoulée, les paiements correspondants se sont montés pour les divers genres de rentes ordinaires d'invalidité à 73 108 310 francs (63 810 841 fr.) et à 13 738 616 francs (11 830 708 fr.) pour les rentes extraordinaires d'invalidité.

3.5.4 Allocations pour impotents

A la fin de l'année, 1135 (1156) invalides recevaient une allocation pour impotent. Pour toute l'année, ces allocations ont atteint la somme totale de 3343 212 francs (3077 163 fr.).

3.6 Prestations du régime des allocations pour perte de gain

3.6.1 La caisse a dû établir 161 (132) *cartes de remplacement* pour des cartes perdues ou détruites.

3.6.2 Les 42 332 (43 828) questionnaires, cartes de remplacement et cartes rectificatives établis par les offices communaux de compensation ayant fait l'objet d'un contrôle ont donné lieu à 227 (87) décisions de paiements supplémentaires et de restitutions.

Des paiements supplémentaires à la suite d'allocations

Nachzahlungen für zuwenig bezogene Erwerbsausfallentschädigungen erfolgten in 171 (80) Fällen, im Betrage von 30874.50 Franken (20068.20 Fr.). *Rückforderungsverfügungen* für zuviel ausbezahlte Erwerbsausfallentschädigungen wurden in 50 (7) Fällen, im Betrage von 8449.80 Franken (2898.10 Fr.) erlassen. Ferner bewilligte die Kasse 40 (49) Unterstützungszulagen. Die gesamten *Auszahlungen* für Erwerbsausfallentschädigungen betrugen im Jahr 1974 22871506 Franken (16135082 Fr.).

3.7 Familienzulagen für landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Kleinbauern

3.7.1 Nach Bundesrecht

Statistische Angaben. Die Zahl der in der eidgenössischen Familienzulagenordnung bezugsberechtigten *landwirtschaftlichen Arbeitnehmer* betrug am 31. Dezember 1974, dem vom Bundesamt bestimmten Stichtag, 671 (745), wovon 479 (547) im Unterland und 192 (198) im Berggebiet. Es wurden ihnen insgesamt 663 (745) Haushaltungszulagen und 1301 (1285) Kinderzulagen zugesprochen. Die durchschnittliche Kinderzahl pro Arbeitnehmer beträgt 1,9 Kinder.

Ferner bezogen 4195 (4433) *Bergbauern* 12009 (12741) Kinderzulagen. Den 3130 (3064) bezugsberechtigten *Kleinbauern des Unterlandes* wurden 8966 (8850) Kinderzulagen ausgerichtet.

Über die ausländischen landwirtschaftlichen Arbeitnehmer mit Kindern im Ausland gibt die nachstehende Tabelle Aufschluss.

Staat	Bezügerzahl	Zahl der Kinder	Durchschnittliche Kinderzahl
Holland	1	3	3,00
Italien	17	34	2,00
Jugoslawien	54	166	3,09
Portugal	69	128	1,85
Spanien	40	103	2,57
Türkei	18	51	2,83
Total	199	485	2,43

Die *Auszahlungen* an landwirtschaftliche *Arbeitnehmer* betrugen 1742161 Franken (1388929 Fr.) und an *Kleinbauern* 12992233 Franken (8962485 Fr.), wovon im *Berggebiet* 8003440 Franken (5609160 Fr.) und im *Unterland* 4988793 Franken (3353325 Fr.). Insgesamt wurden somit 14734394 Franken (10351414 Fr.) ausgerichtet.

3.7.2 Nach kantonalem Recht

Nach wie vor erhalten nach kantonalem Recht die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer und die Kleinbauern des Berggebietes eine monatliche Haushaltungszulage von 15 Franken. Ebenfalls wird den Kleinbauern des Unterlandes, mit Ausnahme der mitarbeitenden Familienmitglieder, weiterhin eine monatliche Kinderzulage von 9 Franken ausgerichtet. Diese Entschädigungen stellen eine Zusatzleistung zu den Bundeszulagen dar. Die Bezügerzahlen sind deshalb die gleichen wie unter Ziffer 1 hievore.

Die *ausgerichteten* kantonalen Familienzulagen betrugen total 1833506 Franken (1905469 Fr.); davon entfallen auf *Arbeitnehmer* 132816 Franken (163124 Fr.), auf *Kleinbauern des Berggebietes* 780498 Franken (834852 Fr.) und auf *Kleinbauern des Unterlandes* 920192 Franken (907493 Fr.).

insuffisamment touchées ont été effectués dans 171 (80) cas pour une somme globale de 30874 fr. 50 (20068 fr. 20), alors que les *décisions de restitution* d'allocations versées en trop se sont élevées au nombre de 50 (7) pour un montant de 8449 fr. 80 (2898 fr. 10). En outre, la caisse a accordé 40 (49) allocations pour assistance.

Il a été versé, pour toute l'année 1974, 22871506 francs (16135082 fr.) d'allocations pour perte de gain.

3.7 Allocations familiales pour salariés agricoles et petits paysans

3.7.1 Selon le droit fédéral

Données statistiques. Le 31 décembre 1974, jour de référence fixé par l'Office fédéral pour le recensement, le nombre des *salariés agricoles*, bénéficiaires d'allocations familiales fédérales, était de 671 (745), dont 479 (547) en région de plaine et 192 (198) en région de montagne. Il leur a été versé en tout 663 (745) allocations de ménage et 1301 (1285) allocations pour enfants. Le nombre moyen des enfants par salarié était de 1,9.

En outre, 4195 (4433) *petits paysans de la montagne* ont touché 12009 (12741) allocations pour enfants. Un total de 8966 (8850) allocations pour enfants a été payé à 3130 (3064) *petits paysans de la plaine*.

Le tableau suivant renseigne sur la *nationalité et le nombre des salariés agricoles étrangers ayant des enfants hors de Suisse*.

Etat	Nombre de bénéficiaires	Nombre d'enfants	Nombre moyen d'enfants
Pays-Bas	1	3	3,00
Italie	17	34	2,00
Yougoslavie	54	166	3,09
Portugal	69	128	1,85
Espagne	40	103	2,57
Turquie	18	51	2,83
Total	199	485	2,43

Les *salariés agricoles* ont reçu 1742161 francs (1388929 fr.) et les *petits paysans* 12992233 francs (8962485 fr.), dont 8003440 francs (5609160 fr.) versés en *région de montagne* et 4988793 francs (3353325 fr.) en *région de plaine*. Le total de tous ces paiements s'est donc monté à 14734394 francs (10351414 fr.).

3.7.2 Selon le droit cantonal

Une allocation de ménage mensuelle de 15 francs a continué d'être versée sur le plan cantonal aux salariés agricoles et aux petits paysans de la montagne. De même, une allocation pour enfant de 9 francs par mois est toujours payée aux petits paysans de la plaine, sauf aux membres-collaborateurs de la famille. Ces allocations représentent des prestations complémentaires aux allocations fédérales. Les nombres des bénéficiaires sont donc identique à ceux mentionnés sous chiffre 1 ci-devant.

Les allocations familiales cantonales *payées* ont atteint le total de 1833506 francs (1905469 fr.), dont 132816 francs (163124 fr.) au profit des *salariés agricoles*, 780498 francs (834852 fr.) à celui des *petits paysans de la montagne* et 920192 francs (907493 fr.) à celui des *petits paysans de la plaine*.

Der *Beitrag* der Landwirtschaft an diese Auslagen beläuft sich auf 193 945 Franken (196 551 Fr.). Der Rest ist zu vier Fünfteln vom Staat und zu einem Fünftel von den Gemeinden zu tragen.

3.8 Technische Durchführung der Versicherungszweige

3.8.1 Versicherungsausweis und individuelles Konto

Auszüge aus individuellen Konten wurden 3186 (2516) verlangt, wovon 2529 (2086) für Ausländer. Der *IK-Bestand* beträgt rund 947 000 (919 000) Stück. Davon entfallen auf die Gemeindeausgleichskasse Bern 226 500 (221 000), die Gemeindeausgleichskasse Biel 81 000 (77 500), die Zweigstelle Staatspersonal 81 000 (76 500) und auf die übrigen Gemeindeausgleichskassen 558 500 (544 000).

3.8.2 Abrechnungswesen

Der Zuwachs im Register der Abrechnungspflichtigen betrug 10,1 Prozent (10,9%) und der Abgang 10,5 Prozent (11,2%).

3.8.3 Rentenauszahlung

Bei den *ordentlichen AHV-Renten* gab es 16820 (15716) Mutationen, was 25,45 Prozent (24,03%) des Rentenbestandes ausmacht. Bei den *ausserordentlichen AHV-Renten* waren es 3313 (3471) oder 44,17 Prozent (41,81%) des Rentenbestandes. Die *IV-Renten* verzeichnen 7903 (3275) Mutationen; das sind 50,77 Prozent (20,81%) des Rentenbestandes.

3.8.4 Beitragsinkasso

Durch die Gemeindeausgleichskassen wurden 9515 (9159) *Mahnungen* versandt. *Betreibungen* mussten 2979 (2696) eingeleitet werden, während 2105 (1776) *Pfändungsbegehren* und 907 (728) *Verwertungsbegehren* gestellt wurden. Die im Berichtsjahr angeforderten *Rechtsöffnungen* beliefen sich auf 45 (31). Als Vorstufe zu den betriebsrechtlichen Handlungen musste die Kasse 2338 (2161) *Veranlagungsverfügungen* erlassen, welche ihrerseits 214 (287) *Ordnungsbussen* bedingten, mit einem Bussendurchschnitt von 46.50 Franken (40.25 Fr.) bzw. einem Gesamtbetrag von 9950 Franken (11 550 Fr.). Prozentual mussten gegen folgende Zahl von Abrechnungspflichtigen Rechts-handlungen vorgenommen werden:

Art der Handlungen	Prozent Mitglieder 1974	Prozent Mitglieder 1973
Gesetzliche Mahnungen	16,0	16,4
Veranlagungsverfügungen	6,9	6,2
Betreibungen	5,0	4,4
Pfändungen	3,52	2,95
Verwertungen	1,51	1,2
Ordnungsbussen	0,63	0,8
Strafanzeigen	0,05	0,03

3.8.5 Revision und Rechtspflege

Das Kontrollorgan der Kasse, die Allgemeine Treuhand AG, hat 2679 (1563) *Arbeitgeberkontrollen* durchgeführt. Zusammen mit 146 (175) Berichten aus dem Vorjahr hatte die Kasse demnach 2825 (1738) Berichte zu behandeln.

Durch die Regierungsstatthalter wurden im Berichtsjahr, im

La contribution de l'agriculture à ces dépenses est de 193 945 francs (196 551 fr.). Le reste est à la charge de l'Etat à raison des quatre cinquièmes et des communes pour un cinquième.

3.8 Application technique des branches d'assurance

3.8.1 Certificat d'assurance et compte individuel de cotisations

Des *extraits* de comptes individuels ont été demandés dans 3186 (2516) cas, dont 2529 (2086) pour des étrangers. *Le nombre des CI* est d'environ 947 000 (919 000) dont 226 500 (221 000) concernent l'office communal de compensation de Berne, 81 000 (77 500) l'office de Bienne, 81 000 (76 500) l'Agence du personnel de l'Etat et 558 500 (544 000) les autres offices communaux de compensation.

3.8.2 Comptabilité

L'accroissement des inscriptions au registre des assujettis à décompte a été de 10,1 % (10,9%) et la diminution de 10,5 % (11,2%).

3.8.3 Versement des rentes

Les rentes ordinaires AVS ont donné lieu à 16820 (15716) mutations représentant 25,45% (24,03%) du total des rentes. *Pour les rentes AVS extraordinaires*, les chiffres correspondants se sont élevés à 3313 (3471) ou 44,17% (41,81%). Au chapitre des *rentes AI*, les mutations ont atteint le chiffre de 7903 (3275), soit 50,77% (20,81%) de l'ensemble de cette catégorie de rentes.

3.8.4 Recouvrement de cotisations

Les offices communaux de compensation ont envoyé 9515 (9159) *sommations*. 2979 (2696) *réquisitions de poursuites*, 2105 (1776) *réquisitions de saisie* et 907 (728) *réquisitions de vente* ont dû être présentées. Les *demandes de mainlevée* ont été au nombre de 45 (31). La caisse s'est vue dans l'obligation de notifier comme mesure préliminaire à des poursuites 2338 (2161) *décisions de taxation* suivies de 214 (287) *amendes d'ordre*, d'un montant moyen de 46 fr. 50 (40 fr. 25) et d'un total de 9950 francs (11 550 fr.). En pour-cent des assujettis à décompte, nos interventions par voie juridique se sont montées aux chiffres suivants:

Genre de l'intervention	En pour-cent des membres 1974	En pour-cent des membres 1973
Sommations légales	16,0	16,4
Décisions de taxation	6,9	6,2
Poursuites	5,0	4,4
Saisies	3,52	2,95
Réalisations	1,51	1,2
Amendes disciplinaires	0,63	0,8
Plaintes pénales	0,05	0,03

3.8.5 Révision et contentieux

L'organe de révision de la caisse, la Fiduciaire générale SA, a procédé à 2679 (1563) *contrôles d'employeurs* qui, ajoutés aux 146 (175) restants de l'année précédente, ont donné un total de 2825 (1738) rapports à examiner.

ersten Jahr der zweijährigen Kontrollperiode, 133 Gemeindeausgleichskassen überprüft; im grossen und ganzen war das Ergebnis gut. Auch dieses Jahr mussten, gestützt auf die Meldungen der Regierungsstatthalter, verschiedentlich Kreis- und Zirkularschreibensammlungen der Gemeindeausgleichskassen ergänzt werden. Das Ergebnis der jährlichen *Erfassungskontrolle* der Gemeindeausgleichskassen war wiederum zufriedenstellend.

Rekurse wurden im Berichtsjahr aus der AHV 37 (43), der IV 277 (309), der eidgenössischen landwirtschaftlichen Familienzulagenordnung 6 (2), der Erwerbsersatzordnung 0 (0) und der Kinderzulagenordnung 0 (0), insgesamt somit 320 (354), zur Behandlung an das Kantonale Verwaltungsgericht weitergeleitet. Davon wurden 175 (182) abgewiesen, 16 (14) teilweise und 49 (55) ganz gutgeheissen; 8 (7) wurden zurückgezogen. 72 (96) waren Ende des Jahres noch hängig.

In 27 (40) Fällen, wovon 0 (6) aus der AHV und 27 (34) aus der IV, erfolgte gegen den Entscheid des Verwaltungsgerichtes Berufung beim Eidgenössischen Versicherungsgericht. 8 (8) wurden abgewiesen, 0 (3) teilweise und 3 (3) ganz gutgeheissen; 0 (0) wurde zurückgezogen. Auf Jahresende waren 16 (26) Rekurse unerledigt.

Strafanzeigen wurden 18 (12) angehoben wegen Nichteinreichen der Abrechnungen und wegen Entzug von der Beitragspflicht.

3.9 Zwischenstaatliche Vereinbarungen

Beitragsrückerstattungen erfolgten wegen Ausreise an 10 (11) Ausländer im Gesamtbetrage von 21 858 Franken (24 573 Fr.).

3.10 Ergänzungsleistungen zur AHV und IV

An Ergänzungsleistungen, einschliesslich Vergütungen für Krankheitskosten, wurden im Berichtsjahr rund 61,2 Millionen Franken (54,5 Mio. Fr.) ausgerichtet; die Hälfte davon deckt der Bund durch Beiträge. Am Stichtag 31. Dezember 1974 wurden Ergänzungsleistungen an 16 768 Bezüger von Altersrenten, an 584 Bezüger von Hinterlassenenrenten und an 3 490 Bezüger von Invalidenrenten, insgesamt somit an 20 842 (21 369) Personen bezahlt. Summenmässig ergibt sich folgendes Bild über die durchschnittlich monatlich ausbezahlten Ergänzungsleistungen, einschliesslich die Zahlungen für Krankheitskosten: 4 002 710 Franken an Bezüger von AHV-Renten und 1 101 159 Franken an Bezüger von Invalidenrenten, insgesamt 5 103 869 Franken im Monat.

3.11 Sekretariat der Invalidenversicherungs-Kommission

3.11.1 Invalidenversicherungs-Kommission (IV)

Die IV-Kommission hielt im Berichtsjahr 56 (61) ganztägige und 26 (14) halbtägige Sitzungen ab. Zirkulationsbeschlüsse wurden 2 497 (2 550) und Präsidialbeschlüsse 14 455 (15 397), insgesamt 16 952 (17 947) Beschlüsse, ausserhalb einer Sitzung gefasst.

Les préfets ont contrôlé l'année dernière, la deuxième année de la période bisannuelle de révision, 133 offices communaux de compensation. Dans l'ensemble, les résultats de ce contrôle ont été bons. Cette année aussi, il a fallu, à la demande de préfets, compléter la collection des circulaires de certains offices communaux de compensation. Le *contrôle annuel des assujettissements* par les offices communaux de compensation peut de nouveau être considéré comme ayant donné satisfaction.

Les 320 (354) *recours* reçus dont 37 (43) concernaient l'AVS, 277 (309) l'AI, 6 (2) le régime fédéral des allocations familiales dans l'agriculture, 0 (0) le régime des allocations aux militaires et celui des allocations pour enfants 0 (0) ont été transmis au Tribunal des assurances du canton de Berne qui en a rejeté 175 (182), admis partiellement 16 (14) et 49 (55) admis entièrement; 8 (7) ont été retirés et 72 (96) étaient encore pendants à la fin de l'année.

Appel a été formé auprès du Tribunal fédéral des assurances dans 27 (40) cas, 0 (6) de l'AVS et 27 (34) de l'AI; 8 (8) appels n'ont pas été admis, 0 (3) admis partiellement et 3 (3) admis entièrement; aucun d'entre eux n'a été retiré: 0 (0). Il restait encore 16 (26) appels pendants à la fin de l'année.

Nous avons dû déposer 18 (12) plaintes pénales pour non-remise des décomptes et infraction à l'obligation de cotiser.

3.9 Conventions internationales

Par suite de départ de Suisse, des cotisations ont été remboursées à 10 (11) ressortissants étrangers pour une somme totale de 21 858 francs (24 573 fr.).

3.10 Prestations complémentaires à l'AVS et à l'AI

Les prestations complémentaires, y compris les remboursements pour frais de maladie, ont atteint le montant de 61,2 millions de francs (54,5 millions de francs) dont la moitié est couverte par les contributions de la Confédération. A la date du 31 décembre 1974, des prestations complémentaires étaient versées à 16 768 bénéficiaires de rentes de vieillesse, 584 bénéficiaires de rentes de survivants et 3 490 bénéficiaires de rentes d'invalidité, soit au total à 20 842 (21 369) personnes. Concernant les sommes payées en moyenne mensuelle, 4 002 710 francs, y compris les frais de maladie, ont été versés aux personnes touchant une rente AVS et 1 101 159 francs à celles recevant une rente d'invalidité, soit 5 103 869 francs en tout par mois.

3.11 Secrétariat de la commission de l'assurance-invalidité

3.11.1 Commission de l'assurance-invalidité (CAI)

Au cours de l'année écoulée, la commission AI a tenu 56 (61) séances d'une journée entière et 26 (14) d'une demi-journée. Les prononcés rendus par voie de circulation ont atteint le chiffre de 2 497 (2 550) et les prononcés présidentiels celui de 14 455 (15 397), soit un total de 16 952 (17 947) prononcés rendus en dehors des séances.

3.11.2 *Geschäftsführung*

Abgesehen von der andauernden starken Arbeitsbelastung, verlief das Geschäftsjahr normal.

In der Zeit vom 1. Februar 1974 bis 31. Januar 1975 gingen insgesamt 11 363 (11 546) Neuanmeldungen ein. Es konnten 11 377 (11 615), einschliesslich der Restanz aus dem Vorjahr, erstmalige Gesuche und 8507 (8737) Nachtragsbegehren, gesamthaft 19 884 (20 352) Fälle, behandelt werden.

Über die seit dem 1. Januar 1960 bis 31. Januar 1975 eingetroffenen Neuanmeldungen (ohne Nachtragsbegehren) und erledigten Fälle gibt die folgende Tabelle Aufschluss:

Anmeldungen seit 1. Januar 1960	1. Kammer	2. Kammer	3. Kammer	Total
Eingegangen	64 626	59 439	23 770	147 835
Erledigt	63 084	58 475	23 364	144 923
Noch hängige Fälle	1 542	964	406	2 912

Die im gleichen Zeitraum gefassten Beschlüsse betreffen folgende Massnahmen:

Getroffene Massnahmen	1. Kammer	2. Kammer	3. Kammer	Total
Renten	19 993	21 254	10 583	51 830
Hilflosenentschädigungen	1 470	1 783	728	3 981
Taggelder	2 772	4 134	997	7 903
Medizinische Massnahmen	36 793	33 188	13 594	83 575
Berufliche Massnahmen	3 257	3 128	1 429	7 814
Sonderschulung	7 002	6 377	3 672	17 051
Bildungsunfähige	876	701	280	1 857
Hilfsmittel	18 964	18 040	6 668	43 672
Abweisungen	17 199	17 172	8 885	43 256
Total getroffene Massnahmen	108 326	105 777	46 836	260 939

Durch *Präsidialbeschlüsse* wurden 839 (671) Anmeldungen für Hilflosenentschädigung an Altersrentner erledigt. Am Ende des Berichtsjahres waren noch 121 (181) Fälle hängig.

Der Zentralen Ausgleichsstelle in Genf wurden im Berichtsjahr 82 755 (75 268) *Rechnungen* für Eingliederungs- und Abklärungsmassnahmen zugestellt im Gesamtbetrag von 44 157 795.85 Franken (35 760 252.40 Fr.); seit 1. Januar 1960 sind es deren 785 815.

Zudem wurden 780 *Rechnungen* im Gesamtbetrag von 25 737.50 Franken für *Abklärungsmassnahmen* (Arztberichte) bei Hilflosenentschädigungen an Altersrentner weitergeleitet.

Transportgutscheine für Reisen von Invaliden gab das Sekretariat im verfloßenen Jahr 7805 (8243) ab oder seit 1. Januar 1960 insgesamt 132 546.

3.11.3 *Rekurse gegen Kommissionsbeschlüsse*

Im Berichtsjahr wurden der IVK 486 (508) Rekurse, die gegen Verfügungen, welche gestützt auf ihre Beschlüsse erhoben wurden, eingereicht.

3.11.4 *Verschiedenes*

Rentenkürzungen und Verweigerungen gemäss IVG Artikel 7 und Artikel 31 erfolgten in 38 Fällen.

In 70 Fällen wurden die zuständigen Ausgleichskassen ersucht, den *Härtefall* gemäss IVG Artikel 28 Absatz 1 zu prüfen.

3.11.2 *Gestion d'affaire*

A part l'augmentation constante du travail, l'année s'est déroulée normalement.

Du 1^{er} février 1974 au 31 janvier 1975, il a été présenté 11 363 (11 546) nouvelles demandes; 11 377 (11 615) premières demandes, y compris le solde de l'année précédente et 8507 (8737) demandes complémentaires, soit un total de 19 884 (20 352) cas, ont été traités par la CAI pendant cette période.

Le tableau suivant donne un état des nouvelles demandes (sans les demandes complémentaires) et des cas liquidés du 1^{er} janvier 1960 au 31 janvier 1975:

Demandes dès le 1 ^{er} janvier 1960	1 ^{re} chambre	2 ^e chambre	3 ^e chambre	Total
Présentées	64 626	59 439	23 770	147 835
Liquidées	63 084	58 475	23 364	144 923
En suspens	1 542	964	406	2 912

Les prononcés de la commission AI concernaient, pour la même période, les prestations et refus suivants:

Prestations accordées et refus	1 ^{re} chambre	2 ^e chambre	3 ^e chambre	Total
Rentes	19 993	21 254	10 583	51 830
Allocations pour impotents	1 470	1 783	728	3 981
Indemnités journalières	2 772	4 134	997	7 903
Mesures médicales	36 793	33 188	13 594	83 575
Mesures professionnelles	3 257	3 128	1 429	7 814
Formation scolaire spéciale	7 002	6 377	3 672	17 051
Subsides pour inaptes à recevoir une instruction	876	701	280	1 857
Moyens auxiliaires	18 964	18 040	6 668	43 672
Refus	17 199	17 172	8 885	43 256
Total	108 326	105 777	46 836	260 939

Des demandes d'allocations pour impotents aux bénéficiaires de rentes de vieillesse ont été liquidées dans 839 (671) cas sur la base de *prononcés présidentiels*. A la fin de l'année, il en restait encore 121 (181) en suspens.

Des factures au nombre de 82 755 (75 268) et d'un montant total de 44 157 795 fr. 85 (35 760 252 fr. 40) pour des mesures de réadaptation professionnelle et d'instruction ont été envoyées à la Centrale de compensation à Genève. Depuis le 1^{er} janvier 1960, le nombre de ces factures s'est élevé à 785 815.

Il a été transmis à cette centrale 780 factures d'un montant global de 25 737 fr. 50 pour des *mesures d'instruction* (rapports médicaux) dans les cas d'allocations pour impotence accordées à des bénéficiaires de rentes AVS.

Le secrétariat AI a délivré 7805 (8243) *bons de voyage* pour invalides en 1974 ou, au total: 132 546 depuis le 1^{er} janvier 1960.

3.11.3 *Recours contre les décisions de la caisse*

Au cours de l'année écoulée, la commission AI a dû donner son préavis sur 486 (508) recours formés contre les décisions rédigées sur la base de ses prononcés.

3.11.4 *Divers*

Des réductions de rentes, ainsi que des refus, selon l'article 7 et l'article 31 LAI, ont eu lieu dans 38 cas.

Dans 70 cas, les caisses de compensation compétentes ont été chargées de vérifier s'il s'agissait réellement de *cas pénibles* au sens de l'article 28, alinéa 1, LAI.

3.12 Familienausgleichskasse des Kantons Bern (FKB)

3.12.1 Angeschlossene Arbeitgeber und Zulagen- ger

Auf Jahresende waren der FKB rund 15100 Arbeitgeber angeschlossen. Die Arbeitgeber zahlten am Stichtag – 31. Dezember 1974 – an 19522 Arbeitnehmer 39060 Kinderzulagen aus und rechneten hierfür mit der FKB ab.

3.12.2 Beiträge und Auszahlungen

Der Beitragsansatz ist mit 1,3 Prozent gleichgeblieben wie im Vorjahr. Die im Berichtsjahr einkassierten Beiträge beliefen sich auf 19587176.74 Franken (17522025.16 Fr.) abzüglich 15144.95 Franken (19733.75 Fr.) abgeschriebene Beiträge wegen Uneinbringlichkeit. Andererseits betrugen die ausbezahlten Kinderzulagen, inbegriffen eine Rückstellung von 2010000 Franken für noch zu erwartende Ansprüche, 17773432.35 Franken (17173985.11 Fr.). Die Reserve, unter Einschluss des Einnahmenüberschusses pro 1974 von 1750652.69 Franken, beläuft sich auf 9992153.99 Franken, was auf vermehrte Beiträge zurückzuführen ist. Bei der Hypothekarkasse sind auf Ende Dezember 1974 7858892.60 Franken angelegt, die in der Staatsrechnung unter «Stiftungsvermögen» aufgeführt sind. Durch Einlage des Einnahmenüberschusses pro 1974 von 1750652.69 Franken stellt sich heute das Guthaben bei der Hypothekarkasse auf 9609545.29 Franken.

Für die Verwaltung der FKB wurden im abgelaufenen Jahr insgesamt 445797.95 Franken aufgewendet. Davon erhielt die Ausgleichskasse des Kantons Bern für die Geschäftsführung und Verwaltung der Familienausgleichskasse 123382.95 Franken; ferner wurde den Gemeinden für die Mitwirkung der Gemeindeausgleichskassen ein Verwaltungskostenbeitrag von 300000 Franken ausgerichtet.

Über die anspruchsberechtigten *nichtlandwirtschaftlichen ausländischen Arbeitnehmer mit Kindern im Ausland* gibt die nachfolgende Tabelle Auskunft.

Staat	Bezügerzahl	Zahl der Kinder	Durchschnittliche Kinderzahl
CSSR	13	21	1,60
Deutschland	109	195	1,79
England	7	12	1,71
Frankreich	135	161	1,19
Griechenland	1	1	1,00
Holland	4	7	1,75
Indochina	1	3	3,00
Italien	1189	2035	1,71
Jugoslawien	102	208	2,00
Korea	1	1	1,00
Österreich	40	71	1,77
Portugal	20	37	1,85
Spanien	502	950	1,89
Schweden	2	3	1,50
Tunesien	2	2	1,00
Türkei	62	127	2,00
Ungarn	1	4	4,00
USA	1	1	1,00
Total	2192	3839	1,75

3.12.3 Rechtspflege

Im Berichtsjahr sind 6 (0) Rekurse gegen Verfügungen der FKB eingereicht worden; hiervon wurden 4 abgewiesen und 1 gutgeheissen. 1 Fall ist noch unerledigt.

3.12 Caisse d'allocations familiales du canton de Berne (CAB)

3.12.1 Employeurs affiliés et bénéficiaires d'allocations

A la fin de l'année, la CAB comptait environ 15100 employeurs affiliés. Ces employeurs ont versé au 31 décembre 1974 – jour de référence – à 19522 employés 39060 allocations pour enfants et ont décompté à cet effet avec la CAB.

3.12.2 Cotisations et versements

Le taux de la cotisation est resté fixé à 1,3% comme l'année précédente. Il a été encaissé 19587176 fr. 74 (17522025 fr. 16) de cotisations dont à déduire 15144 fr. 95 (19733 fr. 75) de cotisations amorties, parce qu'elles étaient irrécouvrables, tandis que le montant des allocations pour enfants versées, y compris la retenue de 2010000 francs pour les allocations éventuelles encore à verser, a été de 17773432 fr. 35 (17173985 fr. 11). La réserve, après avoir inclus l'excédent de recettes pour 1974 s'élevant à 1750652 fr. 69, était de 9992153 fr. 99, imputables à l'augmentation des cotisations. A la fin de décembre 1974, 7858892 fr. 60 ont été placés à la Caisse hypothécaire et portés au compte de l'Etat sous la rubrique «Capital de fondation». Par suite du dépôt de l'excédent des recettes pour 1974 de 1750652 fr. 69, notre crédit auprès de la Caisse hypothécaire s'élève à ce jour à 9609545 fr. 29.

Les dépenses pour l'administration de la CAB se sont montées à 445797 fr. 95 dont 123382 fr. 95 ont été remis à la Caisse de compensation du canton de Berne pour la gestion et l'administration de la Caisse d'allocations familiales. En outre, une somme de 300000 francs a été payée aux communes à titre de contribution aux frais d'administration pour la collaboration des offices communaux de compensation.

Le tableau suivant donne l'état des salariés non agricoles étrangers touchant des allocations pour des enfants vivant hors de Suisse.

Etat	Nombre de bénéficiaires	Nombre d'enfants	Nombre moyen d'enfants
Tchécoslovaquie	13	21	1,60
Allemagne	109	195	1,79
Angleterre	7	12	1,71
France	135	161	1,19
Grèce	1	1	1,00
Pays-Bas	4	7	1,75
Indochine	1	3	3,00
Italie	1189	2035	1,71
Yougoslavie	102	208	2,00
Corée	1	1	1,00
Autriche	40	71	1,77
Portugal	20	37	1,85
Espagne	502	950	1,89
Suède	2	3	1,50
Tunisie	2	2	1,00
Turquie	62	127	2,00
Hongrie	1	4	4,00
USA	1	1	1,00
Total	2192	3839	1,75

3.12.3 Contentieux

Au cours de l'année écoulée, 6 (0) recours contre des décisions de la CAB ont été présentés, 4 ont été rejetés et 1 a été accepté. 1 cas n'est pas encore liquidé.

3.12.4 *Versicherungsamt*

3.12.4.1 *Private Kassen.* Neben der kantonalen Familienausgleichskasse sind in unserem Kanton 61 vom Regierungsrat anerkannte private Familienausgleichskassen tätig.

3.12.4.2 *Befreite Arbeitgeber.* Als gemischtwirtschaftliche Unternehmen waren Ende Januar 1974 293 Betriebe und 11 Betriebe als Unternehmung von *erheblicher Bedeutung* vom Anschluss an eine Familienausgleichskasse befreit (Art. 5 KZG). Andererseits verzeichnete das Register des kantonalen Versicherungsamtes 536 Arbeitgeber, die gestützt auf *Gesamtarbeitsverträge* befreit wurden (Art. 6 KZG). Insgesamt waren somit am Jahresende 840 Arbeitgeber vom Anschluss an eine Familienausgleichskasse befreit. Dem Gesetz sind gemäss Artikel 4 2322 Arbeitgeber nicht unterstellt.

3.12.4.3 *Beratende Kommission.* Die nach Artikel 34 des Kinderzulagengesetzes und § 28 der Vollziehungsverordnung eingesetzte Beratende Kommission wurde einmal einberufen.

3.13 **Aufstellung über die verbuchten Beiträge und die ausbezahlten Leistungen für das Rechnungsjahr 1974**

(1. Februar 1974 bis 31. Januar 1975)

3.13.1 *Ausgleichskasse des Kantons Bern*

	1974 Fr.	1973 Fr.
<i>Beiträge</i>		
AHV	291 606 196	248 828 246
Invalidenversicherung	29 908 587	25 521 067
Erwerbsersatzordnung	14 952 611	12 759 098
Landwirtschaftliche Familienzulagenordnung Bund	644 169	510 485
Total Beiträge	337 111 563	287 618 896
<i>Leistungen</i>		
Renten der AHV		
Ordentliche Renten	517 980 473	458 877 390
Ausserordentliche Renten	39 525 776	40 208 594
Hilflosenentschädigungen	4 787 212	3 847 652
Leistungen der IV		
Ordentliche Renten	73 108 310	63 810 841
Ausserordentliche Renten	13 738 616	11 830 708
Taggelder	3 146 425	2 842 991
Hilflosenentschädigungen	3 343 212	3 077 163
Erwerbsausfallentschädigungen	22 871 506	16 135 082
Landwirtschaftliche Familienzulagenordnung Bund		
Arbeitnehmer	1 742 161	1 388 929
Kleinbauern des Berggebietes	8 003 440	5 609 160
Kleinbauern des Unterlandes	4 988 793	3 353 325
Total Leistungen	693 235 924	610 981 835

3.13.2 *Übertragene Aufgaben*3.13.2.1 *Familienausgleichskasse des Kantons Bern*

<i>Beiträge</i>		
der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitgeber	19 572 032	17 502 291
<i>Leistungen</i>		
Kinderzulagen an nichtlandwirtschaftliche Arbeitnehmer	17 773 432	17 173 985

3.12.4 *Office des assurances*

3.12.4.1 *Caisses privées d'allocations familiales.* En plus de la Caisse cantonale d'allocations familiales, il existe, dans le canton, 61 caisses privées d'allocations familiales reconnues par le Conseil-exécutif.

3.12.4.2 *Employeurs dispensés de s'affilier.* A la fin de janvier 1974, 293 entreprises semi-publiques et 11 entreprises *importantes* étaient dispensées de s'affilier à une caisse d'allocations familiales (art. 5 LAE). La même dispense a été accordée selon le registre tenu par l'Office cantonal des assurances à 536 employeurs, parce que parties à *contrat collectif de travail* (art. 6 LAE). A la fin de l'année, 840 employeurs en tout étaient libérés de l'obligation d'adhérer à une caisse d'allocations familiales; 2322 employeurs ne sont pas assujettis à la loi en vertu de l'article 4.

3.12.4.3 *Commission consultative.* Cette commission consultative instituée en vertu de l'article 34 de la loi sur les allocations pour enfants aux salariés et de l'article 28 de l'ordonnance d'exécution a été convoquée une fois au cours de l'année écoulée.

3.13 **Récapitulation des cotisations comptabilisées et des prestations versées pour l'exercice 1974**

(1^{er} février 1974 au 31 janvier 1975)

3.13.1 *Caisse de compensation du canton de Berne*

	1974 Fr.	1973 Fr.
<i>Cotisations</i>		
AVS	291 606 196	248 828 246
Assurance-invalidité	29 908 587	25 521 067
Allocations aux militaires	14 952 611	12 759 098
Allocations familiales agricoles, Confédération	644 169	510 485
Total des cotisations	337 111 563	287 618 896
<i>Prestations</i>		
Rentes AVS		
rentes ordinaires	517 980 473	458 877 390
rentes extraordinaires	39 525 776	40 208 594
allocations pour impotents	4 787 212	3 847 652
Versements de l'AI		
rentes ordinaires	73 108 310	63 810 841
rentes extraordinaires	13 738 616	11 830 708
indemnités journalières	3 146 425	2 842 991
allocations pour impotents	3 343 212	3 077 163
Allocations aux militaires	22 871 506	16 135 082
Allocations familiales agricoles, Confédération		
salariés	1 742 161	1 388 929
petits paysans de la montagne	8 003 440	5 609 160
petits paysans de la plaine	4 988 793	3 353 325
Total des prestations	693 235 924	610 981 835

3.13.2 *Tâches attribuées*3.13.2.1 *Caisse d'allocations familiales du canton de Berne*

<i>Cotisations</i>		
des employeurs non agricoles	19 572 032	17 502 291
<i>Prestations</i>		
Allocations pour enfants aux salariés non agricoles	17 773 432	17 173 985

3.13.2.2 *Kantonale landwirtschaftliche Familienzulagenordnung*

	1974 Fr.	1973 Fr.
<i>Beiträge</i>	193 945	196 551
<i>Leistungen</i>		
Arbeitnehmer	132 816	163 124
Kleinbauern des Berggebietes	780 498	834 852
Kleinbauern des Unterlandes	920 192	907 493
	1 833 506	1 905 469

3.13.2.3 *Ergänzungsleistungen zur AHV/IV*
(vom 1. Januar bis 31. Dezember 1974)

an Bezüger von AHV-Renten	48 032 526	41 987 341
an Bezüger von IV-Renten	13 213 913	12 562 323
	61 246 439	54 549 664

3.13.3 *Zusammenstellung der Beiträge*

3.13.3.1 Ausgleichskasse des Kantons Bern	337 111 563	287 618 896
3.13.3.2 Familienausgleichskasse des Kantons Bern	19 572 032	17 502 291
3.13.3.3 Kantonale landwirtschaftliche Familienzulagenordnung	193 945	196 551
Total Beiträge	356 877 540	305 317 738

3.13.4 *Zusammenstellung der Leistungen*

3.13.4.1 Ausgleichskasse des Kantons Bern	693 235 924	610 981 835
3.13.4.2 Familienausgleichskasse des Kantons Bern	17 773 432	17 173 985
3.13.4.3 Kantonale landwirtschaftliche Familienzulagenordnung	1 833 506	1 905 469
3.13.4.4 Ergänzungsleistungen zur AHV/IV	61 246 439	54 549 664
Total Leistungen	774 089 301	684 610 953

3.14 **Kranken- und obligatorische Fahrhaveversicherung**3.14.1 *Krankenversicherung*

Im Berichtsjahr sind den Krankenkassen die Staatsbeiträge für das Jahr 1973 ausgerichtet worden. Die Überprüfung der Berechtigung für weitere vier Jahre (1973 bis 1976) ergab eine Verminderung der Zahl der Berechtigten um etwa 10 Prozent, nämlich von 54 612 auf 49 480. Dieser Rückgang liegt zur Hauptsache darin begründet, dass Einkommenserhöhungen im Laufe der Berechtigungsperiode vielfach nicht gemeldet werden und der Wegfall des Anspruchs auf Staatsbeiträge erst mit der Einholung der neuen Steuertaxation festgestellt wird. Trotzdem erhöhte sich das Total der Staatsbeiträge um etwas über eine Million Franken, bedingt durch die ab 1973 wesentlich erhöhten Beitragsansätze. Der Gesamtbetrag der ausbezahlten Prämien-, Wochenbett-, Stillgeld- und Verwaltungskostenbeiträge beläuft sich auf 324 711 960 Franken gegenüber 221 662 40 Franken im Vorjahr (Zunahme 46 Prozent). Diese Aufwendungen unterliegen der Lastenverteilung im Sinne der Gesetzgebung über das Fürsorgewesen.

Der Beitrag gemäss Artikel 5 des Gesetzes über die Krankenversicherung, welcher den Kassen für jeden im Kanton Bern wohnhaften Versicherten für besondere Leistungen im Falle von Tuberkulose, Kinderlähmung, Rheumakrankheiten und

3.13.2.2 *Allocations familiales agricoles cantonales*

	1974 Fr.	1973 Fr.
<i>Cotisations</i>	193 945	196 551
<i>Prestations</i>		
Salariés	132 816	163 124
Petits paysans de la montagne	780 498	834 852
Petits paysans de la plaine	920 192	907 493
	1 833 506	1 905 469

3.13.2.3 *Prestations complémentaires à l'AVS/AI*
(du 1^{er} janvier au 31 décembre 1974)

Bénéficiaires de rentes AVS	48 032 526	41 987 341
Bénéficiaires de rentes AI	13 213 913	12 562 323
	61 246 439	54 549 664

3.13.3 *Récapitulation des cotisations*

3.13.3.1 Caisse de compensation du canton de Berne	337 111 563	287 618 896
3.13.3.2 Caisse d'allocations familiales du canton de Berne	19 572 032	17 502 291
3.13.3.3 Allocations familiales agricoles cantonales	193 945	196 551
Total des cotisations	356 877 540	305 317 738

3.13.4 *Récapitulation des prestations*

3.13.4.1 Caisse de compensation du canton de Berne	693 235 924	610 981 835
3.13.4.2 Caisse d'allocations familiales du canton de Berne	17 773 432	17 173 985
3.13.4.3 Allocations familiales agricoles cantonales	1 833 506	1 905 469
3.13.4.4 Prestations complémentaires à l'AVS/AI	61 246 439	54 549 664
Total des prestations	774 089 301	684 610 953

3.14 **Assurance-maladie et assurance mobilière obligatoire**3.14.1 *Assurance-maladie*

Les subsides alloués par l'Etat pour l'année 1973 ont été versés aux caisses-maladie au cours de l'année écoulée. L'examen du bien-fondé de ces subsides pour quatre autres années (1973 à 1976) a entraîné une diminution d'environ 10% des ayants droit, lesquels ont passé de 54 612 à 49 480. Cette diminution est principalement due au fait que de nombreuses augmentations de revenus n'ont pas été signalées au cours de la période donnant droit aux subsides et que l'extinction du droit aux subsides alloués par l'Etat n'est constatée qu'une fois la nouvelle taxation fiscale connue. Le total des subsides de l'Etat a néanmoins augmenté de plus d'un million de francs, par suite de la hausse considérable des taux de contributions à partir de 1973.

Le total des contributions aux primes, des allocations aux accouchées et d'allaitement versées, ainsi que des contributions aux frais de gestion, s'est monté à 324 711 960 fr. 60 contre 221 662 40 fr. 40 l'année précédente (accroissement: 46%). Ces dépenses sont soumises à la répartition des charges au sens de la législation sur les œuvres sociales.

La contribution que l'Etat alloue aux caisses, en vertu de l'article 5 de la loi sur l'assurance-maladie, pour tout assuré domicilié dans le canton de Berne, auquel elles versent des

andern langdauernden Krankheiten ausgerichtet wird, stieg von 926 247 Franken auf 945 427 Franken.

Es bezogen 86 (88) Krankenkassen Staatsbeiträge.

Im Jahre 1974 wurden zwei offene Kassen, eine Betriebskrankenkasse und eine Berufskrankenkasse, durch Fusion aufgehoben.

Die Prüfung der erstmals für alle Berechtigten ausgefüllten neuen, bis 1976 geltenden Erhebungsbogen ergab 1117 (286) Beanstandungen. Diese betreffen hauptsächlich zu Unrecht geltend gemachte Wochenbett- und Stillgeldbeiträge, unrichtig berechnete Beitragsansätze, Überschreitung der Einkommensgrenze und irrtümlich berechnete Verwaltungskosten für Versicherte, die am Ende des Jahres nicht mehr Mitglied der Kasse waren. Als administrativ aufwendig für die Kassen und das Amt und gleichzeitig als vermehrte Fehlerquelle erwies sich die Zweiteilung des Ansatzes in der Krankengeldversicherung. Der Kassenausweis musste dadurch um 8 Positionen erweitert werden und enthält nun deren 24 gegenüber 16 im alten Formular. Für ein Krankengeld von 6 Franken und mehr waren jedoch lediglich 2505 Berechtigte versichert, während für ein Krankengeld von 1 bis 5 Franken 25 405 Berechtigte versichert sind, die den niedrigeren Ansatz erhielten.

In Zahlen ausgedrückt, wurden von den Kassen 6108.30 Franken (2745.90 Franken) zuwenig und 25 492.75 Franken (4212.45 Franken) zuviel Beiträge geltend gemacht, was einen Betrag von zuviel berechneten Beiträgen von 19 384.45 Franken (1466.35 Franken) ergibt.

Die Zahl der Gemeinden mit obligatorischer Krankenversicherung für Kinder bzw. Schüler ist mit 27 unverändert geblieben. Es besteht eine solche in den Gemeinden Alle, Asuel, Attiswil, Bassecourt, Buchholterberg, Charmoille, Cornol, Courchavon, Courfaivre, Courgenay, Courtételle, Delsberg, Develier, Fregiécourt, Gadmen, Les Genevez, Glovelier, Innertkirchen, Miécourt, Movelier, Muriaux, Neuenstadt, Rebévelier, St-Ursanne, Soyhières, Undervelier und Wangen an der Aare; ferner in der Stadt Biel ein Teilobligatorium für die minderbemittelte Bevölkerung.

3.14.2 *Obligatorische Fahrhabeversicherung*

Es musste in keinem Fall um die Übernahme der Prämien durch die Gemeinde nachgesucht werden.

prestations spéciales en cas de tuberculose, de poliomyélite, d'affections rhumatismales et autres maladies de longue durée, a passé de 926 247 francs à 945 427 francs.

Les subsides de l'Etat ont été versés à 86 (88) caisses-maladie.

En 1974, deux caisses ouvertes, une caisse-maladie d'entreprise et une caisse-maladie professionnelle ont été dissoutes par suite de fusion.

L'examen des nouveaux bulletins d'enquête pour la demande de subsides, remplis pour la première fois par tous les ayants droit et valables jusqu'en 1976, a donné lieu à 1117 (286) réclamations. Celles-ci concernent pour la plupart des allocations pour accouchées et des primes d'allaitement demandées à tort, des taux de contributions calculés inexactement, le dépassement de la limite de revenu, ainsi que des contributions aux frais de gestion calculées de façon erronée et concernant des assurés qui n'étaient plus membres de la caisse à la fin de l'année.

Du point de vue administratif, la division en deux taux de l'assurance d'une indemnité journalière s'est révélée plus coûteuse pour les caisses, de même que pour l'Office et a constitué une source d'erreurs accrue. Ce faisant, le bordereau de caisse a dû être augmenté de 8 positions et en compte désormais 24 contre 16 sur l'ancienne formule. Pour une indemnité journalière de 6 francs et plus, seuls 2505 ayants droit étaient assurés, alors que pour une indemnité journalière de 1 à 5 francs, on compte 25 405 ayants droit, lesquels ont touché, le cas échéant, le taux d'indemnité le plus bas.

En chiffres, les caisses ont revendiqué 6108 fr. 30 en trop peu (2745 fr. 90) et 25 492 fr. 75 (4212 fr. 45) en trop, de sorte que le montant des subsides calculé en excédent s'est élevé à 19 384 fr. 45 (1466 fr. 35).

Les communes ayant adopté l'assurance-maladie obligatoire pour les enfants ou les écoliers sont restées au nombre de 27. Cette assurance existe actuellement dans les communes suivantes: Alle, Asuel, Attiswil, Bassecourt, Buchholterberg, Charmoille, Cornol, Courchavon, Courfaivre, Courgenay, Courtételle, Delémont, Develier, Fregiécourt, Gadmen, Les Genevez, Glovelier, Innertkirchen, Miécourt, Movelier, Muriaux, La Neuveville, Rebévelier, St-Ursanne, Soyhières, Undervelier et Wangen-sur-l'Aar; en outre, il existe à Bienne une assurance partiellement obligatoire pour les personnes de condition modeste.

3.14.2 *Assurance mobilière obligatoire*

Aucune commune n'a dû être invitée à acquitter des primes non payées.

4. **Kantonales Laboratorium für Lebensmittel- und Trinkwasserkontrolle**

4.1 **Kantonale Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse**

4.1.1 Am 22. Mai 1974 setzte der Regierungsrat des Kantons Bern die neue kantonale Vollziehungsverordnung über den Verkehr mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen in Kraft. Sie wurde vom Bundesrat am 9. Juli 1974 genehmigt. Die letzte Vollziehungsverordnung datierte vom Dezember 1929.

4.1.2 Am 11. September 1974 bewilligte der Grosse Rat des Kantons Bern durch Abänderung des Organisationsdekretes der Volkswirtschaftsdirektion zwei neue Chemikerstellen für

4. **Laboratoire cantonal pour le contrôle des denrées alimentaires et de l'eau potable**

4.1 **Législation cantonale**

4.1.1 Le 22 mai 1974, le Conseil-exécutif du canton de Berne a mis en vigueur la nouvelle ordonnance cantonale sur le commerce des denrées alimentaires et de divers objets usuels. Elle avait été approuvée par le Conseil fédéral le 9 juillet 1974. La dernière ordonnance cantonale d'exécution datait de décembre 1929.

4.1.2 Le 11 septembre 1974, le Grand Conseil du canton de Berne autorisait, par une modification du décret sur l'organisation de la Direction de l'économie publique, deux nou-

das kantonale Laboratorium. Er nahm davon ohne Vorbehalt Kenntnis, dass für diese Chemiker zusätzlich Stellen für Hilfskräfte (ein Chemiker HTL, zwei Laboranten) eröffnet werden müssen.

4.1.3 Am selben Tag überwies der Grosse Rat ein Postulat Neukomm, das die Errichtung eines kantonalen Badewasserinspektorates verlangt. Eine daraufhin durchgeführte Umfrage bei den Kantonen hat ergeben, dass bereits in zehn Kantonen eine Verordnung über die Kontrolle der Badewasser besteht. Demgegenüber überprüfen in insgesamt 18 Kantonen entweder der Kantonschemiker oder das Gewässerschutzlaboratorium die Güte des Badewassers. Die zehn kantonalen Verordnungen werden als Grundlage dienen für eine Regelung dieses Problems der Präventivmedizin, das nicht zuletzt in Gebieten des Fremdenverkehrs von eminentem öffentlichem Interesse ist.

4.1.4 Am 9. Oktober 1974 beschloss der Regierungsrat, den deklarationsfreien Verbesserungsverschnitt der Ernte 1974 von 20 Prozent zu gestatten. Er hielt ausdrücklich fest, dass Weine mit gleichstehender Qualität unter keinen Umständen Verwendung finden dürfen.

4.2 Bauliches

Am Ende des Berichtsjahres konnte der Um- und Ausbau des Laboratoriums abgeschlossen werden. Es konnte ein Maximum an Laborfläche gewonnen werden, ohne die Hilfsräume unnötigerweise zu reduzieren. Das Laboratorium bietet nun insgesamt 30 Arbeitsplätze in den Laboratorien. Mit den Lebensmittelinspektoren, dem Administrationspersonal und dem Giftinspektorat wird der Personalbestand der Lebensmittelkontrolle und des Giftinspektorates im Vollausbau einen Bestand von 45 Personen erreichen.

4.3 Allgemeiner Tätigkeitsbericht

4.3.1 Instruktionskurse für Ortsexperten

Solche Kurse wurden im Berichtsjahr keine durchgeführt. Sie wurden für den Beginn des folgenden Jahres vorgesehen. Gleichzeitig wurde beschlossen, die Kurse häufiger durchzuführen, da der Kontakt der kantonalen Aufsichtsbeamten zu denjenigen der Gemeinden gerade in einem grossen Kanton von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist.

4.3.2 Kurse für Lebensmittelchemiker

Botanik für Lebensmittelchemiker, zusammen mit Prof. K. Ehrismann, 30. September bis 5. Oktober (15 Teilnehmer).

4.3.3 Giftinspektorat

4.3.3.1 Administratives

Vom 1. Januar hinweg betreute Fräulein D. Schär unter der Leitung von Herrn Dr. U. Müller das Giftinspektorat. Am 1. August nahm Dr. U. Brügger seine Tätigkeit auf.

Die administrative Tätigkeit besteht derzeit aus folgenden Arbeiten:

- Einrichten einer Registratur der kontrollierten Betriebe (Reitersystem)

veaux postes de chimistes pour le Laboratoire cantonal. Il prit connaissance sans réserve que, pour ces chimistes, des postes supplémentaires de collaborateurs (un chimiste ETS, deux laborants) devraient être créés.

4.1.3 Le même jour, le Grand Conseil accepta un postulat Neukomm demandant la création d'une Inspection cantonale des eaux de bains. Une enquête menée à ce sujet auprès des cantons a révélé qu'il existe déjà dans dix cantons une ordonnance sur le contrôle des eaux de bains. Par contre, le chimiste cantonal ou le Laboratoire de la protection des eaux contrôlent au total dans 18 cantons les qualités des eaux de bains. Les dix ordonnances cantonales serviront de base pour régler ce problème de médecine préventive, dont l'importance est particulièrement grande dans les régions touristiques.

4.1.4 Le 9 octobre 1974, le Conseil-exécutif a décidé d'autoriser pour la récolte 1974, le coupage de 20% sans déclaration, destiné à améliorer la qualité. Il souligna que des vins de qualité égale ne pouvaient pas servir à cette opération.

4.2 Constructions

Les travaux de transformations du Laboratoire ont pu être menés à terme à la fin de l'année 1974. On a réussi à obtenir un maximum de surface de Laboratoire sans réduire inutilement les locaux annexes. Le Laboratoire offre ainsi au total 30 places de travail dans les Laboratoires. En comptant les inspecteurs des denrées alimentaires, le personnel d'administration et l'inspection des toxiques, l'état du personnel du contrôle des denrées alimentaires et de l'inspection des toxiques s'élèvera au total à 45 personnes.

4.3 Rapport général d'activité

4.3.1 Cours d'instruction pour experts locaux

De tels cours n'ont pas eu lieu en 1974. Ils sont prévus pour le début de l'année prochaine. Il a été également décidé d'organiser les cours plus souvent, parce que, dans un grand canton, le contact des organes de contrôle cantonaux avec ceux des communes revêt une importance non négligeable.

4.3.2 Cours pour chimistes des denrées alimentaires

Botanique pour chimistes des denrées alimentaires en collaboration avec le professeur K. Ehrismann, du 30 septembre au 5 octobre (15 participants).

4.3.3 Inspection des toxiques

4.3.3.1 Administration

A partir du 1^{er} janvier, M^{lle} D. Schär a été chargée de l'inspection des toxiques sous la direction de M. U. Müller. M. U. Brügger a pris son activité le 1^{er} août.

L'activité administrative comprend actuellement les travaux suivants:

- Etablissement d'un registre des commerces contrôlés (système par cavaliers)

– Ausgestellte Bewilligungen:

Allgemeine Bewilligungen A	43
Allgemeine Bewilligungen B	33
Allgemeine Bewilligungen C	626
davon an landwirtschaftliche Genossenschaften	188
Giftbücher A	301
Giftbücher B	508

Von diesen Bewilligungen entfallen ungefähr 130 an galvanische Betriebe.

– Anzahl abgegebener Giftscheine in den Städten Bern und Biel

Giftklasse 1	20
Giftklasse 2	2 790

Die Erfassung der Abgabe von Giftscheinen in den kleineren Gemeinden ist vorläufig nicht möglich. Sie ist indessen vorgesehen.

4.3.3.2 Aussendienst

Die Arbeit im Berichtsjahr glich in ihrer Startphase viel eher einem Beratungsdienst der besuchten Geschäfte und Firmen als einer Kontroll- und Inspektionstätigkeit und war dementsprechend sehr zeitraubend. Es wurden in allen Betrieben Merkblätter über Erste-Hilfe-Massnahmen bei Vergiftungen und je nach Interesse und Bedarf Vervielfältigungen über das Giftgesetz abgegeben.

Betriebskontrollen

Betriebe	Kontrollen	Beanstandungen
Apotheken	24	16
Drogerien	125	80
Galvanik, Metallverarbeitung	28	8
Landw. Genossenschaften	95	75
Lebensmittelbetriebe	140	65
Bäder	10	5
Sonstige	97	65
Total	519	314

Wie aus den Zahlen hervorgeht, mussten in etwa 60 Prozent der kontrollierten Betriebe grössere Beanstandungen vorgenommen werden.

Die Zahl der Beanstandungen wird zweifellos erheblich zurückgehen, sobald die von den Berufsverbänden in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Gesundheitsamt systematisch organisierten Kurse die notwendigen Kenntnisse zum Voraus vermitteln. Diese Kurse sollen 1975 richtig anlaufen.

Zu diesen Mängeln ist zu bemerken, dass sie offensichtlich nicht auf schlechten Willen zurückzuführen sind, sondern vielmehr auf die Unkenntnis der Vorschriften, die Unsicherheit in deren Anwendung und nicht zuletzt auf die in vielen Fällen notwendig geworden und aus Zeitgründen noch nicht realisierten baulichen Veränderungen in Verkaufs- und Lagerräumen (Einbau von Gestellen, Schränken, grösseren Trennwänden usw.). Die bis anhin guten Ergebnisse unserer Nachkontrollen bestätigen diese Auffassung. Im allgemeinen wurden das Giftgesetz und seine Ziele vorwiegend positiv beurteilt.

Bei einer Befragung von Apothekern und Drogisten über die Auswirkung des Giftgesetzes erklärten ungefähr 90 Prozent, dass der Kauf von technischen Produkten der Giftklassen 1 bis 3 ganz erheblich zurückgegangen sei. Somit scheint ein erstes Ziel des Giftgesetzes, nämlich den Verkehr mit Giften

– Autorisations délivrées:

Autorisations générales A	43
Autorisations générales B	33
Autorisations générales C	626
dont à des Associations agricoles	188
Livrets de toxiques A	301
Livrets de toxiques B	508

Environ 130 de ces autorisations ont été délivrées à des entreprises galvaniques.

– Nombre de fiches de toxiques délivrées dans les villes de Berne et Bienne

classe de toxicité 1	20
classe de toxicité 2	2 790

Le dénombrement des fiches de toxiques délivrées dans les petites communes n'est momentanément pas possible. Il est cependant prévu.

4.3.3.2 Activité à l'extérieur

Au cours de l'année écoulée, le travail s'est apparenté dans sa phase initiale plutôt à un service de conseils auprès des commerces et des entreprises visités qu'à une activité d'inspection et a nécessité par conséquent beaucoup de temps. Des notices explicatives concernant les premiers secours en cas d'intoxication ont été remises à toutes les entreprises et, selon l'intérêt et le besoin, des multicopies concernant la loi sur les toxiques.

Contrôles d'entreprises

Entreprises	Contrôles	Contestations
Pharmacies	24	16
Drogueries	125	80
Galvanisation, métallurgie	28	8
Associations agricoles	95	75
Commerces de denrées alimentaires	140	65
Bains	10	5
Autres	97	65
Total	519	314

Ainsi qu'il ressort de ces chiffres, on a établi des contestations importantes dans env. 60 % des entreprises contrôlées. Le nombre des contestations va certainement diminuer considérablement dès que les cours organisés systématiquement par les organisations professionnelles et le Service fédéral de l'hygiène publique permettront d'acquérir les connaissances nécessaires. Ces cours doivent normalement débiter en 1975.

Au sujet de ces contestations, il faut ajouter qu'elles ne doivent vraisemblablement pas être attribuées à la mauvaise volonté; elles sont au contraire dues à la méconnaissance des prescriptions, à l'incertitude concernant leur application et, dans de nombreux cas, aux transformations rendues nécessaires dans les locaux de vente et d'entreposage et qui, faute de temps, n'ont pas encore été réalisées (construction d'étagères, d'armoires, de parois de séparation, etc.). Cette impression s'est trouvée confirmée par les constatations positives que nous avons faites lors de contrôles de vérification. En général, la loi sur les toxiques et les buts auxquels elle tend sont jugés favorablement.

Lors d'une enquête menée auprès de pharmaciens et de droguistes sur l'influence de la loi sur les toxiques, env. 90 % déclarèrent que la vente des produits techniques des classes de toxicité 1 à 3 avait régressé de façon très sensible. Il

durch Erschwerung des Bezuges einzuschränken, zum Teil schon verwirklicht worden zu sein. Erwähnenswert ist schliesslich auch die Tatsache, dass viele Geschäfte, die bis heute nur einige wenige Giftprodukte verkauften, den Zeit- und Kostenaufwand zum Erwerb einer Giftbewilligung scheuten und deshalb die genannten Produkte aus dem Sortiment eliminierten. Diese Massnahme bewirkt wiederum, dass der Verkauf von «Giften» zum grössten Teil in die Hände von Fachleuten gelangt, was ja ein weiteres wichtiges Ziel des Giftgesetzes darstellt.

Zwei Fälle, in denen die Nichtbeachtung der Vorschriften des Giftgesetzes zu schwerwiegenden Folgen führte, verdienen kurz geschildert zu werden:

– Ein 16jähriger Gymnasiast kaufte in einer Drogerie 1 kg Salpeter (Kaliumnitrat) der Giftklasse 3, ein Salz, das bekanntlich zur Sprengstoff-Herstellung verwendet wird. Die beim Experimentieren mit diesem Produkt erfolgte Explosion verursachte beim Schüler einen offenen Trümmerbruch an der rechten Grosszehe. Der Drogist machte sich strafbar, da er Produkte der Giftklasse 3 nur gegen Unterschrift einer Empfangsbestätigung mit den entsprechenden Personalien abgeben darf und dabei hätte feststellen müssen, dass der Schüler noch nicht volljährig war.

– Ein Landwirt bezog mittels Giftscheins völlig korrekt ein Pflanzenschutzmittel der Giftklasse 2. Nach der Behandlung seiner Obstbäume leerte er die Spritzreste in einen Bach und bewirkte dadurch ein grosses Fischsterben. Gegen den fehlbaren Landwirt, der offensichtlich die auf dem Giftschein gedruckten Schutzmassnahmen nicht beachtet hatte, wurde ein Strafverfahren eingeleitet.

4.3.3.3 *Deponie und Unschädlichmachung von giftigen Produkten*

In der Schweiz existieren bereits mehrere bestausgewiesene chemische Firmen, die gegen Bezahlung chemische Rückstände, Abwässer usw. unschädlich machen. Einige Firmen organisierten zudem einen nach genauem Zeitplan ablaufenden Abholdienst mit Lastwagen und Staplern.

Wir sind im Kanton Bern in der glücklichen Lage, dass sich die Basler Chemie-Industrie laut Vertrag für die Sondermülldeponie in Teufthal verpflichten musste, uns bezüglich Problemen der Unschädlichmachung und Deponie von Abfallstoffen in Rat und Tat behilflich zu sein.

4.3.4 *Epidemiologisches*

Im Berichtsjahr wurden wir nur mit wenig kleineren Epidemien bakteriellen Ursprungs konfrontiert. Dafür gab uns die nachfolgend geschilderte Salmonella-Epidemie reichlich zu schaffen.

Nach den Berichten des Eidgenössischen Gesundheitsamtes erkrankten im Sommer rund 180 Säuglinge in der ganzen Schweiz an Salmonellose, die vorwiegend durch *S. tenessee* und *newington* ausgelöst wurde. Als Vektor dieser Salmonellen wurde vom Kantonschemiker Luzern ein Instant-Säuglingsnährmittel bernischer Provenienz erkannt. Der eigentliche Infektionsherd befand sich in einer ausländischen Fabrik, welche einen Rohstoff zur Herstellung dieses Lebensmittels lieferte.

Die Epidemie lehrte die Lebensmittelkontrolle zweierlei: Die Ausbreitung der Erkrankungsfälle über zahlreiche Kantone führt zur Notwendigkeit, die sich im Gefolge aufdrängenden Massnahmen möglichst schnell und einheitlich durchzuführen. Dies erfordert die sofortige Bildung eines Stabes unter eidgenössischer Führung, der aus Medizinerinnen, Veterinärmedizinerinnen, Kantonschemikerinnen und Lebensmittelbakteriologinnen

semble ainsi que le premier but de la loi sur les toxiques, c'est-à-dire de limiter le commerce des toxiques en rendant l'acquisition plus difficile, soit déjà partiellement atteint. Il faut enfin signaler que plusieurs commerces qui jusqu'à présent ne vendaient que quelques produits toxiques, pour s'épargner une perte de temps et des frais ont renoncé à obtenir une autorisation de vente des toxiques et ont éliminé ces produits de leur assortiment. Cette mesure contribue à nouveau à ce que le commerce des toxiques demeure en majeure partie entre les mains de spécialistes, ce qui concrétise un autre but important de la loi sur les toxiques. Deux cas où l'inobservation des prescriptions de la loi sur les toxiques a eu des conséquences graves méritent d'être brièvement relatés:

– Un gymnasien âgé de 16 ans acheta dans une droguerie 1 kg de salpêtre (nitrate de potassium) de la classe de toxicité 3, qui est, comme on le sait, un sel utilisé pour la fabrication d'explosifs. L'explosion qui se produisit en expérimentant ce produit provoqua un déchiquetage du gros orteil droit. Le droguiste s'est rendu coupable, car il ne peut délivrer un produit de la classe de toxicité 3 qu'en échange d'une quittance signée portant l'identité correspondante et il aurait ainsi dû s'apercevoir que l'élève n'avait pas encore l'âge prescrit.

– Un agriculteur obtint correctement en échange d'une fiche de toxique, un produit antiparasitaire de la classe de toxicité 2. Après le traitement de ses arbres fruitiers, il vida le reste du produit dans un ruisseau et provoqua ainsi un grave empoisonnement de poissons. Une action pénale a été intentée contre l'agriculteur fautif qui n'avait certainement pas observé les mises en garde qui sont imprimées sur la fiche de toxique.

4.3.3.3 *Décharge publique et mesures propres à rendre les toxiques inoffensifs*

Il existe déjà en Suisse plusieurs entreprises chimiques qui, contre paiement, traitent des résidus chimiques, des eaux résiduaires, etc. pour les rendre inoffensifs. Quelques entreprises ont organisé à cet effet un service de ramassage par camions circulant selon un horaire bien défini.

Nous avons la chance dans le canton de Berne que l'industrie chimique de Bâle était tenue, selon le contrat concernant la décharge spéciale dans le Teufthal, de nous conseiller et de nous aider en ce qui concerne les problèmes de décharge et de mesures propres à rendre les déchets inoffensifs.

4.3.4 *Epidémiologie*

Au cours de l'année écoulée, nous n'avons été confrontés qu'avec quelques petites épidémies d'origine bactérienne. En revanche, l'épidémie de Salmonelles décrite ci-après nous a donné beaucoup à faire:

Selon les rapports de l'Office fédéral de l'hygiène publique, environ 180 nourrissons de toute la Suisse furent atteints durant l'été de salmonellose provoquée principalement par *S. tenessee* et *newington*. Le chimiste cantonal de Lucerne reconnut que le vecteur de ces salmonelles était un aliment instantané pour nourrissons et de provenance bernoise. Le véritable foyer d'infection se trouvait dans une fabrique étrangère qui livrait une matière première destinée à la fabrication de cette denrée alimentaire.

L'épidémie apporta un double enseignement au contrôle des denrées alimentaires: La propagation des cas de maladies dans plusieurs cantons contraint de prendre les mesures qui s'imposent de manière uniforme et aussi rapidement que possible. Cela nécessite la formation immédiate, sous la direction des autorités fédérales d'un état-major de médecine

bestehen muss und der den Kantonen verbindliche Weisungen zur Ermittlung der Ursache und zur Bekämpfung der Epidemie erteilen kann.

Als zweites ist die Frage dringlich zu diskutieren, ob nicht eine Verpflichtung zur Selbstkontrolle für Firmen der Nahrungsmittelindustrie in die Lebensmittelgesetzgebung aufgenommen werden sollte. Es ist für die amtliche Lebensmittelkontrolle ein Ding der Unmöglichkeit, überall und zu jeder Zeit derart intensiv zu kontrollieren, dass das Risiko solcher Epidemien deutlich absinkt. Der Ausbruch der hier diskutierten Epidemie hätte durch eine sehr intensive interne Kontrolle möglicherweise verhindert werden können. Eine im Rahmen des überhaupt Möglichen noch so intensive amtliche Überwachung vermag eine solche interne Kontrolle nie zu ersetzen. Es stellt sich die Frage, ob die Verpflichtung zu genau umschriebenen Betriebsüberwachungen eine rechtliche Basis in Verfassung und Gesetz finden kann.

Wir glauben, dass dies möglich ist. Schliesslich kennen wir solche Verpflichtungen bei der Überwachung der Trinkwasserversorgungen schon längere Zeit.

Eine Gelbsuchtepidemie mit etwa 50 ärztlich erfassten Erkrankungen (Dunkelziffer rund zweimal so hoch geschätzt) ereignete sich im Emmental. Die erste Erkrankung trat auf einem abgelegenen Hof mit Eigenwasserversorgung auf, die gelegentlich trübes und meist bakteriologisch schlechtes Wasser liefert. Die Frage, ob das Wasser die Infektionsquelle darstellte, muss heute angesichts fehlender Nachweismethoden für Hepatitisviren leider noch voll offengelassen werden. Die schlechte Qualität des Wassers und die offensichtliche Gefährdung des Einzugsgebietes der Quelle würde diese Möglichkeit jedoch nicht ausschliessen.

Leider ist die konsequente Abklärung der lebensmittelbedingten Gelbsuchtepidemien durch die massgeblichen Fachleute in der Schweiz mangels finanzieller Mittel derzeit gar nicht möglich. Die Frage wäre vordringlich genug, um hier nach Lösungen zu suchen.

4.3.5 Gaschromatographie und Rückstände

Untersuchte Proben

	Anzahl Proben	Davon beanstandet
<i>Rückstände von chlorierten Insektiziden</i>		
Milch/Milchprodukte	112	13
Käse	119	29
Margarine/Speisefette/Speiseöle	2	—
Körner-/Hülsenfrüchte	6	—
Eier/Eierkonserven	1	—
Diätetische Lebensmittel	20	—
Obst/Gemüse	17	—
Rahmeis/Speiseeis	22	2
Gelées/Konfitüren	5	—
Diverse Proben	14	1
Futtermittel	13	—
<i>Rückstände von insektiziden Phosphorsäureestern</i>		
Diverse	5	—
<i>Rückstände von Endosulfan</i>		
Diverse	2	1
<i>Rückstände von PCBs</i>		
Käse	1	—
Diätetische Lebensmittel	1	—
Obst	1	—
<i>Rückstände von Keimhemmungsmitteln</i>		
Gemüse (Kartoffeln)	41	8

cins, vétérinaires, chimistes cantonaux et bactériologues, qui peut transmettre aux cantons des instructions à caractère obligatoire destinées à déceler l'origine de l'épidémie et à la combattre.

Deuxièmement, il est urgent d'examiner si on ne devrait pas introduire dans la législation sur les denrées alimentaires une disposition contraignant les entreprises de la branche alimentaire à exercer leur propre contrôle. Il est impossible au contrôle officiel des denrées alimentaires de contrôler partout et en tout temps si le risque de telles épidémies diminue nettement. L'apparition de l'épidémie en question aurait probablement été évitée grâce à un contrôle interne intense. Un contrôle officiel aussi intense qu'il soit ne peut jamais remplacer un tel contrôle interne. On peut se poser la question de savoir si l'obligation d'exercer de tels contrôles d'entreprises peut trouver une base légale dans la constitution et dans la loi.

Nous croyons que cela est parfaitement possible. En fin de compte, nous connaissons depuis longtemps de telles obligations en ce qui concerne la surveillance des installations d'eau potable.

Une épidémie de jaunisse concernant environ 50 cas traités médicalement (on estime que les cas non traités sont approximativement deux fois plus élevés) s'est produite dans l'Emmental. Le premier cas de maladie s'est déclaré dans une ferme située à l'écart ayant un propre réseau d'alimentation en eau, fournissant parfois une eau trouble et généralement de mauvaise qualité bactériologique. On ne peut malheureusement pas savoir si l'infection provenait de l'eau, car il n'existe actuellement pas de méthode d'identification des virus d'hépatite. Cependant, la mauvaise qualité de l'eau et le danger d'infection évident du bassin d'alimentation de la source ne permettent pas d'écarter cette possibilité.

Malheureusement, il n'est actuellement pas possible en Suisse d'établir de façon conséquente l'origine des épidémies de jaunisse, faute de moyens financiers. L'urgence du problème justifierait bien la recherche de solutions.

4.3.5 Chromatographie en phase gazeuse et résidus

Echantillons analysés

	Nombre des échantillons	Dont contestés
<i>Résidus d'insecticides chlorés</i>		
Lait/Produits laitiers	112	13
Fromage	119	29
Margarine/grasses comestibles/huiles	2	—
Graines/légumineuses	6	—
Oeufs/conserves d'œufs	1	—
Aliments diététiques	20	—
Fruits/légumes	17	—
Crème glacée/glaces	22	2
Gelées/confitures	5	—
Echantillons divers	14	1
Denrées fourragères	13	—
<i>Résidus d'insecticides à base d'esters phosphorés</i>		
Divers	5	—
<i>Résidus d'endosulfan</i>		
Divers	2	1
<i>Résidus de PCB</i>		
Fromage	1	—
Aliments diététiques	1	—
Fruits	1	—
<i>Résidus de produits antigermes</i>		
Légumes (pommes de terre)	41	8

	Anzahl Proben	Davon beanstandet
<i>Geschmackliche Beanstandungen in Abwesenheit von Insektiziden</i>		
Obst	1	1
Konfitüre	1	1
<i>Fettsäurezusammensetzung</i>		
Rahmeis/Speiseeis	19	
<i>Interne Probenansätze</i>		
Diverse	etwa 85	
Total durchgeführte Analysen	etwa 490	
Davon führten zu Beanstandungen	56	

4.4 Untersuchungstätigkeit des Laboratoriums

	Untersuchte Proben	Beanstandungen Zahl
Zollämter	117	9
Eidgenössische, kantonale und städtische Organe	11 671	2 798
Private	1 931	461
	13 719	3 268
<i>Zusammenzug</i>		
Lebensmittel	13 335	3 248
Stoffe zur Behandlung von Lebensmitteln	—	—
Gebrauchs- und Verbrauchsgegenstände	384	20
	13 719	3 268

4.5 Besprechung der einzelnen Kategorien von Lebensmitteln und Gebrauchs- und Verbrauchsgegenständen

4.5.1 Allgemeine Bemerkungen

Die *Interpretation* der angeführten Zahlen ist aus mancherlei Gründen für Aussenstehende schwierig. Es sei daher ausdrücklich auf die im Jahresbericht 1973 an dieser Stelle dargestellten Überlegungen und Vorbehalte verwiesen. Die Zusammenstellung der untersuchten kontrollpflichtigen Waren ist insofern nicht repräsentativ für den Verkehr mit den Zollämtern, als sie nur die Zahl der von uns effektiv untersuchten Proben wiedergibt. Es ist darin nicht diejenige Zahl von Meldungen enthalten, die z.B. nur zur Kenntnisnahme und ohne Muster erfolgt. In diesem Falle überlässt das Zollamt den Entscheid dem amtlichen Laboratorium, ob es beim Empfänger selbst Proben erheben will. Die Zusammenstellung erfasst auch nicht alle jene Mustersendungen von Zollämtern, die wir wohl zur Kenntnis genommen haben, jedoch aus Zeitgründen nicht untersuchen konnten oder bei denen wir eine Untersuchung nicht für notwendig erachteten.

4.5.2 Milch

Zahl der untersuchten Proben	4 611
davon pasteurisierte Milch, Magermilch	254
Beanstandungen	734
Grund der Beanstandungen	Gesamtzahl der Proben
<i>Wässerung</i>	20
Wässerungsfälle in Prozenten aller untersuchten Proben	0,4%
<i>Verunreinigt</i>	120
in Prozenten aller untersuchten Proben	2,8%
Ungenügendes spezifisches Gewicht	7
Whiteside-Test positiv (deutlich)	233
positiv (stark)	193
	10,02%
Ungenügender Fettgehalt	13
Ungenügende bakteriologische Anforderungen	146
Ungenügende Reduktase und Abgeschmack	4
Zu hoher Insektizid-Gehalt	2

	Nombre des échantillons	Dont contestés
<i>Contestations pour défauts de goût en absence d'insecticides</i>		
Fruits	1	1
Confitures	1	1
<i>Composition des acides gras</i>		
Crème glacée/glaces	19	
<i>Examens d'échantillons pour besoins internes</i>		
Divers	env. 85	
Total des analyses effectuées	env. 490	
Ont donné lieu à contestation	56	

4.4 Travaux d'analyses du Laboratoire

	Echantillons analysés	Contestations Nombre
Bureaux de douane	117	9
Organes fédéraux, cantonaux et communaux	11 671	2 798
Privés	1 931	461
	13 719	3 268
<i>Récapitulation</i>		
Denrées alimentaires	13 335	3 248
Substances pour le traitement des denrées alimentaires	—	—
Objets usuels et biens de consommation	384	20
	13 719	3 268

4.5 Discussion des différentes catégories de denrées alimentaires, d'objets usuels et de biens de consommation

4.5.1 Remarques générales

Pour diverses raisons, l'interprétation des résultats mentionnés n'est pas aisée pour les personnes extérieures au laboratoire. Nous nous référons expressément aux remarques et réserves que nous avons formulées à ce sujet dans notre rapport annuel 1973.

La récapitulation concernant les marchandises soumises au contrôle n'est représentative pour le trafic avec les bureaux de douane que si elle ne se rapporte qu'au nombre d'échantillons que nous avons effectivement examinés. Elle ne renferme pas le nombre de communications que nous recevons par exemple seulement à titre d'information et sans échantillon. Dans ce cas, la douane laisse le choix au laboratoire officiel de prélever lui-même des échantillons auprès du destinataire. La récapitulation ne renferme pas non plus tous les envois d'échantillons des bureaux de douane, dont nous avons bien pris connaissance, mais que pour des raisons de temps nous ne pouvions pas analyser ou que nous n'avons pas jugé nécessaire d'analyser.

4.5.2 Lait

Nombre d'échantillons analysés	4 611
dont lait pasteurisé et lait maigre	254
Contestations	734
Motifs des contestations	Nombre total des échantillons
<i>Mouillage</i>	20
en pour-cent de tous les échantillons analysés	0,4%
<i>Souillures</i>	120
en pour-cent de tous les échantillons analysés	2,8%
Poids spécifique insuffisant	7
Test Whiteside positif (nettement)	233
positif (fortement)	193
	10,02%
Teneur en graisse insuffisante	13
Exigences bactériologiques insuffisantes	146
Réductase insuffisante, goût contesté	4
Teneur excessive en insecticides	2

Die Zahl der Wässerungen bleibt nach wie vor auf der gleichen Höhe. Die Konstanz ist eigentlich erstaunlich. Sie ist wohl nur damit zu erklären, dass alle Eigenschaften einer Population – also auch die Bereitschaft zum Wässern – den Gesetzmässigkeiten der biologischen Verteilungskurve unterliegen. Die Schlussfolgerungen daraus sind leicht zu ziehen. Die Lebensmittelkontrolle muss weiterhin mit demselben Einsatz wirken, damit der Anteil nicht grösser wird. Möglicherweise wird die Effizienz der Kontrolle bei ausgebauter Zusammenarbeit mit dem milchwirtschaftlichen Kontroll- und Beratungsdienst (mKBD) noch etwas zunehmen.

Um in Wässerungsfällen der Einrede begegnen zu können, die Gehaltsverminderung sei durch Euterentzündung hervorgerufen worden, begannen wir systematisch zunächst gewässerte, schliesslich sämtliche Milchproben dem Whiteside-Test zu unterziehen. Der Anteil der Proben, die auf diesen Test positiv ansprachen (Euterentzündung), liegt im Bereich, wie er auch andernorts festgestellt wird. Die Ergebnisse werden im kommenden Jahr gemäss der Verpflichtung zur gegenseitigen Orientierung dem mKBD gemeldet. Dieser muss im Rahmen des Eutergesundheitsdienstes die nötigen Sanierungsmassnahmen ergreifen. Gemäss den Bestimmungen der Lebensmittelverordnung und des Milchlieferungsregulativs müssten solche Milchen eigentlich vom Verkehr ausgeschlossen werden. Dieses Ziel ist bei den heutigen Verhältnissen eindeutig zu hoch gesteckt.

4.5.3 Pasteurisierte Milch

Im Hinblick auf die von den Milchverbänden beantragte Verlängerung der Verkaufsfrist von vier auf fünf Tage, die mit Schwierigkeiten bei der Feinverteilung begründet und belegt wurde, untersuchten wir erneut zahlreiche Pastmilchproben, um feststellen zu können, ob – vor allem in der kritischen Sommerzeit – die Haltbarkeit der Pastmilch bei den bestehenden gültigen vier Tagen Verkaufsfrist genügend sei, um den Verteilern einen weiteren Verkaufstag zuzugestehen (der natürlich auf Kosten der Haltbarkeit im Haushalt ginge).

Die Resultate dieser Untersuchung sind in folgender Tabelle zusammengestellt:

auf 147 Proben 43 zu hohe Keimzahlen	= 29%
auf 147 Proben 39 zu hohe Coliwerte	= 26%
auf 147 Proben 78 zu hohe Temperaturen	= 53%
<i>Milch-Drink</i>	
auf 77 Proben 15 zu hohe Keimzahlen	= 19%
auf 77 Proben 22 zu hohe Coliwerte	= 28%
auf 77 Proben 46 zu hohe Temperaturen	= 60%
<i>Rahm</i>	
auf 46 Proben 23 zu beanstanden	= 50%
auf 46 Proben 16 zu hohe Keimzahlen	= 35%
auf 46 Proben 11 zu hohe Coliwerte	= 24%
auf 46 Proben 12 zu hohe Temperaturen	= 26%

Die Ergebnisse sprechen für sich selbst und bestätigen uns wiederum die zahlreichen Reklamationen von Konsumenten wegen einer oft nur geringen Haltbarkeit der Pastmilch im Haushalt. Möglicherweise ist dies mit ein Grund, weshalb der Konsum an ultrahocherhitzter Milch signifikant zunimmt, da mit dieser Milchart die Haltbarkeitsprobleme praktisch eliminiert werden.

Die Ursache der relativ schlechten Resultate unserer repräsentativen Untersuchungen liegt erfahrungsgemäss viel weniger beim Erzeugerbetrieb als bei der Feinverteilung und bei der Lagerung in vielen Verkaufsgeschäften.

Wenn die Erzeugerbetriebe von der Lebensmittelkontrolle noch einigermaßen im Sinne der Qualitätskontrolle überwacht werden könnten, so ist dies ein Ding der Unmöglichkeit.

Le nombre des mouillages demeure au même niveau que précédemment. La constance est vraiment étonnante. Elle ne s'explique que par les caractéristiques d'une population – de même que sa prédisposition à risquer un mouillage – qui sont soumises aux probabilités de la courbe de répartition biologique. Les conclusions qui en découlent sont faciles à tirer. Le contrôle des denrées alimentaires doit poursuivre son action avec autant d'assiduité pour que la proportion n'augmente pas. Il est possible que l'efficacité du contrôle soit encore renforcée dès que la collaboration avec le service d'inspection et de consultation en matière d'économie laitière sera pleinement réalisée.

Pour pouvoir réfuter l'argument avancé lors des cas de mouillage et selon lequel la composition insuffisante du lait proviendrait d'une inflammation des mamelles, nous avons commencé à soumettre systématiquement les échantillons mouillés et finalement tous les échantillons de lait au test Whiteside. La proportion des échantillons qui réagirent positivement à ce test (mammite) se situe à un niveau comparable à celui qui a été observé ailleurs. Au cours de l'année qui vient, ces résultats seront communiqués au Service d'inspection et de consultation en matière d'économie laitière conformément à l'obligation de s'informer réciproquement. Ce service devra prendre les mesures d'assainissement nécessaires. Conformément aux prescriptions de l'ordonnance sur les denrées alimentaires et du règlement suisse de livraison du lait, de tels laits devraient effectivement être retirés du commerce. Dans les conditions actuelles, ce but est nettement inaccessible.

4.5.3 Lait pasteurisé

En raison de la demande des associations laitières de prolonger le délai de vente de quatre à cinq jours, demande qui est justifiée par les difficultés de livraison dans les endroits reculés, nous avons à nouveau examiné de nombreux échantillons de lait pasteurisé pour pouvoir constater si la conservation – surtout pendant la période estivale critique – est suffisante au terme du délai de 4 jours actuellement en vigueur et si un jour supplémentaire de vente peut être accordé aux distributeurs (lequel reporterait ses effets sur la durée de conservation dans le ménage).

Les résultats de cet examen sont rassemblés dans le tableau suivant:

sur 147 échantillons 43 ont trop de germes	= 29%
sur 147 échantillons 39 ont trop de coliformes	= 26%
sur 147 échantillons 78 ont une température trop élevée	= 53%
<i>Lait-Drink</i>	
sur 77 échantillons 15 ont trop de germes	= 19%
sur 77 échantillons 22 ont trop de coliformes	= 28%
sur 77 échantillons 46 ont une température trop élevée	= 60%
<i>Crème</i>	
sur 46 échantillons 23 sont à contester	= 50%
sur 46 échantillons 16 ont trop de germes	= 35%
sur 46 échantillons 11 ont trop de coliformes	= 24%
sur 46 échantillons 12 ont une température trop élevée	= 26%

Les résultats parlent d'eux-mêmes et nous confirment à nouveau les nombreuses réclamations des consommateurs concernant une conservation souvent limitée du lait pasteurisé dans le ménage. C'est peut-être une des raisons pour lesquelles la consommation de lait chauffé à très haute température (UHT) progresse de façon significative, car avec cette sorte de lait les problèmes de conservation sont pratiquement éliminés.

On sait d'expérience que la cause des résultats relativement insatisfaisants de nos examens représentatifs, il faut beaucoup moins la rechercher dans les entreprises de production que dans les magasins de distribution et d'entreposage.

keit, wenn der Verteiltransport und die Detaillisten auf Einhaltung der Kühlkette derart kontrolliert werden sollten, dass sich die bakteriologische Situation wesentlich verbessert. Es ist schade, dass den grossen, aufwendigen, aber auch berechtigten Bemühungen des milchwirtschaftlichen Kontroll- und Beratungsdienstes um eine hohe Qualität der Lieferantenmilch nicht auch eine analoge Kontrolle bei der Feinverteilung der pasteurisierten Milch gegenübersteht. Die Lebensmittelkontrolle sieht sich jedenfalls angesichts der beschränkten Mittel und der Vielfalt der übrigen Aufgaben nicht imstande, die unbefriedigende Situation mit konkreten Massnahmen zu sanieren.

4.5.4 *Insektizide in Milch*

Die im letzten Jahresbericht dargelegte Situation einer Käserei des Mittellandes hat sich insofern verbessert, als die Rückstände in der Gesamtmilch nun unter die praktischen Grenzwerte gesunken sind und damit auch der daraus hergestellte Käse ohne Vorbehalt in den Verkehr gelangen kann. Bei den untersuchten Lieferanten ergaben sich noch vereinzelte Überschreitungen, die indessen bei der Vermischung der Milchen mehr als genug kompensiert wurden.

Trotz diesem erfreulichen Resultat traten zwei neue Kontaminationen auf. Bei einem der Lieferanten traten hohe Rückstände an Hexachlorbenzol auf. Dieses Mittel ist nur noch als Saatbeizmittel zugelassen. Der Verdacht liegt nahe, dass hier eine missbräuchliche oder fahrlässige Anwendung stattgefunden haben muss. Bei einem andern Lieferanten wurden hohe Lindanrückstände in einem ähnlichen Ausmass gefunden, wie dies früher bereits bei andern Lieferanten der Fall war, so dass man annehmen muss, dass der Wirkstoff Lindan immer noch veterinär-medizinisch angewandt wird. Diese Anwendung führt mit Sicherheit zu Milchen, die den Anforderungen der Lebensmittelverordnung nicht entsprechen.

Der Versuch zur Abklärung dieser Fälle verlief leider ergebnislos.

4.5.5 *Käse*

Im Berichtsjahr wurden praktisch nur ausländische Käse untersucht, da die bernische Käseproduktion als einwandfrei betrachtet werden kann. Gemäss der Zusammenstellung unter Abschnitt 4.3.5 errechnet sich eine Beanstandungsquote von 25 Prozent. Hier ist wiederum ausdrücklich zu betonen, dass diese Zahl nicht repräsentativ ist für die Situation auf dem Markt für ausländische Käse. Die Quote ist deshalb so hoch, weil wir gezielt untersuchen und immer wieder neue Käsesorten und -provenienzen entdecken, die zu Beanstandungen Anlass geben. Für die Lebensmittelkontrolle ist der Umstand erfreulich, dass die Beanstandungen von Importeuren und Produzenten offenbar ernstgenommen werden. Jedenfalls sind die jeweils durchgeführten Nachkontrollen in der Mehrzahl der Fälle in Ordnung.

4.5.6 *Teigwaren*

Wie wir bereits im Jahresbericht 1973 kurz erwähnt haben, ist es dem Laboratorium in Zusammenarbeit mit dem Institut für Lebensmittelchemie der Universität Bern kürzlich gelungen, eine zuverlässige Methode zur Bestimmung von Weichweizen in Hartweizen und Teigwarenprodukten auszuarbeiten.

Auf Grund dieser Methode haben wir nun eine breitangelegte Querschnittskontrolle über den Teigwarenmarkt der

Pour peu que le contrôle des denrées alimentaires puisse surveiller les entreprises de production en ce qui concerne le contrôle de la qualité, il n'est en revanche pas possible de surveiller le maintien de la chaîne du froid lors de la distribution et chez les détaillants de telle sorte que la situation s'améliore sensiblement du point de vue bactériologique. Il est regrettable que les moyens et les efforts considérables, mais aussi justifiés, du service d'inspection et de consultation en matière d'économie laitière en vue d'obtenir une haute qualité du lait à la livraison ne puissent également être mis en œuvre pour exercer un contrôle analogue lors de la distribution du lait pasteurisé. Etant donné ses moyens limités et la multiplicité des autres tâches, le contrôle des denrées alimentaires n'est pour une fois pas à même d'améliorer, par des mesures concrètes, la situation non satisfaisante.

4.5.4 *Insecticides dans le lait*

La situation que nous avons décrite dans le dernier rapport annuel et concernant une fromagerie du Mittelland s'est améliorée en ce sens que la teneur en résidus dans le lait mélangé s'est abaissée en dessous de la valeur limite pratique et que le fromage qui est fabriqué à partir de ce lait peut être maintenant mis dans le commerce sans restriction. Chez certains fournisseurs, on a encore trouvé des valeurs trop élevées mais qui sont suffisamment compensées par le mélange des laits.

Malgré ces résultats réjouissants, deux nouvelles contaminations ont été détectées. Chez l'un des fournisseurs, il s'agissait de résidus élevés d'hexachlorobenzène. Ce produit n'est encore toléré que comme désinfectant des semences. On a tout lieu de croire qu'on a eu affaire dans ce cas à un emploi abusif ou à une négligence. Chez un autre fournisseur, on a trouvé des résidus élevés de Lindane et dans une proportion semblable à celle qui a déjà été trouvée chez d'autres fournisseurs, ce qui nous porte à croire que la substance active Lindane est encore toujours employée en médecine vétérinaire. Cet emploi aboutit avec certitude à des laits qui ne répondent pas aux exigences de l'ordonnance sur les denrées alimentaires.

La tentative d'éclaircir ces cas a été vouée à l'échec.

4.5.5 *Fromages*

Au cours de l'anne écoulée, on n'a pratiquement examiné que des fromages étrangers, car la production bernoise de fromages peut être considérée comme irréprochable. Selon les données du tableau figurant sous le chiffre 4.3.5, on calcule un taux de contestations de 25%. Il faut à nouveau souligner ici que ces chiffres ne sont pas représentatifs pour la situation existant sur le marché des fromages étrangers. Le taux est si élevé parce que nos contrôles sont concertés et que nous trouvons encore toujours de nouvelles sortes et de nouvelles provenances de fromages qui donnent lieu à contestation. Il est réjouissant pour le contrôle des denrées alimentaires de constater que les contestations sont sûrement prises au sérieux par les importateurs et les producteurs. En tout cas, les contrôles de vérification donnent en général des résultats en ordre.

4.5.6 *Pâtes alimentaires*

Comme nous l'avons déjà mentionné brièvement dans le rapport annuel 1973, le Laboratoire de Berne, en collaboration avec l'Institut de chimie alimentaire de l'Université de Berne, a réussi récemment à mettre au point une méthode sûre pour déterminer les teneurs de blé tendre et de blé dur dans les pâtes alimentaires.

ganzen Schweiz gestartet. Insbesondere erregten all jene Teigwarenprodukte, welche als «reine Hartweizenprodukte» deklariert waren, unsere Aufmerksamkeit. Unsere Erfahrungen haben nämlich gezeigt, dass der Maximalbesatz von Weichweizen in Hartweizenkulturen die 5-Prozent-Grenze nicht überschreitet.

Zusammenstellung der Ergebnisse:

Italianische Teigwaren, deklariert «aus reinem Hartweizen»

Gehaltsbereich Weichweizen in Prozenten	Zahl der Proben	%
Kleiner als 2	7	12,5
2–8	20	35,7
8–15	9	16,1
15–30	9	16,1
Grösser als 30	11	19,6

Von 42 untersuchten *Teigwaren schweizerischer Provenienz* zeigten 34 Proben (81 %) Gehalte unter 2 Prozent. Nur drei Proben lagen mit 9 bis 14 Prozent über der vorgesehenen Toleranz.

Auf Grund dieser alarmierenden Resultate, die sicherlich teilweise auf die schlechte Qualität des von Italien importierten Weizens zurückzuführen sind, mussten wir zu rigorosen Massnahmen schreiten und haben diese in der Folge überprüft.

Unsere bisherigen Resultate zeigen, dass sich ein Grossteil der Produzenten sofort unseren Anforderungen angepasst hat und für die Produktion von Ware, welche für den Schweizer Markt bestimmt ist, ausgewählte Griesse verwendet. Diese Nachkontrollen werden uns jedoch noch für längere Zeit beschäftigen und belasten.

4.5.7 Gemüse

Zusammenfassung

	Auf Dithiocarbonate untersuchte Salat- proben	Davon beanstandet	
	Anzahl	Anzahl	in Prozenten
<i>Ausland und Schweiz</i>	23	3	13
<i>Nur Ausland</i>	20	1	5
davon:			
Belgien	7	0	—
Frankreich	9	1	11
Holland	1	0	—
Spanien	3	0	—
<i>Konzentrationsbereich</i>		Anzahl Proben	
		Ausland	Schweiz
Nicht nachweisbar		16	0
bis 3 ppm		3	1
3–10 ppm		1	0
10–25 ppm		0	1
25–50 ppm		0	1

Wie aus der Zusammenstellung der Resultate hervorgeht, ist gegenüber früheren Jahren ein Absinken der Beanstandungsquote festzustellen. Offenbar haben Importeure und Produzenten ihre Lehren aus unsern strengen Massnahmen bei Überschreitungen der Toleranzgrenzen gezogen.

Erstaunlicherweise mussten die höchsten Kontaminationen bei Salat inländischer Provenienz geahndet werden. Es handelt sich beim Produzenten um einen Grosspflanzler aus einem andern Kanton.

Da trotz strengster Massnahmen stets noch kontaminierter Salat in den Markt eingeschleust wird, werden wir auch in Zukunft nicht um Stichprobenkontrollen bei Verteilern und Verkäufern herumkommen.

Sur la base de cette méthode, nous avons entrepris un vaste contrôle du marché des pâtes alimentaires de toute la Suisse. Nous avons spécialement porté notre attention sur les produits qui étaient déclarés «produits de blé dur». La pratique nous a en effet appris que la teneur maximum de blé tendre dans les cultures de blé dur n'excède pas la limite de 5%.

Récapitulation des résultats:

Pâtes italiennes déclarées «produits de blé dur»

Teneur en blé tendre en pour-cent	Nombre d'échantillons	%
Inférieure à 2	7	12,5
2–8	20	35,7
8–15	9	16,1
15–30	9	16,1
Supérieure à 30	11	19,6

Sur 42 échantillons de *pâtes produites en Suisse*, 34 échantillons (81 %) accusaient des teneurs inférieures à 2 %. Seuls trois échantillons avec 9 à 14 % se situaient au-dessus de la tolérance prévue.

Sur la base de ces résultats alarmants qui certainement doivent être en partie attribués à la mauvaise qualité du blé importé par l'Italie, nous avons dû prendre des mesures plus sévères; celles-ci ont été contrôlées par la suite.

Les résultats obtenus jusqu'à présent montrent que la majorité des producteurs s'est conformée à nos exigences et a utilisé des semoules sélectionnées pour la production de marchandise destinée au marché suisse. Ces contrôles supplémentaires nous occuperont cependant considérablement pendant longtemps encore.

4.5.7 Légumes

Récapitulation

	Echantillons de salade examinés quant à leur teneur en dithiocar- bamate	Contestations	
		Nombre	En pour-cent
<i>Etranger et Suisse</i>	23	3	13
<i>Seulement étranger</i>	20	1	5
de:			
Belgique	7	0	—
France	9	1	11
Hollande	1	0	—
Espagne	3	0	—
<i>Eventail des concentrations</i>		Nombre d'échantillons	
		Etranger	Suisse
Non décelable		16	0
Jusqu'à 3 ppm		3	1
3–10 ppm		1	0
10–25 ppm		0	1
25–50 ppm		0	1

Ainsi qu'il ressort de la récapitulation des résultats, on constate un abaissement du taux des contestations par rapport aux années précédentes. Les importateurs et les producteurs ont probablement tiré un enseignement des mesures sévères que nous avons appliquées lors de dépassements des limites de tolérance.

Il est surprenant que les contaminations les plus élevées ont dû être réprimées pour de la salade de provenance indigène. Il s'agit d'un gros producteur d'un autre canton.

Comme les mesures les plus sévères n'empêchent pas que de la salade contaminée parvienne toujours sur le marché,

4.5.8 *Trinkwasser*

Die Anzahl chemisch und bakteriologisch untersuchter Trinkwasserproben entspricht im Berichtsjahr ungefähr der Probenzahl der vorhergehenden vier Jahre.

Im Frühsommer wurde der «Ausschuss Wasserversorgung» gebildet. Sinn und Zweck dieses Ausschusses ist die Koordination zwischen den einzelnen kantonalen Institutionen, die sich in irgendeiner Weise mit Trinkwasser und Wasserversorgung befassen. Als eine der ersten Tätigkeiten dieses Ausschusses wurde ein Mitberichtsverfahren für Wasserversorgungsprojekte erarbeitet und erprobt. Durch dieses Mitberichtsverfahren werden alle interessierten Stellen über bestehende Projektvorhaben informiert und können ihre Stellungnahme dazu abgeben.

Eine grundsätzliche Bemerkung muss zu den Geräten angebracht werden, welche zur Installation im Haushalt selbst angepriesen werden und welche imstande sein sollen, das Wasser der Wasserversorgung «noch besser zu machen».

Es ist von seiten der amtlichen Lebensmittelkontrolle höchst unerwünscht, wenn die Aufbereitung eines Trinkwassers in den Haushalt verlegt wird, wo eine Überwachung nicht mehr erfolgen kann. Solche Geräte haben höchstens dort ihre Berechtigung, wo ein geeignetes Trinkwasser in unmittelbarer Nähe nicht zur Verfügung steht. Allerdings ist auch in diesen Fällen die Aufbereitung problematisch.

4.5.9 *Geschirre und Gefässe für Lebensmittel**Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse*

	Untersuchte Proben	Davon beanstandet
<i>Prüfung auf Bleiabgabe</i>		
<i>Keramik</i> (Porzellan, Steinzeug, Steingut, Töpferware)	282	12 (4,2%)
<i>Trinkgläser</i>	7	3 (43%)
<i>Zinngegenstände</i>	6	2 (33%)
<i>Prüfung auf Cadmiumabgabe</i>		
<i>Keramik</i> (Porzellan, Steinzeug, Steingut, Töpferware)	281	4 (1,4%)
<i>Trinkgläser</i>	7	0
<i>Zinngegenstände</i>	5	0

Ausmass der festgestellten Löslichkeiten an Blei und Cadmium

Löslichkeitsbereich in mg/dm ²	Blei		Cadmium	
	Keramik	Trinkgläser	Keramik	Trinkgläser
Kleiner als 0,1	138	4	253	4
0,1–1	122	0	22	0
1–3	10	0	2	3
3–10	7	0	2	0
Grösser als 10	5	3	2	0

Beanstandungen mit extrem hohen Bleigehalten:
 2 Gläser mit je 32,3 und 55,1 mg/dm²,
 2 Bonbonsgläser mit 189 und 50,4 mg/dm²,
 1 Teller mit 87,1 mg/dm².

Die intensiven Marktkontrollen der letzten Jahre auf dem Keramiksektor bezüglich der Blei- und Cadmiumabgabe sind in noch verstärkterem Ausmass fortgesetzt worden. Erfreulicherweise hat sich bei der Porzellan-, Steinzeug-, Steingut- und Töpferware die Situation weiterhin verbessert. Die Beanstandungsquote ist im Sinken begriffen. Alarmierend hingegen ist immer noch das Bild bei den Trinkgläsern, wobei ja für unsere Kontrolle normalerweise nur die Pb- und Cd-Abgabe eines 2 cm breiten äusseren Lippenran-

nous ne pourrions pas éviter à l'avenir d'effectuer des contrôles par sondage auprès des distributeurs et des vendeurs.

4.5.8 *Eau potable*

Le nombre des échantillons d'eau potable soumis à l'analyse chimique et bactériologique au cours de l'année écoulée correspond à peu près à celui des quatre dernières années. Une «commission pour l'approvisionnement en eau» a été constituée au début de l'été. Le sens et le but de cette commission est la coordination entre les diverses institutions cantonales qui s'occupent d'une façon ou d'une autre d'eau potable et d'approvisionnement en eau. Une des premières tâches de cette commission fut l'élaboration et l'essai d'une procédure d'enquête pour les projets d'approvisionnement en eau. Toutes les autorités intéressées sont informées par cette procédure d'enquête sur les projets qui sont à l'étude et peuvent se prononcer à ce sujet.

Une remarque de principe doit être faite au sujet des appareils que l'on propose d'installer dans le ménage même et qui devraient être en mesure «d'améliorer encore» l'eau du réseau.

Du point de vue du contrôle officiel des denrées alimentaires, on devrait absolument éviter que le traitement d'une eau potable soit transposé dans le ménage où une surveillance n'est plus possible. De tels appareils n'ont leur raison d'être à pareil endroit que s'il n'y a pas d'eau potable saine à proximité immédiate. Même dans ce cas là, le traitement n'est pas sans poser des problèmes.

4.5.9 *Vaisselle, récipients, ustensiles**Récapitulation des résultats d'analyse*

	Echantillons examinés	Echantillons contestés
<i>Recherche du plomb libéré</i>		
<i>Céramique</i> (porcelaine, faïence, grès, terre cuite)	282	12 (4,2%)
<i>Verres à boire</i>	7	3 (43%)
<i>Objets en étain</i>	6	2 (33%)
<i>Recherche du cadmium libéré</i>		
<i>Céramique</i> (porcelaine, faïence, grès, terre cuite)	281	4 (1,4%)
<i>Verres à boire</i>	7	0
<i>Objets en étain</i>	5	0

Solubilités de plomb et de cadmium mesurées

Solubilité en mg/dm ²	Plomb		Cadmium	
	Céramique	Verres à boire	Céramique	Verres à boire
Inférieure à 0,1	138	4	253	4
0,1–1	122	0	22	0
1–3	10	0	2	3
3–10	7	0	2	0
Supérieure à 10	5	3	2	0

Contestations concernant des teneurs extrêmement élevées en plomb:

2 verres avec 32,3 et 55,1 mg/dm²
 2 verres à bonbons avec 189 et 50,4 mg/dm²,
 1 assiette avec 87,1 mg/dm².

Les très nombreux contrôles de marché effectués ces dernières années dans le secteur de la céramique en ce qui concerne le plomb et le cadmium cédés ont encore été intensifiés. Il est réjouissant de constater en ce qui concerne la porcelaine, la faïence, le grès et la terre cuite, que la situation s'est notamment améliorée. Le taux de contestations est en dégression. La situation est en revanche alarmante en ce qui concerne les verres à boire, pour lesquels nous ne pre-

des in Betracht gezogen wird; immer noch sind gegen 50 Prozent aller Trinkgläser, welche innerhalb dieses Lippenrandes bemalt sind, zu beanstanden.

4.6 Vollzug des Kunstweinggesetzes

Keine Fälle.

4.7 Vollzug des Absinthgesetzes

Keine Fälle.

4.8 Oberexpertisen

Keine Fälle.

4.9 Lebensmittelinspektorat

4.9.1 Tätigkeit der kantonalen Lebensmittelinspektoren

Zahl der Inspektoren	5
Zahl der Inspektionstage	810
Zahl der inspezierten Betriebe	6 765
Zahl der Beanstandungen	3 291

Beanstandungsgründe

Bei Lebensmitteln

Verfälschte, nachgeahmte, verdorbene oder im Wert verringerte Waren	545
Unrichtige Aufbewahrung von Lebensmitteln	620
Mangelhafte Bezeichnung der Lebensmittel	369
Nicht vollgewichtige Waren	42
Andere Gründe	428
Total	2 004

Bei Räumen, Einrichtungen und Geräten

Räume, Einrichtungen und Geräte mangelhaft	1 059
Andere Gründe	228
Gesamttotal	1 287

4.9.2 Aus den Berichten der kantonalen Lebensmittelinspektoren

Das ausdrückliche Verbot der Gemeinschaftshandtücher löste verhältnismässig viel Kritik aus. Zwar wird die hygienische Begründetheit des Verbotes kaum irgendwo bestritten. Widerstände machen sich höchstens dort geltend, wo der Besitzer die etwas höheren Kosten für Papier- oder Einmalhandtücher scheut. Wir sollten Lord Arras nicht noch weitere Argumente in die Hand spielen.

Das Auftreten von Küchenschaben (Schwabenkäfer) in Restaurationsbetrieben wird seit dem Verbot der chlorierten Kohlenwasserstoffe immer häufiger zur Plage. Die Vernichtung solcher unliebsamer Hausgenossen darf nur von einer anerkannten Desinfektionsfirma durchgeführt werden. Ohnehin unzulässige Einzelaktionen, von den Betriebsinhabern selbst durchgeführt, führen erfahrungsgemäss nicht zum gewünschten Erfolg.

Beim Milchhandel und in Lebensmittelgeschäften wurde der Kühllhaltung der Pastmilch vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt. Oft mussten Geschäftsinhaber und Verkaufspersonal auf die Einhaltung der Vorschriften betreffend Kühllhaltung der Pastmilch aufmerksam gemacht werden.

nons en considération, lors de nos contrôles, normalement que le Pb et le Cd cédé sur une largeur de 2 cm par le bord extérieur qui entre en contact avec les lèvres; toutefois, 50% environ de tous les verres dont le bord est peint sont à contester.

4.6 Loi fédérale prohibant le vin artificiel

Aucun cas à signaler.

4.7 Loi fédérale interdisant l'absinthe

Aucun cas à signaler.

4.8 Surexpertises

Aucun cas à signaler.

4.9 Inspection des denrées alimentaires

4.9.1 Activité des inspecteurs cantonaux des denrées alimentaires

Nombre d'inspecteurs	5
Nombre de journées d'inspection	810
Nombre d'entreprises inspectées	6 765
Contestations	3 291

Motifs des contestations

Denrées alimentaires

Marchandises falsifiées, imitées, avariées ou ayant perdu de leur valeur	545
Entreposage incorrect des denrées	620
Désignation imparfaite des denrées	369
Poids insuffisant	42
Autres motifs	428
Total	2 004

Locaux, installations, appareils

Défauts de locaux, installations et appareils	1 059
Autres motifs	228
Total	1 287

4.9.2 Extraits des rapports des inspecteurs cantonaux

L'interdiction formelle des essuie-mains collectifs a soulevé relativement beaucoup de critiques. Il est vrai que les principes d'hygiène sur lesquels l'interdiction est basée ne sont pas controversés. Les réticences proviennent surtout du prix quelque peu élevé des serviettes en papier ou des essuie-mains à un seul usage. Nous devons éviter de procurer encore d'autres arguments à Lord Arras.

La présence de cafards (blattes) dans les établissements publics est de plus en plus fréquente depuis l'interdiction des hydrocarbures chlorés. La destruction de ces hôtes indésirables n'est autorisée que par des entreprises de désinfection agréées. De toute façon, les actions isolées et interdites entreprises par les exploitants eux-mêmes ne permettent pas d'atteindre le résultat désiré.

On a porté une attention particulière dans les commerces de produits laitiers et d'alimentation au maintien du lait pasteurisé au frais. Les exploitants et le personnel de vente ont dû être souvent rendus attentifs aux prescriptions concernant le maintien du lait pasteurisé au frais.

Les réseaux d'alimentation des stations de l'Oberland bernois sont aujourd'hui – douze ans après l'épidémie de Zer-

Den Versorgungsmöglichkeiten der Kurorte im Berner Oberland wird heute – zwölf Jahre nach der Typhusepidemie in Zermatt – die nötige Aufmerksamkeit geschenkt. Wenn vielleicht auch nicht alle Versorgungsmöglichkeiten dem neuesten technischen Stand von Fassung und Verteilung entsprechen, so kann das Risiko von Trinkwasserepidemien als sehr gering und kaum weiter reduzierbar eingeschätzt werden. Da solchen Epidemien meist eine Verkettung unglücklicher Umstände zugrunde liegt, so versuchen wir, diese Umstände in der Zahl durch geeignete Massnahmen so zu reduzieren, dass sie sich auch nicht mehr verketteten können.

5. Amt für Gewerbeförderung

5.1 Das Kornhaus als Sitz des Amtes

Die Renovation des Kornhauses, das Eigentum der Stadt Bern ist, stand weiter in Diskussion. In den Räumen des Amtes sind auch das Schweizerische Gutenbergmuseum und das Schweizerische Berufsmuseum für Buchbinderei untergebracht. Das Personal besorgt die Aufsicht und Reinigung und arbeitet bei den wechselnden Ausstellungen mit.

5.2 Die Ausstellungstätigkeit

Eidgenössisches Stipendium für angewandte Kunst 1974
182 Kandidaten aus der ganzen Schweiz bewarben sich mit über 1300 Objekten um ein Stipendium. 36 Bewerber wurden mit Beträgen zwischen 2500 und 5000 Franken belohnt.

Ausstellung «Mutter und Kind» mit Basar

Mit dieser Ausstellung wurde auf das Mütter- und Pflegekinderhilfswerk in Bern hingewiesen, das die amtliche Fürsorge ergänzt und unterstützt.

Das Handwerk des Sattlers

Diese erstmalige Schau wurde unter dem Patronat von Bundesrat R. Gnägi zum Jubiläum «75 Jahre Schweizerischer Sattler-Tapezierermeister-Verband und 85 Jahre Sektion Bern des SSTMV» veranstaltet. Sie stiess auf grosses Interesse und warb für das vielseitige Sattlerhandwerk.

Tierbücher aus fünf Jahrhunderten

Mit einem auserlesenen Ausstellungsmaterial wurden die verschiedenen Illustrationstechniken vom Holzschnitt über Kupferstich, Radierung bis zur heutigen Druckkunst gezeigt. Das Ausstellungsgut kam zum grössten Teil aus der Sammlung des Schweizerischen Gutenbergmuseums.

Wunderwelt der Edelsteine

Berner Goldschmiede zeigten ihren Schmuck. Bereichert war die Schau durch Leihgaben aus Deutschland und der Schweiz, so dass eine reiche und umfassende Darstellung der Edelsteine und Mineralien gezeigt werden konnte.

Plakate, Schreib- und Buchkunst aus Persien

Mit Leihgaben der Kaiserlich-Iranischen Botschaft in Bern, von Museen in Genf, Bern und Zürich und von privaten Sammlern aus Persien konnte eine sehenswerte Ausstellung gezeigt werden. Das Patronat hatte der Kaiserlich-Iranische Botschafter und der Gemeinderat von Bern.

Die schönsten Schweizer Bücher 1972 und 1973

In zwei Ausstellungen wurden die prämierten Bücher der

matt – soumise à la surveillance nécessaire. Même si les réseaux ne répondent pas aux techniques de captage et de distribution les plus récentes, le risque d'épidémies dues à l'eau potable est très faible et ne peut guère être réduit davantage. Comme de telles épidémies ne peuvent se produire que par un enchaînement de circonstances malheureuses, nous nous efforçons de limiter ces risques par des mesures appropriées pour éviter leur enchaînement.

5. Office pour le développement des arts et métiers

5.1 Le «Kornhaus», siège de l'Office

Les discussions sur la rénovation du «Kornhaus», qui est propriété de la Ville de Berne, se sont poursuivies. Le Musée Gutenberg et le Musée suisse de la reliure sont également logés dans des locaux de l'Office. Le personnel s'occupe de la surveillance et du nettoyage et collabore aux transferts des expositions.

5.2 Expositions

Bourse du Département fédéral de l'intérieur pour les arts appliqués en 1974

182 candidats de toute la Suisse ont présenté plus de 1300 œuvres pour obtenir une bourse fédérale. 36 d'entre eux ont reçu des bourses allant de 2500 à 5000 francs.

Exposition «mère et enfant» avec bazar

Cette exposition était destinée à attirer l'attention sur l'œuvre de secours pour les mères et enfants nécessiteux à Berne, laquelle complète et soutient l'assistance officielle.

Le métier de sellier

Placée sous le patronage du conseiller fédéral R. Gnägi, cette exposition unique a été organisée à l'occasion du 75^e anniversaire de l'Association suisse des maîtres selliers et tapissiers et des 85 ans de la section de Berne de l'ASMST. Elle a suscité beaucoup d'intérêt et démontrait l'activité variée du métier de sellier.

Cinq siècles de livres d'animaux

Dotée d'un matériel d'exposition sélectionné, cette revue montrait les différentes techniques d'illustration de la gravure sur bois, en passant par la gravure sur cuivre, celle à l'eau-forte jusqu'aux arts graphiques modernes. Les objets exposés provenaient en majeure partie de la collection du Musée suisse Gutenberg.

Le monde merveilleux des pierres précieuses

Les orfèvres bernois ont exposé leurs bijoux. L'exposition fut enrichie par des objets en prêt venant d'Allemagne et de Suisse, ce qui a permis de réunir une riche collection de pierres précieuses et de minéraux.

Affiches et arts graphiques persans

Grâce à des objets prêtés par l'Ambassade de l'Iran à Berne, par des musées de Genève, Berne et Zurich ainsi que des collections privées en provenance d'Iran, il a été possible d'organiser une exposition digne d'être visitée. Elle fut placée sous le patronage de l'Ambassadeur d'Iran et du Conseil municipal de Berne.

Jahre 1972 und 1973, die Eigentum des Schweizerischen Gutenbergmuseums sind, gezeigt.

Weihnachts-Verkaufs-Ausstellung des bernischen Kleingewerbes

110 Handwerker aus Stadt und Kanton Bern stellten ihre Erzeugnisse zum Verkauf zur Verfügung. Wie im Jahr 1973 konnten auch 1974 für eine Viertelmillion Franken bernische Handwerkserzeugnisse verkauft werden. Diese Verkaufsausstellung ist eine Tradition, die ins letzte Jahrhundert zurückreicht.

5.3 Die Fachbibliothek

Sie ist mit 15 000 Bänden und 330 Zeitschriften für die Berufstätigen eine Fundgrube und wertvoll für die berufliche Aus- und Weiterbildung sowie für eine sinnvolle Freizeitgestaltung. Lesesaal und Bibliothek wurden von 15 340 Personen benutzt. Es wurden 11 150 Bände und 2650 Tafeln ausgeliehen. Der Buchbestand konnte um 620 Bände vermehrt werden. Die Bibliothek dient neben Handwerk und Gewerbe auch der Industrie und den verschiedensten Schulen. Die Benützung ist unentgeltlich. 500 neue Bibliotheksbenützer schrieben sich ein, und 48 Schulklassen besuchten die Bibliothek.

5.4 Die Plakatsammlung

Sie erhielt den Zuwachs von 98 Exemplaren und ist mit 4600 Plakaten seit dem letzten Jahrhundert eine interessante Dokumentation für die Druckkunst und Werbung.

6. Amt für Berufsberatung

6.1 Organisatorisches

Bei den Bezirksberufsberatungsstellen Aarberg/Fraubrunnen und Burgdorf wurde je eine nebenamtliche Berufsberaterstelle in eine vollamtliche Stelle (als zweites Hauptamt) umgewandelt, und im Amt Thun konnte die schon lange bewilligte vierte (hauptamtliche) Berufsberaterstelle geschaffen werden.

Gemäss Grossratsbeschluss erhalten ab 1974 sämtliche Berufsberatungsstellen 40 Prozent Kantonssubvention an ihre Ausgaben. Dies entspricht dem gesetzlich vorgesehenen Höchstansatz.

Am 1. Juli des Berichtsjahres wurde die regierungsrätliche Verordnung über die allgemeine Schul-, Berufs- und Laufbahnberatung in Kraft gesetzt. Sie stellt den Aufgabenbereich und die Kompetenzverteilungen innerhalb der Berufsberatung im Kanton (Bezirksstellen, kantonale Zentralstelle) in ein klareres Licht und ordnet auch in einem vereinheitlichenden Sinne die Anstellungsbedingungen in den Bezirken. Bezüglich Entlohnung der Berufsberater konnte bis jetzt nur eine Subventionsgrenze festgelegt werden. In der weiteren Arbeit muss der Status des Berufsberaters neu überprüft werden.

Les plus beaux livres suisses de 1972 et 1973

Les livres qui ont remporté des primes au cours des années 1972 et 1973 furent montrés en deux expositions. Ils appartiennent au Musée Gutenberg.

Exposition-vente de Noël du petit artisanat bernois

110 artisans de la ville et du canton de Berne ont fait don de leurs travaux pour la vente. Comme en 1973, elle a permis de vendre des objets pour un montant total d'un quart de million de francs. Cette exposition-vente est une tradition dont l'origine remonte au siècle dernier.

5.3 La bibliothèque spécialisée

Elle met à la disposition des intéressés 15 000 volumes et 330 revues et constitue ainsi une documentation précieuse pour la formation et le perfectionnement professionnel. La salle de lecture et la bibliothèque ont été utilisées par 15 340 personnes. 11 150 volumes et 2650 ouvrages ont été prêtés. La bibliothèque s'est enrichie de 620 volumes. Elle est au service des arts et métiers, du commerce, de l'industrie et de diverses écoles. Elle est gratuite. La bibliothèque a enregistré 500 nouveaux abonnés et 48 classes d'écoles l'ont visitée.

5.4 La collection d'affiches

Elle s'est enrichie de 98 exemplaires et constitue, avec ses 4600 affiches collectionnées depuis le siècle dernier, une documentation intéressante sur l'art typographique et la publicité.

6. Office cantonal d'orientation professionnelle

6.1 Organisation

Auprès de l'Office d'orientation professionnelle Aarberg/Fraubrunnen le deuxième poste de conseiller en orientation professionnelle qui a été occupé à demi-temps jusqu'à présent a été transformé en poste à plein temps. Il en est de même pour l'Office d'orientation professionnelle de Berthoud. Dans le district de Thoune on a pu créer la quatrième place de conseiller à plein temps.

Le Grand conseil du canton de Berne a décidé que tous les offices d'orientation professionnelle recevront 40% de subvention cantonale à partir de l'année 1974. Ce pourcentage correspond au maximum prévu par la loi.

L'ordonnance sur l'orientation professionnelle générale concernant les écoles, les professions et les carrières est entrée en vigueur le 1^{er} juillet 1974. Elle met au point les devoirs et les compétences de l'orientation professionnelle et des conseillers dans le canton de Berne (offices régionaux, office cantonal). Les conditions d'engagement dans les diverses régions sont également uniformisées par cette ordonnance. Quant aux traitements des conseillers, on a seulement pu établir une limite de subvention. Une de nos prochaines tâches est la révision du statut du conseiller en orientation professionnelle.

6.2 Berufswahlvorbereitung

Im üblichen Rahmen erhielten sämtliche Schüler und Schülerinnen im achten Schuljahr des Kantons Bern unsere Berufswahlbroschüre. Die Schülerkarten und Lehrerauskunfts-bogen bewähren sich als ein wertvolles Hilfsmittel und fördern insbesondere die Zusammenarbeit zwischen Schule und Berufsberatung.

6.3 Weiterbildung

Nebst dem reichlichen Angebot auf deutschschweizerischer Ebene führte das Amt mit den Berufsberatern verschiedene Weiterbildungsveranstaltungen durch. Diese dienten einerseits der methodischen Weiterschulung (im Berichtsjahr insbesondere bezüglich Intelligenzdiagnostik), aber auch der berufskundlichen Information (Italiener-Ausbildung in Bern, Aufbau und Erfahrungen der Berufsmittelschulen, Besichtigung des Papiertechnologen in Biberist). Es wurden auch Informationskolloquien über Verhaltenspsychologie durchgeführt.

6.4 Beratungstätigkeit

Die nachfolgende Tabelle gibt Aufschluss über die Beratungsstatistik. Es ist zu bedenken, dass Berufsberatung heute als ein prozesshaftes Geschehen aufgefasst wird, das sich über längere Zeit erstreckt und mehrere Konsultationen beansprucht. Es verwundert deshalb nicht, wenn heute durchschnittlich für einen Berufssuchenden eine Gesamtzeit von sechs bis acht Stunden aufgewendet werden muss. Es ist auch festzustellen, dass die Beratungen immer schwieriger werden: einerseits vom Klientenkreis her, andererseits aber auch von der Kompliziertheit der Berufswelt. Die Handhabung der psychologischen Erfassungsmittel (psychologisches Gespräch, Psychodiagnostik) verlangt immer mehr eine hohe Qualifikation der Berufsberater.

Die Berufsberatung Erwachsener gewinnt zusehends an Boden. Die Beratung von Ratsuchenden, die sich aus Gründen der bekannten wirtschaftlichen Veränderungen gezwungen sehen, ihren Beruf zu wechseln, stellt ganz neue Probleme.

Nr.	Männlich	Weiblich	Zusammen
1 Anzahl der Beratungsfälle			
1.01 Übertragene Fälle aus dem Vorjahr	700	559	1 259
1.02 Neue Fälle Berichtsjahr	4 722	4 152	8 874
1.03 Anzahl Fälle Berichtsjahr	5 422	4 711	10 133
1.04 Davon nicht abgeschlossene Fälle	788	644	1 432
1.05 Abgeschlossene Fälle Berichtsjahr	4 634	4 067	8 701
2 Altersgliederung der Ratsuchenden (Alter in Jahren)			
2.01 Bis 11 Jahre	8	—	8
2.02 12 Jahre	2	1	3
2.03 13 Jahre	16	16	32
2.04 14 Jahre	192	188	380
2.05 15 Jahre	1 937	1 762	3 699
2.06 16 Jahre	1 039	1 000	2 039
2.07 17 Jahre	410	349	759
2.08 18 Jahre	195	176	371
2.09 19 Jahre	196	141	337
2.10 20–24 Jahre	429	235	664
2.11 25–29 Jahre	139	102	241
2.12 30 und mehr Jahre	71	97	168
Total (= Ziffer 1.05)	4 634	4 067	8 701
3 Art der Beratung			
3.01 Schulberatung (Volksschulalter)	126	68	194
3.02 Erste Berufswahl	3 165	2 957	6 122

6.2 La préparation au choix professionnel

Comme chaque année, nous avons envoyé à tous les élèves de huitième année dans le canton de Berne notre brochure destinée à la préparation au choix professionnel. Les questionnaires (pour élèves et instituteurs) se révèlent comme moyens précieux et stimulent la collaboration entre les écoles et l'orientation professionnelle.

6.3 Perfectionnement

L'offre assez variée dans le domaine du perfectionnement des conseillers en orientation professionnelle en Suisse alémanique a été complétée dans le canton de Berne par plusieurs cours organisés par l'Office. Ce programme se composait comme suit: Perfectionnement méthodique, information professionnelle, colloques au sujet de la psychologie du comportement.

6.4 Consultations

Le tableau ci-après donne des renseignements sur la statistique en matière de consultations. Nous insistons sur le fait que l'orientation professionnelle représente aujourd'hui un processus durant un assez long temps et exigeant plusieurs consultations. Il en résulte que les conseillers en orientation s'occupent pendant six à huit heures avec chaque client.

Nous constatons en outre que les consultations deviennent de plus en plus difficiles. D'une part cette tendance est due au cercle des clients, d'autre part à la complexité du monde professionnel. Les conseillers en orientation doivent être de plus en plus qualifiés: tests psychologiques, méthode de l'entretien, psychodiagnostic.

La consultation des adultes gagne du terrain à vue d'œil. La consultation des personnes en quête de conseils, personnes qui sont contraintes de changer de profession en raison des changements de structures économiques que nous connaissons pose de nouveaux problèmes.

N°	Sexe masculin	Sexe féminin	Ensemble
1 Nombre des cas d'orientation			
1.01 Cas reportés de l'année précédente	700	559	1 259
1.02 Cas nouveaux de l'année	4 722	4 152	8 874
1.03 Nombre des cas de l'année	5 422	4 711	10 133
1.04 Dont cas non liquidés	788	644	1 432
1.05 Cas liquidés pendant l'année	4 634	4 067	8 701
2 Répartition des consultants selon l'âge			
2.01 Jusqu'à 11 ans	8	—	8
2.02 12 ans	2	1	3
2.03 13 ans	16	16	32
2.04 14 ans	192	188	380
2.05 15 ans	1 937	1 762	3 699
2.06 16 ans	1 039	1 000	2 039
2.07 17 ans	410	349	759
2.08 18 ans	195	176	371
2.09 19 ans	196	141	337
2.10 20 à 24 ans	429	235	664
2.11 25 à 29 ans	139	102	241
2.12 30 ans et plus	71	97	168
Total (= chiffre 1.05)	4 634	4 067	8 701
3 Nature de l'orientation			
3.01 Orientation scolaire (âge de la scolarité obligatoire)	126	68	194
3.02 Premier choix d'une profession	3 165	2 957	6 122

Nr.	Männ- lich	Weib- lich	Zu- sam- men
3.03 Um- und Nachberatung	379	339	718
3.04 Mittelschülerberatung (Schulen ohne Maturitätsabschluss)	68	49	117
3.05 Mittelschülerberatung (Maturitätsschulen)	195	113	308
3.06 Maturandenberatung	134	75	209
3.07 Studentenberatung	28	27	55
3.08 Laufbahnberatung, Berufswechsel	539	439	978
Total (= Ziffer 1.05)	4 634	4 067	8 701
4 <i>Ergebnis der Beratung</i>			
4.01 Berufslehren und gleichwertige Berufsausbildung	2 896	2 030	4 926
4.02 Anlehren mit Vertrag	96	176	272
4.03 Arbeitsstellen	130	127	257
4.04 Sekundärberufe	60	48	108
4.05 Mittelschulen mit und ohne Maturitätsabschluss	346	599	945
4.06 Zweiter Bildungsweg	51	57	108
4.07 Höhere technische und andere höhere Lehranstalten	53	20	73
4.08 Fachschulen und -kurse	147	227	374
4.09 Hochschulen	202	96	298
4.10 Zwischenlösungen, bei denen eine andere Wahl noch nicht feststeht	224	365	589
4.11 Aufschiebung der Wahl	157	124	281
4.12 Beratungen, die nicht auf eine Wahl hinzielten	272	198	470
Total (= Ziffer 1.05)	4 634	4 067	8 701
4.13 Zwischenlösungen, bei denen bereits eine andere Wahl feststeht und die bereits unter Ziffer 4.01 bis 4.12 aufgeführt sind (ohne Ziffer 4.10)	176	813	989
5 <i>Art der Zwischenlösungen (gemäss Ziff. 4.10 und 4.13)</i>			
5.01 Freiwilliges 8., 9. und 10. Schuljahr	181	262	443
5.02 Berufswahlklasse, -schule, Werkjahr	55	60	115
5.03 Haushaltlehre oder hauswirtschaftlicher Jahreskurs	—	264	264
5.04 Fremdsprachenaufenthalt (praktische Tätigkeit)	37	299	336
5.05 Fremdsprachenaufenthalt (Institute, Schulen)	37	90	127
5.06 Übrige Institute und Privatschulen	52	99	151
5.07 Praktikum, Volontariat, Stage	28	75	103
5.08 Andere Zwischenlösungen	10	29	39
Total (= Ziffer 4.10 plus 4.13)	400	1 178	1 578
6 <i>Allgemeine Aufklärung über die Berufs- und Studienwahl</i>			
6.01 Anzahl der Klassenbesprechungen			310
6.02 Anzahl der berufskundlichen Vorträge			176
6.03 Anzahl der Elternveranstaltungen			66
6.04 Anzahl der Berufsbesichtigungen mit Gruppen			283
6.05 Anzahl der Vermittlungen von individuellen Berufsbesichtigungen im Rahmen der Einzelberatung			1 899
6.06 Anzahl der Vermittlungen in Berufspraktika (Schnupperlehren) im Rahmen der Einzelberatung			2 731

6.5 Problemstellung

Seit Jahren beschäftigt uns die Förderung der Berufswahlreife bei den Schulaustretenden. Im Zeitpunkt der Pubertät sind sie recht ungeeignet, sich selbständig zu einem Beruf entscheiden zu können. Hingegen könnte im Hinblick auf die Berufsinformation noch sehr viel mehr geleistet werden. Kantone, die das obligatorische neunte Schuljahr erst in den letzten Jahren planen konnten, gestalten dieses ausgeprägt auch auf dem Gebiete der Berufswahlvorbereitung. Auch im Kanton Bern müssen wir uns unbedingt mit diesem Problem auseinandersetzen. Fragen der Berufswahl und insbesondere der Berufsinformation müssen eine bedeutend breitere Streuung bereits im schulpflichtigen Alter erhalten. Das bedingt eine entsprechende Ausbildung der Lehrerschaft, die damit ihren Unterricht weit mehr in der Richtung der Vorbe-

N°	Sexe masculin	Sexe féminin	Ensemble
3.03 Nouvelle orientation	379	339	718
3.04 Orientation d'élèves d'écoles moyennes (sans certificat de maturité)	68	49	117
3.05 Orientation d'élèves d'écoles moyennes (avec certificat de maturité)	195	113	308
3.06 Orientation de bacheliers	134	75	209
3.07 Orientation d'étudiants	28	27	55
3.08 Orientation relative à la carrière, changement de profession	539	439	978
Total (= chiffre 1.05)	4 634	4 067	8 701
4 <i>Solutions de l'orientation</i>			
4.01 Apprentissage ou formation professionnelle équivalente	2 896	2 030	4 926
4.02 Formation sous contrat	96	176	272
4.03 Places de travail	130	127	257
4.04 Professions ultérieures	60	48	108
4.05 Ecoles moyennes avec ou sans certificat de maturité	346	599	945
4.06 Seconde voie de formation	51	57	108
4.07 Technicums et autres écoles supérieures	53	20	73
4.08 Ecoles et cours spécialisés	147	227	374
4.09 Universités	202	96	298
4.10 Solutions provisoires, faute d'un autre choix	224	365	589
4.11 Ajournement du choix	157	124	281
4.12 Consultations qui ne visaient pas un choix	272	198	470
Total (= chiffre 1.05)	4 634	4 067	8 701
4.13 Solutions provisoires figurant déjà aux chiffres 4.01 à 4.12, un autre choix ayant déjà été arrêté (sans le chiffre 4.10)	176	813	989
5 <i>Nature des solutions provisoires (selon chiffres 4.10 et 4.13)</i>			
5.01 8 ^e , 9 ^e et 10 ^e année scolaire facultative	181	262	443
5.02 Classe ou école d'orientation professionnelle	55	60	115
5.03 Apprentissage ménager ou cours annuel d'économie domestique	—	264	264
5.04 Séjour en pays de langue étrangère (activité pratique)	37	299	336
5.05 Séjour en pays de langue étrangère (institut, école)	37	90	127
5.06 Autres instituts et écoles privées	52	99	151
5.07 Stage, volontariat	28	75	103
5.08 Autres solutions provisoires	10	29	39
Total (= chiffres 4.10 et 4.13)	400	1 178	1 578
6 <i>Information générale sur le choix de la profession et des études</i>			
6.01 Nombre des conférences en classes			310
6.02 Nombre des conférences d'information professionnelle			176
6.03 Nombre des réunions de parents			66
6.04 Nombre des visites de professions en groupes			283
6.05 Nombre des visites de professions individuelles organisées dans le cadre de consultations particulières			1 899
6.06 Nombre des placements en stage préprofessionnel dans le cadre de consultations particulières			2 731

6.5 Ensemble de problèmes

Nous nous employons depuis plusieurs années à donner aux élèves libérés de la scolarité la maturité suffisante pour le choix d'une profession. A la fin de leur scolarité obligatoire les adolescents ne sont souvent pas encore à même de faire un choix professionnel.

Les travaux concernant l'information professionnelle devraient encore être poussés.

Les cantons qui ne pouvaient projeter la neuvième année de scolarité obligatoire qu'au cours des dernières années organisent le programme de cette neuvième année, aussi dans le domaine de la préparation au choix professionnel. Dans le canton de Berne également, nous devons nous occuper de ce problème. La question du choix professionnel et de l'information devrait faire l'objet d'une plus grande diffusion

reitung ihrer Schüler auf das Leben auszurichten vermögen. Es ist zu erwarten, dass wir in den nächsten Jahren, vielleicht sogar auf gesetzgeberischer Ebene, auf diesem Gebiet bedeutende Schritte unternehmen müssen.

7 Amt für Berufsbildung

7.1 Allgemeines

In den drei Jahrzehnten von 1943 bis 1973 nahm die Bevölkerung des Kantons um rund einen Drittel zu. Vergleicht man diese Entwicklung mit der Zunahme der Lehrlingszahlen im gleichen Zeitraum, so ist die Steigerung von 11 000 auf 23 000, also um fast 110 Prozent, direkt in die Augen springend. In den vierziger Jahren traf es auf tausend Einwohner 15 Lehrverhältnisse, in den siebziger Jahren dagegen 24. Diese an sich sehr erfreuliche Entwicklung hat nun aber offensichtlich ihren Höhepunkt überschritten. Die Abflachungstendenz war bereits, trotzdem die Lehrlingszahl in den letzten Jahren immer noch leicht zunahm, doch deutlich festzustellen. Die Wachstumsquoten der siebziger Jahre sind magerer geworden (vgl. dazu Tabelle 1). Angesichts des Geburtenrückganges, der in den sechziger Jahren einsetzte und sich in den vergangenen paar Jahren akzentuierte, ist im achten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts ein Rückgang der Zahl der Schulentlassenen und folglich auch der Zahl der potentiellen Lehrstellenanwärter um 25 bis 35 Prozent zu erwarten. Eine solche Reduktion der Anwärter in Prozenten gälte nur unter der Annahme ungefähr gleichbleibender Voraussetzungen. So haben beispielsweise in der letzten Zeit ungefähr 80 Prozent der schulaustretenden Burschen und 45 Prozent der schulaustretenden Mädchen eine Berufslehre angetreten. Diese Prozentzahlen können sich zufolge gewichtiger politischer Ereignisse, krasser Bedürfniswandel, abrupter wirtschaftlicher Entwicklungen wandeln und damit auch den signalisierten Rückgang im kommenden Jahrzehnt mildern oder verschärfen.

Der Kulminationspunkt ist, sicher bei den Burschen, überschritten, bei den Mädchen noch nicht erreicht. Der Beschäftigungsgrad schwächte sich im Berichtsjahr in einigen Branchen etwas ab, so dass ein kleiner Teil der im Frühling 1975 austretenden Lehrlinge vorerst keine Stelle finden wird. Möglicherweise werden für sie und die jüngeren Jahrgänge dieser betroffenen Lehrberufe Umschulungsmassnahmen, jedoch vorerst auf einer individuellen Basis, ins Auge gefasst werden müssen. Das Amt beteiligt sich an entsprechenden Vorkehren der Volkswirtschaftsdirektion. Zur Tendenzwende mag da und dort auch eine gewisse Ausbildungsverdrossenheit auf seiten der Lehrgeschäfte beigetragen haben. Es ist nun einmal nicht immer einfach, einen jungen Menschen, ein Kind am Anfang der Lehre, beruflich zu ertüchtigen und charakterlich, menschlich voranzubringen. Die Ausbildungssituation hat sich in diesen Jahrzehnten – antiautoritäre Welle, Kritik der Leistungsgesellschaft, egoistische Denkweise usw. – erheblich geändert. Dazu gesellt sich eine nicht immer faire Kritik am dualen System der Berufsbildung, kommt das Prestigedenken dazu, der Wunsch der Eltern, die ihre Kinder in die Mittelschule schicken möchten. Nicht zuletzt fordert der Gesetzgeber vom Lehrgeschäft, dass besser, bewusster, zielgerichteter ausgebildet werde. Die Akkumulation dieser Faktoren mag dann zu Reaktionen führen, die sich in der Folge in abnehmenden Lehrvertragszahlen niederschlagen können.

Wer sich indessen der zentralen Bedeutung der Arbeitsqualität für den Wohlstand unserer Bevölkerung und die Erhal-

aux élèves, déjà pendant leur scolarité obligatoire. Cela implique cependant une formation correspondante du corps enseignant. D'autre part les instituteurs pourraient mieux préparer leurs élèves à la vie. Nous espérons pouvoir entreprendre des démarches importantes au cours des prochaines années dans ce domaine, peut-être même sur le plan législatif.

7. Office de la formation professionnelle

7.1 Généralités

De 1943 à 1973, la population de notre canton a augmenté d'environ un tiers. Si l'on compare cette évolution à l'accroissement du nombre d'apprentis durant la même période, l'augmentation de celui-ci de 11 000 à 23 000 ou d'environ 110 % ne manque pas d'être particulièrement frappante. Durant les années quarante, on comptait 15 apprentis pour 1000 habitants, proportion qui a passé à 24 au cours des années septante. Cette évolution, réjouissante en soi, paraît cependant avoir dépassé son point culminant. On a, en effet, déjà pu déceler une nette tendance au fléchissement, bien que le nombre des apprentis ait continué à augmenter légèrement au cours de ces dernières années. Les taux d'accroissement des années septante se sont amenuisés (cf. tableau 1). Par suite de la dénatalité qui s'est enclenchée durant les années soixante et qui s'est encore accentuée ces toutes dernières années, il faut s'attendre à partir de 1980 à une diminution de l'ordre de 25 à 35 % du nombre des jeunes gens sortant des écoles et, conséquemment, du nombre des nouveaux apprentis. Pareille réduction en chiffre relatif n'est prévisible cependant qu'en présence de critères pratiquement inchangés, compte tenu p.ex. que ces derniers temps, 80 % environ des garçons et 45 % des filles libérés de l'école sont entrés en apprentissage. Or, ces chiffres sont susceptibles de se modifier par suite d'événements politiques importants, soit encore d'un changement radical des besoins ou d'une altération subite des conditions économiques existantes, et par là même d'atténuer ou d'accentuer le recul pronostiqué pour la prochaine décennie.

Le point culminant est dépassé à coup sûr chez les garçons, alors que chez les filles il n'est pas encore atteint. Durant l'année de référence, le degré d'occupation dans certaines branches a toutefois faibli dans une telle proportion qu'une petite partie des apprentis qui termineront leur formation au printemps 1975 ne trouveront pas immédiatement un emploi. Peut-être des mesures de réadaptation devront-elles être envisagées de cas en cas en leur faveur ainsi qu'en faveur des apprentis plus jeunes occupés dans ces mêmes professions. L'Office participe aux mesures prises par la Direction de l'économie publique.

Le fait que certaines entreprises n'éprouvent plus guère d'enthousiasme à former des apprentis a sans doute contribué pour une part au changement d'évolution dont nous venons de parler. Il faut bien admettre qu'il n'est pas toujours facile d'inculquer l'amour du métier à un adolescent, à un enfant presque, qui entre en apprentissage, de former son caractère, d'en faire un homme. Au cours de ces dix dernières années, la situation s'est considérablement modifiée dans le domaine de l'enseignement – mouvement antiautoritaire, critique à l'adresse de la société de rendement, raisonnement égoïste, etc. A cela s'ajoute une critique pas toujours loyale à l'égard du système dualiste de la formation professionnelle, ainsi qu'une question de prestige (parents qui aimeraient que leurs enfants étudient dans des écoles moyennes). Sans oublier que le législateur exige des maîtres d'apprentissage qu'ils assurent une formation plus complète et mieux orientée vers le but à atteindre. Tous ces

tung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen bewusst bleibt, wird in den *Ausbildungsanstrengungen* nicht erlahmen. Sie sind in jedem Falle notwendig. Im Berichtsjahr 1974 standen die folgenden im Vordergrund:

Im *Bereich des Lehrlingswesens*, der Ausbildung im Betrieb:

- Mitarbeit des Amtes an der Formulierung von Vorschlägen zu einem erweiterten Rahmenprogramm (total 40 bis 50 Instruktionsstunden) für die Durchführung von Ausbildungskursen für Lehrmeister und Ausbilder. Die Abteilung für Berufsbildung im BIGA wird, gestützt auf diese Vorschläge, Weisungen erlassen.

- Durchführung weiterer Lehrmeistertagungen, insbesondere zur Einführung der neu geordneten kaufmännischen Berufe, in Zweisimmen, Thun, Bern, Langenthal, Biel, St. Immer und Delsberg. Lehrmeistertagungen in gewerblich-industriellen Lehrberufen: Photograph, Radio- und Fernsehetelektriker (-elektroniker), Strassenbauer, Maschinenzeichner.

- Stärkere Einflussnahme auf die Gestaltung der beruflichen Einführungskurse, die geeignet sind, das duale System der Berufsbildung zu ergänzen.

- Im administrativen Sektor: Änderung des bisherigen Einreichte- und Registrierverfahrens für Lehrverträge mit dem Ziel, die Lehrlingskommissions-Sekretäre zu entlasten und die Arbeit schneller zu erledigen;

generelle Verwendung des DBK¹-Lehrvertragsformulars für alle Lehrberufe zur Erleichterung der Kontrolle; Einführung und Verbreitung der DBK-Ausbildungsberichtsblätter (Qualifikationskarten), die wesentlich dazu beitragen, die Systematik der beruflichen Ausbildung im Betrieb zu erhöhen.

- Ausbau des Kontaktes mit den Lehrlingskommissionen und einzelnen grösseren Lehrfirmen, Frühjahrskonferenz mit den Lehrlingskommissions-Sekretären am 11. Mai 1974 in Bern.

Im *Bereich des beruflichen Unterrichts*:

- Erlass weiterer Ausführungsbestimmungen zur Verordnung vom 28. November 1973 über die Anstellungs- und Besoldungsbedingungen der Lehrer an Berufsschulen, Lehrwerkstätten und Handelsmittelschulen (VOL), für die Hauptlehrer, den nebenamtlichen Unterricht und die Weiterbildungskurse.

- Revision der Schulreglemente auf Grund von Artikel 44 des kantonalen Gesetzes über die Berufsbildung.

- Erlass einer neuen Verordnung vom 9. Oktober 1974 über Reisekostenbeiträge an Lehrlinge für den Berufsschulbesuch. Sie ist rückwirkend auf den 1. April 1974 in Kraft getreten.

- Förderung der Berufsschulbauten, Einweihung der Gebäulichkeiten der Laborantenschule Wander in Bern, des Centre professionnel (Umgestaltung einer Uhrenfabrik in ein Berufsschulhaus) in St. Immer, Bezug des neuen Gewerbeschulhauses in Burgdorf. Zuzufolge der Kreditrestriktionen ist hier für laufende Projekte in Biel, Münster, Delsberg, Bern, Langenthal und Langnau mit etwelchen Schwierigkeiten zu rechnen.

- Fortsetzung der Unterrichts-Regionalisierung, vor allem im Gebiete Emmental–Oberriggen. In einem Rekursverfahren wurde die Zuweisung des neuen Berufsschulzentrums an Langnau durch den Regierungsrat am 30. Oktober 1974 bestätigt. Erste Gespräche über eine allfällige Aufteilung der Klassenbestände in einzelnen Lehrberufen im Jura haben 1974 ebenfalls stattgefunden.

- Organisation der Lehrer-Instruktionskurse über die neugestalteten Normallehrpläne im Fache Muttersprache.

- Intensivierung der Besuchs- und Beratungstätigkeit der Schulinspektoren, Mitarbeit des Vorstehers in Ausschuss

éléments une fois conjugués sont certes de nature à causer certaines réactions qui, par la suite, peuvent se traduire par une diminution du nombre de contrats d'apprentissage nouvellement conclus.

Cependant, pour qui est conscient de l'importance primordiale que revêt la qualité du travail pour le bien-être de notre population et pour la sauvegarde de nos structures économiques et sociales, il ne saurait être question de réduire les *efforts déployés dans le domaine de la formation professionnelle*, efforts indispensables dans tous les cas et qui furent principalement les suivants durant l'exercice 1974:

Dans le domaine de l'apprentissage, de la formation dans l'entreprise:

- Contribution de notre office à la mise sur pied de propositions concernant un programme général étendu (40 à 50 heures d'instruction au total) pour l'organisation de cours de formation destinés aux maîtres d'apprentissage et à leurs remplaçants. La Division de la formation professionnelle de l'OFIAMT, se fondant sur ces propositions, élaborera les directives nécessaires.

- Organisation à Zweisimmen, Thoune, Berne, Langenthal, Bienne, St-Imier et Delémont de nouvelles réunions de maîtres d'apprentissage, destinées avant tout à introduire les professions commerciales nouvellement réglementées. Journées des maîtres d'apprentissage des métiers suivants de l'artisanat et de l'industrie: photographe, électricien (électronicien) en radio et télévision, constructeur de routes, dessinateur de machines.

- Influence plus prononcée sur l'organisation des cours professionnels d'introduction propres à compléter judicieusement le système dualiste de la formation professionnelle.

- Dans le secteur administratif: modification de la procédure de soumission et d'enregistrement des contrats d'apprentissage dans le but de décharger les secrétaires des commissions d'apprentissage et d'accélérer le travail; emploi généralisé dans toutes les professions du contrat type d'apprentissage conçu par la Conférence des offices de la formation professionnelle de Suisse alémanique, aux fins de faciliter le contrôle; introduction et diffusion des rapports de formation (cartes de qualification), lesquelles contribuent dans une sensible mesure à une formation professionnelle plus méthodique dans l'entreprise.

- Amélioration des contacts entre les commissions d'apprentissage et les maisons d'apprentissage d'une certaine importance; conférence de printemps du 11 mai 1974 avec les secrétaires des commissions d'apprentissage au «Kursaal» à Berne.

Dans le domaine de l'enseignement professionnel:

- Elaboration de nouvelles dispositions d'exécution à insérer dans l'ordonnance du 28 novembre 1973 sur les conditions d'engagement et de rémunération des maîtres aux écoles professionnelles artisanales, commerciales et aux écoles supérieures de commerce, nouvelles dispositions concernant les maîtres principaux, l'enseignement à titre auxiliaire et les cours de perfectionnement.

- Revision des règlements d'écoles conformément à l'article 44 de la loi cantonale sur la formation professionnelle.

- Elaboration d'une nouvelle ordonnance du 9 octobre 1974 fixant les subventions aux frais de déplacement des apprentis suivant les cours de l'école professionnelle. Cette ordonnance est entrée en vigueur avec effet rétroactif au 1^{er} avril 1974.

- Encouragement à la construction de bâtiments d'écoles professionnelles, inauguration des locaux de l'Ecole de laborants Wander à Berne, du Centre professionnel (transformation d'une fabrique d'horlogerie en maison d'école professionnelle) à St-Imier, de la nouvelle Ecole professionnelle de Berthoud. Par suite des restrictions de crédit, la réalisation de projets analogues à Bienne, Moutier, Delé-

¹ Deutschschweizerische Berufsbildungsämter-Konferenz.

und Fachkommission des Schweizerischen Instituts für Berufspädagogik (SIBP) Bern.

Im Bereich der Lehrabschlussprüfungen und Examen:

Als herausragendes Ereignis unter dieser Rubrik ist die Erarbeitung einer neuen Verordnung über die Lehrabschlussprüfungen zu erwähnen. Sie wird voraussichtlich im Frühling 1975 in Kraft treten können. Was die Organisation und Durchführung der Lehrabschluss- und Diplomprüfungen, die Instruktions tagungen für Fachexperten und die interkantonale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet betrifft, sei auf Ziffer 7.4 verwiesen.

Im Bereich der Information und Dokumentation:

In der Absicht, sowohl die Lehrmeister als auch ein weiteres Publikum über Stand und Entwicklung der Berufsbildung im Kanton auf dem laufenden zu halten,

– wurde die Reihe der «Briefe an das Lehrgeschäft» fortgesetzt;

April 1974: Nr. 7

Aufsicht über die Lehrverhältnisse,

Lehrbetriebsbesuche

Normallehrverträge

Statistik 1973

November 1974: Nr. 8

Die Berufsschulen: Pflicht zum Berufsschulbesuch

Aufgabe der Berufsschule

Die Berufsschule: Ihr Ausbildungspartner;

– berichtet das Amt für Information und Dokumentation in der Nummer 3/1974 der Bernischen Informationsblätter über Organisation und Funktion unseres Amtes;

– wurden verschiedene Artikel in Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht, so z. B. unter dem Titel «Hat die Berufslehre noch einen Sinn?» in den Schweizerischen Blättern für Gewerbeunterricht, Nr. 10/1974;

– hielten der Vorsteher und seine Mitarbeiter rund 20 Fachreferate und Ansprachen im Rahmen von Verbandskonferenzen, Lehrabschlussfeiern usw.

Schliesslich ist nicht zu vergessen, dass das Amt auch im Berichtsjahr in seiner Tätigkeit mit *ausserkantonalen oder gar ausländischen Instanzen* verbunden war und aus verschiedenen Gründen – grenzt doch der Kanton Bern an elf kantonale Nachbarn – daran interessiert sein muss, den kooperativen Föderalismus zu unterstützen. In diesem Sinne stellen die Berufsbildungsämter-Konferenzen der deutschen und der welschen Schweiz Bindeglieder und Koordinationsmechanismen dar, die, in Zusammenarbeit mit der Abteilung für Berufsbildung im BIGA, viel zur Verbesserung der Ausbildung in den Betrieben, des Unterrichts und der Organisation und Durchführung der Lehrabschlussprüfungen beitragen. Solche Beiträge waren im Berichtsjahr:

– detaillierte Vorschläge zur Revision des Bundesgesetzes vom 20. September 1963 über die Berufsbildung;

– Eingabe der DBK betreffend Organisation von Ausbildungskursen für Lehrmeister und Ausbilder;

– Behandlung von wesentlichen berufsbildungspolitischen Fragen an Arbeitstagungen: Anlehre, berufliche Einführungskurse, Berufsmittelschule, Berufsbildungsforschung, interkantonaler Verkehr, Fragen also, die auch den Kanton Bern direkt berühren.

Wenn auch in den letzten Monaten der Berichtsperiode ein pessimistischer Unterton, parallel zur Rückbildung in einzelnen Wirtschaftszweigen, nicht mehr zu überhören war, so kann es sich doch nicht darum handeln, die Zielpfähle für die Verbesserung der Ausbildungsqualität zurückzustecken.

mont, Berne, Langenthal et Langnau n'ira certainement pas sans rencontrer quelques difficultés.

– Poursuite des efforts de régionalisation dans l'enseignement, en particulier dans la région de l'Emmental/Haute-Argovie. Agissant en qualité d'autorité de recours, le Conseil-exécutif a confirmé le 30 octobre 1974 l'octroi du nouveau Centre de formation professionnelle à la commune de Langnau. Des discussions ont également été engagées en 1974 en ce qui concerne le scindement éventuel des classes dans certains métiers d'apprentissage du Jura.

– Organisation, à l'intention du corps enseignant, de cours d'instruction sur les programmes d'enseignement révisés dans la branche «langue maternelle».

– Intensification des visites et des conseils des inspecteurs d'écoles professionnelles; collaboration du préposé au sein du comité et de la commission technique de l'Institut suisse de pédagogie professionnelle à Berne.

Dans le domaine des examens, en particulier de fin d'apprentissage:

Citons ici comme fait saillant l'élaboration d'une nouvelle ordonnance sur les examens de fin d'apprentissage qui entrera probablement en vigueur au printemps 1975. Nous vous renvoyons au chiffre 7.4 ci-après en ce qui concerne l'organisation et le déroulement des examens de fin d'apprentissage et de diplôme ainsi que les journées d'instruction pour experts et la collaboration intercantonale dans ce secteur particulier.

Dans le domaine de l'information et de la documentation:

Dans le but d'informer tant les maîtres d'apprentissage qu'un public plus étendu sur l'état et le développement de la formation professionnelle dans notre canton,

– la série des «Lettres à l'entreprise d'apprentissage» a été poursuivie:

avril 1974: n° 7

Surveillance des apprentissages

Visites d'entreprises d'apprentissage

Contrats types d'apprentissage

Petite statistique 1973

novembre 1974: n° 8

Les écoles professionnelles: obligation de suivre l'enseignement professionnel

Tâches de l'école professionnelle

L'école professionnelle: votre partenaire pour la formation des apprentis;

– l'Office d'information et de documentation a publié, dans le n° 3/1974 des «Actualités bernoises», une étude sur l'organisation et les tâches de notre office;

– divers articles ont été publiés dans des journaux et périodiques, tel que par exemple les «Schweizerische Blätter für Gewerbeunterricht» sous le titre «L'apprentissage d'un métier a-t-il encore sa raison d'être?»;

– le préposé et ses collaborateurs ont présenté quelque 20 exposés et conférences dans le cadre des assemblées d'associations, des cérémonies de clôture, etc.

Enfin, on ne saurait passer sous silence qu'en 1974 également, notre office a exercé son activité en collaborant avec *des autorités et organisations d'autres cantons, voire d'autres pays*, et qu'il se doit d'être particulièrement intéressé pour diverses raisons – le canton de Berne ayant une frontière commune avec onze cantons – à soutenir le fédéralisme coopératif. A ce titre, les Conférences des offices cantonaux de la formation professionnelle de Suisse alémanique et de Suisse française constituent autant de traits d'union et d'instruments de coordination qui, en collaboration avec la Division de la formation professionnelle de l'OFIAMT, contribuent beaucoup à améliorer la formation dans les entreprises, l'enseignement et l'organisation ainsi que le déroulement des examens de fin d'apprentissage. Au cours de

l'année de référence, ces conférences ont notamment rendu les services suivants:

- propositions détaillées pour la révision de la loi fédérale sur la formation professionnelle du 20 septembre 1963;
 - requête de la conférence de Suisse alémanique en faveur de l'organisation de cours de formation pour maîtres d'apprentissage et remplaçants;
 - examen, en séances de travail, de problèmes essentiels en matière de formation professionnelle: apprentissage semi-qualifié, cours professionnels d'introduction, écoles moyennes professionnelles, recherche en matière de formation professionnelle, échanges intercantonaux – tous problèmes donc qui touchent aussi directement notre canton.
- Encore que, durant les derniers mois de 1974, un rien de pessimisme se soit manifesté parallèlement à la régression des affaires dans certains secteurs de notre économie, on ne saurait prétendre pour autant qu'il faut maintenant reculer les jalons déjà posés pour *améliorer la qualité de la formation* – objectif qui restera le nôtre à l'avenir également.

7.2 **Berufslehre**

7.2.1 *Aufsicht und Betreuung*

Mit dieser Aufgabe befassen sich im Kanton 51 Lehrlingskommissionen. Als erstinstanzliche Aufsichtsbehörde haben sie den Verlauf der Berufslehren zu überwachen und mit zu betreuen, die Lehrvertragsparteien zu beraten sowie allfällige Händel zu schlichten. Sie bieten überall dort, wo sich Schwierigkeiten im Lehrverhältnis zeigen, ihre guten Dienste an. Die Lehrlingskommissionen üben damit eine treuhänderische Funktion aus.

Selbstverständlich hängt das Rendement, der Erfolg ihres Wirkens in hohem Masse vom Einsatzwillen, von den Fähigkeiten des einzelnen Kommissionsmitgliedes, vom Organisationstalent und Verhandlungsgeschick des Sekretärs und des Präsidenten ab. Aufsicht und Betreuung der Lehrverhältnisse geschehen im Kanton auf nebenamtlicher Basis. Dieses «Milizsystem» weist seine Vor- und Nachteile auf. Als Vorzug kann beispielsweise hervorgehoben werden, dass die Kommissionsmitglieder die wirtschaftlichen Verhältnisse, die einzelnen Lehrbetriebe und die wesentlichsten Lehrberufe in ihrer Region gut kennen und auch die notwendigen Verbindungen zu den lokalen und regionalen Berufsverbänden pflegen können. Es hat indessen den nicht zu widerlegenden Nachteil, dass da und dort dem Ablauf der Lehrverhältnisse nicht die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt wird. Oft mangelt es den Mitgliedern an der nötigen Zeit, um sich dieser Aufgabe in angemessener Weise anzunehmen. An Vorschlägen, wie die Institution der Lehrlingskommissionen effizienter gestaltet werden könnte, fehlt es nicht. Eine wesentliche Verbesserung könnte beispielsweise durch den Einsatz hauptamtlicher Sekretäre in den Regionen Oberland, Emmental und Ob- und Nidwalden erzielt werden. Solche hauptamtlich besetzte Sekretariate bestehen seit Jahren in Bern und Biel; sie sind gleichzeitig auch zuständig für die Organisation der gewerblichen Lehrabschlussprüfungen in den Prüfungskreisen Bern-Mittelland und Seeland. Die Lehrlingskommissionen stossen darüber hinaus je länger, je mehr auf Schwierigkeiten bei der Abklärung der betrieblichen Voraussetzungen für die Bewilligung von Lehrverhältnissen in neu reglementierten Berufen und der fachtechnischen und berufspädagogischen Beratung der Lehrfirmen. Diesen Schwierigkeiten könnte durch die Einstellung haupt- oder nebenamtlicher Berufsinspektoren beim Amt für Berufsbildung in wirksamer Weise begegnet werden. Für den in dieser Richtung zielenden Ausbau des Aufsichts- und

7.2 **Apprentissage**

7.2.1 *Surveillance et conseil*

51 commissions d'apprentissage exercent cette activité dans notre canton. En leur qualité d'autorités de surveillance de première instance, elles doivent veiller à la bonne marche des apprentissages, conseiller les parties signataires du contrat et servir de médiatrices dans les différends éventuels. Elles offrent leurs bons offices chaque fois que des difficultés surgissent entre patrons et apprentis. Ce faisant, elles exercent une fonction fiduciaire.

Bien entendu, le succès de leur intervention dépend dans une forte mesure de leur volonté d'agir, des capacités de chaque commissaire, du talent d'organisateur et de négociateur du secrétaire et du président. Dans le canton de Berne, la surveillance des apprentissages se fait à titre accessoire. Ce «système de milice» a ses avantages et ses inconvénients: au nombre des premiers, on peut relever par exemple que les commissaires connaissent particulièrement bien les conditions économiques et les diverses entreprises d'apprentissage ainsi que les principales professions de leur région et qu'ils sont en mesure d'entretenir les relations indispensables avec les associations professionnelles locales et régionales. En revanche, ce système présente irréfutablement l'inconvénient que par endroits on ne prête pas suffisamment d'attention au déroulement des apprentissages. Bien souvent, les commissaires ne disposent pas du temps suffisant pour remplir cette tâche de manière appropriée. Les propositions visant à rendre plus efficace le travail des commissions d'apprentissage ne manquent certes pas. Une appréciable amélioration pourrait être obtenue p. ex. en engageant des secrétaires permanents dans les régions de l'Oberland, de l'Emmental et de la Haute-Argovie. De tels secrétariats permanents existent déjà depuis des années à Berne et à Bienne; ils ont en outre la compétence d'organiser les examens de fin d'apprentissage de l'artisanat et de l'industrie dans les arrondissements d'examen de Berne-Mittelland et du Seeland. Les commissions d'apprentissage se heurtent par ailleurs toujours plus fréquemment à des difficultés lorsqu'elles doivent vérifier si les entreprises répondent aux conditions voulues pour obtenir l'autorisation d'engager des apprentis dans des professions nouvellement réglementées, ou encore lorsqu'elles doivent conseiller les entreprises d'apprentissage en matière technique et pédagogique. Ces difficultés pourraient être surmontées efficacement par l'engagement d'inspecteurs permanents ou

Betreuungssysteme müsste die Rechtsgrundlage erst noch geschaffen werden.

Auch im Berichtsjahr wurden die Präsidenten und Sekretäre der Lehrlingskommissionen des deutschsprachigen Kantons teils zu einer Sitzung nach Bern einberufen. Diese alljährlich anberaumte Zusammenkunft diente auch diesmal in erster Linie der Information und der Konsultation. Im Mittelpunkt stand ein Thema, dem sich die Lehrlingskommissionen in der letzten Zeit mehr und mehr gegenübergestellt sehen: das Drogenproblem. Darüber sprachen kompetente Referenten, die medizinischen, psychologischen und juristischen Aspekte des Problems aufzeigend.

Unter diesem Abschnitt verdient auch einmal die Tatsache erwähnt zu werden, dass sich immer wieder Lehrbetriebe, öffentliche und private Erziehungsheime und Fürsorgeinstitutionen bereit finden, körperlich behinderte, milieugeschädigte oder gestrauchelte Lehrlinge und Lehrtöchter aufzunehmen und auszubilden. Dazu braucht es viel Geduld und Hingabe. In vielen Fällen gelingt es, diese Jugendlichen beruflich und menschlich so zu fördern, dass sie sich in die Gemeinschaft einfügen und ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können. Wir denken dabei zum Beispiel an das Uhrenmacherzentrum für Invalide in Biel (15 Lehrlinge), das Erziehungsheim Tessenberg, das den Burschen Gelegenheit bietet, intern oder extern eine vollwertige Berufslehre zu absolvieren, und das Blindenheim Zollikofen.

7.2.2 *Instruktionstagungen für Lehrmeister*

Im Katalog der Postulate zur Verbesserung der Berufslehre gebührt der methodisch und fachlich hinreichenden Schulung der Lehrmeister und der mit der Ausbildung Beauftragten vorrangige Priorität. Die in unserem Kanton schon seit Jahren aktiv geförderte Kurs- und Ausbildungstätigkeit wurde im Berichtsjahr weitergeführt. Es ist als Positivum zu werten, dass diese Veranstaltungen, vom Amt in Zusammenarbeit mit Berufsverbänden, Berufsberatung und Berufsschulen durchgeführt, in der Regel von Lehrmeistern und Ausbildern jeweils stark besucht werden.

Auf Grund der auf den 1. Oktober 1974 in Kraft getretenen Änderungen der Verordnung vom 30. März 1965 zum Bundesgesetz über die Berufsbildung sind die Kantone befugt, den Besuch von Instruktionkursen für Lehrmeister obligatorisch zu erklären. Auf diese Weise können insbesondere auch jene Lehrmeister erfasst werden, die ihren Ausbildungsaufgaben nicht in allen Teilen zu genügen vermögen und bisher solchen Veranstaltungen – aus welchen Gründen auch immer – fernblieben.

1974 wurden Tagungen in folgenden Berufsgruppen durchgeführt: kaufmännische Berufe (elf Veranstaltungen), Maschinenzehner, Radio- und Fernsehgewerbe und Strassenbauer.

7.2.3 *Ausbildungs- und Prüfungsreglemente*

Es ist Sache des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit, in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsverbänden und den kantonalen Berufsbildungsämtern für eine zeitgemässe Gestaltung der Berufslehren zu sorgen. Grundlage dafür bilden die Ausbildungs- und Prüfungsreglemente sowie für den beruflichen Unterricht die Normallehrpläne.

Im Berichtsjahr sind eine bemerkenswerte Zahl Ausbildungs- und Prüfungsreglemente teils neu erlassen, teils integral, teils partiell revidiert worden. Als *neue Lehrberufe* wurden insbesondere zugelassen:

Hotelfachassistentin

auxiliaires rattachés à notre office. Il est vrai que les bases légales nécessaires à semblable extension du système actuel de surveillance devraient premièrement être créées.

En 1974 également, les présidents et les secrétaires des commissions d'apprentissage de la partie alémanique du canton ont été conviés à participer à une séance commune à Berne. Cette traditionnelle rencontre annuelle fut d'ailleurs vouée à l'information et à la consultation. Thème central des débats: la drogue – un problème auquel les commissions d'apprentissage se trouvent de plus en plus confrontées ces derniers temps. D'éminents conférenciers s'employèrent à mettre en évidence les aspects médicaux, psychologiques et juridiques du problème.

Il vaut la peine ici de souligner une fois pour toutes le fait que nombreuses sont encore les entreprises d'apprentissage, maisons d'éducation et institutions d'assistance publiques et privées qui sont disposées à prendre en charge et à former des handicapés physiques, des jeunes gens perturbés par le milieu social, voire des délinquants juvéniles, des deux sexes, ce qui ne va pas sans exiger beaucoup de patience et de dévouement. Elles réussissent très souvent non seulement à donner un métier à ces adolescents, mais encore à en faire des hommes et des femmes capables de s'intégrer dans la collectivité et de subvenir eux-mêmes à leur entretien. Nous pensons ici tout spécialement au Centre horloger pour invalides à Bienne (qui occupent 15 apprentis), à la Maison d'éducation de la Montagne de Diesse qui offre à ses jeunes pensionnaires la possibilité d'accomplir un apprentissage complet dans la maison même ou à l'extérieur, enfin au Home des aveugles de Zollikofen.

7.2.2 *Journées d'instruction pour maîtres d'apprentissage*

Une place prioritaire est faite, dans le catalogue des propositions visant à améliorer l'apprentissage, à l'instruction méthodique et technique suffisante des maîtres d'apprentissage et des personnes (instructeurs) chargées de la formation professionnelle. Les efforts, depuis des années activement encouragés dans notre canton, qui sont déployés dans le domaine des cours et de la formation ont été poursuivis en 1974. Élément positif: les maîtres d'apprentissages et les instructeurs participent généralement en grand nombre à ces réunions, mises sur pied par notre office en collaboration avec les associations, les orienteurs et les écoles professionnels.

Conformément aux modifications – en vigueur depuis le 1^{er} octobre 1974 – apportées à l'ordonnance du 30 mars 1965 de la loi fédérale sur la formation professionnelle, les cantons peuvent rendre obligatoires les cours d'instruction pour maîtres d'apprentissage. Il leur est possible de cette manière de lutter efficacement contre l'abstentionisme des maîtres d'apprentissage qui ne satisfont pas en tout point à leurs devoirs de formation et qui précédemment ne participaient pas, pour une raison ou pour une autre, à des réunions de ce genre.

En 1974, des journées d'instruction ont été organisées dans les métiers suivants: professions commerciales (onze séances), dessinateur de machines, électricien et électronicien en radio et télévision, constructeur de routes.

7.2.3 *Règlements d'apprentissage et d'examen*

Il appartient à l'Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail (OFIAMT) de garantir, en collaboration avec les associations économiques et les offices cantonaux de la formation professionnelle, une organisation des apprentissages adaptée à l'évolution économique et technique. Les règlements d'apprentissage et d'examen d'une part, et, pour ce qui concerne l'enseignement professionnel,

Papiertechnologie
Uhrengehäusemechanik
Karosseriesattler
Fernseh- und Radioelektriker
Fernseh- und Radioelektroniker

Ende 1974 standen in nicht weniger als 45 Berufen die Ausbildungsvorschriften in Neubearbeitung. Diese Zahlen spiegeln die strukturellen Wandlungen in der Berufsbildung wider.

7.2.4 Einführungskurse (Grundschulungskurse)

Auf der Grundlage von Artikel 6 des Bundesgesetzes über die Berufsbildung haben sich die überbetrieblichen Einführungskurse zur Aneignung der grundlegenden beruflichen Fertigkeiten auch in unserem Kanton stark ausgeweitet. Die Maurer führen solche Kurse schon seit Jahrzehnten, die Schreiner, Zimmerleute, Spengler-Sanitärinstallateure, Damenschneiderinnen und weitere Berufsgruppen gewerblicher Richtung seit einigen Jahren mit guten Ausbildungsergebnissen durch. Auf regionaler und kantonaler Ebene planen zur Zeit mehrere Berufsverbände die Etablierung solcher Kurse. Es kann aber nicht übersehen werden, dass mit der Zunahme und dem Ausbau der Einführungskurse die Schwierigkeiten in organisatorischer, personeller und finanzieller Hinsicht wachsen. Es seien hier nur zwei Aspekte kurz beleuchtet. Nach den geltenden Vorschriften sollten diese Kurse in die Berufsschulferien fallen, damit der Unterricht an den Gewerbeschulen nicht durch Absenzen gestört wird. Da in verschiedenen Berufen eine dezentralisierte Organisation unzumutbar ist und aus finanziellen Gründen (Werkzeuge, Maschinen, Lehrkräfte, Unterrichtsräume) nicht in Frage kommen kann, müssen die einzelnen, nach Lehrjahren getrennten Kurse doppelt und dreifach, in der Regel hintereinander, veranstaltet werden. Eine zeitliche Kollision mit dem Schulunterricht ist vielfach nicht mehr zu vermeiden. Auch in bezug auf die Koordination der Ausbildung in Lehrbetrieb, Einführungskurs und Gewerbeschule klappt es noch nicht in allen Teilen. Das triale System erfordert ein gegenseitiges Abstimmen der Lehr- und Stoffpläne der drei Ausbildungsträger.

1974 fanden im Kanton Bern 146 Einführungskurse (1973: 142) mit einer Beteiligung von 2442 Lehrlingen (1973: 2269) statt. Es sind dies rund 15 Prozent (1973: 14%) des Gesamtbestandes der Lehrlinge und Lehrtöchter aus gewerblichen Berufen.

Eine auf das ganze Kantonsgebiet ausgedehnte Kurstätigkeit, mit seit Jahren entsprechend hohen Frequenzen verbunden, weisen nachstehende Berufe auf:

Beruf	Teilnehmer 1974	Kurse 1974
Maurer	760	25
Maler	120	8
Elektromonteur	285	18
Schmiedegewerbe	291	15
Schreiner	255	23
Spengler-Sanitärinstallateur	365	33
Zimmerleute	105	6

7.2.5 Zahlenmässige Entwicklung der Lehrverhältnisse

Ende 1974 zählte man in unserem Kanton insgesamt 23 729 Lehrverhältnisse; gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme um 225 Einheiten oder 0,96 Prozent. Mit in diese Statistik einbezogen sind gemäss BIGA-Weisung an die Kantone auch die Lehrverhältnisse der Forstwärter, die eben-

les plans normaux d'enseignement d'autre part, constituent les bases indispensables à cet effet.

Au cours de l'exercice écoulé, un nombre appréciable de règlements d'apprentissage et d'examen ont été soit nouvellement élaborés, soit encore intégralement ou partiellement révisés. Ont entre autres été admises comme *nouvelles professions*:

assistante d'hôtel
«technologue» en papeterie
mécanicien de la boîte de montre
garnisseur en carrosserie
électricien en radio et télévision
électronicien en radio et télévision

Les prescriptions d'apprentissage dans pas moins de 45 métiers se trouvaient en révision à la fin de l'année, ce qui témoigne de l'évolution structurelle dans la formation professionnelle.

7.2.4 Cours d'introduction (formation de base)

Conformément à l'article 6 de la loi fédérale sur la formation professionnelle, ces cours d'initiation aux techniques fondamentales du métier ont pris une extension considérable dans notre canton également. Des cours de cette nature sont organisés avec succès depuis des dizaines d'années par les maçons, depuis quelques années seulement par les menuisiers, charpentiers, ferblantiers-installateurs sanitaires, couturiers et par divers autres métiers de l'artisanat. Sur le plan régional et cantonal, plusieurs associations professionnelles projettent actuellement l'organisation de cours analogues. On ne saurait cependant perdre de vue que l'augmentation et le développement des cours d'introduction provoquent simultanément un accroissement des difficultés d'organisation, de personnel et de financement. Nous nous bornerons ici à n'en citer que deux. Selon les prescriptions en vigueur, ces cours devraient avoir lieu pendant les vacances scolaires pour éviter que l'enseignement dans les écoles professionnelles ne soit perturbé par des absences. Or, comme dans divers métiers une organisation décentralisée n'est pas opportune et qu'elle ne saurait par ailleurs pas non plus entrer en ligne de compte pour des raisons financières (outillages, machines, maîtres, locaux), il en résulte que ces cours – séparés pour chaque année d'apprentissage – doivent être organisés à double et à triple et que dans la règle ils se suivent. Il en résulte aussi fréquemment une perturbation de l'enseignement, difficilement évitable. Tout n'est pas non plus parfait dans le domaine de la coordination entre la formation pratique dans l'entreprise, les cours d'introduction et l'école professionnelle. Le système à trois volets implique une harmonisation des plans d'enseignement et d'instruction des trois piliers de l'apprentissage.

En 1974, 146 cours d'introduction (1973: 142) ont été organisés dans notre canton; 2442 apprentis (1973: 2269) y ont participé, ce qui représente 15% environ (1973: 14%) des apprentis et apprenties dans les professions artisanales et industrielles. La participation a été particulièrement forte dans les métiers cités ci-après, qui ont consolidé depuis des années leur activité dans ce domaine:

Professions	Nombre des participants en 1974	Nombre des cours en 1974
Maçon	760	25
Peintre en bâtiment	120	8
Monteur-électricien	285	18
Forgeron	291	15
Menuisier-ébéniste	255	23
Ferblantier-installateur sanitaire	365	33
Charpentier	105	6

falls steigende Bestände aufweisen (1973: 119; 1974: 149).

Abgesehen von der seit 1971 wieder einsetzenden leichten Zunahme der Lehrverhältnisse – ein Trend, der sich auch im Berichtsjahr bestätigt hat –, sticht das Ergebnis 1974 in einem andern Punkte hervor. Der 1966 registrierte Höchststand von 23 468 Lehrverhältnissen ist dieses Jahr übertroffen worden! Auch ohne Berücksichtigung der Forstwartlehrlinge handelt es sich dabei um einen neuen Rekordstand.

Das Gros der Lehrlinge und Lehrtöchter durchläuft eine Betriebslehre, die durch die praktische Ausbildung im Lehrbetrieb mit begleitendem Berufsschulunterricht gekennzeichnet ist. Nur ein verschwindend kleiner Teil besucht eine öffentliche Fachschule oder Lehrwerkstätte, die die gesamte Berufsausbildung vermittelt. Im Berichtsjahr umfasste diese Kategorie 1051 Fachschüler. Bezogen auf den Gesamtbestand der Lehrlinge im gewerblichen und industriellen Sektor, macht die Zahl der Fachschüler lediglich 5,1 Prozent aus.

Tabelle 1

	Gewerblich-industrielle Lehrverhältnisse	Kaufmännische Lehrverhältnisse ¹	Total
1974	17 182	6 547	23 729
1973	16 986	6 518	23 504
1972	16 570	6 581	23 151
1971	16 255	6 475	22 730
1970	15 995	6 596	22 591
1960	12 268	6 119	18 387
1950	9 626	3 897	13 523

¹ Zu den kaufmännischen Berufen zählen: Kaufleute, Verwaltungsangestellte, Verkaufspersonal, Apothekenhelferinnen, Drogisten und Buchhändler.

In den letzten Jahren nimmt auch die Zahl der eine Berufslehre absolvierenden italienischen Jugendlichen ständig zu. Insbesondere die Eltern legen grossen Wert darauf, dass ihre Kinder, vor allem die Söhne, eine qualifizierte Ausbildung, die mit dem Erwerb des eidgenössischen Fähigkeitszeugnisses abschliesst, erhalten. Es handelt sich dabei um Knaben, die in unserem Land mehrere Jahre die Volksschule besucht und hinreichende Kenntnisse in Deutsch oder Französisch erworben haben, um dem Fachunterricht folgen zu können. Im Berichtsjahr traten neu 133 Jugendliche italienischer Staatszugehörigkeit in eine Berufslehre ein. Damit stieg der Stand an Lehrverträgen für italienische Lehrlinge Ende 1974 auf etwas mehr als 400 an.

Tabelle 2 gibt Aufschluss über den Anteil der Mädchen und Knaben am Total der Lehrverhältnisse.

Tabelle 2

Zahl der Knaben und Mädchen in Lehrverhältnissen	Knaben	%	Mädchen	%	Total	%
1974	16 843	70,9	6 886	29,1	23 729	100
1973	16 678	71,0	6 826	29,0	23 504	100
1972	16 352	70,6	6 799	29,4	23 151	100
1971	15 886	69,8	6 844	30,2	22 730	100
1970	15 802	69,9	6 789	30,1	22 591	100
1960	12 919	70,3	5 468	29,7	18 387	100
1950	9 839	72,8	3 684	27,2	13 523	100

Tabelle 3 (siehe am Schluss des Berichtes) gibt die Entwicklung der Lehrlingszahlen in den wichtigsten Berufen im Verlaufe der letzten 15 Jahre wieder.

7.2.5 Développement quantitatif des apprentissages

A fin 1974, on dénombrait 23 729 apprentissages dans notre canton, soit 225 ou 0,96% de plus qu'en 1973. Conformément aux directives de l'OFIAMT aux cantons, ce total comprend aussi les apprentis forestiers-bûcherons dont l'effectif va lui aussi en augmentant (1973: 119; 1974: 149).

Indépendamment du fait que, depuis 1971, les apprentissages sont en voie d'augmentation – une tendance qui s'est également manifestée en 1974 –, le résultat de l'exercice écoulé présente de surcroît la particularité suivante: le chiffre record de 23 468 apprentissages atteint en 1966 a été dépassé! Cela constitue un nouveau record, même si l'on ne tient pas compte des apprentis forestiers-bûcherons.

La majorité des apprentis des deux sexes accomplit un apprentissage caractérisé par une formation pratique en entreprise et par un enseignement dispensé parallèlement en écoles professionnelles. Seul un nombre infime d'entre eux sont intégralement formés dans des écoles spécialisées ou dans des écoles de métiers cantonales ou communales; il s'agit de 1051 apprentis, soit 5,1% de l'effectif total.

Tableau 1

	Nombre d'apprentis		
	Arts et métiers, industrie	Commerce ¹	Total
1974	17 182	6 547	23 729
1973	16 986	6 518	23 504
1972	16 570	6 581	23 151
1971	16 255	6 475	22 730
1970	15 995	6 596	22 591
1960	12 268	6 119	18 387
1950	9 626	3 897	13 523

¹ Tombent dans cette catégorie: les employés de commerce et d'administration, le personnel de vente, les aides de pharmacie, les droguistes et les libraires

Au cours de ces dernières années, le nombre de jeunes Italiens qui font un apprentissage n'a cessé d'augmenter. Les parents, en particulier, attachent une grande importance à ce que leurs enfants, leurs fils surtout, acquièrent une formation qualifiée avec, à la clef, l'obtention du certificat fédéral de capacité. La plupart d'entre eux ont fréquenté nos écoles publiques pendant plusieurs années et savent assez l'allemand ou le français pour suivre l'enseignement de l'école professionnelle. 133 jeunes Italiens sont entrés en apprentissage en 1974, ce qui a porté le nombre des Italiens en apprentissage dans notre canton à un plus de 400 au total. Le tableau 2 indique la proportion des jeunes filles et des jeunes gens dans l'ensemble.

Tableau 2

Nombre des apprentis et des apprenties	Garçons	%	Filles	%	Total	%
1974	16 843	70,9	6 886	29,1	23 729	100
1973	16 678	71,0	6 826	29,0	23 504	100
1972	16 352	70,6	6 799	29,4	23 151	100
1971	15 886	69,8	6 844	30,2	22 730	100
1970	15 802	69,9	6 789	30,1	22 591	100
1960	12 919	70,3	5 468	29,7	18 387	100
1950	9 839	72,8	3 684	27,2	13 523	100

Le tableau 3 (voir à la fin du rapport) indique quelle a été l'évolution au cours des 15 dernières années, du nombre de contrats d'apprentissage dans les principales professions.

Lokale und regionale Berufsverbände, Gemeinde- und Schulbehörden, aber auch Planungsstellen erkundigen sich immer wieder nach den Lehrlingszahlen in einzelnen Amtsbezirken und Regionen. Tabelle 4 (siehe am Schluss des Berichtes) gibt darüber Aufschluss.

7.3 Beruflicher Unterricht

(Siehe auch Tabellen 5 und 6 am Schluss des Berichtes.) Im Berichtsjahr konnte die 1973 begonnene Besuchstournee sämtlicher Berufsschulen abgeschlossen werden. Die eigentliche Inspektionsarbeit der beiden neuen Berufsschulinspektoren konnte anschliessend systematisch einsetzen. Der vermehrte Kontakt des Amtes mit Schulleitern, Lehrern und Schulkommissionen erweist sich als sehr wertvoll. Der Unterricht an den Berufsschulen, Lehrwerkstätten und Handelsmittelschulen ist, wie die Berufe selbst, einem ständigen Wandel unterworfen. Im Jura ist das erste Übergangsjahr zum Herbstschulbeginn ohne grössere Schwierigkeiten bewältigt worden. Mit Ausnahme derjenigen Lehrverhältnisse, für die der Berufsschulbesuch in Biel (Frühjahrsbeginn) angeordnet werden musste, hat der Unterricht an den Berufsschulen im Jura für das erste Lehrjahr erst Ende August 1974 eingesetzt. Von April bis Juni 1974 bestanden somit in den jurassischen Berufsschulen keine Klassen des ersten Lehrjahres. Die damit verbundene Unterbeschäftigung der hauptamtlichen Lehrer wurde durch Weiterbildungsanstrengungen und wichtige schulinterne Arbeiten kompensiert. Die Schüler und Schülerinnen, die zufolge ihrer Berufswahl den Pflichtunterricht in Biel besuchen mussten, erhielten von der Erziehungsdirektion die Erlaubnis, schon im Frühjahr aus der Schule auszutreten.

Auf dem Bausektor gingen die begonnenen Arbeiten gut vorwärts. Das neue Berufsschulhaus (Gewerbeschule und kaufmännische Berufsschule) in St. Immer konnte bezogen werden. Die Einweihung fand am 8. November 1974 statt. Der Neubau der Gewerbeschule Burgdorf konnte im Herbst bezogen werden. Die Fertigstellung des Neubaus für die kaufmännische Berufsschule Burgdorf ist auf den Herbst 1975 geplant. Die Gewerbeschule Biel wird im Frühjahr 1975 bezugsbereit sein. In der Gemeinde Langenthal ist das Projekt einer neuen Gewerbeschule in der Volksabstimmung knapp angenommen worden. Der Standort Langnau für das zukünftige kleine Berufsschulzentrum Ober-Emmental ist bestätigt worden; die Planungsarbeiten sind angelaufen. Im Gegensatz zu diesen erfreulichen Tatsachen stehen die Schwierigkeiten, die dem Neubau der Gewerbeschule Münster erwachsen sind. In der Februarsession hatte der Grosse Rat der Subventionierung dieses dringend notwendigen Neubaus zugestimmt. Infolge der akuten Finanzknappheit konnten aber dann die Banken ihr Finanzierungsversprechen nicht einlösen und mussten die Eröffnung des Baukredites verweigern. Nachdem aber auch noch andere Schwierigkeiten aufgetaucht sind, die die Schulorganisation betreffen, wird eine Überprüfung des Projektes unumgänglich sein. Am 26. September 1974 konnte ferner die Berufsschule für Biologie-Laboranten der Firma Wander AG in Bern eingeweiht werden.

Im ganzen Kantonsgebiet sind im Berichtsjahr zahlreiche Bereinigungen der Schulorganisation vorgenommen worden. So hatte z.B. die Zersplitterung der kaufmännischen Lehre die Umteilung mehrerer Klassen zur Folge. Zusammenschumpfende Fachklassen mussten umgeteilt werden. Im Zusammenhang mit den hängigen Bauprojekten war die Anordnung gewisser einschneidender Massnahmen unumgänglich; diese werden aber erst später in Kraft treten.

Des demandes de renseignements sur le nombre d'apprentis dans les différents districts et régions ne cessent de nous parvenir en provenance d'associations professionnelles locales et régionales ainsi que d'offices d'aménagement et de planification. Le tableau 4 (voir à la fin du rapport) donne toutes indications utiles à ce sujet.

7.3 Enseignement professionnel

(Voir aussi les tableaux 5 et 6 à la fin du rapport) La tournée de visites de toutes les écoles professionnelles commencée en 1973 a pris fin au cours de l'année de référence. Le travail d'inspection proprement dit des deux nouveaux inspecteurs des écoles professionnelles a pu démarrer aussitôt après de manière systématique. Les contacts toujours plus nombreux que notre office entretient avec les recteurs, le corps enseignant et les commissions d'école se révèlent extrêmement précieux.

L'enseignement dans les écoles professionnelles, dans les écoles de métiers et dans les écoles supérieures de commerce est, au même titre que les professions, soumis à de continus changements.

Dans le Jura, la première période de transition entre l'année courte et l'année longue avec début des cours en automne s'est écoulée sans entraîner de difficultés particulières. Exception faite des apprentissages pour lesquels le début des cours à l'Ecole professionnelle de Bienne a dû être fixé au printemps, l'enseignement dans les écoles professionnelles jurassiennes n'a débuté qu'à la fin du mois d'août 1974 pour les élèves de première année. Il n'y a donc pas eu de classes de première année dans les écoles en question. Les maîtres principaux ont mis à profit le sous-emploi causé par ces circonstances exceptionnelles pour se perfectionner et pour exécuter d'importants travaux dans leurs écoles. Les écoliers et écolières que la profession choisie obligeait à suivre l'enseignement à Bienne, ont été autorisés par la Direction cantonale de l'instruction publique à quitter l'école au printemps déjà.

Les travaux entrepris dans le secteur de la construction ont allègrement progressé. Le nouveau bâtiment d'école (école professionnelle et école commerciale) de St-Imier a pu être occupé; il a été inauguré le 8 novembre 1974. Le bâtiment nouvellement construit de l'Ecole complémentaire artisanale de Berthoud a ouvert ses portes en automne. Selon nos prévisions, le futur bâtiment de l'Ecole commerciale de Berthoud sera sous toit en automne 1975. Quant à la nouvelle Ecole professionnelle de Bienne, sa construction sera terminée au printemps 1975. Dans la commune de Langenthal, le très important projet pour la construction d'une nouvelle école professionnelle a été accepté de justesse en votation populaire. La commune de Langnau s'est vue confirmée comme lieu d'implantation du futur petit centre d'enseignement professionnel du Haut-Emmental dont les plans sont en voie d'élaboration. Ces faits fort réjouissants contrastent avec les difficultés que rencontre la construction de la nouvelle Ecole professionnelle de Moutier. Rappelons que le Grand Conseil avait accepté durant sa session de février de subventionner cette construction devenue urgente. La pénurie aiguë des moyens financiers n'a toutefois pas permis aux banques de tenir leurs promesses et d'accorder les crédits de construction nécessaires. Comme de nouvelles difficultés afférentes à l'organisation de l'école se sont présentées dans l'intervalle, il faudra inévitablement revoir tout le projet. A noter encore que l'Ecole professionnelle des laborants en biologie de l'entreprise Wander SA à Berne a pu être inaugurée en date du 26 septembre 1974.

Au cours de l'année écoulée, de nombreux correctifs ont pu être apportés, dans tout le canton, à l'organisation des écoles.

Selbstverständlich werden alle diese Anordnungen mit den Berufsverbänden, Gemeinden und Schulen besprochen. Es zeigt sich aber immer wieder, dass eine alle Beteiligten befriedigende Lösung kaum je gefunden werden kann. Das Amt wacht aber darüber, dass stets das Interesse der auszubildenden Jugend im Vordergrund steht.

Im Zuge der Ausführungsmassnahmen der Verordnung vom 28. November 1973 über die Anstellungs- und Besoldungsbedingungen der Lehrer an Berufsschulen, Lehrwerkstätten und Handelsmittelschulen sind noch folgende Probleme zu erwähnen:

– Nachdem für die Lehrer aller Schulen recht vorteilhafte und befriedigende Anstellungs- und Besoldungsbedingungen geschaffen werden konnten, ergaben sich aber bei den entsprechenden Bestimmungen für die Schulleiter unerwartete Schwierigkeiten, die im Berichtsjahr leider noch nicht abgebaut werden konnten.

– Der zum Teil beträchtliche Mehraufwand an den Schulen hatte vielerorts grosse Liquiditätsschwierigkeiten zur Folge, denen aber mit Zuschüssen aus den Gemeinden und vermehrten Vorschüssen des Kantons grösstenteils begegnet werden konnte.

Für die Lehrer an Berufsschulen, Lehrwerkstätten und Handelsmittelschulen konnte auf den 1. Oktober 1974 eine auf die entsprechenden Bestimmungen der Erziehungsdirektion abgestimmte Stellvertretungsordnung in Kraft gesetzt werden.

Am 9. Oktober 1974 hat schliesslich der Regierungsrat eine Verordnung über die Ausrichtung von Reisekostenbeiträgen für den Berufsschulbesuch erlassen. Lehrlinge, die in einem Umkreis von mehr als 10 km vom Schulort wohnen und jährlich für den Besuch des Pflichtunterrichts mehr als 200 Franken ausgeben müssen, können die Rückerstattung eines Teils ihrer Reisespesen beantragen. Der Kanton richtet dabei 23 Prozent und der Bund 32 Prozent der anrechenbaren Kosten aus.

C'est ainsi par exemple que le morcellement de l'apprentissage de commerce a nécessité une nouvelle répartition des classes, en premier lieu de celles d'entre elles dont les effectifs allaient en s'amenuisant. Certaines mesures radicales, en rapport avec les projets de construction en suspens, se sont révélées inévitables; elles n'entreront cependant en vigueur que plus tard. Il va sans dire que pareilles mesures ne sont pas prises sans consultation préalable des associations professionnelles, des communes et des écoles. Mais on réalise à chaque fois de nouveau combien il est illusoire de vouloir trouver une formule qui satisfasse tous les intéressés! Notre office veille en tout cas à ce que les intérêts des apprentis restent toujours au premier plan des préoccupations.

Citons encore ci-après les problèmes que soulèvent les mesures d'application de l'ordonnance du 28 novembre 1973 sur les conditions d'engagement et de rémunération des maîtres aux écoles professionnelles artisanales, commerciales et aux écoles supérieures de commerce:

– Alors que des conditions d'engagement et de traitement fort avantageuses et satisfaisantes pouvaient être faites aux maîtres fonctionnant dans l'ensemble des écoles, des difficultés inattendues se sont présentées dans l'application des dispositions applicables aux directeurs de ces mêmes écoles, difficultés qui n'ont malheureusement pas pu être surmontées durant l'exercice de référence.

– Les dépenses supplémentaires parfois considérables nécessitées par les écoles n'ont pas été sans entraîner un sérieux manque de liquidités en de nombreux endroits; elles ont néanmoins pu être surmontées pour la plupart, grâce aux versements supplémentaires opérés par les communes, grâce aussi aux avances accrues consenties par notre canton.

Une ordonnance sur le remplacement des maîtres aux écoles professionnelles, aux écoles de métiers et aux écoles supérieures de commerce, concordant avec les directives correspondantes de la Direction de l'instruction publique, a pu être mise en vigueur le 1^{er} octobre 1974.

Le 9 octobre 1974 enfin, le Conseil-exécutif a promulgué une ordonnance fixant les subventions aux frais de déplacement des apprentis suivant les cours de l'école professionnelle. Les apprentis domiciliés dans un rayon distant de plus de 10 km de l'école, qui doivent déboursier plus de 200 francs par année pour suivre les cours obligatoires, peuvent solliciter le remboursement d'une partie de leurs frais de déplacement. Le canton contribue pour 23% et la Confédération pour 32% aux frais imputables.

7.4 Lehrabschluss- und Diplomprüfungen

7.4.1 Quantitative und qualitative Aspekte

Aus dem gewerblichen und industriellen Sektor unterzogen sich im Berichtsjahr 5071 Kandidatinnen und Kandidaten aus rund 180 Lehrberufen der Abschlussprüfung. Von den 269 Berufsleuten, die ihre Lehre in einer öffentlichen Fachschule oder Lehrwerkstätte absolvierten, erfüllten 5 oder 1,8 Prozent, von den 4802 in einer Betriebslehre ausgebildeten Kandidaten 323 oder 6,7 Prozent die Mindestbedingungen der Lehrabschlussprüfung nicht.

In den kaufmännischen Berufen traten 2620 Berufsleute zur Lehrabschlussprüfung an. In diesem Berufsfeld waren 283 oder 10,8 Prozent Misserfolge zu verzeichnen.

Bei den vier der Volkswirtschaftsdirektion zugeteilten Handelsmittelschulen reüssierten von 191 Absolventinnen und Absolventen nur 2 nicht.

Ein Vergleich der Prüfungsergebnisse von 1973 und 1974 zeigt, dass bei den gewerblich-industriellen Betriebslehren die Durchfallsquote um 0,3 Punkte gestiegen, während sie

7.4 Examens de fin d'apprentissage et de diplôme

7.4.1 Aspects quantitatifs et qualitatifs

Durant l'année écoulée, 5071 candidats et candidates représentant quelque 180 métiers artisanaux et industriels ont subi l'examen de fin d'apprentissage. Cinq candidats (ou 1,8%) sur les 269 qui ont accompli leur apprentissage dans une école spécialisée ou dans une école de métiers publique, et 323 candidats (ou 6,7%) sur les 4802 qui ont été formés en entreprise n'ont pas satisfait aux exigences minimales de l'examen final.

2620 apprentis des professions commerciales se sont présentés à l'examen de clôture. 283 (ou 10,8%) d'entre eux ont échoué.

Sur les 191 candidats des quatre écoles supérieures de commerce rattachées à la Direction de l'économie publique, deux seulement ont essuyé un échec.

Si l'on compare les résultats obtenus aux examens de 1973 à ceux de 1974, on constate que l'indice d'échec a augmenté

in den kaufmännischen Berufen um 0,4 Punkte gesunken ist. Im Gesamtdurchschnitt beträgt die Misserfolgsquote 7,9 Prozent, im Vorjahr 7,7 Prozent.

Die Tabellen 7 und 8 (siehe am Schluss des Berichtes) geben über die quantitative und qualitative Entwicklung der Lehrabschluss- und der Diplompriifungen Auskunft.

7.4.2 *Instruktionstagungen für Fachexperten und Prüfungsobmänner*

Die technische Entwicklung überträgt sich auch auf das Prüfungswesen. Daher ist es unerlässlich, dass sich die Experten über die Entwicklung in einem Lehrberuf auf dem laufenden halten, sich mit den neuen Verfahren, Techniken, Materialien vertraut machen und die neuerlassenen Ausbildungs- und Prüfungsvorschriften studieren. Versäumen sie dies, vermögen sie den Aufgaben des Expertenamtes nicht mehr zu genügen. In erster Linie ist es Sache des Kantons, der für die Durchführung der gewerblichen und industriellen Lehrabschlussprüfungen zuständig ist, Formation und Instruktion des Expertenkorps an die Hand zu nehmen.

Das Amt und die staatlichen Kreisprüfungskommissionen schenken dieser Aufgabe seit jeher ihre besondere Aufmerksamkeit. Im verflossenen Jahr fanden in den Berufen des Buchdruckgewerbes (zwei Veranstaltungen) und des Verkaufspersonals (vier Veranstaltungen) kantonale Instruktionstagungen statt. Ausserdem delegierte der Kanton eine beachtliche Zahl bernischer Experten und Obmänner an eidgenössische Expertenurse.

Im langfristigen Bestreben, die Prüfungsaufgaben in den wichtigsten Berufen auf kantonalen Ebene zu vereinheitlichen, wurde die Institution der Obmännerkonferenzen weiter ausgebaut. Sie erwies sich als taugliches Instrument zur Förderung der Koordination und Kooperation auf dem Gebiete des Prüfungswesens.

7.4.3 *Verordnung über die Lehrabschlussprüfungen*

Nach Artikel 55 des kantonalen Berufsbildungsgesetzes sind Zuständigkeit, Organisation und Aufgaben der Kreisprüfungskommissionen sowie die Entschädigungen an die Mitglieder und Experten in einer Verordnung zu regeln. Diesem Auftrage nachkommend, hat das Amt im Sommer 1974 einen Entwurf ausgearbeitet, der in der Folge durch eine vom Regierungsrat ernannte Sachverständigenkommission in vier ganztägigen Sitzungen begutachtet wurde. Gegen Ende des Jahres konnte das Vernehmlassungsverfahren eingeleitet werden. Es ist vorgesehen, die neue Verordnung im Frühjahr 1975 in Kraft treten zu lassen.

8. **Kantonale Bildungsanstalten und Gebäudeversicherung**

Die kantonalen Techniken, die Holzfachschule und die Gebäudeversicherung erstatten besondere Berichte, auf die wir verweisen.

9. **Kantonale Volkswirtschaftskommission**

Die Kommission, die sich aus Vertretern der Spitzenorganisationen der bernischen Wirtschaft zusammensetzt, trat zu drei Sitzungen zusammen und befasste sich mit den auftretenden wirtschaftlichen Fragen; sie hat durch die sich abzeichnende Entwicklung als Konsultativ-Organ der Volks-

de 0,3 points chez les apprentis des professions artisanales et industrielles, alors que ce même indice a diminué de 0,4 points dans les professions commerciales. L'indice général a été de 7,9% en 1974 et de 7,7% en 1973.

Les tableaux 7 et 8 (voir à la fin du rapport) indiquent quelle a été l'évolution quantitative et qualitative des examens de fin d'apprentissage et de diplôme.

7.4.2 *Journées d'instruction pour les experts et chefs-experts*

L'évolution des techniques n'est pas sans avoir des répercussions sur les examens. Aussi est-il indispensable que les experts se tiennent au courant de l'évolution d'un métier, qu'ils se familiarisent avec les procédés, techniques, matériaux nouveaux et qu'ils étudient les nouvelles prescriptions légales sur la formation professionnelle et les examens de fin d'apprentissage. S'ils négligent de le faire, ils n'arrivent plus alors à satisfaire aux devoirs de leur fonction d'expert. C'est au canton en premier lieu, en sa qualité d'autorité compétente pour organiser les examens de fin d'apprentissage dans l'artisanat et dans l'industrie, qu'il appartient de prendre en main la formation et l'instruction du collège des experts.

L'office et les commissions d'arrondissement cantonales de fin d'apprentissage ont de tout temps voué une attention particulière à cette tâche. C'est ainsi que durant l'année de référence, elles ont organisé des journées cantonales d'instruction pour les métiers des arts graphiques (deux journées) et du personnel de vente (quatre journées). Le canton a en outre délégué un nombre respectable d'experts et de chefs-experts bernois aux cours d'experts mis sur pied par la Confédération.

Dans le cadre des efforts déployés à long terme pour uniformiser sur le plan cantonal les devoirs d'examen dans les principaux métiers, les conférences des chefs-experts ont été davantage encore institutionnalisées et ont prouvé qu'elles étaient un instrument apte à promouvoir la coordination et la coopération dans le domaine des examens.

7.4.3 *Ordonnance sur les examens de fin d'apprentissage*

Aux termes de l'article 55 de la loi cantonale sur la formation professionnelle, les compétences, l'organisation et les tâches des commissions d'examens d'arrondissement ainsi que les indemnités aux commissaires et aux experts doivent être réglées par voie d'ordonnance. Pour remplir ce mandat, notre office a, durant l'été 1974, élaboré un projet qui fut ensuite examiné par une commission d'experts au cours de quatre séances d'une journée entière chacune. La procédure de consultation a été engagée vers la fin de l'année, et l'entrée en vigueur de la nouvelle ordonnance est prévue pour le printemps 1975.

8. **Etablissements cantonaux d'instruction et Assurance immobilière**

Nous vous renvoyons aux rapports publiés par les écoles techniques cantonales, l'Ecole du bois et l'Etablissement cantonal d'assurance immobilière.

9. **Rapport de la Commission cantonale d'économie publique**

Cette commission, composée de représentants des organisations faïtières de l'économie bernoise, a tenu en 1974 trois séances consacrées aux questions d'actualité sur le plan économique.

wirtschaftsdirektion an Bedeutung gewonnen. Neben den Orientierungen durch den scheidenden und den neuen Direktionsvorsteher nahm sie Referate der verschiedenen Chefbeamten entgegen. Besonderes Interesse fand im Zusammenhang mit der bernischen Wirtschaftsförderung die Liquidation der Zent AG, die Überfremdungsinitiative III und die Erhöhung der Kinderzulagen. Ein Unterausschuss befasste sich unter dem Vorsitz von Dr. Otto Römer mit der Revision des Berufsbildungsgesetzes. Vorsitz und Geschäftsstelle haben gewechselt; bis zum 21. Januar leitete Grossrat Hans Frutiger die Kommission; sein Nachfolger wurde Grossrat Bruno Hächler. Die Geschäftsstelle ging vom Kantonalverband bernischer Arbeitgeberorganisationen an den Kantonalverband bernischer kaufmännischer Vereine über.

10. Parlamentarische Geschäfte

Trotzdem im Wahljahr 1974 nur drei ordentliche Sessionen stattfanden, hatte sich die Volkswirtschaftsdirektion mit nicht weniger als 43 parlamentarischen Vorstössen zu befassen, nämlich 20 Motionen, 3 Postulaten, 18 Interpellationen und 2 Schriftlichen Anfragen. Der mit der Behandlung dieser Vorstösse verbundene Arbeits- und Zeitaufwand war mit Rücksicht auf die zum Teil vielschichtigen zur Diskussion gestellten Probleme ausserordentlich gross.

10.1 Motionen

Die *Motionen Guggenheim, Theiler, Dr. Gygi und Günter/Golowin* setzten sich für den Erlass eines kantonalen Gesetzes ein, mit dem der Abbruch und die Zweckentfremdung von Wohnhäusern bewilligungspflichtig erklärt werden sollten. Während die Motion Guggenheim, die einen konkreten Gesetzesentwurf in Vorschlag brachte, als zu weitgehend abgelehnt wurde, nahm der Grosse Rat die drei andern Motionen, diejenige der Herren Günter und Golowin in Form eines Postulates entgegen. Eine entsprechende Vorlage wird in der Mai-Session 1975 zur ersten Beratung gelangen.

Die *Motion Aeschlimann*, mit welcher zwecks Förderung kleiner und mittlerer Gewerbebetriebe eine vermehrte finanzielle Unterstützung der Bürgschaftsgenossenschaft des bernischen Gewerbes verlangt wurde, nahm der Grosse Rat auf Antrag des Regierungsrates als Postulat entgegen.

Das in Form einer *Motion* gekleidete Begehren der *Jurassischen Deputation*, welches eine Intervention des Regierungsrates zugunsten der Befreiung des Jura als eines Ganzen vom Baubeschluss verlangte, wurde abgelehnt.

Eine Zusicherung dahingehend, dass die Bedeutung der Bieler Gewerbeschule als zweisprachiges Zentrum im Rahmen der Bestrebungen nach Zusammenschluss von Berufsschulklassen angemessen berücksichtigt werde und Richtlinien, gemäss welchen entsprechende Massnahmen nur mit Zustimmung der direkt Beteiligten getroffen werden könnten, wünschte Grossrat Graf in einer weiteren Motion. Sie wurde bezüglich des ersten Begehrens als solche, bezüglich des zweiten als Postulat entgegengenommen.

Ebenfalls als Postulat wurde die *Motion Neukomm* betreffend Schaffung eines kantonalen Badwasserinspektorates entgegengenommen.

Eine verschärfte Kontrolle der Ölbrenner der Heizungsanlagen zur Bekämpfung der Luftverschmutzung verlangte

En sa qualité d'organe consultatif de la Direction de l'économie publique, elle a gagné en importance au vu de l'évolution qui se dessine. Après avoir été informée par l'ancien et le nouveau chef de la Direction, elle a entendu des exposés présentés par différents chefs de services. Dans le contexte du développement de l'économie bernoise, la liquidation de l'entreprise Zent SA, la troisième initiative contre l'emprise étrangère et le surpeuplement de la Suisse, ainsi que le relèvement des allocations pour enfants ont notamment retenu l'attention de la commission. Une sous-commission placée sous la présidence de M. Otto Römer s'est occupée de la revision de la loi sur la formation professionnelle. Des changements sont enregistrés dans la présidence et le siège de la commission. Jusqu'au 21 janvier, la commission était présidée par le député Hans Frutiger; le député Bruno Hächler a été appelé à lui succéder. Le siège a été transféré de l'Association cantonale des organisations patronales à la Fédération cantonale des Sociétés d'employés de commerce.

10. Interventions parlementaires

Bien que trois sessions ordinaires seulement aient eu lieu au cours de l'année électorale 1974, la Direction de l'économie publique a été appelée à examiner pas moins de 43 interventions parlementaires, soit 20 motions, 3 postulats, 18 interpellations et 2 questions écrites. Eu égard aux problèmes souvent très ardues mis en discussion, le traitement de ces interventions a nécessité une somme considérable de travail et de temps.

10.1 Motions

Les *motions Guggenheim, Theiler, Gygi et Günter/Golowin* ont demandé la promulgation d'une loi cantonale, par laquelle la démolition et le changement d'affectation de maisons d'habitation devaient être soumis à autorisation. Tandis que la motion Guggenheim, accompagnée d'un projet de loi concret, fut écartée comme étant trop exigeante, le Grand Conseil adopta les trois autres motions, celle des députés Günter et Golowin sous forme de postulat. Un projet de loi approprié sera soumis en première lecture au cours de la session de mai 1975.

La motion *Aeschlimann* demandant une aide financière accrue à la Coopérative de cautionnement des arts et métiers bernois, en vue du développement de petites et moyennes entreprises artisanales, a été acceptée par le Grand Conseil sous forme de postulat, sur proposition du Conseil-exécutif. La requête présentée sous forme de motion par la *Députation jurassienne*, demandant au Conseil-exécutif d'intervenir pour que l'ensemble du Jura soit exclu du champ d'application de l'arrêté sur la construction, a été rejetée.

Dans une autre motion, le député *Graf* a demandé qu'il soit convenablement tenu compte de l'importance de l'Ecole des arts et métiers biennoise en tant que centre d'instruction bilingue, dans le cadre des efforts entrepris visant à la réunion de certaines classes de l'Ecole professionnelle et que soient établies des directives, à teneur desquelles des mesures ne puissent être prises à cet égard qu'avec le consentement des milieux directement intéressés. La motion a été adoptée comme telle par rapport à la première demande, tandis que la deuxième l'a été sous forme de postulat.

La motion *Neukomm* concernant la création d'une Inspection cantonale de l'eau des bains publics a également été adoptée comme postulat.

Le député *Brand* a demandé que les brûleurs des installations de chauffage au mazout soient contrôlés plus sévère-

Grossrat *Brand*. Der Vorstoss wurde von Regierung und Grosse Rat entgegengenommen. Gestützt auf gemachte Erfahrungen einer Reihe von Gemeinden, die Reglemente über die Kontrolle der Ölfeuerungsanlagen erlassen haben, wird der Kanton, soweit nötig, ergänzende eigene Vorschriften aufstellen.

Die Totalrevision der kantonalen Feuerordnung, die Grossrat *Lehmann* mit seiner angenommenen *Motion* verlangte, kann dem Grosse Rat demnächst beantragt werden.

Angenommen wurde schliesslich auch die *Motion Kopp* betreffend Revision des Gastwirtschaftsgesetzes. Die Ausarbeitung einer den Wünschen des Motionärs entgegenkommenden Gesetzesnovelle ist in Auftrag gegeben worden.

Über die Behandlung der *Motionen Beuchat, Fleury, Strahm, Jenzer, Linder* und *Boss* wird unter Ziffer 3.1.2.2, der *Motion Buchs* (Unterseen) unter Ziffer 2.4.2, der *Motion Neukomm* unter Ziffer 4.1.3 berichtet.

10.2 Postulate

Grossrat *Hofmann* lud den Regierungsrat in einem *Postulat* ein, zu prüfen, auf welche Weise der Errichtung weiterer Grosseinkaufszentren begegnet werden könnte. Das *Postulat* wurde von Regierung und Grosse Rat angenommen. Ebenfalls angenommen wurde das *Postulat Messerli* betreffend Betriebskostenbeiträge an Sauerkrautfabriken.

10.3 Interpellationen

Beantwortet wurden in den drei Sessionen des Berichtsjahres die *Interpellationen Kohler* betreffend Verlegung des Zentralmagazins GD PTT in den Kanton Freiburg, *Brawand* betreffend Investitionshilfe für Berggebiete, *Brand* betreffend Lebensmittelkontrolle, *Frei* betreffend Umweltschutz, *Erard* betreffend Lage in der jurassischen Hotellerie, *Günter* betreffend Versorgung des Landes mit Heizstoffen und Benzin, *Barben* betreffend Schädlichkeitsgrenze infolge von Abgasen, *Hächler* betreffend Berufsbildung, *Baur* betreffend Besoldung der Berufsschullehrer, *Kopp* betreffend Gaststätten im Einkaufszentrum «Shoppyländ», *Reimann, Knuchel, Schneider* und *Günter* betreffend Schliessung der Firma Zent AG, *Schneider* betreffend Streik in der Fabrik Burger & Jacobi, Biel, *Schneider* betreffend Mietzinssteigerung über die Erhöhung des Hypothekarzinsfusses, *Hug* betreffend Massnahmen bei Aufhebung des Abbruchverbotes auf Bundesebene und *Moser* betreffend Staatsbeitrag an Krankenversicherungsprämien.

10.4 Schriftliche Anfragen

Beantwortet wurden die *Schriftlichen Anfragen* der Herren *Golowin* betreffend Grundlagenforschung über Nutzen und Schaden des Tourismus und *Hennet* betreffend Beschäftigung in der Uhrenindustrie.

Bern, 10. April 1975

Der Volkswirtschaftsdirektor: *Müller*

Vom Regierungsrat genehmigt am 18. Juni 1975

ment afin de lutter contre la pollution de l'air. Cette intervention a été acceptée par le gouvernement et le Grand Conseil. Se fondant sur les expériences faites par une série de communes qui ont édicté des règlements sur le contrôle des installations de chauffage au mazout, le canton établira lui-même, en cas de nécessité, des prescriptions complémentaires.

La revision totale de l'ordonnance cantonale sur le service du feu, que le député *Lehmann* a demandée dans sa motion adoptée par le Grand Conseil, sera prochainement soumise à ce dernier.

La motion *Kopp* concernant la revision de la loi, sur les auberges a finalement aussi été adoptée. Le projet d'une nouvelle loi, répondant aux vœux du motionnaire, est à l'étude.

S'agissant du traitement des motions *Beuchat, Fleury, Strahm, Jenzer, Linder* et *Boss*, il est renvoyé au chiffre 3.1.2.2, concernant la motion *Buchs* (Unterseen), au chiffre 2.4.2 et concernant la motion *Neukomm* au chiffre 4.1.3 du présent rapport.

10.2 Postulats

Le député *Hofmann* a invité le Conseil-exécutif à examiner de quelle manière il serait possible d'enrayer la création de nouveaux grands centres d'achats. Le *postulat* a été adopté par le Gouvernement et le Grand Conseil. Le Grand Conseil a aussi adopté le *postulat Messerli* concernant l'octroi de subsides d'exploitation aux fabriques de choucroute.

10.3 Interpellations

Au cours des trois sessions de l'année, le Gouvernement a répondu aux interpellations *Kohler* concernant le transfert de l'entrepôt central de la DG des PTT dans le canton de Fribourg, *Brawand* sur l'aide aux investissements dans les régions de montagne, *Brand* sur le contrôle des denrées alimentaires, *Frei* sur la protection de l'environnement, *Erard* sur la situation dans l'hôtellerie jurassienne, *Günter* sur l'approvisionnement du pays en combustibles et essence, *Barben* sur la limite de tolérance des effets nocifs des gaz d'échappement, *Hächler* sur la formation professionnelle, *Baur* sur la rémunération des maîtres d'écoles professionnelles, *Kopp* sur les restaurants du centre d'achats «Shoppyländ», *Reimann, Knuchel, Schneider* et *Günter* concernant la fermeture de l'entreprise Zent SA, *Schneider* sur la grève à la Fabrique de pianos Burger & Jacobi à Bienne, *Schneider* sur la hausse des loyers dépassant le relèvement du taux d'intérêt hypothécaire, *Hug* sur les mesures à prendre en cas de levée de l'interdiction de démolir sur le plan fédéral et *Moser* concernant l'octroi de la subvention cantonale aux primes d'assurance-maladie.

10.4 Questions écrites

Le gouvernement a répondu aux questions écrites des députés *Golowin* concernant une étude fondamentale sur les avantages et inconvénients du tourisme et *Hennet* sur le degré d'occupation dans l'industrie horlogère.

Berne, 10 avril 1975

Le Directeur de l'économie publique: *Müller*

Approuvé par le Conseil-exécutif le 18 juin 1975

Entwicklung der Ausgleichskasse des Kantons Bern

Evolution des affaires de la Caisse de compensation

I. Abgerechnete Beiträge

I. Cotisations décomptées

Jahr Année	Abrechnungs- pflichtige Assujettis à décompte	AHV AVS	IV AI	EO APG	Familienzulagen Landwirtschaft Allocations familiales dans l'agriculture		Total
		Anzahl Nombre	Fr.	Fr.	Fr.	Bund Confédération Fr. Kanton Canton Fr.	Fr.
1948	80 000	21 140 625			474 911		21 615 536
1949	85 610	27 014 080			475 518		27 489 598
1950	85 381	27 782 798			449 262		28 232 060
1951	85 920	28 161 098			470 824		28 631 922
1952	87 811	29 583 835			481 897		30 065 732
1953	87 313	32 560 300			555 700		33 116 000
1954	91 691	31 134 122			533 156		31 667 278
1955	89 749	32 631 019			546 735		33 177 754
1956	81 199	35 373 587			541 051		35 914 638
1957	78 430	36 087 489			518 345		36 605 834
1958	77 398	37 003 973			503 639		37 507 612
1959	76 752	38 095 587			502 698	246 188	38 844 473
1960	76 446	41 678 895	4 008 054	4 008 054	475 641	237 449	50 408 093
1961	75 738	45 036 418	4 503 641	4 503 641	455 197	227 109	54 726 006
1962	74 826	47 751 248	4 775 125	4 775 125	457 092	228 788	57 987 378
1963	75 017	52 297 862	5 229 786	5 229 786	587 212	226 061	63 570 707
1964	74 129	56 994 431	5 699 443	5 699 443	562 016	215 940	69 171 273
1965	73 194	63 004 416	6 300 441	6 300 441	518 978	199 377	76 323 653
1966	71 302	67 476 046	6 747 604	6 747 604	508 064	195 222	81 674 540
1967	70 707	73 361 400	7 336 140	7 336 140	543 783	209 315	88 786 778
1968	69 422	75 783 059	9 472 882	7 578 306	527 014	202 740	93 564 001
1969	69 422	103 550 392	11 991 549	8 100 121	509 455	195 459	124 346 976
1970	68 803	115 217 854	13 294 367	8 862 912	484 474	186 664	138 046 271
1971	68 574	129 502 124	14 941 900	9 962 295	488 019	187 913	155 082 251
1972	68 019	147 022 601	16 963 404	11 310 106	493 236	189 676	175 979 023
1973	67 855	248 828 246	25 521 067	12 759 098	510 485	196 551	287 815 447
1974	67 541	291 606 196	29 908 587	14 952 611	644 169	193 945	337 305 508

Leistungen des Kantons nach Beitragsarten

Prestations du canton d'après le genre des contributions

Nach der Abrechnung Selon décompte		Krankenversicherung Assurance-maladie				Tuberkulosever- sicherung Fr. 1.— je bernischer Versicherter (Art. 5 Gesetz) Assurance tuberculeuse 1 fr. par assuré bernois (art. 5 de la loi)	Total Beiträge pro Jahr Total des contribu- tions par année	
		Beiträge an bernische Versicherte mit bescheidenem Einkommen und Vermögen (Berechtigte) Contributions aux assurés bernois à revenu et fortune modestes (ayants droit)						
des Jahres de l'année	für das Jahr pour l'année	Prämienbeiträge (Art. 2 Gesetz) Contributions aux primes (art. 2 de la loi)	Verwaltungskostenbeiträge Fr. 1.— je Berechtigter Contributions aux frais de gestion 1 fr. par ayant droit	Wöchnerinnenbeiträge (Art. 4 Gesetz) Contributions aux accouchées (art. 4 de la loi)	Wochenbett Accouchées	Stillgeld Allaitement	Total Beiträge an Berechtigte (Art. 2–4 Gesetz). Davon ½ zu Lasten der Gemein- den gemäss Art. 7 Gesetz Total des contribu- tions aux ayants droit (art. 2 à 4 de la loi) dont ½ à charge des communes selon art. 7 de la loi)	Fr.
		Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
1950	1949	198 472.90	13 807.—	10 875.—	5 375.—	228 529.90	305 523.—	534 052.90
1951	1950	327 798.90	23 866.—	15 650.—	9 125.—	376 439.90	348 051.—	724 490.90
1952	1951	468 528.50	30 034.—	17 325.—	10 150.—	526 037.50	392 795.—	918 832.50
1953	1952	820 992.—	50 804.—	25 550.—	13 575.—	910 921.—	403 797.—	1 314 718.—
1954	1953	1 055 376.20	64 348.—	31 725.—	16 575.—	1 168 024.20	445 319.—	1 613 343.20
1955	1954	1 299 658.—	76 621.—	39 250.—	20 250.—	1 435 779.—	465 644.—	1 901 423.—
1956	1955	1 532 915.60	87 136.—	42 475.—	20 450.—	1 682 976.60	506 710.—	2 189 686.60
1957	1956	1 459 379.70	82 152.—	41 750.—	20 000.—	1 603 281.70	530 596.—	2 133 877.70
1958	1957	2 024 771.50	89 176.—	45 175.—	20 575.—	2 179 697.50	561 467.—	2 741 164.50
1959	1958	2 213 247.50	95 840.—	44 875.—	20 725.—	2 374 687.50	581 827.—	2 956 514.50
1960	1959	2 360 773.70	100 537.—	46 475.—	21 950.—	2 529 735.70	613 064.—	3 142 799.70
1961	1960	1 837 569.50	79 005.—	34 750.—	17 425.—	1 968 749.50	646 844.—	2 615 593.50
1962	1961	1 962 608.30	82 959.—	34 625.—	16 300.—	2 096 492.30	674 915.—	2 771 407.30
1963	1962	2 031 396.15	84 720.—	32 325.—	14 625.—	2 163 066.15	702 743.—	2 865 809.15
1964	1963	2 056 202.70	84 719.—	33 025.—	13 775.—	2 187 721.70	728 224.—	2 915 945.70
1965	1964	2 026 982.30	82 202.—	29 850.—	11 725.—	2 150 759.30	756 394.—	2 907 153.30
1966	1965	2 273 032.40	72 631.—	24 700.—	11 000.—	2 381 363.40 ¹	770 566.—	3 151 929.40
1967	1966	2 354 861.50	73 338.—	25 150.—	10 700.—	2 464 049.50 ¹	810 850.—	3 274 899.50
1968	1967	2 376 873.10	73 324.—	24 775.—	10 000.—	2 484 972.10 ¹	831 879.—	3 316 851.10
1969	1968	2 340 848.50	70 856.—	21 150.—	9 700.—	2 442 554.50 ¹	846 860.—	3 289 414.50
1970	1969	1 878 276.10	49 525.—	12 550.—	5 250.—	1 945 601.10 ¹	865 398.—	2 810 999.10
1971	1970	1 941 707.—	50 446.—	13 850.—	6 150.—	2 012 153.— ¹	884 769.—	2 896 922.—
1972	1971	1 986 253.—	50 584.—	12 450.—	4 475.—	2 053 762.— ¹	900 322.—	2 954 084.—
1973	1972	2 142 912.—	54 612.—	13 600.—	5 500.—	2 216 624.— ¹	927 247.—	3 143 871.—
1974	1973	3 180 064.60	49 480.—	11 125.—	6 450.—	3 247 119.60 ¹	945 427.—	4 192 546.60

¹ Ab 1. Januar 1965 unterliegen diese Aufwendungen der Lastenverteilung im Sinne der Gesetzgebung über das Fürsorgewesen.

¹ Depuis le 1^{er} janvier 1965, selon la législation sur les œuvres sociales, ces montants sont soumis à la répartition des charges.

Tabelle 3

Zahl der Lehrverhältnisse in den wichtigsten Berufen. Stand Ende Jahr (Lehrlinge und Lehrtöchter zusammen)

Tableau 3

Nombre de contrats d'apprentissage dans les principales professions. Etat au 31 décembre (apprentis des deux sexes)

	Lehrzeit	1960	1965	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	Durée de l'apprentissage
Automechaniker	4	433	713	805	851	858	922	1 009	1 053	1 070	4
Bäcker	2	20	13	14	15	18	19	20	12	5	2
Bäcker-Konditor	3	256	260	300	304	275	231	230	239	253	3
Bauzeichner (Tiefbau und Eisenbetonbau)	3	235	357	331	326	367	415	443	462	454	3
Buchbinder	3 ½	41 ¹	42 ¹	45 ¹	34 ¹	27 ¹	21 ¹	25 ¹	29 ¹	33 ¹	3 ½
Buchdrucker	4	166	190	203	215	214	197	179	162	148	4
Damen Schneiderin	3	436	323	452	423	444	392	350	281	282	3
Décolleteur	3	104	100	108	90	94	80	71	53	47	3
Elektromechaniker	4	144	210	257	267	279	299	303	404	316	4
Elektromonteur	4	702	899	914	917	960	1 017	1 070	1 136	1 126	4
FEAM	4	164	235	304	315	324	309	308	290	186	4
Feinmechaniker	4	797	913	994	1 040	1 015	1 026	984	824	825	4
Floristin	3	51	80	106	115	118	125	149	125	139	3
Gärtner	3	207	220	236	269	283	283	237	264	279	3
Herrencoiffeur und Herrencoiffeuse	3	121	128	129	135	137	118	96	83	76	3
Damencoiffeur und Damencoiffeuse	3	302	433	486	520	717	505	493	476	486	3
Herren- und Damencoiffeur(-coiffeuse)	4	8	32	49	40	39	46	42	48	39	4
Hochbauzeichner	3 (4 ab 1969)	422	643	547	537	557	747	817	857	818	3 (4 dep. 1969)
Kaminfeger	3	52	43	67	67	60	50	52	49	53	3
Koch	2 ½ (3 ab 1974)	259	364 ¹	411 ¹	425 ¹	411 ¹	402 ¹	422 ¹	452 ¹	417 ¹	2 ½ (3 dep. 1974)
Köchin	1 ½	62 ¹	81 ¹	110 ¹	98 ¹	101 ¹	112 ¹	109 ¹	108 ¹	101 ¹	1 ½
Konstruktionsschlosser	4	105	192	180	175	177	185	193	191	221	4
Laborant (alle Richtungen)	3	163	174	191	209	215	205	208	240	273	3
Lastwagenführer	3	—	—	17	26	38	58	62	82	94	3
Maler	3 ½ (3 ab 1970)	284 ¹	283 ¹	229 ¹	238 ¹	221	225	216	235	247	3 ½ (3 dep. 1970)
Maschinenschlosser	4	215	221	198	177	171	163	166	189	139	4
Maschinenzeichner	4	410	495	474	514	536	513	535	534	549	4
Maurer	3	408	691	595	559	522	553	641	760	799	3
Mechaniker	4	1 313	1 456	1 477	1 441	1 399	1 395	1 392	1 346	1 214	4
Metallbauschlosser	3 ½	264 ¹	252 ¹	245 ¹	234 ¹	226 ¹	215 ¹	229 ¹	213 ¹	268 ¹	3 ½
Metzger (A und B)	3	308	293	300	313	302	274	272	243	259	3
Möbelschreiner	3 ½	92 ¹	90 ¹	131 ¹	138 ¹	132 ¹	125 ¹	123 ¹	122 ¹	105 ¹	3 ½
Photograph	3	42	51	45	42	42	34	30	28	23	3
Radioelektriker	4	103	139	186	196	204	204	201	226	238	4
Schmied- Landmaschinenmechaniker	4	—	71	109	119	136	154	163	176	187	4
Schreiner	3 ½	342 ¹	368 ¹	376 ¹	354 ¹	337 ¹	327 ¹	347 ¹	367 ¹	413 ¹	3 ½
Schriftsetzer	4	335	346	349	340	321	311	315	316	289	4
Schuhmacher	3	24	21	13	11	12	5	3	1	2	3
Sanitärinstallateur	3 ½ (3 ab 1970)	156 ¹	184 ¹	185 ¹	209 ¹	189 ¹	192	203	226	269	3 ½ (3 dep. 1970)
Spengler	3 ½ (3 ab 1970)	128 ¹	72 ¹	111 ¹	83 ¹	67 ¹	68	63	57	128	3 ½ (3 dep. 1970)
Spengler-Sanitärinstallateur	4 ½ (4 ab 1970)	15 ¹	68 ¹	73 ¹	77 ¹	107 ¹	120	135	168	181	4 ½ (4 dep. 1970)
Stahlbauzeichner	3 ½	—	—	15 ¹	13 ¹	15 ¹	23 ¹	22 ¹	24 ¹	28 ¹	3 ½
Vermessungszeichner	4	47	76	72	71	73	77	72	84	97	4
Wäsch Schneiderin	2 ½	34 ¹	23 ¹	69 ¹	68 ¹	62 ¹	57 ¹	36 ¹	24 ¹	14 ¹	2 ½
Werkzeugmacher	4	125	176	185	186	193	195	193	180	165	4
Zimmermann	3	137	247	229	224	230	210	235	256	292	3

¹ Bei Berufen mit halbjähriger Lehrzeit (1 ½, 2 ½, 3 ½ Jahre) ist zu beachten, dass im Zeitpunkt der Erhebung (Jahresende) ein Teil der Lehrverträge bereits abgelaufen und in der Statistik nicht mehr erfasst ist. Um eine mit den Berufen mit ganzjährigen Lehrzeiten vergleichbare Basis zu finden, müsste der Zeitpunkt der Erhebung vor die Herbstprüfungen vorverlegt werden.

¹ A noter qu'en ce qui concerne les professions dont la durée comporte des demi-années (1 ½, 2 ½, 3 ½ ans), une partie des contrats étaient déjà arrivés à terme au moment du recensement (31 décembre) et ne figurent dès lors plus dans la présente statistique. Pour pouvoir opérer une comparaison avec les professions à durée non fractionnée, il faudrait avancer la date du recensement et procéder à celui-ci avant les examens d'automne.

Tabelle 3 (Fortsetzung)

Tableau 3 (Suite)

*Kaufmännische Berufe**Professions commerciales*

	Lehrzeit	1960	1965	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	Durée de l'apprentissage
Apothekenhelferin	3	—	171	208	224	215	215	215	229	235	3
Buchhändler	3	64	76	71	72	82	77	74	65	73	3
Büroangestellter	2	—	—	—	—	—	—	—	112	278	2
Detailhandelsangestellter	1	—	—	—	—	—	—	—	98	63	1
Drogist	4	148	207	220	220	210	216	207	202	193	4
Kaufmännischer Angestellter	3	3 458	4 345	4 065	3 606	3 643	3 572	3 626	3 459	3 572	3
Verkäufer	2	1 774	1 894	1 700	1 642	1 605	1 533	1 566	1 501	1 537	2
Verwaltungsangestellter	3	675	799	812	770	836	852	865	820	596 ¹	3

¹ Dieses Ausbildungsreglement ist im Zusammenhang mit der Neukonzeption der kaufmännischen Grundausbildung im Frühjahr 1974 aufgehoben worden. Bestehende Lehrverhältnisse laufen aus.

¹ Ce règlement d'apprentissage a été abrogé au printemps 1974 lors de l'entrée en vigueur des nouvelles normes sur la formation commerciale. Les apprentissages en cours se poursuivent jusqu'à terme.

Tabelle 4

Tableau 4

Amtsbezirk	1971	1972	1973	1974	District
Aarberg	550	562	577	623	Aarberg
Aarwangen gewerbliche	739	755	803	866	Aarwangen artisanat
kaufmännische	318	319	323	332	commerce
Bern gewerbliche	4 487	4 527	4 672	4 621	Berne artisanat
kaufmännische	2 234	2 221	2 189	2 243	commerce
Biel gewerbliche	1 741	1 694	1 708	1 725	Bienne artisanat
kaufmännische	819	817	782	806	commerce
Büren	245	274	251	238	Büren-sur-l'Aar
Burgdorf gewerbliche	744	770	780	763	Berthoud artisanat
kaufmännische	322	338	338	321	commerce
Courtelary	331	332	361	396	Courtelary
Tramelan	158	155	157	129	Tramelan
Delsberg	567	590	598	636	Delémont
Erlach-Neuenstadt	195	194	174	176	Cerlier-La Neuveville
Freiberge	84	54	52	93	Franches-Montagnes
Fraubrunnen	332	360	359	383	Fraubrunnen
Frutigen	311	314	339	342	Frutigen
Niedersimmental	347	353	384	370	Bas-Simmental
Interlaken gewerbliche	561	613	598	583	Interlaken artisanat
kaufmännische	209	215	234	225	commerce
Konolfingen	678	718	722	762	Konolfingen
Laufen	208	214	213	220	Laufon
Laupen	143	146	138	146	Laupen
Münster	789	810	784	747	Moutier
Oberhasli	283	283	300	301	Oberhasli
Pruntrut	412	442	465	469	Porrentruy
Saanen	159	165	171	91	Gessenay
Schwarzenburg	125	138	147	143	Schwarzenbourg
Seftigen	284	279	312	299	Seftigen
Signau	431	430	446	472	Signau
Obersimmental	148	147	142	162	Haut-Simmental
Thun gewerbliche	1 510	1 555	1 628	1 676	Thoune artisanat
kaufmännische	600	624	601	582	commerce
Trachselwald	508	520	510	525	Trachselwald
Wangen	407	415	391	426	Wangen
Kantonal erfasst:					Recensé dans le canton:
Buchdruckgewerbe	516	508	490	447	Imprimeurs
Lithographiegewerbe	264	300	248	241	Lithographes
Forstwerte	—	—	117	149	Forestiers-bûcherons
Total	22 759	23 151	23 504	23 729	Total

Tabelle 5

Entwicklung der Berufs- und Fachschulen, der Handelsmittelschulen und der Staatsbeiträge im Jahre 1974

Tableau 5

Evolution des écoles professionnelles, des écoles de métiers et des écoles de commerce en 1974

Schulen	Zahl <i>Nombre</i>	Lehr- linge <i>Appren- tis</i>	Lehr- tochter <i>Appren- ties</i>	Schüler	Schüle- rinnen	1974	1973	Staatsbeiträge <i>Subventions cantonales</i>		<i>Ecoles</i>
				<i>Elèves</i>						
				<i>Garçons</i>	<i>Filles</i>			1974	1973	
								Fr.	Fr.	
Gewerbliche Fachschulen	16	867	442			1 309	1 286	2 153 278	1 552 309	Ecoles de métiers
Gewerbliche Berufsschulen	27	14 751	2 082			16 833	16 691	8 550 843	7 139 101	Ecoles professionnelles artisanales
Kaufmännische Berufs- schulen	22	2 052	4 429			6 481	6 613	2 779 186	2 898 339	Ecoles professionnelles commerciales
Subtotal	65	17 670	6 953			24 623	24 590	13 483 307	11 589 749	Total intermédiaire
Handelsmittelschulen	3			124	672	796	682	1 463 047	1 211 369	Ecoles de commerce
Total	68	17 670	6 953	124	672	25 419	25 272	14 946 354 ¹	12 801 118	Total

¹ Zusätzliche Beiträge an Berufsschulen mit hohen Kapitalkosten (Neubauten) 2,3 Mio Franken.

¹ Subventions supplémentaires en faveur d'écoles professionnelles ayant des dépenses élevées (nouveaux bâtiments) 2,3 millions de francs.

Tabelle 6

Weiterbildungskurse an den Berufsschulen im Jahre 1974

Schulen	Zahl der Kurse <i>Nombre des cours</i>		Zahl der Teilnehmer <i>Nombre des participants</i>		<i>Ecoles</i>
	1974	1973	1974	1973	
Gewerbliche Fachschulen	128	123	1 643	1 880	Ecoles de métiers
Gewerbliche Berufsschulen	392	361	5 737	5 536	Ecoles professionnelles artisanales
Kaufmännische Berufsschulen	211	302	3 593	6 022	Ecoles professionnelles commerciales
Total	731	786	10 973	13 438	Total

Tableau 6

Cours de perfectionnement aux écoles professionnelles en 1974

Tabelle 7

Lehrabschlussprüfungen und Examen 1974

Ausbildungsform	Lehrlinge Schüler <i>Apprentis Elèves</i>	Repeten- tenten <i>Doubleurs</i>	Art. 30 BG <i>Art. 30 LF</i>	Lehr- töchter Schüle- rinnen <i>Apprenties Elèves</i>	Repeten- tinnen <i>Dou- bleuses</i>	Art. 30 BG <i>Art. 30 LF</i>	Total 1974	FZ ¹ D ² C ¹ D ² 1974	Miss- erfolge <i>Echecs</i>	Total 1973	FZ ¹ D ² C ¹ D ² 1973	<i>Voie de formation</i>
Berufslehre in Lehr- werkstätten	195	2	—	71	1	—	269	264	5	299	295	Ecoles de métiers
Gewerbliche und industr. Meisterlehre	3 818	206	45	714	14	5	4 802	4 479	323	4 695	4 392	Apprentissage auprès d'un patron (arts et métiers, industrie)
Kaufmännische Be- triebslehre	719	54	16	1 751	73	7	2 620	2 337	283	2 335	2 074	Entreprise (commerce)
Subtotal	4 732	262	61	2 536	88	12	7 691	7 080	611	7 329	6 761	Total intermédiaire
Handelsmittelschulen	27	—	—	164	—	—	191	189	2	194	194	Ecoles de commerce
Total	4 759	262	61	2 700	88	12	7 882	7 269	613	7 523	6 955	Total

¹ FZ = Fähigkeitszeugnis² D = Diplom¹ C = certificat de capacité² D = diplôme

Tabelle 8

Prüfungsmisserfolge

Ausbildungsform	Anzahl <i>Nombre</i>				In Prozenten <i>En pour-cent</i>				<i>Voie de formation</i>
	1974	1973	1972	1971	1974	1973	1972	1971	
Berufslehre in Lehrwerkstätten	5	4	7	1	1,8	1,4	2,2	0,3	Ecoles de métiers
Gewerblich-industrielle Betriebs- lehre	323	303	309	297	6,7	6,4	6,5	6,6	Apprentissage auprès d'un patron (arts et métiers, industrie)
Kaufmännische Betriebslehre	283	261	219	275	10,8	11,2	9,4	10,9	Entreprise (commerce)
Total	611	568	535	573	7,9	7,7	7,2	7,8	Total

Tableau 8

Nombre des échecs aux examens